

ERNST-AUGUST ROLOFF

Braunschweig  
und der Staat von Weimar

BRAUNSCHWEIG 1964



Ca-253

(31)

BRAUNSCHWEIGER WERKSTÜCKE  
Veröffentlichungen aus Archiv, Bibliothek und Museum der Stadt  
Herausgegeben von Bert Bilzer und Richard Moderhack

---

Band 31

---

# BRAUNSCHWEIG UND DER STAAT VON WEIMAR

*Politik, Wirtschaft und Gesellschaft*

1918 - 1933

65.366 f

von

ERNST-AUGUST ROLOFF



---

1964

---

WAISENHAUS-BUCHDRUCKEREI UND VERLAG BRAUNSCHWEIG

Gefördert mit Hilfe von Forschungsmitteln  
des Landes Niedersachsen

Braunschweig [Land] u.  
Weimarer Republik

Braunschweig  
[u.] Weimarer Republik

Weimarer Republik  
[u.] Braunschweig



Waisenhaus-Buchdruckerei und Verlag Braunschweig



## VORWORT

Dieses Buch ist meiner Mutter gewidmet. Dank ihrer lebhaften Erinnerung und ihren anschaulichen Schilderungen half sie mit, Menschen und Ereignisse der hier erzählten Geschichte zu veranschaulichen. Diese Widmung möge zugleich an jene Frauen erinnern, ohne deren Verzicht auf ein beschauliches Privatleben die meisten auch der in diesem Buche gewürdigten Männer der Politik ihre aufopfernde Arbeit nicht hätten vollbringen können. Sie gilt den tapferen Lebensgefährtinnen derer, die deswegen später in Konzentrationslagern ihr Leben geben mußten, ebenso den Witwen früh verstorbener Politiker, allen, denen die Politik mehr war und ist als eine Möglichkeit, persönlichen Ehrgeiz zu befriedigen, nämlich Dienst am Gemeinwohl.

Daß diese Arbeit in der Reihe der Braunschweiger Werkstücke erscheinen konnte, ist dem fördernden Interesse des Direktors des Stadtarchivs Braunschweig, Herrn Dr. RICHARD MODERHACK, zu danken. Auch Frau Oberbürgermeister MARTHA FUCHS und Herr Oberstadtdirektor HANS GÜNTER WEBER haben meine Arbeit an der Geschichte Braunschweigs unterstützt. Herr Professor Dr. HEINRICH HEFFTER, Ordinarius für Geschichte an der Technischen Hochschule Braunschweig, war stets bereit, mir durch Anregungen und Kritik beratend zur Seite zu stehen.

Allen, die mitgeholfen haben, dieses Buch erscheinen zu lassen, sei zuvor ein Wort des Dankes gesagt. Meinen Mitbürgern sei es in die Hand gegeben „zum Verständnis der Vergangenheit und zur Lehre für die Zukunft“.

Braunschweig, im Januar 1964

Dr. ERNST-AUGUST ROLOFF

# INHALTSÜBERSICHT

	Seite
<i>Einleitung: Absichten</i> . . . . .	9
 <i>I. Das Erbe der Welfen — Herzog Ernst August</i>	
Das Land Braunschweig und das Reich bis 1914 . . . . .	12
Verkehrslage . . . . .	14
Sozialstruktur, Industrie und Landwirtschaft . . . . .	18
Verfassungskonflikt . . . . .	23
 <i>II. Die Revolution — August Merges</i>	
Verfassungsreform 1918 . . . . .	26
Spartakus und SPD, Karl Marx' Revolutionstheorie . . . . .	28
Der 8. und 9. November in Braunschweig . . . . .	30
× Sozialistische Republik Braunschweig . . . . .	35
 <i>III. Diktatur des Proletariats — Sepp Oerter</i>	
Bürgertum und SPD . . . . .	39
Merges kontra Oerter . . . . .	44
Braunschweiger Separatismus . . . . .	46
Politische und wirtschaftliche Lage Anfang 1919 . . . . .	48
 <i>IV. Das Parlament — Dr. Jasper</i>	
Erste Landtagssitzung . . . . .	50
Koalition SPD - USPD . . . . .	51
Generalstreik . . . . .	56
Reichsexekution und General Maercker . . . . .	59
Staatsfinanzen und Wirtschaftslage 1919/20 . . . . .	61
 <i>V. Gegenkräfte — August Hampe</i>	
Kleine Koalition SPD-DDP, Heinrich Rönneburg . . . . .	65
Große Koalition, Kapp-Putsch . . . . .	67
Landtagswahlen 1920 und Sozialistische Koalition Oerter . . . . .	72
Parteien und Bürgerbund 1920/21 . . . . .	74

## VI. Verfassung — Otto Grotewohl

Seite

× Wirtschaftliche Lage 1920/21 . . . . .	76
Oerters Sturz . . . . .	82
Landesverfassung . . . . .	86
× Landtagswahl 1922 . . . . .	88
Grotewohl kontra Oerters, Sturz der Regierung Junke . . . . .	90

## VII. Liberalismus — Rudolf Kaefer

Große Koalition, Spaltung des Landeswahlverbandes . . . . .	95
Sturz Kaefers, Zusammenschluß SPD-USPD . . . . .	97
Inflation und Teuerung 1922/23 . . . . .	99
× Braunschweig im Inflationsjahr . . . . .	101
× Wirtschaftliche und soziale Folgen 1924 . . . . .	105

## VIII. Nationalismus — Professor Roloff

Das Bürgertum 1923/24, Stahlhelm, NSDAP . . . . .	109 ×
Landtagswahl 1924 . . . . .	113 ×
Regierung Marquardt und die Opposition . . . . .	116
Hitler und Hindenburg in Braunschweig . . . . .	122
Der Fall Lessing . . . . .	125
× Hochschul- und Schulpolitik, akademische Lehrerbildung . . . . .	127
× Wirtschaftspolitik 1925/26 . . . . .	130

## IX. Sozialismus — Hans Sievers

× Wirtschaftliche, soziale und finanzielle Lage 1925—27 . . . . .	133 ×
Landtagswahlen 1927 . . . . .	138 ×
Regierung Dr. Jasper und die Opposition . . . . .	140
× Kultur- und Personalpolitik . . . . .	141
Entwicklung der wirtschaftlichen und finanziellen Lage 1928—30 . . . . .	147 ×
Mittelstand zwischen den Fronten, NSDAP . . . . .	156 ×
Grotewohl zur Wirtschaftskrise . . . . .	158

## X. Nationalsozialismus — Franz Groh

Wahlen vom 14. September 1930 . . . . .	161
Der Mittelstand in der Weimarer Republik:	
Das Handwerk . . . . .	163
Der Einzelhandel . . . . .	166
Die Angestellten . . . . .	169
Gemeinschaft der Mitte und NSDAP . . . . .	171
Die Landwirtschaft in der Weimarer Republik . . . . .	174
Schluß: Einsichten . . . . .	187

## Anhang

	Seite
1. a) Chronologische Übersicht über die wichtigsten Ereignisse im Reich und im Lande Braunschweig 1918—1933 . . . . .	193
b) Der braunschweigische Landtag 1919—1933 . . . . .	208
2. a) Volumen des braunschweigischen Staatshaushalts 1924—1932 . . . . .	209
b) Das braunschweigische Steueraufkommen 1924—1932 . . . . .	209
c) Die Arbeitslosigkeit während der Weltwirtschaftskrise im Wirtschaftsraum des Landes Braunschweig 1929—1932 . . . . .	209
d) Die Entwicklung der gewerblichen Betriebe 1926—1930 . . . . .	209/10
e) Ein Arbeiterhaushalt im Jahre 1928 . . . . .	210
f) Löhne und Preise 1930 . . . . .	211
g) Aus der Bilanz eines mittleren landwirtschaftlichen Betriebes 1927 . . . . .	212
3. Quellen- und Literaturverzeichnis . . . . .	213
4. Abbildungsverzeichnis . . . . .	216
5. Personenverzeichnis . . . . .	218
6. Sach- und Ortsregister . . . . .	222

## EINLEITUNG — ABSICHTEN

Klänge es nicht nach Plagiat des bekannten Oswald-Spengler-Titels „Preußentum und Sozialismus“, wäre ich geneigt, der vorliegenden Arbeit die Überschrift „Bürgertum und Sozialismus“ zu geben, um dadurch den Zusammenhang mit meinem Buch „Bürgertum und Nationalsozialismus 1930—1933“ auszudrücken. Allerdings beschränkt sich diese Studie lediglich darauf, die politische Verbindung zwischen den bürgerlichen Rechtsparteien und der NSDAP am Beispiel Braunschweigs in den letzten drei Jahren der Republik darzustellen, während ich nunmehr versuchen werde, auch die wirtschaftliche und soziale Entwicklung in die Grundlinien der politischen Geschichte von 1918 ab zu verweben. Im Mittelpunkt der Darstellung stehen die politischen Fronten der bürgerlichen und sozialistischen Parteien im Lande Braunschweig. Ausgehend von den geographischen Bedingungen eines überschaubaren Wirtschafts- und Lebensraumes, versuchte ich die Grenzen zwischen Wirtschafts-, Sozial- und Ideengeschichte ständig zu durchbrechen, um die Fäden im politischen Bereich des Landesparlaments zusammenzuführen. Die vorliegende exemplarische Studie verfolgt deshalb eine dreifache Absicht:

1. Eine Lücke in der braunschweigischen Landesgeschichte auszufüllen, da die Zeitgeschichte bislang noch nicht zusammenfassend dargestellt worden ist,
2. die Zusammenhänge zwischen der weltanschaulich-politischen Geschichte und der Wirtschafts- und Sozialgeschichte so darzustellen, daß sie als Ausgangspunkt für eine erste Orientierung über wirtschaftliche und soziale Verhältnisse in Braunschweig zur Zeit der Weimarer Republik dienen kann,
3. auf diese Weise einen Beitrag zur Beurteilung der Weimarer Republik allgemein zu leisten.

Diese Aufgaben bringen es mit sich, daß die Darstellung viele Details enthält, zumal die Schlüsse, die ich aus den Fakten ziehe, sorgfältiger Absicherung durch konkrete und überprüfbare Angaben bedürfen.

Die Fülle des zum Teil statistischen Tatsachenmaterials möge aber auch dem Geschichtslehrer dazu dienen, den Schülern die Möglichkeit eigener Einsichten und Schlüsse zu bieten. Manchmal mag diese Vielfältigkeit allerdings meiner Absicht im Wege gestanden haben, die einzelnen Abschnitte der geschichtlichen Entwicklung unter Leitbegriffe zu stellen. Denn wie der Leser bemerkt haben wird, verbinde ich in den Kapitelüberschriften diese Leitbegriffe mit Namen aus der braunschweigischen Landesgeschichte, weil politische

Ideen nur durch Menschen wirken, die durch sie geleitet und bestimmt werden. Die Sozialdemokratie wirkte z. B. im Reich durch Männer wie Ebert und Scheidemann, in Braunschweig aber durch Dr. Jasper und später durch Otto Grotewohl. August Hampe verkörperte hier den konservativ-reaktionären Monarchismus, Rudolf Kaefer den nationalliberalen Geist Stresemanns, August Merges den revolutionären Spartakismus und Franz Groh die Absichten Hitlers. Ich habe diese Persönlichkeiten früher die „politische Mitte“ genannt, weil sie zwischen den Persönlichkeiten der „großen“ Politik und der Masse des Volkes standen und wirkten.

Wichtiger als die Vollständigkeit der Fakten erscheint mir die Absicht, möglichst viel von der Atmosphäre ahnen zu lassen, unter der die Menschen dieser Zeit standen. Sie bestimmten diese Atmosphäre mit, unterlagen ihr aber zugleich. Wie es einen „objektiven Geist“ gibt, in den der einzelne subjektive hineinwächst, so gibt es auch eine Art „objektive Seele“ (um nicht den mißverständlichen Begriff „Kollektivseele“ zu benutzen), die aus den Stimmungen und Gefühlen, den Hoffnungen und Ängsten aller einzelnen besteht und doch mehr ist als deren Summe. Aus diesem Grunde habe ich mich, ungeachtet des gegenwärtigen theoretischen Meinungsstreites unter den Zeithistorikern, ob es zulässig sei, nicht nur auf schriftliche Quellen beschränkt, sondern zahlreiche Augen- und Ohrenzeugen herangezogen. Als Historiker und Psychologe kenne ich mögliche Fehlerquellen und die Methoden, solche Aussagen kritisch zu werten. In der Tat stand in allen Fällen der sachliche Aussagewert unvergleichlich weit hinter den schriftlichen Quellen zurück. Aber keine Akte, kein Sitzungsbericht und keine Statistik vermag so die Atmosphäre zu vermitteln wie mündliche Erzählungen, die durch die Gesamtheit von Gefühlen, Stimmungen und persönlichen Eindrücken ein historisches Kolorit ahnen lassen, dessen Wert ungenutzt bliebe, wollte man aus vorgeblich wissenschaftlichen Gründen darauf verzichten.

Wenn wir die Geschichte als das Feld der menschlichen Freiheit begreifen wollen, müssen wir uns so anschaulich wie möglich die Umstände vor Augen halten, unter denen die Menschen ihre politischen Entscheidungen trafen. Es war z. B. am 13. September 1930 nicht vorauszusehen, daß am folgenden Tage mehr als 6 Millionen Deutsche, darunter 25 000 Braunschweiger, der NSDAP die Weiche stellen würden, obwohl diese Wähler, jeder für sich, längst vorher entschlossen gewesen sein werden, nun Hitler zu wählen. Um zu wissen, wer sich so entschied, welche Gruppen oder Bevölkerungsschichten auf die NSDAP hofften und warum sie es taten, bedarf es der Einfühlung in die Atmosphäre, der Selbstentfremdung des Historikers, der nicht Einsichten und Erfahrungen späterer Zeit in seinen Gegenstand hineinprojizieren darf, ohne der Frage nach den Möglichkeiten und deshalb auch nach Schuld, Verhängnis oder Versagen auszuweichen. Es ist eine ebenso tröstliche wie zur Resignation verführende Erkenntnis, daß bei aller Verschiedenheit der Umstände, Bedingungen und Erfordernisse früherer Zeiten der Mensch im tiefsten Wesen immer gleich bleibt, wenn auch immer rätselhaft und, wie Sophokles meinte, von allem Unheimlichen das Unheimlichste. Der Lehrer der Geschichte hat es besonders schwer, denn er muß stets von der Gegenwart seiner Schüler ausgehen, die er im geistigen Vorgriff auf die Zukunft vorbereiten soll, indem er versucht, die innere und äußere Welt der Ver-

gangenheit lebendig zu machen. Die hier geschilderten Ereignisse der Weimarer Zeit liegen für die jungen Menschen unserer Tage bereits im Halbdunkel der Geschichte, ein halbes Jahrhundert trennt uns vom Ausbruch des Ersten Weltkrieges, aber noch sind viele der damals jungen Soldaten im politischen Leben unserer Gegenwart aktiv, Zeitgenossen zweier Kriegskatastrophen, die unsere Jugend nur vom Hörensagen kennt. Auch das alte Land Braunschweig ist ihr eine fremde Welt, zu schweigen von dem Bilde der alten Stadt Braunschweig, das auch im Bewußtsein derer, die in ihr aufwuchsen, schon stark verblaßt ist. In diesem alten Braunschweig faßten die Nationalsozialisten zuerst Fuß, in seinen alten Gassen waltzen die braunen Kolonnen den Widerstand der Arbeiter nieder, in denselben Gassen, in denen der Arbeiterführer Otto Grotewohl aufgewachsen war. Der erbitterte Kampf zwischen Rot und Braun, der sich hier abgespielt hat, trug dazu bei, daß Braunschweig in jenen Tagen keinen guten Ruf in deutschen Landen genoß. Das lag daran, daß Braunschweig im Anfang der Weimarer Zeit unter dem Einfluß der Unabhängigen Sozialdemokraten besonders schwer zur parlamentarischen Republik fand, später aber, als Reaktion darauf, die militantesten Kräfte gegen alles begünstigte, was Sozialismus hieß.

Die politische Geschichte des Landes Braunschweig läßt sich sehr klar in folgende Abschnitte gliedern:

1. Die Jahre des Ringens um die Republik vom 8. November 1918 bis zur Verabschiedung der Landesverfassung Ende Dezember 1921. Es ist die Periode der Vorherrschaft der USPD und damit die *Ära Oerter*. Oerters Sturz beendete diesen Abschnitt, Grote Wohls Aufstieg leitete eine neue Phase ein.
2. Die erste *Ära Jasper* vom Mai 1922 bis Dezember 1924. Es ist die Zeit grundlegender Frontveränderungen: Fusion der USPD mit der SPD einerseits, Spaltung der bürgerlichen Parteien andererseits. Diese Jahre stehen unter dem Eindruck der Inflation, ihrer Begleiterscheinungen und Folgen.
3. Die *Ära „Schwarz — Weiß — Rot“* vom Dezember 1924 bis November 1927, d. h. die bürgerliche Regierung *Marquardt*. Diese drei Jahre waren wirtschaftsgeschichtlich für die gesamte Weimarer Republik die entscheidenden.
4. Die zweite *Ära Jasper* vom Dezember 1927 bis September 1930. Die Wirtschaftskrise bahnte sich an, die sich als Krise des Mittelstandes und der Landwirtschaft bemerkbar machte. In diesen Jahren gelang der NSDAP der innere Durchbruch zum mittelständischen Bürgertum.
5. Die Schlußphase der Weimarer Republik, von den Septemberwahlen 1930 bis zur Gleichschaltung 1933, war für Braunschweig die Zeit der wesentlich unter dem Einfluß der NSDAP stehenden Koalitionsregierung *Küchenthal — Klagges*. Da ich den letzten Abschnitt ausführlich in meinem o. a. Buch dargestellt habe, wird er in der vorliegenden Darstellung vorwiegend sozial- und wirtschaftsgeschichtlich behandelt.

Zeichnen wir nun den Weg nach, den die Braunschweiger gingen, vom Herzogtum über die Republik zur Diktatur des „Dritten Reiches“!

## I. DAS ERBE DER WELFEN — HERZOG ERNST AUGUST

Zum letzten Male leuchtete der Glanz einer untergehenden Epoche auf, als am 3. November 1913 der junge Welfenherzog Ernst August die Regierung über das Erbe seiner Vorfahren antrat und unter dem begeisterten Jubel seiner Untertanen an der Seite der Hohenzollernprinzessin und Kaisertochter Victoria Luise in die Hauptstadt des Landes Braunschweig einzog. Jahrzehnte preußischer Statthalterschaft über das Herzogtum waren zu Ende; die mit allem Prunk gefeierte Hochzeit symbolisierte, daß die Feindschaft zwischen den beiden Fürstengeschlechtern für immer begraben sein sollte. Jäh verblüht der Glanz im Elend des Ersten Weltkrieges, die Revolution verjagte die Repräsentanten einer auf Jahrhunderte zurückblickenden Herrschaft ins Exil. Der letzte regierende Welfe überlebte das Ende einer mehr als 700jährigen Geschichte seines Landes Braunschweig nur um wenige Jahre. Wieder war es der Schicksalsmonat November, diesmal des Jahres 1946, als es im größeren Lande Niedersachsen aufging. Es wäre ein Anachronismus gewesen, hätte man aus den Trümmern des „Großdeutschen Reiches“, die Hitler hinterlassen hatte, die alten Territorialstaaten retten wollen. Sie waren kein Segen für die Geschichte unseres Volkes, und es ist bedauerlich, daß die Revolution von 1918 nur die Fürsten vertrieben, nicht aber die von ihnen geschaffenen Länder beseitigt hat. Die alten Untertanen wollten es selbst nicht anders: War ihnen schon die Treue zum Landesvater verwehrt, so blieben sie wenigstens dem Lande verbunden, das sie ihre Heimat nannten. Die Weimarer Republik hatte schwer an dieser Tatsache zu tragen. Reichseinheit und Länderegoismus — die *Welfen* haben in der Geschichte dieses Dualismus mehrfach eine entscheidende und auch verhängnisvolle Rolle gespielt.

Es begann mit der Tragik im Werk des Stauferkaisers Barbarossa. Im Interesse der Autorität des Königs und des Reiches stürzte er den eigenmächtigen Heinrich den Löwen, nachdem er selbst zugunsten des Welfenherzogs damit begonnen hatte, Königslehen in selbständige Landesherrschaften umzuwandeln <sup>1</sup>. Als die Fürsten immer konsequenter das Wahlkönigtum durchsetzten, zwang diese Abhängigkeit von ihrer Gunst Friedrich II.

---

<sup>1</sup> Im Streit mit Konrad III. hatte Heinrichs Vater, Heinrich der Stolze, sein Herzogtum Bayern an die Babenberger abgeben müssen. Friedrich I. gab seinem Vetter Heinrich den größten Teil Bayerns zurück und entschädigte den Babenberger (Heinrich gen. Jasomirgott), indem er ihn mit dem unbeschränkten Erbrecht im neugeschaffenen Herzogtum Österreich und mit anderen Privilegien ausstattete, die den Anfang der Landessouveränität bedeuteten; Privilegium minus, 1156.



dazu, zunächst den geistlichen, dann aber auch den weltlichen Fürsten<sup>2</sup> so viele Privilegien einzuräumen, daß dem König immer weniger Macht verblieb und er sie bereits „Landesherren“ nennen mußte. Die letzten Rechte, die dem deutschen Könige als Repräsentanten der Reichseinheit verblieben waren, handelten die Fürsten dem Spanier Karl V. ab, als er sich gegen Franz I. von Frankreich um die deutsche Krone bewarb. In der „Wahlkapitulation“, die er — zwei Jahre nach Luthers Thesenanschlag — unterschreiben mußte, bestätigte er selbst solche Privilegien und Regalien, die nach Angabe der Fürsten lediglich „gebrauch und guete gewonheiten“ waren. Da er als Ausländer den Umfang der Gewohnheitsprivilegien nicht kannte, unterschrieb er eine Blankovollmacht für den deutschen Partikularismus, da ein jeder behaupten konnte, dieses oder jenes sei nach Brauch und Gewohnheit sein gutes Recht. So ließ sich denn das Herzogtum Braunschweig von ihm die Unteilbarkeit bescheinigen, um den durch zahlreiche Teilungen und Neuerwerbungen zu kurioser geographischer Gestalt gewordenen Besitz zu erhalten.

Wer sich in die Rolle der Fürsten im Kampf gegen die Reichsgewalt und dazu die deutsche Landkarte des 18. und 19. Jahrhunderts vergegenwärtigt, kann ermessen, welche schwere Aufgabe *Bismarck* erfüllte, als er es unternahm, das Reich von Preußen her zusammenzuschließen. Die Liberalen des 19. Jahrhunderts waren durchweg überzeugt gewesen, daß die Macht der Fürsten und die Selbständigkeit der Länder von unten her gebrochen werden mußten, und die Pläne Friedrich Lists ebenso wie der Gedanke eines Zollvereins bedeuteten den faszinierend aktuellen Plan, die Autonomie der Einzelstaaten durch immer stärkere wirtschaftliche Integration zu überwinden. Fast sah es so aus, als würden solche Pläne auch die politische Rolle des Bürgertums und der Parlamente stärken. Friedrich Wilhelm IV. mußte den Vereinigten Landtag einberufen, weil seine Mitglieder die Mittel für den dringend notwendigen Eisenbahnbau bewilligen sollten. Indessen war der König nicht bereit, dem Landtage dafür politische Rechte einzuräumen. Bismarck gelang es später, ohne das Parlament wichtigste politische Entscheidungen durchzusetzen, schließlich sogar die Gründung des Deutschen Reiches. Was übrigens die für die Industrialisierung so wichtigen *Eisenbahnen* betrifft, so hatte das kleine Herzogtum Braunschweig ein bemerkenswertes Beispiel gegeben, indem es nämlich die erste deutsche Staatsbahn gebaut hatte. Als dann aber nach 1871 das Deutsche Reich fast alle Bahnen übernahm, ging Braunschweig dazu über, seine Bahnen zu privatisieren und an Preußen auszuliefern. 1870 wandelte Braunschweig seine Staatsbahn in eine Aktiengesellschaft um, und Preußen übernahm die Aktienmehrheit. Im Staatsvertrage von 1884 mußte Braunschweig dann nahezu jeden politischen Einfluß auf die weitere Entwicklung des braunschweigischen Eisenbahnnetzes aufgeben: Es wurde als Verkehrs- und Wirtschaftsraum in einen toten Winkel gedrängt.

---

<sup>2</sup> Confoederatio cum principibus ecclesiasticis, 1220, und Statutum in favorem principum, 1232. Wenige Jahre später (1235) versöhnte sich Friedrich II. endgültig mit den Welfen, indem er den Neffen Ottos IV., des einstigen Gegenkönigs, zum Herzog zu Braunschweig und Lüneburg erhob.

Es war das Jahr, in dem die braunschweigische Linie der Welfen ausstarb. Die Erbfolge wäre damit auf die 1866 in Hannover abgesetzten Welfen übergegangen, aber Bismarck konnte den Bundesrat dazu bewegen, ihnen den Weg nach Braunschweig zu verwehren. Gewiß versprach Preußen, die Selbständigkeit des Landes Braunschweig zu respektieren, aber die Tatsache, daß nacheinander zwei den Preußen genehme Prinzen, Albrecht von Preußen bis 1906 und Johann Albrecht von Mecklenburg bis 1913, die Regentschaft übernahmen, wirkte doch auf die meisten Braunschweiger, und sicher auch auf die Welfen, wie ein großer Schritt auf dem Wege zur gefürchteten Annexion. Nun schien die Fürstenhochzeit von 1913 das Recht des Herrscherhauses wiederhergestellt und die preußische Gefahr gebannt zu haben. Aber das hoffnungslos zerrissene Territorium des Herzogtums Braunschweig glich seit 1866 eher einer Summe von preußischen Enklaven als einem selbständigen Staate. Seine Gebietsfetzen konnten in der Tat von Preußen als störend empfunden werden, während sie als geschlossener Wirtschaftsraum kaum noch angesehen werden konnten und auf die Dauer allein nicht lebensfähig waren <sup>3</sup>.

Das Eisenbahnnetz legt davon beredtes Zeugnis ab. Preußen hatte z. B. die für Berlin lebenswichtige Hauptverbindung zum Ruhrgebiet über Hannover, aber nördlich an Braunschweig und Magdeburg vorbeigelegt, ohne daß Braunschweig Anschluß an diese Hauptschlagader erreichen konnte. Dabei ging die Linie bei Gifhorn nur etwa 20 km am nördlichen Rande der Landeshauptstadt vorüber. Erst 1894 wurde eine völlig unzureichende eingleisige Nebenstrecke zu dem Heidestädtchen fertiggestellt. Als Anschluß Braunschweigs an diese Strecke in östlicher Richtung war Obisfelde gedacht, das 1895 mit der Kreisstadt Helmstedt und 1902 mit Braunschweig verbunden wurde. Aber auch diese Linie war weder auf zügigen Schnellverkehr noch auf stärkere Frequenzen im Güterverkehr eingerichtet, so daß fast der gesamte Güterverkehr in Ost-West-Richtung auf die Verbindungen nach Hannover und Magdeburg angewiesen blieb. Während sich Hannover infolge der günstigen Lage zum natürlichen Verkehrsweg des Leinegrabens schnell zum bedeutendsten Knotenpunkt Norddeutschlands entwickelte, erhielt Braunschweig nicht einmal eine direkte Verbindung nach Hamburg, zumal der Harz eine Fortsetzung nach Süden versperrte. Erst in der Zeit der Weimarer Republik gelang es, vorwiegend durch energisches Betreiben der Handelskammer, eine Bahnlinie zum nur 50 km entfernt liegenden Celle fertigzustellen, die allerdings als eingleisige Nebenstrecke mit unzureichender Sicherung bis heute keine nennenswerte Bedeutung gewinnen konnte. Der schnelle Weg nach Norden führt nach wie vor über Lehrte oder gar Hannover, der nach Süden über Kreiensen. Über Kreiensen lief aber auch eine für Braunschweig nicht unbedeutende Ost-West-Verbindung, die, von Soest über Paderborn, Altenbeken und Holzminden kommend, Westdeutschland mit dem mitteldeutschen Wirtschaftsraum Sachsen-Anhalt (Magdeburg, Halle, Bernburg usw.) verband.

---

<sup>3</sup> Preußen umfaßte mehr als 62 % der Fläche und über 61 % der Bevölkerung des Reiches, Braunschweig dagegen nur 0,78 % der Fläche und 0,80 % der Bevölkerung.

Der braunschweigische Kreis Blankenburg mußte geographisch dem Wirtschafts- und Verkehrsraum Sachsen-Anhalt zugerechnet werden, und auch die braunschweigischen Kernkreise Braunschweig, Wolfenbüttel und Helmstedt waren wirtschaftlich und verkehrsmäßig überwiegend nach Mitteleuropa orientiert<sup>4</sup>. Die beiden Bahnhöfe, durch die Braunschweig Anschluß an diese lokal bedeutsame Verbindung erhielt, nämlich Börßum und Vienenburg, lagen auf preußischem Gebiet, ebenso wie Halberstadt auf dem Wege nach Blankenburg. Eine Bahnfahrt von Blankenburg nach Braunschweig erforderte mindestens zweimaliges Umsteigen und dauerte möglicherweise etwa 4 Stunden. Der Landkreis Blankenburg umfaßte aber außer den Gebieten um die Stadt am Nordostende des Harzes das Gebiet um Braunlage im Zentralharz und Gebiete des Südharzes um Wieda und Walkenried, die so gut wie keine Verbindung zur Kreishauptstadt hatten und geographisch zum südlichen Harzvorland (Herzberg, Nordhausen) zu rechnen sind.

Der Landkreis Holzminden dagegen, das „Land hinter dem Tunnel“, war wirtschafts- und verkehrsgeographisch auch damals schon von den Kernkreisen im Harzvorland völlig verschieden und teils nach Westfalen, teils zum west- und südhannoverschen Raum hin orientiert. Die einzige wesentliche Eisenbahnlinie des Kreises berührte auf ihrem Wege von Kreiensen nach Holzminden nur Stadtoldendorf und einige wenige Dörfer, ehe sie am Südzipfel bei Hörter nach Westfalen weiterführte, am Fuße der braunschweigischen Porzellanfabrik Fürstenberg vorbei. Im Norden erhaschte der Kreis auf der Höhe von Hameln bei Coppenbrügge gerade noch einen Anschluß an die Eisenbahnlinie Hameln-Elze-Hildesheim und von dort über eine eingleisige Strecke nach Braunschweig. Aber Coppenbrügge war von den Dörfern des Landkreises kaum zu erreichen, Holzminden nicht viel besser, und eine Bahnfahrt von Holzminden in die Landeshauptstadt konnte auch vier Stunden dauern. Den Binnenverkehr des Landes Braunschweig übernahmen in beträchtlichem Umfange Privatbahnen<sup>5</sup>, vor allem im Kreis Blankenburg, so etwa die Braunschweig-Schöninger-Eisenbahn für die Zuckerrübengebiete um Elm und Asse. Trotzdem blieben allzu viele Gebiete ohne Bahnanschluß und ohne Verbindung zur Kreis- oder gar Landeshauptstadt, zu schweigen von der Exklave Calvörde — die übrigens kurioserweise wiederum eine winzige preußische Enklave umschloß — oder gar Thedinghausen unmittelbar vor den Toren von Bremen, das aber noch heute zum Landkreis Braunschweig gehört.

<sup>4</sup> Industrie und Handel Braunschweigs, auch in der Stadt, fanden hier ihre Hauptabsatzgebiete, so in der Magdeburger Börde und in der Altmark, während westlich von Braunschweig die Konkurrenz des Raumes Hannover zu stark war. Man vergegenwärtige sich, was die Zonen-  
grenze für die braunschweigische Wirtschaft bedeutet!

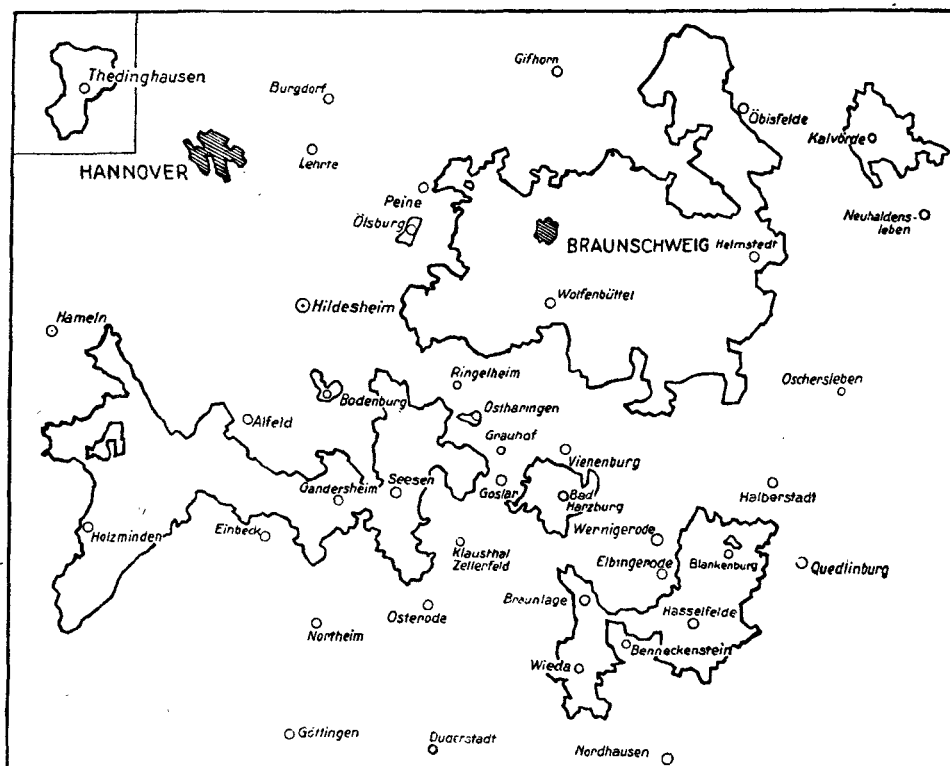
<sup>5</sup> 1922 waren rund 32 % der in Braunschweig liegenden Bahnstrecken privat, das waren etwas über 200 km (nach Kanzow). Außer der Braunschweig-Schöninger Eisenbahn sind u. a. zu nennen: Die Privatbahn von Halberstadt nach Blankenburg, die Verbindung Schöninger-Oschersleben, die Bahn Ellrich-Zorge und die Privatbahn Blankenburg-Hasselfelde.

Das auf braunschweigischem Gebiet liegende Streckennetz der Reichsbahn, insgesamt rund 450 km, wurde übrigens von drei Eisenbahndirektionen verwaltet, nämlich Kassel, Hannover und Magdeburg.

Zum Ausgleich dieser Schwächen bot sich in zunehmendem Maße der *Kraftfahrzeugverkehr* an. In der Weimarer Zeit gewannen Omnibusse und Lastkraftwagen deswegen gerade für Braunschweig besondere Bedeutung, so daß die Landesregierung dem Ausbau des Straßennetzes Aufmerksamkeit widmen mußte. Vor allem aber bemühten sich die Politiker und Wirtschaftler um den dringend notwendigen Anschluß an das Wasserstraßennetz. Hannover hatte bereits 1911 eine Kanalverbindung nach Westen erhalten, so daß der Bau des *Mittellandkanals* bis Braunschweig zu den bedeutendsten wirtschaftspolitischen Leistungen der Weimarer Zeit gerechnet werden muß, an dem unter großen finanziellen Opfern bürgerliche und sozialistische Landesregierungen gleichermaßen mitarbeiteten. Als der Hafen 1933 eröffnet werden konnte, verbuchte das gerade zur Macht gekommene „Dritte Reich“ diesen Erfolg geschickt auf sein Konto. Auch die Bedeutung des Luftverkehrsnetzes erkannten Braunschweigs verantwortliche Politiker, so daß auch den mitunter geradezu rührend anmutenden Versuchen, aus der Landeshauptstadt einen Luftknotenpunkt zu machen, vorübergehende beachtliche Erfolge nicht versagt blieben. Auch hier setzte die nationalsozialistische Anlage des Flughafens Waggum einen demonstrativen Höhe- und zugleich Schlußpunkt.

Obwohl angesichts der wirtschaftlichen Entwicklung und des Verkehrsnetzes Braunschweig längst nicht mehr als geschlossener Wirtschaftsraum gewertet werden konnte, durfte es auch in der Weimarer Zeit keine Regierung wagen, die Selbständigkeit des Landes in Frage zu stellen. Die republikanischen Erben des Landes bemühten sich daher nach Kräften, das Beste aus dem nun nicht mehr nur geographisch zerrissenen Lande herauszuholen. Niemand wurde dieses Erbes richtig froh, aber man überließ es meist der Opposition, die Dinge beim Namen zu nennen, und in der Opposition konnte es sich jede Seite leisten, das zu tun, was sie als Regierung verbot. Während der Inflation des Jahres 1923 mußte es der Sozialdemokrat Dr. Jasper übers Herz bringen, dem Landtage den Zweifel an der Lebensfähigkeit des Freistaates zu offenbaren. Die bürgerliche Opposition ereiferte sich leidenschaftlich über solche landesverräterischen Gedanken. 1926 verfügte der bürgerliche Ministerpräsident Marquardt von der Deutschen Volkspartei in einem Erlaß an die braunschweigische Lehrerschaft, daß ein Lehrer gegen den „braunschweigischen Staatsgedanken“ und die Landesverfassung verstoße, der im Unterricht die Selbständigkeit des Landes für überflüssig oder gar schädlich erkläre. Drei Jahre später unterstützte derselbe Mann einen deutschnationalen Antrag, durch den die sozialdemokratische Regierung Jasper aufgefordert werden sollte, Verhandlungen mit Preußen über einen Anschluß einzuleiten. Es blieb nun Dr. Jasper vorbehalten, den bürgerlichen Vorstoß als „Demagogenantrag“ auszuklopfen. Aber gerade dadurch, daß die Frage nach der Selbständigkeit nahezu ein Tabu wurde, legte das Land selbst der notwendigen Anpassung Hindernisse in den Weg. Die größtenteils landwirtschaftliche und mittelständische Bevölkerung hing in der Zeit von Weimar den Gedanken an die angeblich so viel bessere Vorkriegszeit nach und bot damit die erste Voraussetzung für politischen Radikalismus, der sich dann gegen die Republik und ihre Repräsentanten richtete.

# Das ist die zerrissene Lage des Landes Braunschweig



## Was soll nun aus ihm werden?

### 1. Flugblatt der DVP (1929)

Die sechs so verschiedenartigen Kreise des Landes ergaben zusammen eine Fläche von 3672 Quadratkilometern, 1910 bewohnt von etwas mehr als 494 000 Einwohnern, von denen beinahe jeder Dritte in der Landeshauptstadt wohnte (143 500). 1925 hatte die Bevölkerung des Landes gerade die halbe Million und 1928 die der Stadt Braunschweig 150 000 überschritten. Der größte Teil der Bevölkerung lebte in den 433 Flecken und Landgemeinden, der Rest (etwas über 105 000) in den 12 Städten der Landkreise, von

denen Wolfenbüttel mit rd. 19 000 die größte, Hasselfelde mit 2600 Einwohnern die kleinste war <sup>6</sup>.

Diese Verteilung sagt bereits Wesentliches über die *soziale Struktur* aus: Landwirtschaft und kleinstädtisches Bürgertum — Handel, Handwerk, Beamte — bildeten die tragenden Bevölkerungsschichten, den Mittelpunkt aber bildete die einzige Großstadt Braunschweig, die als Verwaltungs- und Verkehrszentrum zugleich Sitz der größten Handels- und Industrieunternehmen war: 39 % aller Firmen, 38 % des gewerblichen Kapitals und 46 % des gewerblichen Ertrages entfielen auf die Hauptstadt. Das bedeutete, daß sie in der Weimarer Zeit beinahe die Hälfte der für die Staatsfinanzen entscheidenden Gewerbesteuer aufbrachte. Man braucht sich jedoch nur zu vergegenwärtigen, daß daran Maschinenbau-Großbetriebe beteiligt waren wie die 1925 zur MIAG zusammengeschlossenen Werke Luther und Amme, Gieseke & Konegen; Büssing, die Vereinigten Eisenbahnsignalwerke (Max Jüdel, später Siemens & Halske), die Wilke-Werke, die Brunsviga-Büromaschinenwerke u. a. Braunschweig war ferner das Zentrum der Brauereiwirtschaft, der Blechwaren- und Konservenindustrie sowie Sitz zweier weltbekannter optischer Firmen, zweier Pianofortefabriken und der ältesten Jutefabrik des europäischen Festlandes, die übrigens 1920 durch ein Großfeuer schwer getroffen wurde. Außerhalb der Landeshauptstadt ist an industriellen Unternehmen das Braunkohlenrevier von Helmstedt-Schöningen zu nennen, wo die Braunschweigische Kohlenbergbau-Gesellschaft (BKB) nach dem Ersten Weltkrieg etwa 3 000 Arbeiter beschäftigte <sup>7</sup>.

Einen weiteren Schwerpunkt der Montanindustrie wies der nördliche Harzrand zwischen Langelsheim und Oker auf. Da zwar Oker, nicht aber Goslar zu Braunschweig gehörte, mußte sich Braunschweig mit Preußen die Anteile an der Gesellschaft „Kommunion-Berg- und Hüttenwerke“ teilen. 1924 gründete Braunschweig die sog. Braunschweig GmbH, durch die das Land an zahlreichen Unternehmen beteiligt war, so auch seit dem 1. 1. 1925 an der Unterharzer Berg- und Hüttengesellschaft, durch die der Staat 1926 einen Reingewinn von 1,7 Millionen erhielt. Demgegenüber fielen der Kalibergbau, Steinbrüche und auch der Naturasphaltpbau von Eschershausen weniger ins Gewicht, eher die Zementindustrie, die u. a. in Vorwohle und in Salder Werke von beachtlicher Kapazität aufwies. Überhaupt ist fast die gesamte Industrie außerhalb Braunschweigs, abgesehen

---

<sup>6</sup> Die Städte in der Reihenfolge ihrer Größe: Wolfenbüttel, Helmstedt, Blankenburg, Holzminden, Schöningen, Königslutter, Seesen, Bad Harzburg, Stadtoldendorf, Schöppenstedt, Gandersheim, Hasselfelde. Ortschaftsverzeichnis des Landes Braunschweig auf Grund der Volkszählung vom 16. Juni 1933, herausgeg. vom Statistischen Landesamte 1935. Vorstehende Angaben zur Bevölkerung auch aus: Beiträge zur Statistik, N. F. Nr. 5. S. 4 ff. Lit. Verz. Nr. 14.

<sup>7</sup> Die BKB bekam als Stromerzeuger überregionale Bedeutung, als Hugo Stinnes die Aktienmehrheit erwarb, um das Unternehmen in ein großräumiges Elektrifizierungsprogramm einzubauen. 1925 brach der Stinnes-Konzern jedoch zusammen, die Aktien wurden zu gleichen Teilen vom Deutschen Reich und von der Preuß. Elektrizitäts-Aktiengesellschaft übernommen. Einzelheiten über die Besitzverhältnisse der braunschweigischen Industrie bei Kanzow. Zum Überblick: Wirtschaftsstruktur . . . s. Lit. Verz. Nr. 43.

vielleicht von chemischen Werken in Holzminden und Wolfenbüttel, der Textilindustrie in Stadtoldendorf und einigen kleineren Unternehmen, als ausgesprochen bodenständig zu bezeichnen. Das gilt auch für die Landmaschinenfabrik von Welger in Wolfenbüttel, die Glashütten in Grünenplan, die Firma Züchner in Seesen (später von Schmalbach übernommen und neu eröffnet) und Düngemittelfabriken, vor allem aber für die Agrarindustrie, die für Braunschweig typisch und für seine Wirtschaft geradezu Rückgrat war: In den fruchtbaren Lößgebieten des Vorharzes die Zuckerfabriken, in den waldreichen Gebieten der Kreise Blankenburg, Gandersheim und Holzminden die holzverarbeitende Industrie und überall die lebensmittelverarbeitenden Fabriken, insbesondere wieder in Braunschweig und Wolfenbüttel.

In welcher Weise die *Landwirtschaft* die Grundlage für die gesamte Industrie des Landes bildete, sei am Beispiel der Konservenindustrie erläutert, weil es zweierlei zeigt: Die Gefahren, die eine solche Strukturverflechtung in Krisenzeiten bedeutet, und den Vorgang der Konzentration des Kapitals. Das Land Braunschweig produzierte zeitweilig mehr als ein Drittel aller deutschen Gemüsekonserven, und schon vor 1914 verdiente die einheimische Landwirtschaft durchschnittlich rund 11 Mill. Mark nur durch Gemüse, das an die Konservenfabriken geliefert wurde. 1913 beschäftigten die 55 Fabriken des Landes 5 387 Arbeiterinnen und Arbeiter, 1928 gab es sogar 81 Fabriken mit über 7 000 Arbeitnehmern. Der kurz nach dem Kriege gegründete „Schutzverband der deutschen Konservenfabrikanten“ hatte eine Handelsgesellschaft aufgebaut, an die alle Fabrikanten Beiträge abführten, wofür die Gesellschaft alle nicht verkauften Konserven übernahm. Die Fabrikanten waren nämlich durch Anbau- und Abnahmeverträge verpflichtet, den Bauern ein feststehendes Angebot zu meist festen Preisen abzunehmen, so daß jede Überproduktion an Gemüse zu Lasten der Konservenfabriken ging. Wer zum Beispiel sollte in der Inflationszeit die 750 000 Dosen Spargel kaufen, die Braunschweigs Konservenindustrie anzubieten hatte? Die Spargelbauern aber hatten vor dem Kriege rund 6 Millionen Mark eingenommen<sup>8</sup>.

Die Konservenfabriken waren verständlicherweise die Hauptabnehmer der *Blechwarenindustrie*, teilweise waren sie direkt oder indirekt durch Beteiligungen an Aktiengesellschaften oder über andere Kapitalbindungen mit ihr verbunden. Es gab früher eine Firma unter dem Namen Karges, die sowohl für die Blechwaren- als auch für die Konservenfabriken die Maschinen baute. Eine andere Fabrik, Hammer, produzierte Maschinen für die in Braunschweig nicht minder bedeutsame Wurst- und Fleischwarenherstellung. 1899 schlossen sie sich in Form einer Aktiengesellschaft zur Karges-Hammer-Maschinenfabrik zusammen, um der Konkurrenz besser begegnen zu können, die u. a. die Blechwarenfabrik Bremer & Brückmann bedeutete, die ebenfalls Maschinen für die Konservenindustrie herstellte. Die Firma Bremer & Brückmann blieb Sieger, kaufte die Aktienmehrheit von Karges & Hammer und legte die Produktion zusammen. Aber während der kritischen Jahre der Kapitalkonzentration in der Mitte der Zwanziger konnte

---

<sup>8</sup> Weitere Einzelheiten bei Wöbeking, aber auch bei Struck.

auch Bremer & Brückmann nicht einem Vergleichsverfahren entgehen, fast gleichzeitig mit der Blechwarenfabrik Züchner in Seesen. Die konkurrierende Firma Schmalbach machte das Rennen und erhielt auf diese Weise auch entscheidenden Einfluß auf Karges & Hammer, ein Kapitalriese wuchs heran.

In der gleichen Zeit mußten andere Braunschweiger Großunternehmungen ihre Zuflucht zu damals weit größeren Kapitalgesellschaften nehmen: Die Braunschweigische Maschinenbauanstalt ging 1928 zu 51 % an die Eisen- und Stahlwerke AG Linden (Hannover), die Zementfabrik in Salder überantwortete 1927 ihre Aktienmehrheit der Norddeutschen Portland-Zementfabrik AG in Misburg bei Hannover, Voigtländer an den Schering-Kahlbaum-Konzern usw. usw. Wer den Anschluß an die Konzentration des Kapitals verpaßte, ging spätestens in der Weltwirtschaftskrise zugrunde, insbesondere mittlere und kleinere Betriebe hielten mit der Entwicklung nicht Schritt<sup>9</sup>. Gerade die mittleren und kleineren Gewerbe- und Industriebetriebe aber gaben der braunschweigischen Wirtschaft das Gepräge. Von den rund 100 000 Menschen, die in der Industrie arbeiteten, war jeder Dritte entweder in der Nahrungs- und Genußmittel- oder in der Maschinenbauindustrie beschäftigt. In den besonders krisengefährdeten Branchen der von der Landwirtschaft unmittelbar abhängigen Lebensmittelindustrie arbeiteten 1926 über 15 000 Arbeitnehmer, jeder Dritte davon in einem Klein- oder Mittelbetrieb, also in Firmen mit weniger als 50 Beschäftigten. Von den 385 Betrieben der Nahrungs- und Genußmittelindustrie der Vorkriegszeit waren in den ersten Nachkriegsjahren schon nicht weniger als 100 verschwunden. Zwar stieg die Zahl bis 1923 wieder auf 337, aber der Inflation fielen in kurzer Zeit wieder 36 zum Opfer<sup>10</sup>. Kritisch wurde die Weimarer Zeit auch für die *Zuckerfabriken*. Von den 31 Zuckerfabriken des Landes vor dem Kriege — schon damals waren übrigens nur 2 konzernfrei — waren 1928 nur noch 22 übriggeblieben, die aber auch unter der Konkurrenz ausländischen Zuckers (Kuba) zu leiden hatten. Aber die Landwirte hatten in diesen Fabriken einen beträchtlichen Teil ihres Vermögens, war doch fast jeder Rübenbauer Aktionär. 12 % des gesamten landwirtschaftlichen Nutzlandes gehörten den Aktionären der einheimischen Zuckerfabriken, das waren 17 626 ha. Im Kreise Wolfenbüttel war nahezu  $\frac{1}{3}$  der gesamten Ackerfläche dem Anbau von Rüben vorbehalten. In welche Schwierigkeiten mußten die Landwirte geraten, wenn die Fabriken die Rüben nicht mehr zu einem kostengerechten Preis abnehmen konnten und keine Möglichkeit bestand, die Gestehungskosten zu senken, einfach weil die landwirtschaftlichen Betriebe selbst zu klein waren, um unter den Verhältnissen rentabel zu erzeugen! Nur Großbetriebe, wie z. B. die 68 Domänen und Klostersgüter des Staates, die 12,5%

---

<sup>9</sup> 1926 befanden sich rund 65 % des deutschen Aktienkapitals — das waren etwa 13 von 20 Milliarden — in den Händen von nur ca. 2 000 Gesellschaften. Rund 10 000 konzernfreie Aktiengesellschaften verfügten über ein Kapital von rund 7 Milliarden. Über diese Konzentration berichtete die Zeitung „Der Deutsche“ am 8. 1. 1927, über die Zusammenhänge Näheres bei Bechtel.

<sup>10</sup> Diese und die folgenden Angaben nach den jeweiligen Jahresberichten der Gewerbeaufsichtsbeamten.



der landwirtschaftlichen Nutzfläche bewirtschafteten und etwa ein Drittel des Landesvermögens ausmachten, und die etwas über 100 Betriebe mit mehr als 100 ha hatten Aussicht, kritische Zeiten zu überdauern, in keinem Falle aber die 56 000 Kleinbetriebe mit weniger als 2 ha. Während die kleineren meist Gemüseanbau betrieben, also von der Konservenindustrie abhingen, hatten die größeren meist Getreide-, Zucker- oder Viehwirtschaft, waren also mit deren Industriezweigen verbunden.

Ähnlich wie in der Zuckerproduktion war die Situation in der *Getreideverarbeitung*: Es gab im Lande 175 Mühlenbetriebe, aber mehr als 160 davon waren Klein- und Familienbetriebe herkömmlicher Art. Indessen genügte nur eine Dampfmühle, die 1926 schon 114, 1930 sogar 131 Arbeiter beschäftigte, wirklich modernen Anforderungen. Auch von den 141 Molkereien im Lande zählten 130 zu den wenig leistungsfähigen Kleinbetrieben, die im Laufe der Zeit auf der Strecke blieben oder sich zusammenschlossen, um mit der modernen Milchverarbeitung Schritt zu halten <sup>11</sup>.

Wenn von rentablen, modernen und zeitgemäßen Produktionsformen die Rede ist, bedeutet das Mechanisierung, Rationalisierung und Automation, und das heißt: *Kapital*. Aber während 1913 das deutsche Kapitalvermögen noch 12,5 % des Volkseinkommens ausgemacht hatte, stellte es 1925 nur noch 2 %. Wenn man bedenkt, daß die deutsche Industrie im Vergleich zur amerikanischen fast 10 Jahre Fließbandproduktion nachzuholen hatte, wird verständlich, daß die Konzentration des Kapitals ein beinahe notwendiger Prozeß war. Nur leistungsfähige und kapitalkräftige Großbetriebe waren in der Lage, den Nachhol- und Anpassungsbedarf an Investitionsgütern zu decken. So konnte z. B. erst nach 1925 die Motorisierung in vollem Umfange beginnen, nachdem die Kaufkraft wiederhergestellt war <sup>12</sup>. Problematisch wurde aber die Motorisierung bei der Landwirtschaft. In den Jahren 1925 bis 1933 stieg z. B. in der deutschen Landwirtschaft die Zahl der Motorschlepper und Lastkraftwagen von 6 100 auf rd. 36 000 (nach Serafim), aber die Motorisierung lohnte sich nur auf großen Flächen und war nur sinnvoll, wenn sich die Investitionen amortisierten, d. h. wenn die Produkte gewinnbringend verkauft werden konnten. Je größer das Angebot, desto niedriger aber die Preise; niedrige Agrarpreise hoben die Kaufkraft der Bevölkerung, die um so stärker die Nachfrage nach industriellen Erzeugnissen anregte, die Industriepreise stiegen ebenso wie die Zinssätze auf dem Kapitalmarkt. Der Kreislauf mußte um so katastrophaler zusammenbrechen, je anfälliger die einzelnen Glieder in diesem Strukturzusammenhang waren. In der Braunschweiger Wirtschaft waren fast alle Glieder schwach, weil in den Städten ebenso wie in den Landgemeinden die schwachen Zwischenglieder besonders zahlreich waren, nämlich die kleinen Kaufleute und Handwerker. Wenn in Braunschweig (1925) 31,6 % der Er-

---

<sup>11</sup> Die braunschweigische Landwirtschaft produzierte ca. 1,55 Millionen Liter pro Jahr bei einem Bestande von rund 60 000 Kühen. Zur gleichen Zeit belief sich die deutsche Gesamterzeugung auf etwa 21 Millionen Liter. Nach: Wirtschaft und Statistik, 10. Jg. 1930. Herausgegeben vom Statistischen Reichsamt, S. 178.

<sup>12</sup> 1921 gab es im ganzen Lande Braunschweig erst 547 Personen- und 192 Lastkraftwagen, 1925 rund 1 500 Personen- und über 500 Lastkraftwagen. Beiträge zur Statistik N. F. Nr. 5., S. 39.

werbstätigen selbständig waren, der Anteil der Arbeiter aber nur 33,4 % betrug, dann ist das ein deutliches Zeichen für die bürgerlich-mittelständische Sozialstruktur des Landes, da der relative Anteil der Landwirtschaft an der Erwerbstätigkeit geringer war als im Reiche oder gar in Niedersachsen <sup>13</sup>. So gab es z. B. noch 1930 im Lande annähernd 15 000, in der Stadt Braunschweig davon allein nahezu 4 000 selbständige Handwerksbetriebe. Die wirtschaftliche Bedeutung von Handel und Verkehr geht allein aus der Tatsache hervor, daß diese Bereiche im Jahre 1927 331 Millionen Mark Umsatzsteuer aufbrachten, die braunschweigische Industrie den vergleichsweise niedrigen Betrag von 532 Millionen, die Landwirtschaft allerdings nur 95 Millionen. In der Weltwirtschaftskrise stellte sich aber heraus, daß die mittelständische Struktur überholt war.

Ohne Zweifel hat zur ungesunden Konservierung einer wandlungsbedürftigen Wirtschafts- und Sozialordnung auch die Politik der Weimarer Republik beigetragen, auch z. B. die Tatsache, daß alle Bestrebungen zu einer territorialen Neugliederung der Länder unter dem Namen einer „Reichsreform“ in Ausschüssen und Denkschriften versandeten. Die Weimarer Verfassung blieb in verhängnisvoller Weise auf halbem Wege stehen, indem sie die alte Staatenordnung des Reiches nicht antastete. Das trug nicht unwesentlich zum Schicksal der Republik bei, denn als Sprungbrett für Kommunisten und Nationalsozialisten zur Macht haben die Länder immer wieder das Reich vor ernste Belastungsproben gestellt. Als Bismarck in der Reichsverfassung von 1871 den im Bundesrat vertretenen Fürsten fast alle gesetzgeberischen Rechte zugestand, zerstreute er dadurch die Befürchtungen mancher Monarchen, der neu eingerichtete Reichstag könne vielleicht die liberalen Bestrebungen auf Mitregierung des Volkes legalisieren wollen. Um so hartnäckiger hielten die Landesherren außer an den Grenzen und Rechten ihrer Länder auch

<sup>13</sup> Nach: Beiträge zur Statistik N. F. 8. Danach waren 28,2 % der Erwerbstätigen (= rund 94 000 Personen) in der Landwirtschaft tätig, 30,2 % in Industrie und Gewerbe, 22,2 % im Handel und Verkehr und 17,2 % in der Verwaltung und in freien Berufen. Zum Vergleich: Niedersachsen und das Reich (nach: Die Wirtschaftsstruktur im Bereich des Landesarbeitsamtes Niedersachsen):

	<i>Niedersachsen</i>	<i>Reich</i>
Landwirtschaft	38,5 %	30,5 %
Industrie, Gewerbe	33,3 %	41,4 %
Handel und Verkehr	16,6 %	16,5 %
Verwaltung und Sonstige	11,6 %	11,6 %

Allerdings haben sich die Verhältnisse in Braunschweig bis 1933 offenbar noch einmal erheblich geändert. Die Berufsstatistik im „Ortschaftsverzeichnis des Landes Braunschweig“ gibt für Landwirtschaft 18,8 % (= 96 228 Personen) und für Industrie und Handwerk 38,1 % der Erwerbstätigen an. Außerdem sind die Verhältnisse in den verschiedenen Landkreisen sehr unterschiedlich. Im Kreise Helmstedt waren z. B. 42,1 % in der Landwirtschaft tätig (Industrie und Gewerbe: 37,1 %), im Landkreis Braunschweig 22,3 % in der Landwirtschaft und 45,1 % in der Industrie und im Gewerbe. In der Industrie dominierten die Nahrungs- und Genussmittelindustrie mit etwa 18 % der Beschäftigten und der Maschinenbau (rund 15 %), gefolgt vom Baugewerbe, danach Bekleidungs- und Holzgewerbe, Steine und Erden, Eisen- und Metallgewinnung, Textilindustrie, Bergbau, Druck und Papier, Chemische Industrie und schließlich Elektrotechnik und Optik. Zählung vom 16. Juni 1933.

durchweg am Dreiklassenwahlrecht und anderen Einrichtungen des Ständestaates fest. Die Folge davon war, daß sich die Revolution an der Verfassungsfrage heißrieb und schließlich entzündete. Auch in Braunschweig leitete der Kampf um das Dreiklassenwahlrecht den Untergang des alten Herzogtums ein.

Die braunschweigische *Verfassung* entsprach in keiner Weise der bürgerlichen Gesellschaftsstruktur der Vorkriegszeit. Nach der 1899 abgeänderten Wahlordnung sollte jede der drei Klassen  $\frac{1}{3}$  des Gemeindesteueraufkommens repräsentieren. Das Land war in 15 Stadt- und 15 Landbezirke aufgeteilt, die je einen Abgeordneten zu wählen hatten. Dieser Abgeordnete wurde von Wahlmännern gewählt, die die drei Klassen zuvor in getrennten Wahlen ermittelt hatten. Die Landesversammlung setzte sich aus diesen 30 Bezirksabgeordneten und 18 Vertretern der Berufsstände zusammen, die der Einkommensteuer entsprechend unterschiedlich stark vertreten waren: Die höchste Steuergruppe, zumeist Großindustrielle und Großkaufleute, stellte 5 Abgeordnete, die Großgrundbesitzer und die sog. wissenschaftlichen Berufe erhielten 4, die größeren Gewerbetreibenden 3 und schließlich die Geistlichen 2 Vertreter. Die Existenz der Arbeiterschaft hatte diese Verfassung überhaupt nicht zur Kenntnis genommen. Kein Wunder, daß die Sozialdemokratie sie rundheraus ablehnte und das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht forderte. Aber nicht einmal der bürgerliche Mittelstand, die zu dieser Zeit bedeutsamste Gesellschaftsschicht, konnte mit einer solchen Zusammensetzung zufrieden sein. Unter dem Druck dieser Gruppen entschloß sich der Regent im Januar 1912 endlich zu einer neuen Vorlage, die eine Klasseneinteilung nach der Höhe der direkten Staatssteuern vorsah. Aber für solche Reförmchen war es jetzt zu spät: Im gleichen Jahre wurde die Sozialdemokratische Partei stärkste Fraktion im Deutschen Reichstage, in dem Braunschweigs Arbeiterschaft durch *Otto Antrick* vertreten war.

Auch der junge Welfenherzog Ernst August tat nichts, um die Landesverfassung den sozialen und politischen Erfordernissen anzupassen, und sei es auch nur, um seine Herrschaft vor der drohenden Revolution zu schützen. Wie sein Schwiegervater erwachte auch er erst im letzten Kriegsjahre, als die Revolution auch durch weitergehende Zugeständnisse nicht mehr aufzuhalten war. Im Februar 1918 stellte eine Regierungsvorlage das allgemeine und gleiche Wahlrecht in Aussicht, wie es verlautete, als Anerkennung dafür, daß sich im Kriege alle Schichten des Volkes gleichermaßen bewährt hätten. Aber es sollte nur für die 30 Abgeordneten der Bezirke gelten, während die 18 Vertreter der Berufsstände im Prinzip erhalten bleiben sollten. Allerdings sollte die Gruppe der Höchstbesteuerten durch Vertreter der öffentlichen Körperschaften ersetzt werden, d. h. der Landwirtschafts-, der Handels-, der Handwerks- und der noch einzurichtenden Arbeitskammer. Die „Vereinigung des selbständigen Mittelstandes“ rechnete aus, daß die von ihr vertretenen Gruppen der Kaufleute und Handwerker durch bestenfalls 6 von insgesamt 48 Abgeordneten repräsentiert würden. Das aktive Wahlrecht der Gewerbetreibenden für ihre 4 Mandate sollte außerdem noch auf diejenigen beschränkt werden, die mindestens 45 Mark Gewerbesteuer im Jahr aufbrachten. Die Vereinigung behauptete, daß viele Betriebe dazu nicht in der Lage seien, weil das „Großgewerbe“ den Mittelstand durch seine Konkurrenz

bedrohe. Auch werde der landwirtschaftliche Grundbesitz gegenüber dem städtischen bevorzugt, wie der Haus- und Grundbesitzerverein warnend hervorhob. Die Vereinigung gab ihrer Empörung über den Gesetzentwurf in einer Denkschrift Ausdruck, die im März 1918 dem Ministerium vorgelegt wurde<sup>14</sup>. Nun war der Landesversammlung noch keineswegs die Rolle einer Legislative zugeordnet, so daß nicht der geringste Fortschritt in Richtung auf Mitverantwortung der Volksvertreter erkennbar wurde. Für die Sozialdemokratie war diese Regierungsvorlage deshalb völlig indiskutabel. Für sie gab es nur das Ziel, die berufsständischen Vertretungen ganz abzuschaffen und das allgemeine Wahlrecht durchzusetzen. Aber gerade das wünschte der bürgerliche Mittelstand unter keinen Umständen: Es stehe fest, so heißt es in der Denkschrift, daß dann „der selbständige Mittelstand an Einfluß hinter allen größeren Berufsständen, insbesondere hinter der Arbeiterschaft, weit zurückstehen müßte“. Die Absichten der „Vereinigung“ beschränkten sich darauf, 3 Mandate für den städtischen Grundbesitz und 2 Mandate für Gewerbetreibende unter der 45-Mark-Grenze zu fordern. Davon, daß der gesamten Arbeiterschaft in der Landesversammlung nur ein Abgeordneter zugemutet werden sollte, sprach die Denkschrift nicht.

Im Juni 1918 legte die Landesversammlung selbst einen Vorschlag vor: 29 Abgeordnete aus allgemeinen Wahlen und 29 Vertreter aus berufsständischen Sonderwahlen. Die alte Gruppeneinteilung sollte im Prinzip erhalten, aber doch in bemerkenswerter Weise modifiziert werden. Es sollte nun eine Gruppe der Grundbesitzer in Stadt und Land geben, der 7 Vertreter zugewilligt wurden, die Gewerbetreibenden sollten, ohne Steuer-grenze, 5 und die Lehrer und Beamten 2 Abgeordnete stellen. Während immerhin die Existenz der Angestellten zur Kenntnis genommen war, denen ein Mandat zugewilligt wurde, war von einer berufsständischen Vertretung der Arbeiterschaft aus einem besonderen Grunde nicht die Rede. Es hieß nämlich, daß die Arbeiterschaft infolge ihrer zahlenmäßigen Überlegenheit ohnehin den größten Teil der 29 allgemeinen Mandate erringen werde, so daß die 29 Berufsvertreter das bürgerliche Gegengewicht gegen die von der Sozialdemokratie angestrebte sozialistische Politik bilden müßten. Auf diese Weise sollte es niemals eine sozialistische Mehrheit geben können, selbst wenn dem Parlament das Recht der Gesetzgebung zufallen könnte<sup>15</sup>.

Im Sommer 1918, als draußen die Fronten zusammenbrachen, wurde die innenpolitische Diskussion durch die Verfassungsfrage beherrscht. Es wurde vorgeschlagen und verhandelt, verworfen und protestiert, bis die Revolution zum Sturm ansetzte. Am 5. No-

---

<sup>14</sup> „Eingabe der Vereinigung des selbständigen Mittelstandes zu dem Gesetzentwurf über die Neugestaltung der Landesversammlung“, März 1918. Gedrucktes Exemplar im Besitz des Verfassers.

<sup>15</sup> Großkundgebung des selbständigen Mittelstandes am 9. 6. 1918, auf der u. a. Dr. Roloff über die Verfassungsfrage sprach. Abdruck der Reden u. a. in der Braunschweigischen Hausbesitzer-Zeitung, 12. Jg. Nr. 7, Juli 1918, ferner in der „Schutzwehr“, Organ des selbständigen Mittelstandes. Berichte in der Braunschweigischen Landeszeitung vom 10. Juni 1918, und in den Braunschweigischen Neuesten Nachrichten vom 11. Juni 1918.

vember verlangten die Sozialdemokraten, die Fortschrittliche Volkspartei, das Zentrum und sogar die „Vaterländischen Vereine“ noch einmal von der braunschweigischen Regierung, das Reichstagswahlrecht zu übernehmen. Aber der Herzog genehmigte lediglich zwei weitere Arbeitervertreter für die Landesversammlung, und das in einem Augenblick, in dem der Kieler Aufstand bereits auf Hamburg übergegriffen hatte und die ersten Agitatoren auf dem Wege nach Braunschweig waren. Zwei Tage später, am 8. November, konnten die Stunden der Monarchie bereits nach Minuten gezählt werden, da ließ der Herzog eilig bekanntgeben, daß es fortan in Braunschweig keine berufsständischen Sonderwahlen mehr geben werde und das Reichstagswahlrecht eingeführt sei. Zu spät! Sechs Stunden später ging der Sowjetstern über dem Lande auf, das der letzte Welfe den Braunschweigern hinterließ. Fortan bestimmten seine ehemaligen Untertanen durch ihre Stimmabgabe das Schicksal des Landes. Wenn dem Volke dazu die Erfahrung und Reife fehlte, dann trug das alte Regime noch weit über seine Zeit hinaus die Verantwortung dafür. Ernst August hatte dem Welfengeschlecht keinen glänzenden Abgang verschafft.

## II. DIE REVOLUTION — AUGUST MERGES

1. November 1918! Im deutschen Hauptquartier, wo soeben Generalleutnant Groener die Nachfolge Ludendorffs antrat, und in Berlin, wo das Kabinett zur selben Stunde die „Kaiserfrage“ erörterte, ergaben die sich überstürzenden Meldungen nur eine Gewißheit: die Donaumonarchie, um deren Größe und Existenz das große Völkerringen begonnen worden war, ist zusammengebrochen! In Ungarn rief Karolyi die Republik aus, Waffenstillstandsverhandlungen mit Italien wurden eingeleitet, nachdem die Türkei bereits am Vortage den aussichtslos gewordenen Kampf aufgegeben hatte. Damit begann auch die Schicksalsstunde des Kaiserreiches. In letzter Stunde versuchte die Regierung, wenigstens die drohende Revolution abzuwenden. Erst am 28. Oktober hatte der Kaiser durch Änderung der *Reichsverfassung* und das „Gesetz betr. die Stellung des Reichskanzlers“ dem Reichstage den Kanzler überantwortet und das Recht der Ministerwahl zugestanden<sup>16</sup>. Der Kaiser glaubte damit, „grundlegende Rechte“ von seiner Person auf das Volk übertragen und den demokratischen Wünschen Rechnung getragen zu haben. „Anstelle der obrigkeitlichen Aufsicht ist für jeden die Verantwortlichkeit vor dem deutschen Volke und dem Gewissen getreten“, kommentierte die Regierung. Aber mehr noch: „Dem Grundgedanken der Neuordnung unseres Staatswesens entspricht es, wenn dem deutschen Volke in weitherzigster Weise das Recht zur freien Meinungsäußerung in Wort und Schrift gegeben wird. Unbehindert soll es seine Wünsche und Klagen zum Ausdruck bringen können.“ Allen Ernstes waren Kaiser und Regierung davon überzeugt, jeglichen revolutionären Strömungen den Wind aus den Segeln genommen zu haben. Erleichtert nannte Reichskanzler Max von Baden die Verfassungsreform „eine wirkliche, aber Gott sei Dank unblutige Revolution“, und selbst Erzberger war überzeugt, daß der Kaiser nicht nur bleiben könne, sondern bleiben müsse. Nur die SPD blieb dabei, daß der Kaiser der Aussicht auf erträgliche Waffenstillstandsbedingungen im Wege stünde<sup>17</sup>.

An diesem letzten Sonntage, an dem der Aufruf des Kaisers in den Zeitungen veröffentlicht wurde, versammelten sich die Braunschweiger Sozialdemokraten im „Wilhelmsgarten“, um einen bedeutenden Besucher zu hören: Reichstagsabgeordneter Gustav Noske,

<sup>16</sup> Reichsgesetzblatt 1918 Nr. 144, abgedruckt in: Ursachen und Folgen, Bd. 2, Dok. Nr. 394, S. 367. Zum folgenden auch Erzbergers Richtlinien zur Kaiserfrage. Dok. Nr. 495. Die Texte der Aufrufe und Gesetze auch in den Tageszeitungen vom 2. und 3. November.

<sup>17</sup> Scheidemann am 29. 10. 1918 in einem Schreiben an den Reichskanzler, Ursachen und Folgen, Bd. 2, S. 548 f.

wenig später Reichswehrminister, forderte kategorisch, der Kaiser müsse die Konsequenzen ziehen und abdanken. Die Sozialdemokraten würden dann „in ruhiger organisatorischer Arbeit“ eine wirkliche Demokratie aufbauen und in ihr den Sozialismus zu erreichen suchen. Eindeutig und entschieden würden sich aber die Sozialdemokraten dem Bolschewismus entgegenstellen. Diese Worte, in einer disziplinierten Versammlung in einer Saale gesprochen, richteten sich auch an die Adresse der Unabhängigen Sozialdemokraten, die eine sozialistische Räterepublik durch revolutionären Umsturz erstrebten und sich zur gleichen Stunde zu Tausenden auf dem Leonhardplatz versammelten: Der Spartakistenführer Karl *Liebknecht*, eben gerade aus dem Gefängnis entlassen und aus diesem Grunde telegrafisch beglückwünscht von Lenin, Swerdlow und Stalin, sollte die Marschroute für die sozialistische Revolution verkünden. Lenin und die sowjetischen Machthaber setzten ihre ganze Hoffnung auf Liebknecht, denn von der deutschen Arbeiterschaft erwarteten sie die eigentliche proletarische Revolution, die sich mindestens über ganz Mittel- und Osteuropa ausdehnen sollte. Mit dieser Hoffnung hatte Lenin ein Jahr lang auch seine eigenen Mitkämpfer bei der Stange gehalten, die wohl spürten und wußten, daß die russische Oktoberrevolution nicht der Revolutionslehre von Karl Marx entsprach. Nun also sollte die Weltrevolution von Deutschland aus beginnen<sup>18</sup>.

Hier Noske — dort Liebknecht! Das wäre ein symbolisches Zusammentreffen gewesen! Aber Liebknecht kam nicht. An seiner Stelle verkündete Braunschweigs Spartakistenführer August *Merges*, daß die Übernahme der Macht durch die Klasse der Werktätigen unmittelbar bevorstehe. Die Arbeiter- und Soldatenräte seien die Vollzugsorgane der revolutionären Klasse, Voraussetzung für ihre Machtübernahme sei der Generalstreik der Arbeiter und die Meuterei der Soldaten. Nach diesen Worten setzte sich die Masse zu einem Demonstrationszug zum Hagenmarkt in Bewegung, wo Merges sie mit den Worten entließ: „Vielleicht schon in den nächsten Tagen wird man euch wieder gebrauchen!“ Es ist anzunehmen, daß Merges zu dieser Stunde bereits wußte, daß wenige Stunden später in Kiel die Meuterei der Matrosen beginnen sollte und Liebknecht daher Wichtigeres zu tun hatte, als in Braunschweig zu sprechen. Nach Kiel wurde wenige Stunden später auch Gustav Noske gerufen, weil man nur ihm zutraute, die meuternden Soldaten zur Ordnung zurückzurufen. Zur gleichen Stunde trugen Angehörige der russischen Botschaft in Berlin Aufrufe an die Arbeiter und Soldaten in ihrem Gepäck nach Deutschland, deutliche Anzeichen dafür, daß hinter dem Telegramm Lenins an Liebknecht mehr stand als nur die Freude über das Ende seiner Haft. Alles kam in dieser Stunde darauf an, wer die bewaffnete Macht der Armee für sich einsetzen konnte. Getreu den Leninschen „Lehren der Revolution“ von 1917 forderte der „Vollzugausschuß der revolutionären Betriebsobleute“ unter Führung von Karl Liebknecht und Wilhelm Pieck: „Alle Macht den Räten!“ Die Sozialdemokraten unter Führung von Friedrich Ebert und Philipp Scheidemann bereiteten sich stattdessen darauf vor, die Regierungsgewalt unmittelbar aus den Händen ihrer

---

<sup>18</sup> Berichte über beide Versammlungen im „Volksfreund“ und in der Br. Landeszeitung vom 4. 11. 1918.

früheren Inhaber entgegenzunehmen. Die tiefergehende Frage war die, welche Partei die Arbeiterklasse repräsentierte, die USPD oder die SPD.

Der dramatische Schicksalskonflikt unter den Sozialisten begann, als am 9. November Ebert Reichskanzler wurde und der Arbeiter- und Soldatenrat trotzdem zur gleichen Stunde den *Generalstreik* beschloß. „Die Macht muß benutzt werden, um den alten Staatsapparat restlos zu zerschlagen“, hatte Lenin aus den Erfahrungen der russischen Revolution gelernt<sup>19</sup>. Die Schuld an dem blutigen Konflikt unter den Marxisten hatte niemand anders als Marx selbst. Er war überzeugt gewesen, daß die Revolution die volle Ausreifung der kapitalistischen Gesellschaft mit ihren Produktionsmethoden voraussetze und daher nur auf dem Höhepunkt der kapitalistischen Entwicklung erfolgen könne. Das Proletariat müsse leistungsfähige und hochentwickelte Produktionsverhältnisse übernehmen können, weil nur unter solchen Bedingungen die sozialistische Gesellschaft ihre Bedürfnisse befriedigen könne. Marx hatte sogar einmal sehr drastisch bemerkt, daß bei einer Revolution in der Zeit einer zusammengebrochenen Wirtschaft „die ganze Scheiße sich herstellen müßte“<sup>20</sup>. Zum zweiten setzte Marx voraus, daß die Verschärfung der Klassengegensätze aus dem Proletariat eine zahlenmäßig weit überlegene Klasse machen werde<sup>21</sup>. An eine Aufgliederung dieser Klasse in mehrere Parteien hat er nie gedacht, auch nicht daran, daß selbst in einer hochindustrialisierten Gesellschaft die Arbeiterschaft niemals die „ungeheure Mehrzahl“ der Bevölkerung ausmachen würde. Marx glaubte, daß die zu seiner Zeit noch existierende bürgerliche Mittelschicht der kleinen Industriellen, Handwerker, Kaufleute, Bauern und die Gruppe der selbständigen Akademiker trotz des Versuchs, die Existenz gegen die Bourgeoisie zu verteidigen, „den ihnen bevorstehenden Übergang ins Proletariat“ nicht werde verhindern können, eine absolute Fehlprognose!

Lenin hatte schon lange den Glauben an die Diktatur des Proletariats als der Herrschaft einer zahlenmäßig überlegenen Klasse aufgegeben und stattdessen die Macht der Partei als einer qualifizierten revolutionären Minderheit in der Führerrolle proklamiert. Auch glaubte er nicht mehr daran, daß die Arbeiter allein wegen ihrer Klassenzugehörigkeit revolutionär seien. Deswegen ersann er die Theorie von den Arbeiterverrättern und den von den Kapitalisten bestochenen Gewerkschaften. Ebert konnte sich darauf berufen, daß die Sozialdemokraten als die stärkste Arbeiterpartei nun die Führung übernehmen mußten, die Kommunisten wandten auf die SPD und die Gewerkschaften Lenins Verrätertheorie an. Dazwischen aber standen nun, 1918, die Unabhängigen Sozialdemokraten. Rosa Luxemburg jedenfalls lehnte entschieden die Übernahme der Macht durch eine kleine

---

<sup>19</sup> Lenin: Von der Allmacht der Räte und den Aussichten der Weltrevolution, zuerst veröffentlicht September 1917 in „Rabotschij Putj“, abgedruckt in: Urkunden zur Politik unserer Zeit, Handbuch der Politik, Berlin 1926, Bd. 6, S. 319 f.

<sup>20</sup> Aus Marx-Engels, Die deutsche Ideologie, Bd. 3, zit. nach Wolfgang Leonhard, Sowjetideologie heute, Fischer Bücherei Bd. 461, S. 108.

<sup>21</sup> „Die proletarische Bewegung ist die selbständige Bewegung der ungeheuren Mehrzahl im Interesse der ungeheuren Mehrheit“, hieß es im Kommunistischen Manifest.



revolutionäre Minderheit ab, weil dies Terror und Gewalt bedeutete<sup>22</sup>. Sie glaubte sich in Übereinstimmung mit den Lehren von Marx, wenn sie überzeugt war, daß nun eine lange Periode des zugespitzten Klassenkampfes beginnen werde, an deren Ende ein geeintes Proletariat „fast ohne Gewalt“, mindestens aber mit Zustimmung der großen Mehrheit des Volkes siegen und zum Sozialismus übergehen werde. Ein in drei Parteien gespaltenes Proletariat könne allerdings niemals den Sieg erringen, und deshalb lehnte Rosa Luxemburg auch die Gründung der KPD ab. Der Spartakusbund sollte nach ihrer Meinung die Führung in der USPD übernehmen, die sie für die Partei der Mehrheit des Proletariats hielt. In den Führern der Sozialdemokratie sah sie aber ebenso wie die Kommunisten Klassenverräter, die mit Hilfe der reaktionären Armee die Revolution unterdrücken wollten. Für die USPD war daher in diesem Augenblick ein Machtkampf gegen Ebert, Scheidemann und Noske nicht zu vermeiden, aber „die Revolution“ im Sinne von Marx konnte das noch nicht sein.

Ich habe diese Darlegungen vorangestellt, weil sich in Braunschweig der Kampf zwischen diesen beiden sozialistischen Gruppen in besonders dramatischer Weise abgespielt hat, aber an Klarheit verlor, seit die beiden großen Repräsentanten, Liebknecht und Luxemburg, nicht mehr lebten. Vor diesem Hintergrund nur werden die Ereignisse in Braunschweig während der ersten Jahre nach 1918 verständlich. Kurz vor Ausbruch der deutschen Revolution, am 18. Oktober 1918, hatte Lenin an den Spartakusbund telegraphiert, was er von ihm erwartete: „Wir hoffen alle mit Zuversicht, daß die deutsche sozialistische proletarische Republik bald entscheidende Schläge dem Weltimperialismus bringen wird.“<sup>23</sup> Obwohl ein verlorener Krieg und eine zusammenbrechende Wirtschaft im Sinne der Lehre von Marx und Engels eine denkbar schlechte Voraussetzung für eine proletarische Revolution boten, durften die Unabhängigen doch nicht zulassen, die alte kaiserliche Armee zu einem Instrument der sozialdemokratischen „Konterrevolution“ werden zu lassen. Aus diesem Grunde waren sie bemüht, nicht nur in Berlin die Macht an sich zu reißen, sondern auch — möglichst noch vorher — in den Ländern. Wenn es gelang, in den Ländern die Fürsten durch Arbeiter- und Soldatenräte zu ersetzen, die hier die Macht ausübten, konnten sie als Vorposten der Räterepublik notfalls auch als Druck auf die Reichsgewalt benutzt werden. Diese Taktik der Spartakisten, die Länderstruktur des Reiches für die Revolution auszunutzen, bestimmte die Rolle, die August Merges in dem nun beginnenden Drama der Novemberrevolution spielen sollte. Bereits wenige Tage später war Braunschweig eine der wenigen Hoffnungen, die den Kommunisten und Unabhängigen geblieben war, als sich herausstellte, daß Liebknechts Versuch, die Räterepublik zu proklamieren, an dem Bündnis zwischen Ebert und der Obersten Heeresleitung gescheitert

<sup>22</sup> Nach Ruth Fischer, *Stalin und der deutsche Kommunismus* (Frankfurt a. M. o. J.) S. 89 ff. Hierin ausführlich zitiert aus R. Luxemburg: *Was will der Spartakusbund?*

<sup>23</sup> Ursachen und Folgen, Bd. 2 Dok. Nr. 482, S. 592. Nach Ruth Fischer schrieb Lenin (Sämtl. Werke XXII, S. 182): „Der Sieg Liebknechts, der möglich und unvermeidlich sein wird, sobald die deutsche Revolution heranreift, wird uns von allen internationalen Schwierigkeiten und auch von einem revolutionären Kriege befreien.“

war. Die Sozialdemokratische Partei erkannte nach den Erfahrungen von Kiel und Hamburg, wo am 6. November ein spartakistischer Generalstreik fast das gesamte wirtschaftliche Leben gelähmt hatte, daß die USPD im Begriff war, die Massen der Arbeiter und Soldaten in die Hand zu bekommen. Während sie in Berlin durch Scheidemann und seine Freunde sofort die notwendigen Gegenmaßnahmen einleitete, ging in Braunschweig die Initiative auf Merges und seine Freunde über.

Am Abend des 6. November trafen, von Hannover kommend, die Agitatoren der meuternden Matrosen in Braunschweig ein, um das Signal zum Losschlagen zu geben. In den frühen Morgenstunden des 7. November erschienen sie, unterstützt von den braunschweigischen Spartakisten, in den Fabriken und Kasernen. Der Generalstreik stand unmittelbar bevor.

In der Innenstadt, vor den Kasernen und den Fabriken brodelten Menschenmassen, ungeordnet zwar und ohne Gewalttätigkeiten, so daß „die Bürger friedlich ihres Weges ziehen konnten“ — wie die Landeszeitung am nächsten Tage erleichtert zu melden wußte — aber gegen Abend zeichneten sich doch planmäßige Aktionen ab. In der Nähe des Schlosses formierte sich ein Zug von einigen hundert meuternden Soldaten, die nun bei ihrem Marsch durch die Innenstadt alle Soldaten von der Straße und aus den Lokalen weg in ihre Reihen zwangen. Ziel war das Gefängnis am Rennelberg; die wahllos befreiten Gefangenen wurden dann auf dem Hagenmarkt gefeiert (wobei man übrigens feststellte, daß man die Frauenabteilung vergessen hatte, was folglich nachgeholt werden mußte) und schließlich im beschlagnahmten Parkhotel untergebracht. Inzwischen besetzte eine Gruppe bewaffneter Soldaten den Hauptbahnhof und übernahm die Kontrolle des gesamten Militärverkehrs, ließ aber den zivilen Verkehr unangetastet. Dann lösten meuternde Gruppen die Wachen am Schloß und im Paketpostamt ab, die Polizeiwachen wurden entwaffnet, der Herzog war Gefangener der Revolutionäre, deren Stärke beträchtlich gewachsen war. Nun konnten die Kasernen am Altewiekring und am Fallersleber Tore zur Übergabe gezwungen werden und die Aufständischen sich die Waffen und die Munition aneignen. Sie waren im Besitz der tatsächlichen Macht. Noch am gleichen Abend konstituierte sich ein provisorischer Arbeiter- und Soldatenrat.

Der 8. November begann trotzdem anders, als sich die meisten Bürgerlichen den Tag der großen sozialistischen Revolution vorgestellt hatten, nämlich völlig normal. Fast alle Geschäfte hatten geöffnet, die Hausfrauen kauften ihre Tagesration, die Arbeiter gingen zur gewohnten Stunde in die Fabriken oder benutzten dazu die Straßenbahn, Angestellte setzten sich auf ihre Büroschemel, und Beamte nahmen wie gewohnt ihre Akten vor. Aber in den Fabriken warteten die Agitatoren der Spartakisten auf die Arbeiter: Generalstreik! Um 7 Uhr früh bewies ein merkwürdiges Schauspiel in der Innenstadt, daß der Ablauf dieses Tages sorgfältig geplant war; denn vor dem Gebäude der sozialdemokratischen Zeitung „Volksfreund“ erschien eine bewaffnete Gruppe der USPD und setzte sich kurzerhand in den Besitz von Verlag und Druckerei, in der richtigen Erkenntnis, daß man während einer Revolution Papier und eine Druckerei brauche. Bezeichnenderweise

richtete sich das erste revolutionäre Unternehmen gegen die Mehrheitssozialisten. Nachdem sich 1917 die Sozialdemokratische Partei gespalten hatte, war der „Volksfreund“ durch ein Gerichtsurteil der MSPD zugesprochen worden, und nun holte August Merges dieses „der Braunschweiger Arbeiterschaft im April 1917 geraubte Eigentum“ zurück: „Einige Soldaten mit umgehängten Flinten und roten Armbinden schienen als Ordner zu amten. August Merges stand vor der Tür auf einem Tische und hielt eine Rede. Der große Moment hätte mich eigentlich überwältigen müssen, aber ich konnte mir nicht helfen, ich mußte lachen, als ich sah, daß der kleine, gute krumme August, der in seinem Leben noch keine Fliege getötet, sich einen großen Revolver in einem schwarzen Futteral umgeschnallt hatte. Er nahm im Namen der Diktatur des Proletariats Besitz von dem roten Schloß und der „Volksfreund“-Druckerei, d. h. von dem der alten Sozialdemokratischen Partei gerichtlich zuerkannten Eigentum.“<sup>24</sup> Der spöttische Realist, der diese Szene mit gewandter Feder festhielt, kannte den neuen Herrn von Braunschweig aus alten „Volksfreund“-Tagen, als Merges noch Expedient dieser Zeitung war, die er jetzt als „Republikanisches Organ für Braunschweig und Umgebung“ seiner Revolution nutzbar machte. Zwar läßt die Schilderung dieser Tat nichts ahnen von der demagogischen Redegewandtheit des Kunststoppers August Merges, mit der er die Arbeitermassen zu bewegen verstand, dafür aber um so mehr von dem manchmal grotesk anmutenden Pathos des großen Moments der sozialistischen Revolution, für den dieser kleine und verwachsene Schneider gelebt und gearbeitet hatte. Der in diesem Augenblick 48 Jahre alte Führer der braunschweigischen Spartakisten stammte aus dem Saarland, wo er am 3. März 1870 in Malstadt-Burbach geboren wurde. Anfang der neunziger Jahre hatte er sich als Schneider in Delligsen, Kreis Gandersheim, niedergelassen und einige Jahre später die Verwaltung eines Gewerkschaftshauses in Alfeld übernommen. Nach vorübergehendem Aufenthalt in Hildesheim war er dann 1911 als Expedient zum braunschweigischen „Volksfreund“ gekommen, wo er dann auch jenen Redakteur kennenlernte, der den großen Tag im Leben dieses kleinen Revolutionärs beschrieben hat, nämlich *Richard Wagner*.

Welch ein Unterschied zwischen diesen beiden Männern! Merges ein gutmütiger und im Grunde friedfertiger Idealist, dessen ehrlicher Glaube an eine bessere und gerechtere Gesellschaftsordnung auch durch persönliche Enttäuschungen und Leiden nicht erschüttert werden konnte, und trotz seiner Intelligenz von vielen seiner Gegner weniger ernstgenommen als seine beiden Mitkämpfer Sepp Oerter und Richard Wagner — auf der anderen Seite der zigeunernde Journalist Wagner aus dem hessischen Kleinstädtchen Lauterbach am Vogelsberg, der geborene Schreibtischrevolutionär. Er hatte als Angestellter bei der Post angefangen und es sogar zum Beamten gebracht, ehe er wegen seiner sozialistischen Haltung und Gesinnung entlassen wurde, die er in lockeren und scharfen Worten kundzutun pflegte. Er stellte sich bereitwillig und geschickt als Schriftsteller und Redakteur in den Dienst der Sozialdemokratischen Partei und lernte dabei zahlreiche Führer der deutschen Arbeiterbewegung kennen. Kurz vor dem Kriege holte ihn die

<sup>24</sup> homo (Richard Wagner), *Zigeunerblut im Aktenschrank*, S. 219 f.

braunschweigische SPD in die Redaktion ihres „Volksfreundes“, dem er sein persönliches Gesicht zu geben suchte. Aber seine oft radikale und rücksichtslose Aggressivität mißfiel offenbar selbst einem Teil seiner Parteifreunde. Wenigstens beklagt er sich in seiner Autobiographie darüber, daß einige seiner Genossen ihn ausbooteten, als er wegen eines Artikels im Jahre 1914 von der herzoglichen Regierung verhaftet wurde. Während des Krieges hatte dieser anpassungsfähige Beherrscher des Wortes für eine ausgesprochen rechtsstehende Zeitung gearbeitet. Einer seiner Kollegen aus dieser Zeit, der Redakteur der „Braunschweigischen Landeszeitung“ Hermann Schroff, ein erklärter Marxistenhasser, nannte ihn später „unzweifelhaft geistig reich begabt und schriftstellerisch hervorragend befähigt“<sup>25</sup>. Das war ein Mann, wie ihn die Revolutionäre nun für den eben eroberten „Volksfreund“ brauchten! Wagner wurde aus dem Hintergrund der Redaktionsstube heraus einer der einflußreichsten geistigen „Leiter und Befruchter“ (Schroff) des neuen roten Regimes. „Der Hetz- und Wühlarbeit dieses charakterlosen Genies ist es zuzuschreiben, daß die Arbeiterbewegung in Braunschweig in den unabhängigen und kommunistischen Sumpf geriet“, meinte der alles andere als objektiv urteilende Schroff. Er behauptete, daß „ohne seine Hilfe die Arbeiterbewegung niemals auf ein so krummes und schiefes Gleis geraten wäre.“ Aber Wagner selbst schätzte seine Bedeutung keineswegs geringer ein. Er nannte die neuen sozialistischen Machthaber allesamt seine Schüler: „Sie sprachen noch immer das nach, was ich ihnen einst gelehrt hatte“<sup>25a</sup>. Selbst dem ohne Zweifel führenden Kopf der neuen sozialistischen Regierung, *Sepp Oerter*, sagte er nach, daß er in der Landesversammlung stets nur wiederhole, was zuvor im „Volksfreund“ gestanden habe. Sepp Oerter nur ein Sprachrohr Richard Wagners? Wer in den folgenden Kapiteln den politischen Werdegang dieses bauernschlaunen Bayern verfolgt, wird Anlaß genug finden, daran zu zweifeln.

In diesem Augenblick jedenfalls, in dem Wagner noch aus der Distanz des spöttischen Beobachters den großen Auftritt des kleinen Merges erlebte, näherte sich dieser Dritte im Bunde erst in einem Zuge aus Richtung Leipzig der Hauptstadt seines künftigen Machtbereiches. Wie Merges und Wagner war auch er kein Braunschweiger, sondern über den „Volksfreund“ in die Reihen der braunschweigischen SPD geraten. Er war — am 24. September 1870 in Straubing geboren — fast genau so alt wie Merges, hatte aber ein etwas aufregenderes Leben hinter sich, da er als Redakteur verschiedener Parteizeitungen wiederholt mit der kaiserlichen Regierung in Konflikt geraten war. 1893 war er in Duisburg sogar zu einer mehrjährigen Zuchthausstrafe verurteilt worden. Während des Krieges wurde er von Berlin nach Braunschweig gerufen, wo er 1916 die Redaktion des „Volksfreundes“ übernahm. Aber schon sehr bald zwang ihn das Generalkommando, seine schriftstellerische Revolutionspropaganda aufzugeben und die Feder fürs erste aus der Hand zu legen. Nun war er im Begriff, die Zügel der Regierung an sich zu reißen, er

<sup>25</sup> Hermann Schroff unter dem Pseudonym „Teutonicus“ in der polemischen Schrift „Braunschweig unter der roten Fahne“, S. 59.

<sup>25a</sup> Zigeunerblut im Aktenschrank, Lit. Verz. Nr. 42, S. 220.

wurde für die nächsten drei Jahre als der „geistige und physische Treiber der Revolution in Braunschweig“ (Schroff) die umstrittenste, aber zweifellos interessanteste Gestalt der Landespolitik. Vielleicht war seine Feder nicht so spitz und genial wie die Wagners und sein Rednertalent nicht ganz so wirkungsvoll wie das von Merges, aber allein dadurch, daß er beide Fähigkeiten, die intrigante Hintergrundarbeit und die demagogische Massenbeeinflussung, in seiner Person vereinigte, erwies er sich nach wenigen Stunden als der überlegene Kopf. War er wirklich „raffiniert, hinterlistig, doppelzüngig und haßerfüllt gegen alles Bürgerliche“, wie Schroff meinte, dann wird der Leser im Laufe der nächsten Kapitel genug über ihn erfahren, um sich selbst ein Urteil bilden zu können. An Braunschweigs politischem Schicksal in den ersten Jahren der Weimarer Republik hat er jedenfalls einen sehr beträchtlichen Anteil gehabt, bis er von seinem Parteifreund Otto Grotewohl gestürzt wurde. Vergeblich versuchte er später sein Glück und seine sozialistischen Ideale in der jungen Partei Adolf Hitlers zu retten. 1928 machte ein Herzschlag seinem bewegten Leben ein Ende.

Am Abend des 8. November 1918 nahm Oerter das Schicksal Braunschweigs in seine Hand, zunächst allerdings noch gemeinsam mit Merges. Am Vormittage hatten die streikenden Arbeiter sich in mehreren Stadtteilen zu Demonstrationszügen formiert und waren vor das herzogliche Schloß gerückt. Rund 20 000 Menschen erlebten, wie dort die rote Fahne gehißt und nach einer Ansprache von Merges ein Soldatenrat für die Stadt gebildet wurde. Gegen 11 Uhr trat er im „Wilhelmsgarten“ zu seiner ersten Sitzung zusammen und beschloß später in gemeinsamer Sitzung mit dem neuen Arbeiterrat, unverzüglich den Herzog abzusetzen. Kurz zuvor waren die ersten Meldungen über erfolgreiche Aktionen im Lande eingegangen. In Wolfenbüttel hatte z. B. Minna Faßhauer die Revolution geleitet, alle Kasernen und Polizeidienststellen sowie die Landesstrafanstalt waren besetzt und ein Arbeiter- und Soldatenrat gebildet worden. Es war die Stunde, zu der Herzog Ernst August noch zu glauben schien, er könne durch Gewährung der allgemeinen Verhältnismwahl für die Landesversammlung den Gang der Ereignisse aufhalten. Aber die Uhr lief ab. Zwischen 17 und 18 Uhr erschien unter den Augen einer vieltausendköpfigen Menge auf dem Vorplatz des Schlosses die Delegation des Arbeiter- und Soldatenrates unter Führung von August Merges, der wenige Minuten später dem Herzog entgegentrat: „Herr Herzog! Wir haben Ihnen im Auftrage des Volkes ein Schriftstück vorzulegen, über dessen Unterzeichnung Sie sich unverzüglich schlüssig zu machen haben!“ Nach kaum 20 Minuten reichte Ernst August das Dokument wortlos zurück:

*„Ich, Ernst August, Herzog von Braunschweig und Lüneburg erkläre: dass ich für mich und meine Nachkommen auf den Thron verzichte, und die Regierung in die Hände des Arbeiter und Soldatenrates lege.*

*Ernst August“*

*Merges: Soweder meist  
Führer der Braunschweiger Arbeiter.*

Braunschweig, den 8. November 1918.

Ich, Ernst August, Herzog von Braunschweig und  
Lüneburg, erkläre:

dass ich für mich und meine Nachkommen auf den  
Thron verzichte, und die Regierung in die Hände des  
Arbeiter und Soldatenrates lege.

ARBEITER- SOLDATEN R A T  
BRAUNSCHWEIG

*Ernst August*

*Georg v. J.*

*Herzog v. Braunschweig*

*Alle Jünger in Elyfied in Muntaff  
Damen Kämpfer Jünger in Jünger  
Jünger in Jünger*

*Carl Hoff*

*H. Paul Knack*

*Joh. Brügge  
von Gronau*

2. Urkunde über die Abdankung des Herzogs

Anders als die Reichsregierung in Berlin mußte auch die herzogliche Regierung der neuen Gewalt weichen. Als sie in ihrer letzten Amtshandlung die Abdankung des Herzogs bekanntgab, verkündeten die drei Minister v. Wolff, Boden und Krüger gleichzeitig ihren eigenen Rücktritt. Der Arbeiter- und Soldatenrat war alleiniger Machthaber in Braunschweig. Merges und Oerter entließen mit dieser Feststellung die Menge vor dem Schloß — der Tag der sozialistischen Revolution war zu Ende. Wagner erinnerte sich später: „Es war wirklich eine gemütliche, eine fidele Revolution“, was gewiß wenigstens vom Bürgertum nicht so empfunden wurde, aber immerhin so weit richtig ist, daß die Revolution wenig gemein hatte mit den Vorstellungen von blutigem Terror und rollenden Bürgerköpfen.

Am 9. November hielt die Welt den Atem an und blickte auf die dramatischen Vorgänge in Berlin, in Braunschweig jedoch verlief das Leben nahezu normal in Ruhe und Ordnung. Am Nachmittag zogen die Arbeitermassen wieder auf den Schloßplatz, um Merges und Oerter zu hören. Mit dem Blick auf den möglichen Sieg Eberts und Scheidemanns in Berlin zeichnete Merges die Gefahr einer Konterrevolution, die den Sieg des Sozialismus bedrohe. Es habe deswegen ein Exekutivkomitee zur Sicherung der Revolution eingesetzt werden müssen, das übrigens auch schon den Exminister Boden, den Polizeidirektor v. d. Busch und den Oberbürgermeister Retemeyer als Geiseln festgenommen hatte. Dann kündigte Oerter an, daß unverzüglich eine sozialistische Regierung eingesetzt, ein Programm verkündet und eine Rote Garde aufgestellt werde. Unter seiner Leitung wurde dann auch bereits am nächsten Tage, einem Sonntage, die Regierungsbildung vollzogen. Der geschickte Bayer hatte August Merges bereits die Initiative weitgehend entwunden. Die Ereignisse des 9. November in Berlin entbehrten nicht eines bedeutsamen symbolischen Charakters, denn im Bewußtsein der Bedeutung, die das kaiserliche Schloß als Sitz des Staatsoberhauptes gehabt hatte, proklamierte Karl Liebknecht dort die sozialistische Räterepublik und die Machtübernahme durch den Arbeiter- und Soldatenrat, während Scheidemann vom Reichstag aus die parlamentarische Republik ausgerufen hatte: Reichstag oder Schloß, Kontinuität oder Revolution?

In Braunschweig war das Schloß Schauplatz der Revolution gewesen, und dort nahm auch der Arbeiter- und Soldatenrat seinen Sitz. An diesem 10. November 1918 aber zog er an der Spitze der Arbeitermassen demonstrativ vom Schloß zum Sitz der Landesversammlung am Eiermarkt, um auch das Parlament durch die Räte zu ersetzen. Vom Fenster des Landtagsgebäudes aus rief Oerter den Arbeitern zu: „Am heutigen Tage hat das Volk durch seine Vertreter, den Arbeiter- und Soldatenrat, von diesem Hause Besitz ergriffen.“ Und dann proklamierte der Arbeiter- und Soldatenrat unter Leitung des Husaren Emil Schütz die „Sozialistische Republik Braunschweig“. Auf Vorschlag Oerters wurde August Merges einstimmig zu ihrem Präsidenten gewählt, ein Augenblick, der zweifellos der Höhepunkt im Leben dieses später von der SS zu Tode gemarterten Mannes war. In seiner Ansprache bezeichnete er das Land Braunschweig als eine Provinz des einen republikanischen Deutschland und sprach sich mit unüberhörbarer Deutlichkeit für einen Einheitsstaat aus, der keine selbständigen Länder mehr kennen solle. Aber die Wahl zum

Präsidenten bedeutete auch, daß er die tatsächliche Regierungsgewalt an Sepp Oerter abtreten mußte, der sich selbst für die Wahl zum Volkskommissar für Inneres und Finanzen vorschlug und zum Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare wählen ließ. Außer ihm gehörten der neuen Regierung an: Gustav Rosenthal (Revolutionäre Verteidigung), Michael Müller (Handel und Verkehr), August Junke (Rechtspflege), Gustav Erbe (Ernährung), Karl Eckardt (Arbeit), Hugo Kuntzsch und Minna Fapßhauer (Volksbildung) und August Wesemeier (Stadt Braunschweig).

Nun hatte zwar Oerter soeben noch den Arbeiter- und Soldatenrat als die Vertretung des Volkes bezeichnet, aber er kündigte trotzdem die Wahl der neuen Landesversammlung an, die auf der Grundlage der allgemeinen Verhältniswahl die Gesamtheit des Volkes repräsentieren solle. Offenbar gedachte Oerter einen Kompromiß mit den parlamentarischen Republikanern zu schließen. Aber wie sollte dann das Verhältnis der beiden Volksvertretungen zueinander aussehen? Oerter dachte so: Die Landesversammlung vertritt das ganze Volk, der Arbeiter- und Soldatenrat aber nur die revolutionäre Arbeiterklasse, die allerdings die Regierungsgewalt durch ihn ausübt. Die Landesversammlung solle ihm „helfen, den Kapitalismus abzubauen und den Sozialismus durchzuführen“, der Arbeiter- und Soldatenrat solle sie dabei „stützen und kontrollieren“ <sup>26a</sup>.

Oerters unklare Andeutungen erweckten denn auch auf der einen Seite ernste Befürchtungen, auf der anderen dagegen begründete Hoffnung, daß durch ein echtes Parlament der Einfluß der republikanischen Mehrheitssozialisten begünstigt werde. In der Tat konnte bei dieser Konzeption der Konflikt zwischen Parlament und Arbeiter- und Soldatenrat nicht ausbleiben. Es wurde das größte Verdienst des SPD-Führers *Dr. Heinrich Jasper*, daß unter seiner Leitung das Parlament siegen konnte. Aber am 10. November war von einer sozialdemokratischen Opposition gegen die Räteregierung noch nichts zu spüren, als Oerter unverzüglich die ersten revolutionären Gesetze verabschieden ließ. Zunächst wurden „alle herzoglichen Domänen und Güter zum Eigentum der Republik erklärt“, einen Tag später folgten das „Gesetz über die Demobilisation“ und das „Gesetz über die Bildung der Roten Garde“. Die Regierung mußte sich darüber klar sein, daß sie damit in die Kompetenz des Reiches eingriff, zumal die Demobilisierung der braunschweigischen Garnisonen die Übernahme von Reichsvermögen durch das Land bedeutete. So konnte auch ein Konflikt mit der Reichsregierung nicht ausbleiben, die später tatsächlich von Braunschweig die Begleichung dieser Revolutionsschulden einforderte. Im Augenblick glaubte Oerters Regierung, diese Maßnahmen zur Verteidigung der Republik und Sicherung der Revolution durch eine Rote Garde durchführen zu müssen, ehe die „Konterrevolution“ von Berlin aus in Braunschweig Boden gewinnen konnte.

Diese „konterrevolutionäre Gefahr“ saß in diesem Augenblick in dem kleinen Saal einer Gaststätte in der Gildenstraße und bestand aus den 38 Delegierten des Bezirksparteitages der Sozialdemokratischen Partei. Entrüstet brachten sie ihr Bedauern darüber

---

<sup>26a</sup> Diederichs, Lit. Verz. Nr. 29, S. 4 ff.



zu Papier, daß der Arbeiter- und Soldatenrat das Angebot der SPD-Führer Steinbrecher und Ohlendorf überhaupt nicht beantwortet hatte, wodurch die erstrebte Verständigung mit den eigenen Klassengenossen erschwert worden sei. Der Arbeiter- und Soldatenrat nahm diesen Papierprotest überhaupt nicht zur Kenntnis und fürchtete höchstens die SPD in Berlin. Aber gerade von dort aus war die Gefahr bereits auf dem Wege und traf schon in der Nacht zum 11. November auf dem Bahnhof in Braunschweig ein. Über die Vorgänge in Braunschweig besorgt, hatte die Reichsregierung an eine militärische Dienststelle im Osten ein Telegramm geschickt — „Aus politischen Gründen sofort zu entlassen“ — und dadurch den 43jährigen Rechtsanwalt Dr. Heinrich Jasper nach Braunschweig beordert.

Jasper, am 21. 8. 1875 in Dingelbe, Kreis Marienburg (Hildesheim), als Sohn eines Gutspächters geboren, hatte zunächst bis 1890 das Gymnasium in Hildesheim, später das Neue Gymnasium in Braunschweig besucht. Nach dem Studium in München, Leipzig und Berlin war er im Rahmen des Vorbereitungsdienstes beim Magistrat der Stadt Braunschweig tätig gewesen, der damals unter der Leitung des bekannten Oberbürgermeisters Pockels stand. Bald nach dem Assessorexamen (1901) machte sich Jasper als Rechtsanwalt selbständig. Nachdem er bereits 1902 der SPD beigetreten war, wurde er am 1. 4. 1903 zum Stadtverordneten gewählt.

Noch ehe Jasper ans Werk gehen konnte, kapitulierte die braunschweigische Beamenschaft vor den neuen Machthabern. Am 11. November wählte die „Beamenschaft im Lande Braunschweig“ einen 15köpfigen Beamtenrat und den Lehrer *Heinrich Rönneburg* zu seinem Vorsitzenden, der die braunschweigischen Beamten aufforderte, „sich auf den Boden der jetzt geschaffenen Verhältnisse zu stellen“ und treu ihre Pflicht zu tun, also den neuen Herren zu dienen<sup>26</sup>. Wenn Oerter und die Volkskommissare allerdings glaubten, künftig mit dem bewährten Verwaltungsapparat rechnen und arbeiten zu können, so mißachteten sie eine eindringliche Erfahrung Lenins: „Wir haben den alten Staatsapparat übernommen, aber das war unser Unglück. Der Staatsapparat arbeitet sehr oft gegen uns“<sup>27</sup>. Der Rat der Volkskommissare machte tatsächlich ähnliche Erfahrungen, und Minna Faßhauer versuchte vergeblich in resoluter Schlichtheit ohne den bürokratischen Apparat zu regieren. Ihr gelang dabei immerhin die sofortige Abschaffung der geistlichen Schulaufsicht und die Unterstellung des Schulwesens unter den Staat (22. Nov. 1918). Aber Oerter sah nach der Loyalitätserklärung der Beamten um so weniger Anlaß zu Bedenken, als er den eingespielten Verwaltungsapparat brauchte, um mit den vielen schwierigen Aufgaben fertigzuwerden: Ernährungslage und Staatsfinanzen trieben einer Katastrophe zu, Löhne und Gehälter wurden nicht mehr ausgezahlt, der Geldverkehr war fast völlig zusammengebrochen. Zu alledem wollte der konservative Finanzpräsident Bartels der Revolutionsregierung nicht dienen, aber es gelang, ihn unter Appell an seine Verant-

---

<sup>26</sup> Wortlaut der Entschließung in der Br. Landeszeitung vom 13. 11. 1918. Danach vertrat die Beamtenvereinigung 6 000 mittlere und untere Staatsbeamte sowie Lehrerinnen und Lehrer.

<sup>27</sup> Lenin auf dem IV. Kongreß der Kommunist. Internationale, November 1922. (Urkunden, s. Anm. 19).

wortung vor dem Volke an seinem Platze zu halten, was allgemein mit Erleichterung aufgenommen wurde. Sogar der frühere Bevollmächtigte des Herzogs im Bundesrat, Wirkl. Geheimer Rat Boden, blieb auf seinem Posten als Vertreter Braunschweigs in Berlin.

Nach außen hin erklärte Oerter allerdings lautstark, der Staat dürfe nur von Sozialisten regiert werden, denn man könne an der Spitze keine Leute dulden, die nicht „völlig von dem Gedanken des Sozialismus beseelt“ seien: „Wenn bürgerliche Persönlichkeiten ihre Kräfte zur Verfügung stellen wollen, so können sie mitwirken, aber nicht in leitenden Stellen“, erklärte er auf der 3. Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrates am 12. November 1918, als er begründete, daß nur die Arbeiter aus der Industrie und Landwirtschaft das Wahlrecht für die Räte erhalten dürften. Die Schwierigkeit, daß die Räte und ihre Kommissare mit Behörden würden arbeiten müssen, die von oben bis unten von solchen „bürgerlichen Persönlichkeiten“ durchsetzt waren, schien sich hoffnungsvoll zu mindern, als Volkskommissar Junke schon auf der 5. Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrates mitteilen konnte, in einer Besprechung mit leitenden Herren der Staatsanwaltschaft und des Landgerichts hätten sich die Juristen bereit erklärt, „nach den Richtlinien des Arbeiter- und Soldatenrates zu arbeiten.“ In der Tat beschloß wenig später die Versammlung der braunschweigischen Richter und Justizbeamten, sich „der neuen Regierung auf dem Boden der neuen Ordnung zur Verfügung“ zu stellen <sup>27a</sup>. Hamsterei, Plünderung und Wucher zwangen die Regierung zu drakonischen Maßnahmen, und deshalb akzeptierte die Justiz auch das am 16. November angenommene Gesetz über Volksstandgerichte.

Die wichtigsten Teile der Beamtenschaft hatten mithin zu erkennen gegeben, daß Widerstand gegen die Diktatur des Proletariats und gegen Oerters Regime von dieser Seite nicht zu befürchten war. Im übrigen hoffte das Bürgertum auf die Chancen, die das von Oerter angekündigte Verhältniswahlrecht für die Landesversammlung zu bieten schien. So erholten sich die politischen Kräfte des Bürgertums sehr bald von ihrer anfänglichen Lähmung, die führende Politiker später zugeben mußten: „Die Revolution vom 8. und 9. November traf, wir können es leider nicht verhehlen, das Bürgertum völlig unvorbereitet“, bekannte wenig später der Landeswahlverband. Freilich bestärkte erst das mutige Auftreten Dr. Jaspers die bürgerliche Opposition in ihrer Hoffnung, über das zu erwartende Parlament wieder ein entscheidendes Wort in der Politik mitsprechen und erfolgreich gegen jede Form des Sozialismus kämpfen zu können.

---

<sup>27a</sup>BLZ vom 15. November 1918 und vom 18. November 1918.

### III. DIKTATUR DES PROLETARIATS — SEPP OERTER

Noch ehe *bürgerliche Parteien* in Braunschweig ihre Arbeit beginnen konnten, trafen sich am 12. November Vertreter der „Vereinigungen des selbständigen Mittelstandes“, jener bürgerlichen Interessenverbände, die bereits während der Auseinandersetzungen um die Landesverfassung hervorgetreten waren. Die neue Regierung hatte angekündigt, daß in Kürze Stadtverordnetenwahlen durchgeführt werden sollten. Deshalb berieten die Mittelständler jetzt darüber, auf welche Weise Vertreter ihrer Interessengruppen zu Plätzen im Stadtparlament kommen könnten. Das Ergebnis dieser Beratung war von beträchtlicher politischer Bedeutung, es wurde nämlich beschlossen, dem Arbeiter- und Soldatenrat und dem Beamtenrat einen „Rat der selbständigen Erwerbszweige“ entgegenzustellen. Er sollte „eine gemeinsame Interessenwahrnehmung der angeschlossenen Berufsgruppen gegenüber der Regierung und der Öffentlichkeit gewährleisten ... bei den Wahlen den selbständigen Berufen eine angemessene Vertretung sichern“ und schließlich sogar „eine Einigung des gesamten Bürgertums vorbereiten.“<sup>28</sup> Am 17. November wurde dieser Beschluß von einer ordentlichen Vertreterversammlung bestätigt. Inzwischen war auch in Braunschweig eine neuartige bürgerliche Sammlungspartei auf den Plan getreten, die unter dem Namen Deutsche Demokratische Partei der bürgerlichen Zersplitterung und der Spaltung des Liberalismus in zwei Parteien ein Ende setzen wollte. Da sie betont antisozialistisch zu sein verkündete, beschloß der Rat der selbständigen Erwerbszweige (künftig RdsE), mit dem Führer der DDP, Heinrich Rönneburg, der auch dem Beamtenrat vorstand, über die Aufnahme der Vertreter des RdsE in die Liste der DDP zu verhandeln. Als die Zugeständnisse der Demokratischen Partei die Unterhändler des RdsE nicht befriedigten, obsiegten die Zweifler, die Rönneburg und seinen Beamten-Demokraten ohnehin nicht recht trauten. Unter ihrem Einfluß entschloß sich der RdsE zu einem noch folgenreicheren Schritt, nämlich für die Stadtverordnetenwahlen mit einer eigenen Liste zu kandidieren. Damit war der erste Schritt zur politischen Partei getan. Zu dieser Zeit hatten sich bereits 44 Interessenverbände angeschlossen: 23 Handwerkerinnungen, 14 kaufmännische und gewerbliche und 7 weitere Vereine, unter ihnen der bereits erwähnte Haus- und Grundbesitzerverein, ferner die Berufsverbände der Ärzte, Rechtsanwälte, Architekten und Ingenieure. Dem Namen entsprechend hatten die Beamten in dieser Vereinigung wenig Platz, zumal die Beamtenräte zur Demokratischen Partei

<sup>28</sup> Protokoll dieser Sitzung und Satzungsentwurf in den Akten des Bürgerbundes.

tendierten, dafür warb der RdsE um so intensiver um die wichtigste wirtschaftliche und soziale Kraft außerhalb der Hauptstadt, um die Landwirtschaft.

Das alles war im wesentlichen das Werk des damals 31jährigen Privatdozenten Dr. Ernst August Roloff, zu dieser Zeit hauptamtlicher Geschäftsführer des Braunschweigischen Landbundes. Diesem temperamentvollen konservativen Meister der Debatte gelang es, die Mittelständler mit Mißtrauen gegen die Demokraten zu erfüllen, indem er darauf hinwies, daß die Partei in einer Entschlieung den „Siegeszug des demokratischen Gedankens“ durch die Revolution begrüßt und sich „freudig auf den Boden der neuen Zeit“ gestellt habe<sup>28a</sup>. Wer solcherart den Sozialisten die Hand reiche, sei kein Bundesgenosse im Existenzkampf des Bürgertums, meinte Roloff, selbst wenn die DDP kritische Worte über die Herrschaft des Arbeiter- und Soldatenrates gefunden und das ausschließliche Gesetzgebungsrecht für ein demokratisches Parlament gefordert habe<sup>29</sup>.

Die Spaltung des Bürgertums folgte der Spaltung der Sozialisten, noch ehe die Auseinandersetzungen um die Zukunft begonnen hatten. Die Bürgerlichen haben zu ihrem eigenen Schaden auch in den späteren Jahren der Republik die Stellung der Sozialdemokraten zu den Kommunisten nie begriffen und waren in den Wochen der Revolution, als sie um ihre Existenz bangten, noch viel weniger in der Lage, den nun auch in Braunschweig bevorstehenden Kampf der SPD richtig einzuschätzen. Denn gerade das, was Roloff bei den Demokraten vermißte, den entschiedenen Kampf gegen die Diktatur der Räte, hatte die SPD unter Dr. Jasper inzwischen begonnen. Im vollbesetzten Saale des „Wilhelmsgarten“ warf er am 18. November dem Regime Oerter den Fehdehandschuh hin, das er eine „Diktatur einer undemokratischen Minderheit“ nannte. Die Arbeiter- und Soldatenräte hätten zu verschwinden, wenn die Nationalversammlung gewählt und damit an die Macht gekommen sei. Die Reichsregierung habe auch das Heer in ihrer Hand, und deshalb sei die Rote Garde überflüssig. In einer von der großen Versammlung angenommenen Entschlieung wurden die Grundgedanken der Politik Dr. Jaspers zusammengefaßt. Von besonderer Bedeutung ist dabei seine Vorstellung von der Zukunft Braunschweigs: Die deutsche Kleinstaaterei müsse ein Ende haben und Braunschweig „etwa einem Gau Niedersachsen“ eingegliedert werden. Solche Gaue, in die Deutschland eingeteilt werden müsse, sollten allerdings eine gewisse Selbstverwaltung erhalten. Zur politischen Lage hieß es in der Entschlieung: Die Sozialdemokratische Partei „legt gegen jede Herrschaft einer Minderheit oder Diktatur Verwahrung ein . . . mißbilligt die Wahlordnung für den Braunschweiger Arbeiter- und Soldatenrat . . . erhebt schärfsten Einspruch gegen die Fortnahme des Volksfreundes . . .“<sup>30</sup> Allerdings drückt die Entschlieung auch den Wunsch nach einem „taktischen Zusammengehen“ mit der USPD aus, und deshalb blieb die SPD für das Bürgertum eine Partei des marxistischen Sozialismus, eine Spielart des Bolschewismus.

---

<sup>28a</sup> BLZ vom 19. November 1918.

<sup>29</sup> Nach dem Protokoll, Akten des Bürgerbundes.

<sup>30</sup> Wortlaut der Entschlieung in fast allen braunschweigischen Tageszeitungen vom 19. 9. 1918.

Heinrich Jasper aber hatte sich jetzt den Haß der Spartakisten kaum weniger zugezogen als die „Arbeiterverräter“ Ebert und Scheidemann oder „Bluthund“ Noske, die mit Hilfe der reaktionären Offiziersclique die Revolution niedergeschossen haben sollen, wie noch heute die kommunistische Lesart der Geschichte behauptet. Die braunschweigische USPD nannte noch im Juni 1921, als Otto Grotewohl in ihr zur Führung aufstieg, Heinrich Jasper einen „Schrittmacher der Reaktion“, der in entscheidenden Augenblicken der sozialistischen Politik in den Rücken gefallen sei, „weil seine Gedankengänge durchaus unsozialistisch, rein bürgerlich sind“. Einer dieser „entscheidenden Augenblicke“ war diese Rede vom 18. November 1918. Schon am nächsten Tage antwortete Sepp Oerter auf einer Kundgebung: „Für die Zeit des Überganges, bis wir den sozialistischen Staat gegründet haben, brauchen wir notwendig eine gewisse Diktatur des Proletariats . . . Ich könnte unter keinen Umständen darin einwilligen, daß wir unsere Macht dahingeben, um sie in die Hand einer Nationalversammlung zu legen.“<sup>31</sup> Eine Nationalversammlung dürfe erst kommen, wenn es auf dem Wege des revolutionären Sozialismus kein Zurück mehr gebe. Schließlich erklärte Oerter offen, daß es in diesem Augenblick nicht um Deutschland gehe, sondern um die sozialistische Weltrevolution: „Unsere Ziele gehen auf eine internationale Weltrevolution . . . die nationalen Aufgaben stehen demgegenüber im Hintergrund.“ Das war eine unerhörte Provokation des Bürgertums, das sich in der allgemeinen Erbitterung über die harten Waffenstillstandsbedingungen als besonders berufener Sachwalter der nationalen Gefühle empfand. „Bürgerlich“ und „national“ war während der ganzen Weimarer Zeit für die Rechte nahezu dasselbe. Und nun der „sozialistische Verrat am Vaterland!“ Aber ob nationale oder internationale Revolution — für die Spartakisten war entscheidend, daß der revolutionäre Durchbruch zum Sozialismus jetzt und hier erfolgen müsse, ehe durch die zu erwartende Mehrheit der Nationalversammlung „die Konterrevolution nach Braunschweig getragen“ werde, wie Oerter befürchtete.

Aus diesem Grunde setzte sich Oerter auch zur allgemeinen Überraschung für sofortige Wahl einer braunschweigischen Landesversammlung ein, weil er eine günstige Zusammensetzung, d. h. eine Mehrheit der USPD erwartete. Diese Landesversammlung, so rechnete er, könne z. B. Widerstand leisten, wenn die SPD in der Nationalversammlung einen deutschen Einheitsstaat durchsetzen sollte, um die Länder aufzulösen. August Merges sprach es in derselben Versammlung offen aus, daß Braunschweig einen Konflikt mit dem Reiche zu erwarten habe, wenn sich dort die konterrevolutionären Kräfte durchsetzen sollten. Deshalb müsse Braunschweig noch konsequenter „mit sozialistischem Geist durchtränkt“ werden. Gestern noch ein Vertreter des zentralistischen Einheitsstaates, war er nun bereit, der Reichsregierung die Stirn zu bieten: „Unsere Pflicht heute ist es, auf unserem Platz stehen zu bleiben und den geraden Weg zum sozialistischen Staat weiterzugehen. Wir dürfen nur weichen, wenn es über unsere Leichen geht“<sup>31a</sup>. Zum Glück war sein Pathos größer als seine Konsequenz, denn als es wirklich soweit war, ging es über keine

<sup>31</sup> Br. Landeszeitung vom 20. 11. 1918, auch „Volksfreund“ vom gleichen Tage.

<sup>31a</sup> Volksfreund vom 20. November 1918.

einzigste Leiche, und die Braunschweiger haben sowohl August Merges als auch Minna Faßhauer vor dem grauenhaften Schicksal Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs bewahrt. Nach Braunschweig haben erst die Nazis Mord und Terror gebracht, einigen bürgerlichen Schauererzählungen zum Trotz muß es zur Ehre der Männer um Merges gesagt werden, und auch dem Herzog blieb das Schicksal der russischen Zarenfamilie erspart.

Nachdem bürgerliche Gruppen am 23. November einen „Aktionsausschuß gegen jede Diktatur“ gegründet und öffentlich gegen „die Vergewaltigungspolitik, wie sie hier in Braunschweig getrieben wird“, protestiert hatten, organisierten sämtliche bürgerlichen Parteien und Verbände eine gemeinsame Großkundgebung gegen die Oerter-Regierung, die am 1. Dezember 1918 im überfüllten „Brünings Saalbau“ zu einem Höhepunkt in der Geschichte der Revolutionswochen wurde. Als Einlader firmierten alle Gruppen und Parteien, die den Kampf gegen den Marxismus auf ihre Fahnen geschrieben hatten: Von der Deutschen Demokratischen Partei über das Zentrum und die neue Nationalliberale Partei bis zur Konservativen Partei und zum Vaterländischen (welfischen) Verein, von der Beamtenvereinigung über das Christlich-soziale Gewerkschaftskartell und die Angestelltenverbände zum Bund der Landwirte und — last not least — zum Rat der selbständigen Erwerbszweige. Der große Saal konnte die zu Tausenden strömende Menge nicht annähernd aufnehmen, ein Andrang, wie ihn die Veranstalter bei weitem nicht erwartet hatten, und nur mit Mühe konnte der Versammlungsleiter, Dr. Roloff, der stattlichen Reihe bürgerlicher Redner das Wort freigeben. Als der wortgewaltige Pastor Schlott, später Starprediger der Nationalsozialisten, die erste Ansprache beendet hatte, stimmten Nationalisten spontan das Deutschland-Lied an, die anwesenden Sozialisten intonierten dagegen die Internationale. Nach all den dann folgenden Rednern erhielt sogar Sepp Oerter das Wort zu einer Rechtfertigung, aber die dichtgedrängte Masse der Zuhörer wurde unruhiger und lebhafter und drohte teilweise die Versammlung im Tumult untergehen zu lassen. Trotzdem gelang es, eine Protestresolution vorzutragen und annehmen zu lassen. Aber sie täuschte nicht darüber hinweg, daß hier keineswegs ein geschlossenes Bürgertum demonstriert, noch weniger eine einheitliche Front eine Schlacht gewonnen hatte. Im Gegenteil, der Konflikt zwischen der Demokratischen Partei und den anderen politischen Gruppen verschärfte sich, weil Rönneburg und sein Parteifreund Dr. Bracke gesagt hatten, man verdanke der Revolution und der neuen Regierung die Freiheit, so daß man wenigstens den guten Willen der Machthaber anerkennen müsse.

Die Folge davon war, daß wenige Tage später die 200 Vertrauensleute des Rates der selbständigen Erwerbszweige gegen 4 Stimmen ablehnten, sich für die angekündigten Landtagswahlen an die Liste der Demokratischen Partei anzuschließen. Wieder war es Roloff, der die Verbindung des RdsE mit einer bürgerlichen Koalitionsgruppe erreichte, die er selbst unter dem Namen *Landeswahlverband* zustandegebracht hatte und deren Kern die Deutsche Volkspartei und die Deutschnationale Volkspartei waren, der auch Dr. Roloff angehörte. Als sich der RdsE mit seinen vielen Innungen und Vereinigungen dem Landeswahlverband anschloß, gehörten ihm bereits der Bund der Handwerker, die christlich-nationale

Arbeiterschaft, der Verein christlicher Arbeiterinnen und die Vereinigten Bezirksvereine der Stadt Braunschweig an. Die Gründung des Landeswahlverbandes ist eines der bemerkenswertesten Ereignisse in der Geschichte dieser Jahre, denn er hat jahrelang eine politische Zersplitterung des Bürgertums verhindert und als Landtagsfraktion die Geschicke des Landes entscheidend beeinflusst. Er repräsentierte fast den gesamten bürgerlichen Mittelstand und den größten Teil der Landwirtschaft und gewann daher überlegen den Konkurrenzkampf gegen die anfangs stärkere Demokratische Partei. „Der Landeswahlverband Braunschweig ist eine Gemeinschaft von Parteien, Wirtschaftsgruppen und Vereinigungen, die gegen die ausgesprochen linksstehenden Parteien die gemeinsamen Interessen des Bürgertums vertritt“<sup>31b</sup>. Der LWV war also lediglich ein Abwehrbündnis gegen den Sozialismus, ohne ein eigenes positives Programm, sein Zusammenbruch war für den Augenblick vorauszusehen, in dem er ganz oder teilweise aus der Opposition heraus in die Regierungsverantwortung berufen wurde. Und schließlich ist es das Ziel jeder parlamentarischen Gruppe, an die Regierung zu kommen. Für die Demokratische Partei begann nun ein Zweifrontenkrieg gegen die bürgerliche Rechte, die unter dem Welfen August Hampe und dem deutschnationalen Dr. Roloff einen extrem nationalistischen Kurs zu steuern begann, und gegen die Sozialdemokraten, die durch die überlegene USPD auf starken Linkskurs gedrängt wurden.

Bei den ersten *Stadtverordnetenwahlen* in Braunschweig erwies sich allerdings die DDP noch als stärker, mit 17 665 Stimmen errang sie 9 Mandate, während der Landeswahlverband 13 823 Stimmen und 7 Mandate erhielt. Gewinner dieser Wahl war die USPD mit 22 678 Stimmen und 12 Sitzen, die über 6000 Stimmen und 4 Abgeordnete mehr erhielt als die MSPD, für die Jasper kandidiert hatte. Allerdings war der Landeswahlverband erst kurz vor den Wahlen nach den gescheiterten Verhandlungen mit der DDP gegründet und in die Lage eigener Propaganda versetzt worden, zum anderen waren die Wahlen nicht überall einwandfrei durchgeführt worden, zum Vorteil der USPD. Oerter selbst warf dem Magistrat der Stadt in einer dienstlichen Rüge vor, keine Wahlkabinen aufgestellt zu haben<sup>32</sup>.

Nach diesem Ergebnis glaubte die Regierung, auch die Wahl des Landtages wagen zu können. Über die Durchführung herrschte allerdings im Lande eine beachtliche Verwirrung, und manche Gemeinden wußten am Abend vorher noch nicht genau, ob nun tatsächlich gewählt werden sollte. Als dann der 22. Dezember vorüber war, hatte er der Regierung Oerter eine unangenehme Weihnachtsbescherung bereitet. Von den 60 Sitzen im Landesparlament erhielten

USPD	14	(51 668)
MSPD	17	(58 708)
DDP	13	(46 291)
LWV	16	(55 616)

<sup>31b</sup> § 1 der Satzung.

<sup>32</sup> Akten der Staatskanzlei, Lit. Verz. Nr. 3, Nr. 573.

Diese Überraschung, nämlich die unerwarteten Erfolge der SPD und des LWV, kam in erster Linie von der Landbevölkerung, denn in der Landeshauptstadt hatte die USPD fast 10 000 Stimmen mehr bekommen als die SPD (23 071 gegen 13 161), während in manchen Landgemeinden die USPD erheblich im Hintertreffen blieb. Ähnlich blieb der LWV in der Stadt um etwa 3 500 Stimmen hinter der DDP zurück, so daß auch er seinen Erfolg der Landbevölkerung verdankte.

Peinliche Verlegenheit in der Führung der USPD änderte nichts daran, daß entschieden werden mußte, was mit einem Landtage geschehen solle, der in dieser Zusammensetzung gewiß kein geeignetes Organ für die sozialistische Revolution werden konnte. Über diese Frage drohte die braunschweigische USPD zu zerbrechen, die trotz der Gründung der KPD noch mühsam zusammengehalten werden konnte, um die Regierungsgewalt nicht zu gefährden. Im Arbeiter- und Soldatenrat überwog bei weitem die Meinung, diesen reaktionären Landtag überhaupt nicht einzuberufen, andere rieten, abzuwarten, wie die Wahlen zur Nationalversammlung ausfielen, die inzwischen für den 18. Januar angesetzt waren. Aber Oerter hielt von beiden Vorschlägen wenig, sondern wollte den Landtag zwar einberufen, aber dann die Frage an ihn stellen, ob er bereit sei, an der Revolution mitzuwirken oder nicht. Wenn er bejahe, solle er das Recht erhalten, über die Gesetze zu beraten, die der Arbeiter- und Soldatenrat zu beschließen habe. Im anderen Falle werde die Revolution ohne die Landesversammlung durchgeführt.

Die entscheidende Frage war nun, was Oerter unter „*Revolution*“ verstand. In seinem Programm, das er Anfang Januar 1919 dem Arbeiter- und Soldatenrat vorlegte, lehnte er die plötzliche und revolutionäre Übernahme aller Produktionsmittel durch die Arbeiterklasse ab, da die Sozialisierung „planmäßig, systematisch und ohne größere Störungen des Wirtschaftsprozesses“ durchgeführt werden müsse. Sie solle „organisch und gesetzlich“ verlaufen, und ehe nicht Demokratie und Sozialismus „im Volke feste Wurzeln geschlagen“ hätten, dürfe der Arbeiter- und Soldatenrat seine Macht nicht aus der Hand geben. Als Oerter damit am 2. Januar vor den Arbeiter- und Soldatenrat trat, erhob sich kurz nach Beginn der Sitzung der Kommunist Robert Gehrke und lehnte die Denkschrift als völlig indiskutabel ab, da eine reichseinheitliche Verfassungsregelung zu erwarten sei. Oerter erwiderte, man dürfe auf das Reich im Interesse der Revolution keine Rücksicht nehmen. Warum Oerter dann einen Landtag einberufen wolle, der ohnehin die Sozialisierung mehr hemmen als fördern werde, wollte Gehrke daraufhin wissen. Antwort: Der Landtag solle nur Farbe bekennen und werde sich dadurch vor dem Volke kompromittieren und die Macht des Arbeiter- und Soldatenrates nur festigen. Diese eigenwillige Interpretation und Anwendung marxistischer Revolutionslehren rief Merges auf den Plan, der verlangte, daß man in Braunschweig die eroberte Macht unverzüglich zur Sozialisierung anwenden müsse, denn das und nichts anderes rechtfertige die Diktatur des Proletariats. In höchster Erregung rief Oerter zurück: „Wenn wir alles zertrümmern, werden wir das Gegenteil von dem erhalten, was wir erstreben. *Der Weg der organischen Entwicklung* scheint mir der am ersten und schnellsten zur Sozialisierung führende . . . Die Ausführungen von Merges bringen mich noch einmal dazu, mit allem Nachdruck



zu verlangen, daß die Mitglieder des Arbeiter- und Soldatenrates sich an die gefaßten Beschlüsse zu halten haben“ <sup>32a</sup>.

Wieder einmal hatte Karl Marx durch die Unklarheiten in seiner Revolutionslehre eine Grundsatzdiskussion heraufbeschworen, die letztlich die Revolution selbst verhinderte. Diese Revolution sei das Werk der Straße und der werktätigen Massen und nicht Oerters oder des Soldatenrates, interpretierte Robert Gehrke. Oerter verstieg sich zu unverhohlener Drohung: Die Regierung könne sich nicht durch einzelne in die Arme fallen lassen, auch in Rußland seien Männer, die gegen die Regierungsbeschlüsse gehandelt hätten, als Konterrevolutionäre entfernt worden. Der Präsident der Republik, Merges, half Gehrke mit der Bemerkung, eine abweichende Meinung sei doch nicht gleich konterrevolutionär, Oerter solle nicht überempfindlich gegen Kritik sein. Schließlich kritisierte sogar der Volkskommissar Eckardt die Regierungsmethoden Oerters, der schließlich kein Ministerpräsident sei und nicht „in allen möglichen Ressorts herumtanzen“ dürfe. Am Schluß der erregten Debatte wurde Oerters Entschließung in offener Kampfabstimmung mit 24 gegen 20 Stimmen abgelehnt. Mit Ausnahme des opponierenden Volkskommissars Eckardt legten Oerter und die übrigen Volkskommissare ihre Ämter nieder. Es ist der Vermittlung von Merges zuzuschreiben, daß am nächsten Tage doch noch eine Verständigung erreicht wurde. Abert Robert Gehrke und seine Genossen zeigten nun, was sie unter der „Revolution der Straße“ verstanden. Wenige Tage später wurden bei Straßendemonstrationen die Wahlbüros bürgerlicher Parteien erbrochen und Materialien für die Wahl zur Nationalversammlung vernichtet; das bürgerliche Pressehaus am Hutfiltern wurde besetzt und eine Auflage der „Braunschweiger Neuesten Nachrichten“ öffentlich verbrannt. Auch die sozialdemokratische Presse wurde nicht von dieser „revolutionären Arbeiterschaft der Stadt Braunschweig“ verschont. Oerters Regierung distanzierte sich von diesen Übergriffen sofort, ersetzte den angerichteten Schaden und entschuldigte sich mit dem Hinweis auf die „spontane Volksleidenschaft“. Auch als der Reichstagskandidat des bürgerlichen Landeswahlverbandes, der damalige Oberlandesgerichtsrat August Hampe, auf einer Wahlversammlung in Wolfenbüttel mißhandelt wurde, entschuldigte sich Oerter in aller Form. Die Erregung der bürgerlichen Presse über diesen Vorfall wäre uns begreiflich, wenn nicht dieselben Leute 14 Jahre später den Terror der Nationalsozialisten gegenüber den Leuten, die sich jetzt entschuldigten, mit einem Zynismus gedeckt hätten, bei dem auch von „spontaner Volkserregung“ die Rede war, für die sich aber kein Minister entschuldigte.

Als nach den Berliner Unruhen, in deren Verlauf Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg ermordet worden waren, am 18. Januar das für die USPD negative Wahlergebnis bekannt wurde, gingen die Braunschweiger Machthaber zum offenen Angriff gegen das Reich über. Sie ließen eine Reihe von braunschweigischen Bahnhöfen besetzen, um auf diese Weise die von der Westfront heimkehrenden Truppentransporte an der Fahrt nach Berlin zu hindern, wo sie angeblich der Konterrevolution dienen sollten. Da nun die Reichs-

<sup>32a</sup> Volksfreund vom 3. Januar 1919.

regierung befürchtete, daß auch die Hauptverbindung von Hannover nach Berlin auf dem braunschweigischen Bahnhof Vorsfelde unterbrochen werden könnte, ließ sie ihn kurzerhand von Preußen aus besetzen, wogegen die braunschweigische Regierung sofort protestierte. Als Oerter sich dann aber mit dem hannoverschen Arbeiter- und Soldatenrat doch noch friedlich einigte, protestierten wiederum die braunschweigischen Kommunisten gegen seine nachgiebige Haltung. Gerüchte aller Art über die Aktionen in Braunschweig lösten am 20. Januar ein Telegramm aus Berlin aus:

*„Nach vorliegenden Nachrichten sollen gestern Mannschaften eines durchgehenden Transportes in Braunschweig gefangen genommen worden sein und morgen standrechtlich erschossen werden. Sollte dies zutreffen, so warne ich auf das dringendste, irgendwelche Gewalttätigkeiten zu unternehmen. Gefangene Leute sind sofort frei- und weiterreisen zu lassen. Strengste Rechenschaft wird gefordert werden. Umgehend drabhtliche Aufklärung an Reichsleitung schicken.*

*Noske“*

Oerters „Aufklärung“ spricht für sich selbst:

*„Wenn dort blödsinnige Schwindelnachrichten geglaubt werden, offenbart dies völligen Nervenzusammenbruch. Hier niemand gefangen. Braunschweiger Regierung mordet nicht, wie Ebert-Scheidemann. Ersuchen, uns mit weiteren unsinnigen Telegrammen zu verschonen.*

*Regierung Braunschweig. Oerter.“*

Ob es ein Zufall war, daß die braunschweigische USPD erst nach den Wahlen zur Nationalversammlung zum Proteststreik gegen den Mord an Liebknecht und Luxemburg aufrief? Immerhin war die USPD in der Stadt mit über 26 000 Stimmen die stärkste Partei geblieben, während die SPD, die DDP und der LWV mit je etwa 16 000 Stimmen zwar jede für sich weit dahinter blieb, insgesamt aber doch eine beachtliche Mehrheit bildeten. Merges, Dr. Jasper und August Hampe zogen als Vertreter Braunschweigs in die Nationalversammlung ein, aber Merges hielt es dort nicht lange aus, weil in ihr die „Konterrevolution“ regiere.

Am 22. Januar begann der *Proteststreik* unter Verhängung des Großen Belagerungszustandes und dauerte drei Tage. Nach 19 Uhr durfte niemand ohne Ausweis die Straße betreten, Gas und Licht wurden um 20 Uhr abgestellt, den bürgerlichen Zeitungen wurde das Erscheinen verboten. Das Ganze war allerdings weniger ein Protest gegen den Mord an den Arbeiterführern als eine Kampfansage an die Republik und die Einheit des Reiches, denn bereits am 25. Januar begann im Braunschweiger Schloß ein „Kongreß über die Bildung einer nordwestdeutschen Republik“, auf der Oerter seine separatistischen Pläne offenbarte: Die Wahlen hätten erwiesen, daß es in Deutschland revolutionäre Zentren gebe, die sich vereint gegen die Reichsregierung würden behaupten können. Sie sollten daher sozialistische Freistaaten mit Rätssystem bilden und sich dann zu einer föderativen Republik zusammenschließen. Eine solche „Nordwestdeutsche sozialistische Republik“ könne „jeder Nationalversammlung Hohn sprechen“, ja vielleicht sogar die Reichsregierung zur Abdankung oder zur Einrichtung des Rätessystems in ganz Deutsch-

land zwingen. Die Nationalversammlung solle dann entweder „ein Organ zur Auskunfterteilung und zur Sozialisierung“ werden oder nach Hause geschickt werden, so wie man in Braunschweig die Landesversammlung behandeln werde. Oerters Gedanken reichten noch weiter: Da diese Republik der Weltrevolution dienen solle, müßte sie sich notfalls völlig vom Reiche trennen, um dann mit der Entente selbständig über einen Friedensschluß zu verhandeln. Diese föderative nordwestdeutsche Republik sollte aus etwa 10 Freistaaten bestehen, deren territoriale Neugliederung Oerters bereits projektiert hatte. „Braunschweig-Lüneburg“ sollte dabei vom Südrande des Harzes bis Cuxhaven und von der Aller bis zur Elbe reichen. So lächerlich diese Gedanken heute erscheinen mögen, so ernst wirkten sie doch damals angesichts der Vorstellungen, die man in Moskau und im internationalen Kommunismus noch immer von Deutschland hatte. In Braunschweig hatten nach den Spartakistenunruhen in Berlin mehrere bekannte Revolutionäre Asyl erhalten, an ihrer Spitze der Berliner Polizeipräsident Eichhorn, der den Anlaß zu den Berliner Unruhen gegeben hatte und nun unter dem Namen Karl Kühl das erste Wort auf diesem Kongreß führte.

Oerters phantastische Pläne trafen allerdings auf den energischen Widerstand der Hannoveraner, die erstens durchweg Sozialdemokraten und zweitens als Hannoveraner skeptisch gegenüber Braunschweig waren. Ihr Wortführer, der Arbeiter- und Soldatenrats-Vorsitzende Lindemann, bestritt der Versammlung jede Kompetenz, da über diese Dinge allein das Volk zu entscheiden habe. Auf keinen Fall aber dürfe Deutschland zerstückelt werden, und außerdem habe er den Eindruck, daß hier keine nordwestdeutsche, sondern eine „großbraunschweigische Republik“ gegründet werden solle. Jedenfalls lehnten die Hannoveraner jede Mitarbeit auch in den anschließend gebildeten Kommissionen ab, was der hannoversche Zentralrat später ausdrücklich und öffentlich billigte. Auch das Ministerium in Anhalt antwortete mit einem offiziellen Nein, und in Bremen, auf dessen linksradikale Regierung Oerters noch am meisten rechnen konnte, warfen wenig später Reichstruppen die Unruhen und die Regierung nieder. Der Konflikt mit dem Reiche drohte auch auf dem Wege über die Justiz, denn Oerters Regierung hatte mit der Sozialisierung, d. h. der Enteignung großer Betriebe begonnen, insbesondere im Maschinenbau. Unter Führung der Eisenbahnsignal-Bauanstalt Jüdel, hinter der niemand anders als Büssing stand, ließen diese Firmen durch den Rechtsanwalt Mielziner gegen die Regierung Oerters eine Feststellungsklage ausarbeiten, die sich auf Reichsgesetze stützte. Man konnte gespannt sein, auf welchem Wege die Reichsregierung ihren Gesetzen in Braunschweig Achtung verschaffen würde, falls das Gericht gegen Oerters und Eckardt entschied.

Inzwischen führte Minna Faßhauer ihr Programm der Entkonfessionalisierung des Bildungswesens weiter, sie stellte die Erziehungsanstalt in Bevern unter die Kontrolle des Staates und bestimmte am 23. Januar, daß jeder Einwohner über 14 Jahre seinen Austritt aus der Kirche erklären könne. Für den bevorstehenden Geburtstag des Kaisers, sonst ein nationaler Feiertag, hatte sie jede Erinnerung daran in den Schulen verboten. Aber die „Landeszeitung“ widmete dem früheren Monarchen einen freundlichen Artikel, und in der Nacht zu diesem denkwürdigen Tage hatten Monarchisten die rote Fahne vom Theater

geholt und eine schwarz-weiß-rote gehißt. Die Passanten der Hauptgeschäftsstraße, Steinweg, erblickten an diesem Morgen an der Stirnseite des Theaters die Inschrift „Nieder mit Merges“, und das Reiterstandbild des Herzogs Wilhelm vor der Burg trug ein Schild mit dem schnell kolportierten Vers:

Lieber Wilhelm, steig hernieder  
und regiere du uns wieder,  
laß in diesen schlechten Zeiten  
lieber Schneider Merges reiten!

Schlechte Zeiten waren es allerdings; die Ernährungslage verschlechterte sich von Tag zu Tag, die Preise kletterten, die wöchentliche Brotration mußte auf 2 000 Gramm gekürzt werden, Größe, Gewicht und Preise der Brotsorten wurden vorgeschrieben und überwacht. Das Pfund Roggenmehl kostete damals 24, das Pfund Weizenmehl 30 Pfennige. Seit durch die Revolution der Streik ein legales Kampfmittel geworden war, benutzten es mehrere Berufsgruppen, wovon u. a. die Lebensmittelfabriken in Braunschweig betroffen wurden. Vor allem aber fehlten Kohlen und Rohstoffe, ein Mangel, der das ganze Jahr 1919 über anhielt und durch die teilweise rein politischen Streiks im Ruhrgebiet verstärkt wurde. Zahlreiche große und kleine Betriebe mußten deshalb ihre Produktion erheblich drosseln oder ganz einstellen. Die Zahl der Arbeitslosen wurde durch die demobilisierten Soldaten beträchtlich vermehrt, bei deren Unterbringung sich nicht nur wirtschaftliche, sondern auch erhebliche organisatorische Schwierigkeiten ergaben. So konnte es geschehen, daß der Arbeiter- und Soldatenrat eine Verordnung zur Unterbringung von Kriegsbeschädigten beriet, von der der zuständige Volkskommissar Eckardt überhaupt nichts wußte, so daß er die Verantwortung für ihre Durchführung ablehnte. Auf der Suche nach Schuldigen setzte der Arbeiter- und Soldatenrat den Leiter der Ortskohlenstelle ab und polemisierte heftig gegen die „feenhafte Beleuchtung“ großer Kaffees und Gaststätten sowie gegen Tanzveranstaltungen. Drastische Einschränkungen wurden angekündigt. Am meisten Sorge bereiteten der Regierung aber die militärischen Maßnahmen der Reichsregierung gegen Bremen und andere kommunistische Zentren, zumal die Opposition in Braunschweig darauf ihre Hoffnungen setzte. Aus Angst vor „umstürzlerischen Bewegungen“ wurde sogar Dr. Jasper verhaftet, der beschuldigt wurde, „einem Unternehmen Vorschub geleistet zu haben, das den Sturz der Regierung bezweckte.“ Jaspers „Hochverrat“ hatte aber im wesentlichen darin bestanden, mit Hilfe des Reiches die Einberufung der am 22. Dezember gewählten Landesversammlung durchzusetzen.

Als sich die Einberufung des Parlaments nicht mehr länger hinausschieben ließ, mußte sich der Landes-Arbeiter- und Soldatenrat über seine künftige Rolle schlüssig werden. Er einigte sich darauf, der Landesversammlung einen Verfassungsentwurf für einen „Sozialistischen Freistaat“ vorzulegen. Falls er angenommen werde, sei der Landtag berechtigt, „sein Dasein zu fristen“, wie sich Volkskommissar Junke ausdrückte, anderenfalls werde er aufgelöst. Außerdem kam der Rat nach Referaten von Eichhorn-Kühl und Oerter zu einer bemerkenswerten Einschätzung der allgemeinen Lage: Da die Regierung Ebert-Scheidemann sich der Bourgeoisie verschrieben habe, müsse die Hoffnung der Revolution

auf Braunschweig, Thüringen und das Rheinland gesetzt werden, wo Volkswehren den Sozialismus gegen die „Weiße Garde“ (gemeint waren die Regierungstruppen) verteidigen sollten. Wenn nun Noske seine Truppen auch gegen Braunschweig richten wolle, dann werde es „einen konkreten Klassenkampf“ geben. Oerter bezeichnete übrigens die Wirtschaftslage als durchaus gut, die Schwierigkeiten, z. B. in der Kohlenversorgung, seien auf passiven Widerstand zurückzuführen, den man heute wohl Wirtschaftssabotage nennen würde. Besonders die Beamten hätten ihr ursprüngliches Versprechen nicht gehalten. Und dann teilte er mit, daß die Beamtenschaft für den Fall eines neuen Generalstreiks einen Gegenstreik vorbereite, was er jedoch damit kommentierte, daß man sie bei dieser Gelegenheit loswerden könne. Der Gedanke eines bürgerlichen Gegen- und Abwehrstreiks hatte tatsächlich inzwischen konkrete Pläne gezeitigt und wurde im entscheidenden Augenblick dann auch wirksam durchgeführt.

Die Ansicht, daß die Wirtschaftslage in Braunschweig gut sei, wurde durch die anschließenden Ausführungen des Volkskommissars Gerecke widerlegt: Die Getreidevorräte seien schlecht erfaßt, die Ferkelpreise viel zu hoch, der Schleichhandel habe besonders in den Kreisen Gandersheim und Holzminden erheblichen Umfang angenommen, die Milchablieferung sei völlig unzureichend — in einem Kreise seien bei 200 Kühen nur 34 Liter Milch abgegeben worden —, es fehle an Saatgut für die Kartoffeln, über die Fleischvorräte fehle jede Übersicht, der Umfang der Schwarzschlachtungen sei beträchtlich, und schließlich habe man bei Streiks in der Landwirtschaft mit Gewalt die Viehfütterung verhindert.

Auch der von Oerter vorgelegte Verfassungsentwurf fand heftigen Widerspruch. Die politischen Rechte sollten nur die „geistig und körperlich produktiv werktätigen Personen“ erhalten, wozu allerdings auch Hausfrauen gerechnet werden sollten, wenn sie ihren Haushalt selbst führen und ihre Kinder selbst erzögen. Alles Eigentum, das nicht vom Besitzer selbst bewirtschaftet werde, solle „in gesetzmäßiger, planvoller Weise“ in den Besitz der Allgemeinheit überführt werden. Für eine Zeit des Übergangs (Diktatur des Proletariats) sollte der Arbeiter- und Soldatenrat die Macht behalten, mit fortschreitender Sozialisierung und Erreichen der sozialistischen Gesellschaftsordnung trete dann die Landesversammlung an seine Stelle. Bis dahin habe diese nur das Recht der Kritik am Landes-Arbeiter- und Soldatenrat, das Vorschlagsrecht für Gesetze und die Pflicht zur Aufstellung und Bearbeitung des Etats. Keinesfalls aber dürfe die Landesversammlung die Regierung bilden.

Eichhorn-Kühl bezeichnete Oerters Wahlrechtsvorschlag kurz und klar als russischen Ursprungs und verlangte für die Landesversammlung mehr Rechte, auch müsse es für besonders wichtige Gesetze eine Volksabstimmung geben. Da der Arbeiter- und Soldatenrat über den Verfassungsentwurf keine Einigung erzielte, blieb bis zur Konstituierung des Parlaments am 10. Februar alles offen. Nur in der Entschlossenheit, dem Reiche gegenüber hart zu bleiben, das übrigens am 10. Februar das „Gesetz über die vorläufige Reichsgewalt“ annehmen sollte, herrschte Einigkeit, wie sie Volkskommissar Eckardt ausdrückte: „Wenn die Regierungstruppen den Braunschweiger Boden betreten, so ist das für uns gleichbedeutend mit Krieg ... Kampf bis aufs Messer!“

#### IV. DAS PARLAMENT — DR. JASPER

Der 10. Februar 1919 war ein bedeutsamer Tag in der Geschichte Braunschweigs. Da standen sie sich zum ersten Male in der Arena des Parlaments gegenüber, die Männer, die das Schicksal des Landes bestimmen und die Verantwortung für die nächsten Jahre übernehmen wollten: Die Unabhängigen mit den Volkskommissaren Oerter, Junke und Wese-meier an der Spitze, die Mehrheitssozialisten unter Dr. Jasper, Gustav Steinbrecher und Otto Antrick, in der Mitte die Demokraten Rönneburg, Bracke und Regensburger, und auf der äußersten Rechten der Welfe August Hampe neben Roloff und dem Vertreter des Mittelstandes, dem Kaufmann Moritz Liebald, Namen, die erst in den folgenden Jahren zu Begriffen wurden<sup>33</sup>. Alterspräsident Heinrich Rieke, Maurer aus Braunschweig, erteilte nach der Konstituierung dem „Regierungsvertreter Emil Schütz“ das Wort. Unter lebhafter Unruhe und lautem Widerspruch kündigte er an, daß die Arbeiterklasse bis zur Beseitigung des Kapitalismus und bis zur Überführung der Produktionsmittel in Gemeinbesitz dem Arbeiter- und Soldatenrat die Macht lassen werde. Die Landesversammlung sei „ein Organ zur Durchführung der Revolution“; sie möge zunächst die Einführung des Achtstundentages und die Abschaffung der Gesindeordnung nachträglich billigen, dann solle „Grundbesitz, mit welchem die Ausbeutung von dritten Personen betrieben wird“, in gesellschaftlichen Besitz überführt werden. Für die nächste Zukunft erschienen Kraft-, Licht-, Wasser- und Bergwerke und andere Betriebe zur Hebung von Bodenschätzen am geeignetsten für die Sozialisierung. Zum Regierungsprogramm gehöre ferner die Einführung der Einheitsschule für das ganze Land, die Abschaffung indirekter Steuern und eine neue Rechtssprechung durch vom Volk gewählte Richter. Es sei eine Volkswehr geplant, die den Schutz gegen Militarismus, Kapitalismus und gegen eine reaktionäre Reichsregierung übernehmen solle. Dann appellierte Schütz an den guten Willen der Landesversammlung und drohte, wenn sie unfähig oder widersätzlich sei, habe sie abzutreten: „Es wäre für die Landesversammlung selbst eine große Gefahr, wenn sie sich hindernd der großen Aufgabe der Revolution, die Beseitigung des Kapitalismus und die Aufrichtung des Sozialismus, entgegenstellen würde . . . Es liegt uns fern, die Landesversammlung in irgend einer Weise auszuschalten, uns ihrem Rate und ihrem Gutachten zu verschließen (Lachen rechts und in der Mitte) . . .“ Erst wenn dem Landtage „die volle Bedeutung

<sup>33</sup> Im folgenden nach dem amtlichen Protokoll „Verhandlungen . . . 1. Sitzung.“ Die Rede von Schütz und ein Verfassungsentwurf als Drucksachen Nr. 1 und 2 sowie alle weiteren Drucksachen dieser Sitzungsperiode, einschl. der Sitzungsprotokolle im Besitz des Verfassers.

des Sozialismus“ klar sei, werde ihm die volle Verantwortung übertragen werden. „Bis dahin werden Sie sich mit der Rolle bescheiden, die Ihnen von der Revolution zugewiesen ist. (Lebhafter Widerspruch rechts und in der Mitte.)“

Das war die erwartete Kampfansage! Nach dieser Rede wählte das Parlament den SPD-Führer Dr. Heinrich Jasper zum Präsidenten, der in seiner Antrittsrede ein Bekenntnis zum Sozialismus ablegte, aber unmißverständlich erklärte, jetzt sei die Macht auf die Landesversammlung übergegangen; jeder Widerstand gegen die legale Reichsregierung müsse abgelehnt werden. Zum Schluß dieser ersten Sitzung brachten die Demokraten und der Landeswahlverband eine Interpellation ein: „Erkennt die jetzige Regierung die vom souveränen Volk gewählte braunschweigische Landesversammlung als die ausschließliche Trägerin der gesamten Staatsgewalt an?“ Die Antwort stand bereits in dem als Drucksache 2 vorgelegten „Entwurf zu einer Verfassung für den Freistaat Braunschweig“: Artikel 14: „Die oberste gesetzgebende Gewalt wird ausgeübt durch den Landes-Arbeiter- und Soldatenrat.“ Und Artikel 26: „Der Landes-Arbeiter- und Soldatenrat wählt die Volkskommissare, die ihm verantwortlich sind ...“

Obwohl Oerters ursprünglicher Entwurf nach der Ablehnung im Arbeiter- und Soldatenrat jetzt erheblich geändert war — u. a. war für die Sozialisierungsgesetze eine Volksabstimmung vorgesehen und das Wahlrecht geändert worden —, sollte doch das Verhältnis zwischen Landesversammlung und Arbeiter- und Soldatenrat so bleiben, wie er es von Anfang an gewollt hatte. Am 11. Februar lehnten die drei Fraktionen der SPD, der DDP und des LWV die Regierungserklärung und den Verfassungsentwurf ab. Beschlußgemäß hätte der Arbeiter- und Soldatenrat den Landtag auflösen müssen. Er tat es nicht und hatte damit die Entscheidungsschlacht verloren. Oerter verhandelte stattdessen mit den Sozialdemokraten über die Bildung einer *Koalitionsregierung zwischen USPD und SPD*, die auf das Vertrauen der sozialistischen Parlamentsmehrheit gestellt werden sollte. Als sie bereits am 18. Februar zustandekam, hatte Oerter den Arbeiter- und Soldatenrat preisgegeben, der gesamte Rat der Volkskommissare trat zurück, um einer auf die beiden sozialistischen Fraktionen des Parlaments gestützten Koalitionsregierung Platz zu machen. Sie setzte sich zusammen aus den vier USPD-Ministern Oerter, Junke, Gerecke und Eckardt und den vier Sozialdemokraten Dr. Jasper, Gustav Steinbrecher, Otto Antrick und Albin Undeutsch. Neben Steinbrecher, der jahrzehntelang an der Seite Jaspers in der Regierung und in der Opposition wirkte, ehe er für den Rest seines Lebens im Konzentrationslager verschwand, trat nun auch der damals bereits 60 Jahre alte Otto Antrick in die Regierung ein. Er war erst 1906 als Parteisekretär nach Braunschweig gekommen, nachdem er bereits von 1898 bis 1903 als SPD-Abgeordneter den Wahlkreis Cottbus-Spremberg im Reichstage vertreten hatte. Er stammte aus Landsberg a. W. und hatte — er war gelernter Zigarrenmacher — als Zigarrenfabrikant in Berlin gelebt, ehe er sich hauptamtlich der SPD widmete, der er mit 18 Jahren beigetreten war. 1912 wurde er im Wahlkreis Gandersheim-Holzminen erneut in den Reichstag gewählt. Bis zu seinem Tode am 7. Juli 1924 hat er die Politik des Landes maßgeblich beeinflußt.

Oerters Kapitulation vor der Landesversammlung verlangte nach Rechenschaft vor der USPD, deren Mitglieder zu diesem Zwecke zu Tausenden zusammenströmten <sup>34</sup>. Eckardt versuchte zunächst die Gemüter dadurch zu beruhigen, daß er erklärte, die SPD habe unter ihren Wählern auf dem Lande viele Radikale, die jetzt die Möglichkeit hätten, „die Braunschweiger Bremser günstig zu beeinflussen.“ Aber das rechtfertigte noch nicht die Preisgabe des Arbeiter- und Soldatenrates. Gewiß habe er jetzt „einen großen Teil seiner Macht preisgegeben“, bekannte er, aber man solle darin nur eine taktische Maßnahme sehen, bis eine günstigere Gelegenheit komme für „neue Verhältnisse, die kein Noske mehr aufhalten kann.“ Eckardt dachte in Wahrheit an den drohenden Einmarsch von Regierungstruppen, der den Arbeiter- und Soldatenrat um die Macht gebracht hätte, wenn man nicht mit der SPD paktierte. Junke ergänzte seinen Kollegen durch den Hinweis, man habe immerhin verhindert, daß Bürgerliche an der Regierung beteiligt würden, und außerdem habe die USPD auch auf die Auswahl der SPD-Minister Einfluß ausgeübt. Aber Jaspers Konzeption war eindeutig und genügend bekannt, so daß diese Argumente bei den empörten Mitgliedern nicht verfangen. Merges rief aus, er habe jede Verhandlung „mit diesen kompromittierten Führern“ abgelehnt: „Diese Leute haben den Befähigungsnachweis erbracht, daß es ihnen um die Sache der Arbeiter nicht zu tun ist. Sie murksen ja die Proletarier, aus deren Kreisen sie selbst stammen, ab!“ Trotz seines merkwürdigen Deutschs wiegelte er in seiner bekannten Demagogie die Massen gegen die Nationalversammlung auf und attackierte Ebert und „Blut-Noske“, den er „den großen Bruder des Dr. Jasper“ nannte. Bei der nächsten Revolution würden auch die Mehrheitssozialisten „mit weggeschwemmt.“ Die Folge dieser Rede war, daß die überwältigende Mehrheit die Regierungsverhandlungen „mit den Verrätern des Proletariats“ als „den letzten Todesstoß für die revolutionären Errungenschaften“ scharf verurteilte. Trotz dieses eindeutigen Mißtrauensvotums der Partei dachten Oerter und seine drei Minister nicht daran, zurückzutreten. Nicht die Ära Oerter, sondern die Ära Merges war vorüber, denn der „Präsident“ Merges verzichtete auf seinen Titel und sein Landtagsmandat. Künftig blieb seinen Anhängern, wie Gehrke bereits angekündigt hatte, nur der Weg der Revolution über die Massen auf der Straße. Auch für Braunschweig begann jetzt die Zeit der kommunistischen Unruhen und Putschversuche.

Wie bei allen Koalitionen hatten auch in Braunschweig beide Partner geglaubt, den anderen in ihrem Sinne beeinflussen und womöglich auf den eigenen Kurs lotsen zu können. Wie weit das jetzt gelungen war, läßt der neue Entwurf einer vorläufigen Verfassung erkennen, den die Koalitionspartner vorlegten. Die SPD setzte folgende Punkte durch:

1. Die Landesversammlung wird oberste gesetzgebende Gewalt.
2. Sie gibt dem Lande eine Verfassung.
3. Sie wählt die Regierung.
4. Die Regierung ist von ihrem Vertrauen abhängig und ihr verantwortlich.

<sup>34</sup> Der folgende Bericht nach „Volksfreund“ (Nr. 43) vom 19. 2. 1919.



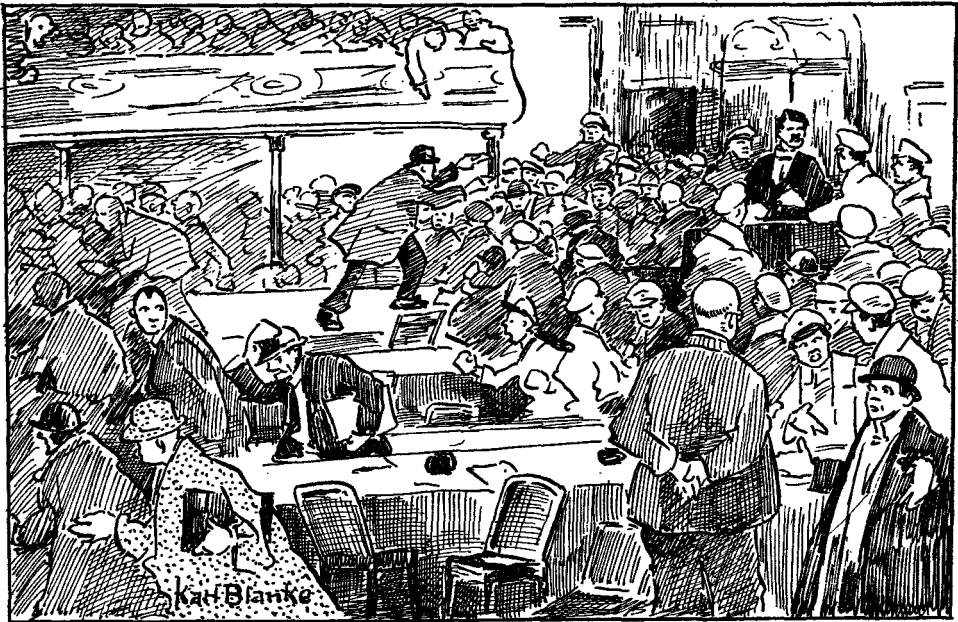
Dagegen erreichte die USPD diese Zugeständnisse:

1. Landesarbeiterrat und Ortsarbeiterräte üben neben der Landesversammlung die beim Volke liegende Macht aus.
2. Er übt gegenüber der Landesversammlung ein Vetorecht aus, bei dessen Anwendung eine Volksabstimmung durchgeführt werden muß.
3. Er soll die Sozialisierung vorbereiten.
4. Er ist neben dem Rat der Volksbeauftragten (wie die Volkskommissare jetzt heißen sollten) für die Ausführung der Gesetze verantwortlich.

Damit war eindeutig die parlamentarische Demokratie an die Stelle der Diktatur des Proletariats getreten. Tatsächlich hat der Arbeiterrat von diesem Zeitpunkt ab „gegenüber den Beschlüssen des Landtages keine große Rolle gespielt“. <sup>35</sup> Dieser klare Sieg der Sozialdemokraten dürfte nicht unwesentlich ihren Glauben daran bestärkt haben, daß man durch solche Koalitionen radikale Tendenzen der Bundesgenossen „entschärfen“ könne. Die SPD hat in diesem Glauben 1922 die Vereinigung mit der USPD vollzogen, deren Führer zu dieser Zeit Otto Grotewohl hieß und dem es gelang, die neue VSPD im Gegensatz zu dem gemäßigten Jasper - Kurs bis 1933 auf einer der alten USPD angenäherten linkstendierenden Linie zu halten.

Nach dem „Verrat“ Oerters entbrannte auch in Braunschweig der unversöhnliche Kampf zwischen den Kommunisten und den Sozialdemokraten im Putsch der Straße gegen das Parlament. Schon am Tage der Regierungsbildung, am 19. Februar, erhielt Braunschweig eine erste Kostprobe des neuen politischen Stils, als Straßendemonstranten zum Sturm auf den Landtag ansetzten, angeblich veranlaßt durch eine Rede des bürgerlichen Großindustriellen Müller-Schöll. „Eine große Anzahl arbeitsloser Personen, die sich gewaltsam Eingang in das Landtagsgebäude verschafft hatten, drang laut lärmend durch das Ministerzimmer in den Sitzungssaal ein, bedrohte hier die versammelten Abgeordneten, unter denen einige von der tobenden Menschenmenge tödlich angegriffen wurden, zertrat die Füllungen der verschlossenen östlichen Eingangstür zum Sitzungssaal und zertrümmerte Tische und Stühle“, berichtet das amtliche Protokoll. Oerter mußte den Versuch, das republikanische Parlament durch einen kommunistischen Gewaltstreik unter Druck zu setzen (man denkt unwillkürlich an die Ost-Berliner Ereignisse von 1948), mit dem Einsatz der Volkswehr beantworten, wodurch er sich in den Augen der Demonstranten auf die Seite der Konterrevolutionäre gestellt hatte. Sie dachten an den zwei Tage zuvor erfolgten Einmarsch der Regierungstruppen in das Ruhrgebiet, der einen Generalstreik der Unabhängigen und Kommunisten ausgelöst hatte. Die Koalition selbst hatte erhebliche Schwierigkeiten, sich zusammenzuraufen, insbesondere als die USPD

<sup>35</sup> Diederichs, S. 22. Diederichs bringt weitere Einzelheiten über das Verhältnis zwischen Arbeiter- und Soldatenrat und Landesversammlung.



3. Der Sturm auf den Landtag am 19. Februar 1919 (Zeichnung von Karl Blanke)

mit Hilfe eines Betriebsrätegesetzes die Sozialisierung vorantreiben und diese Absicht bereits in der Regierungserklärung ankündigen wollte. Der Landesarbeiterrat protestierte zudem mit Erfolg gegen den vorgesehenen Volksbeauftragten Undeutsch, den die SPD daraufhin gegen den Schriftsetzer Schelz aus Wolfenbüttel austauschte.

Die von Oerter vorgetragene Regierungserklärung beweist die Wandlungsfähigkeit dieses Mannes. Danach sollte die Sozialisierung nun „im Rahmen des Reiches“ durchgeführt und auch das Gesetz über eine Volkswehr den Gesetzen über die Reichswehr angepaßt werden. Überhaupt sei der Freistaat Braunschweig, wie es fortan hieß, „ein Glied des Deutschen Reiches“, aber gemäß dem Beschluß der Landesversammlung vom 11. 2. 1919 werde sich die Regierung für die Bildung eines größeren Freistaates Niedersachsen einsetzen. In der Tat hatte das Parlament in seiner ersten Arbeitssitzung seiner Meinung Ausdruck gegeben, daß das territoriale Erbe des Herzogtums wenig glücklich sei. Es sollte der Republik nicht gelingen, diesen ihren ersten Programmpunkt jemals zu verwirklichen, gewiß zum Schaden des Landes und des Volkes. Im übrigen war das Regierungsprogramm in so unverbindlichen Formulierungen gehalten und klang so wenig revolutionär, daß es

sogar von den Demokraten gebilligt und vom Landeswahlverband nicht auffallend scharf angegriffen wurde. Später stritten sich die beiden bürgerlichen Gruppen darüber, wer eigentlich eine zu radikale sozialistische Politik verhindert habe, die Demokraten, indem sie sich zu loyaler Mitarbeit entschlossen, oder der LWV, dessen Sprecher, Hampe, das Wort zugeschrieben wurde, die Opposition werde der Regierung das Leben so sauer wie möglich machen.

Das jedenfalls ist eine bedeutsame Folge dieser Koalition, daß die bürgerliche Rechte ihr Mißtrauen gegenüber den Sozialdemokraten bestätigt sah. Sie wandte auf die politische Linke das mathematische Gesetz an, wenn zwei Größen einer dritten gleich sind, so sind sie auch untereinander gleich. Zumal die USPD in Braunschweig die Abspaltung der KPD so lange wie möglich verhinderte, wurden die Unterschiede zwischen beiden zugunsten des gemeinsamen Wollens verwischt. Das Bürgertum sah nur: „In unzweideutiger Weise haben die unabhängigen Sozialdemokraten und die Kommunisten die sozialistische Arbeiterschaft zum Klassenkampfe aufgerufen. Dem Bürgertum ist jede Lebensberechtigung abgesprochen.“ Wenn nun die Sozialdemokraten und die Unabhängigen gemeinsame Sache machten und nach außen keine grundsätzlichen Unterschiede mehr erkennbar waren, so lag die Gleichung Sozialisten = Kommunisten auf der Hand: „Überall wo die Sozialisten oder die Kommunisten zur Herrschaft kommen, hat das Bürgertum seine Rolle ausgespielt“ <sup>35a</sup>. Wenn nun auch die Demokratische Partei diese Regierung unterstützte und später sogar mit ihr in eine Koalition eintrat, mußte sie hinnehmen, künftig als Steigbügelhalter der Marxisten bekämpft zu werden. Selbst die Deutsche Volkspartei blieb von solchen Vorwürfen nicht verschont, als sie 1922 in eine Regierung mit Sozialdemokraten eintrat. Diese absolute Fehlbeurteilung der SPD, der sie allerdings mehrfach Vorschub geleistet hat, bestimmte zur Weimarer Zeit das Denken weiter bürgerlicher Kreise in den Rechtsparteien. Die folgenden Kapitel werden darüber noch viel zu berichten haben.

Am gleichen 27. Februar, an dem Oerter in Braunschweig die Regierungserklärung vor dem Landtage abgab und in Weimar die Nationalversammlung das Gesetz über die Bildung einer vorläufigen Reichswehr annahm, berief der Arbeiter- und Soldatenrat die Betriebsräte der großen Fabriken in das Schloß, um einen Generalstreik vorzubereiten. Den Anlaß dazu hatten die Ermordung des Ministerpräsidenten Eisner und der anschließende Generalstreik in Bayern gegeben. Eingedenk der Prügel, die er am 19. bezogen hatte, unterbrach der Landtag seine Sitzung, aber der erwartete Sturm blieb aus, denn im Schloß war man sich noch nicht einig. Am 2. März sollte eine große Wahlversammlung darüber abstimmen, ob die Räterepublik erneut proklamiert werden sollte. Ob nun der Regen oder die Unklarheit in den Reihen der Aufrührer die Ursache dafür war — jedenfalls blieb die Entscheidung der Menge offen, und die Einführung der Räterepublik wurde verschoben. Anfang März setzte Lenin auf dem ersten Kominternkongreß in Moskau noch einmal seine Hoffnungen auf die Revolution des deutschen Proletariats. Im

---

<sup>35a</sup> Was will der Bürgerbund? Herausgegeben vom Bürgerbund Braunschweig, S. 3.

gleichen Augenblick eröffneten die Spartakisten durch einen Aufruf am 3. März 1919 den Kampf gegen die „Massenhenker des deutschen Proletariats“, Ebert-Scheidemann-Noske, und die Nationalversammlung. Die braunschweigischen Zeitungen berichteten in diesen Tagen wiederholt von bemerkenswerten Besuchen im Schloß, so des Lenin-Beauftragten Isaak Sobelsohn, genannt Karl Radek, und sogar des ehemaligen Sowjetbotschafters Joffe. Auf dem Landesparteitag der SPD am 9. März in Seesen deutete Jasper an, daß ein spartakistischer Putschversuch auch in Braunschweig bevorstehe.

Immerhin hatte das Bürgertum Zeit gewonnen, für diesen Fall einen Abwehrstreik vorzubereiten, vor allem der Beamten. Dabei gab es bestürzende Fälle typischer Beamtengesinnung, als z. B. der braunschweigische Oberbürgermeister Retemeyer, Landtagsabgeordneter des LWV, einen solchen Streik für unvereinbar mit seinen Beamtenpflichten hielt. Widerstand gegen illegale Angriffe auf die demokratische Grundordnung gehörte offenbar nicht zu den Pflichten eines Beamten, und deshalb kamen auch später viele Staatsdiener der Aufforderung zum bürgerlichen Abwehrstreik nur zögernd nach. Die Ausrufung der Räterepublik in München am 6. April war dann endlich auch für Braunschweig das Signal zum Generalstreik, der am 9. April 1919 um 9 Uhr vormittags mit Unterstützung der Volkswehr und der Volksmarinedivision begann. Alle öffentlichen Lokale wurden geschlossen, nur von 12 bis 14 und von 17 bis 19 Uhr durften Speisen ausgegeben werden. Alle Läden außer Lebensmittelhandlungen mußten schließen, nach 20 Uhr durfte die Straße nur mit Ausweis des „revolutionären Aktionsausschusses“ betreten werden. Der „Volksfreund“ verkündete, daß die Entscheidungsschlacht um die Republik begonnen habe: „Die Revolution tritt wieder in unaufhaltsame Bewegung. Die Räterepublik Deutschland kann über Nacht kommen. Sie muß mit historischer Naturnotwendigkeit in die Erscheinung treten wie mit physikalischer Naturnotwendigkeit, wenn sich mit Elektrizität geladene Wolken zusammenballen und das Gewitter in Erscheinung tritt.“

Aus dieser beachtenswerten Interpretation des dialektischen Materialismus leiteten die Führer des Aufstandes folgendes Programm ab: Das Proletariat sollte jetzt „mit festem Griff“ den anderen Klassen seinen Willen einfach aufzwingen, Bürgertum und Militär restlos entwaffnen, alle Parlamente auflösen, alles Kapital über 10 000 Mark enteignen, alle höheren Beamten absetzen und den unteren jede Selbständigkeit nehmen und an die Stelle der Gerichte ein Volksgericht setzen, das „ausschließlich im Geiste der Revolution zu richten haben“ werde. Das letzte Ziel allerdings war, wie August Merges um 10 Uhr auf dem Schloßplatz verkündete, der Anschluß eines revolutionären, sozialistischen Deutschlands an die russische Sowjetrepublik. Braunschweigs Spartakisten versuchten also mit diesem Aufstand lediglich ihren Beitrag zu leisten, um Lenins Hoffnungen zu erfüllen, er entbehrte jeder braunschweigischen Spontaneität, auch wenn das Ultimatum an die Landesversammlung auf Braunschweig zugeschnitten war.



# Arbeiter- und Soldatenrat Braunschweig

Fernsprecher 736 und 2275

Der Verhandlungsleiter

BRAUNSCHWEIG, den 9. April 1919.

An

die Landesversammlung im Freistaate Braunschweig.

H i e r .

Der Vollzugsrat des Landes-Arbeiterrates im Freistaate Braunschweig stellt der Landesversammlung folgende Anträge und ersucht, dieselben sofort zu beschließen:

- 1.) Aufhebung der vorläufigen Verfassung und Verabschiedung der vom Arbeiter- und Soldatenrat zuerst eingebrachten Verfassung
- 2.) Sofortige Vorbereitung der Sozialisierung durch Einsetzung der Betriebsräte in sämtliche industriellen Unternehmungen,
- 3.) Grundlegende Änderung des Ernährungswesens.

Ferner ersuchen wir die Landesversammlung, folgende Forderungen der Arbeiterschaft des Freistaates Braunschweig mit zu unterstützen:

- a) Sofortiger Rücktritt der Reichsregierung,
- b) Abschaffung der Freiwilligenkorps,
- c) Schaffung eines Volksheeres nach den Grundsätzen des Erfurter Programms,
- d) Abschluss eines Bündnisses mit der Russischen Arbeiterregierung.

#### 4. Ultimatum des Arbeiter- und Soldatenrates an die Landesversammlung

Ein merkwürdiger Putsch, der die Durchführung seiner Forderungen von den Organen erwartete, gegen die er sich richtete! Aber das ist vielleicht dadurch zu erklären, daß einige Führer des Aufstandes die Unabhängigen Oerter und Genossen doch noch zu den ihren rechneten. Tatsächlich konnte — oder wollte — die Regierung Oerter nicht verhindern, daß die Volkswehr, eben noch zum Schutz des Parlaments eingesetzt, ein Machtinstrument der Streikleitung wurde. Zwei zufällig auf dem Bahnhof stehende Langrohrgeschütze der Reichswehr gaben den Streikenden den Vorwand ab, um den gesamten Bahnverkehr im Lande Braunschweig stillzulegen. Alle Bahnhöfe wurden angewiesen, keine Züge mehr

<sup>36</sup> Durchschlag des Schreibens an die Landesversammlung im Besitz des Verfassers.

abzufertigen, andernfalls sie militärisch besetzt würden. Im Bahnverkehr begann ein unbeschreibliches Chaos. Weit vor der Stadt liegende Dorfbahnhöfe mußten den Zugverkehr aufnehmen: Züge aus Hildesheim oder Hannover endeten in Groß Gleidingen, die Strecken Börßum — Wolfenbüttel und Wolfenbüttel — Jerxheim lagen völlig still, ebenso fast alle Strecken der Landeseisenbahn. Fahrschüler und Berufstätige, die morgens vor dem Streik in die Stadt gekommen waren, konnten jetzt nicht einmal Nachricht geben, da die Postbeamten den inzwischen proklamierten bürgerlichen Abwehrstreik unterstützten. Bei der Bahn ergab sich der kuriose Zustand, daß ein Teil der Eisenbahner für die Spartakisten, die Beamten aber gegen sie streikten.

Die Aufständischen besetzten die Bahnhöfe Helmstedt, Wolfenbüttel, Schöppenstedt, Schöningen und am 11. April auch Holzminden. Überall, wo Eisenbahnlinien braunschweiges Gebiet schnitten, wurden die durchgehenden Züge aufgehalten und zurückgeschickt, so in Vorwohle (Kreis Holzminden), Seesen und Jerxheim. Infolgedessen wurde die Ost-West-Verbindung über Holzminden-Kreiensen mit einer Kapazität von täglich etwa 60 Güterzügen vollständig unterbrochen und mußte durch Umleitungen von mehreren hundert Kilometern ersetzt werden. Als am 14. April auch die Eisenbahner in dem wichtigen Knotenpunkt Halberstadt streikten, brach die Verbindung Magdeburgs und Anhalts zum Westen zusammen, und Tausende von Güterwagen verstopften die Strecken. Lebensmittel, Kohle und andere lebenswichtige Güter mußten über Hamburg nach Berlin oder über Bebra nach Mitteldeutschland geleitet werden. Inzwischen hatten sich nahezu alle Behörden, Lehrer, sogar Ärzte und Apotheker dem bürgerlichen Abwehrstreik angeschlossen. Die Streikleitung drohte den streikenden Ärzten Entzug der Lebensmittelkarten an, aber sie hatte keine Beamten, um die Drohung auszuführen, sie konnte auch nicht mit Waffengewalt die Banken zur Auszahlung von Geld zwingen; es fehlte der Bevölkerung an Lebensmitteln, vor allem an Milch. Streik und Gegenstreik hatten sich hoffnungslos ineinander verbissen. Als auf dem preußischen Bahnhof Börßum von Hannover aus ein Artilleriezug mit vier Geschützen auffuhr, war das ein erstes Anzeichen für einen militärischen Aufmarsch gegen Braunschweig, und am dritten Streiktag erschienen Flugzeuge der Regierungstruppen über der Stadt. Die Streikleitung ermutigte derweil ihre Anhänger auf der täglichen Massenversammlung vor dem Schloß mit der Mitteilung, daß in 38 Großstädten der Generalstreik ausgebrochen sei.

Am 5. Streiktag, dem 13. April, verhängte die Reichsregierung endlich den Belagerungszustand über Braunschweig, als das Jägerkorps des Generalmajors Maercker heranrückte. Die Regierung schickte auf Jaspers Betreiben die Volksbeauftragten Junke und Jasper zu Verhandlungen nach Berlin, um jede Gewaltanwendung zu verhindern, währenddessen mußte die Streikleitung durch Eichhorn-Kühl den Massen auf dem Schloßplatz schonend beibringen, daß die erwartete Ausdehnung des Streiks auf das ganze Reich ausgeblieben oder niedergeschlagen, das Unternehmen also gescheitert sei. Sie beschränkte sich nun auf Urlaubs- und Lohnforderungen, so daß selbst Merges die Sinnlosigkeit des Streiks einsehen mußte. Er kündigte an, daß er abgebrochen werde, wenn auch der bürgerliche Abwehrstreik, dessen Erfolg er damit zugab, aufhörte. Aber das war ohnehin bereits

für den nächsten Tag, den 16. April, vorgesehen. Plötzlich über der Stadt auftauchende Flugzeuge kündigten durch Flugblätter den Einmarsch der Maercker-Truppen an. Am folgenden Tage erklärte die Streikleitung den Generalstreik für abgebrochen und fügte hinzu, die Streikenden hätten keine Niederlage erlitten. Die Regierung Oerter forderte die Bevölkerung auf, sofort wieder an die Arbeit zu gehen und den einrückenden Truppen keinen Widerstand entgegenzusetzen, denn Maercker hatte in neuen Flugblättern rücksichtsloses Vorgehen dagegen angekündigt, aber auch die Landesregierung für abgesetzt und den Arbeiterrat für aufgelöst erklärt.

Der Ältestenrat des Landtages, dem das Plenum Vollmacht erteilt hatte, beschloß daraufhin, den General durch eine Delegation zu bitten, von einer militärischen Besetzung abzusehen. Immerhin wußte die abgesetzte Regierung eine ordnungsgemäße Parlamentsmehrheit hinter sich, und auch der Arbeiterrat war ein verfassungsmäßiges Organ. Aber Maercker blieb bei seinen Forderungen: „Merges, Oerter, Eckardt und der Husar Schütz werden in Schutzhaft genommen, bis über die Einleitung eines gerichtlichen Haftbefehls über diese Personen entschieden ist.“ Da wenigstens Oerter und Eckardt unter dem Schutz der Immunität standen, versuchte der Ältestenausschuß unter Führung von Rönneburg noch einmal, den General vor ungesetzlichen Maßnahmen zu warnen, wieder ohne Erfolg. Dieses Verhalten trug nicht gerade dazu bei, das Vertrauen auf diese Art der Reichsexekution zu stärken, die doch gerade demokratische Rechte und Verfassungen schützen sollte. Aber Maerckers Truppen marschierten zu dieser Stunde bereits in Wolfenbüttel ein und nahmen dort Verhaftungen vor. In der folgenden Nacht (zum Gründonnerstag) traf der erste Stoßtrupp in einem Panzerzuge auf dem Braunschweiger Bahnhof ein. Noch einmal protestierte der Ältestenrat in einem Telegramm an die Reichsregierung gegen die Verletzung demokratischer Rechte <sup>36a</sup>. Aber die Fraktion des Landeswahlverbandes mißbilligte wiederum dieses Telegramm und stimmte in einem eigenen den Maßnahmen Maerckers zu.

Während es in Helmstedt und Schöningen zu blutigen Zusammenstößen gekommen war, deren Opfer am Karfreitag feierlich in Braunschweig beigesetzt wurden, vollzog sich der Einmarsch in Braunschweig reibungslos. Merges war geflüchtet, Oerter und Eckardt wurden im Hotel „Deutsches Haus“, dem Hauptquartier Maerckers, in angenehme Schutzhaft genommen, die rote Fahne wurde vom Schloß geholt, verbrannt und durch eine schwarz-weiß-rote ersetzt. Als Jasper und Junke in Berlin die Freilassung Oerters und Eckardts bei Scheidemann und Noske erreichten, ließ Maercker die übrigen Volksbeauftragten einstweilen im Amte und begnügte sich mit der Verhängung des Belagerungszustandes. Scheidemann versprach auch eine Adresse an den braunschweigischen Landtag, der am 24. April frei über eine neue Regierung beschließen solle. Die Reichswehr unter der schwarz-weiß-roten Fahne hatte die parlamentarische Republik in Braunschweig gerettet. Fast scheint es, als hätte man den Teufel mit Beelzebub ausgetrieben. Aber die

---

<sup>36a</sup> Br. Landtag, Drucksache 63.

# Braunschweigische Landeszeitung

**Bezugspreis:**  
Beleghe A einschließlich 4,50 Mk., monatlich 1,50 Mk.  
Beleghe B mit der Beilage „Braunschweigische Meisterte Zeitung“  
abonniertlich 6,25 Mk., monatlich 1,75 Mk.

Erscheint täglich morgens 7 Uhr.

Veröffentlichung und Geschäftsstelle: Braunschweig, Sülfeldstr. Nr. 2.  
Telegraphen-Adresse: Landesszeitung.



**Anzeigenpreis:**  
Einzel u. Rand Braunschweig: Zeile 35 Hg., zweifache Zeile 60 Hg.  
Reklame-Anzeigen: Einzel und Rand Braunschweig: Zeile 1,25 Mk., aus-  
wärtig 1,50 Mk. — Abstell nach Tarif.

Kapital-Konten in Braunschweig und Wismar durch unser  
Geldgeschäft in Braunschweig durch die Geldgeschäfte der  
Bank- und Wechselbank, sowie durch alle vord. u. nachh. Institute-Wismar.

Verantwortl.: Gedächtnis-Str. 4500 u. Nr. 4501, Reklamen-Str. 4502 u. Nr. 4503.

Sonder-Ausgabe.

Mittwoch, 16. April 1919.

Sonder-Ausgabe.

## Bekanntmachung.

Die Arbeiterschaft Braunschweigs wird gebeten, heute Mittwoch, den 16. d. Mts., die Arbeit wieder aufzunehmen.

Mitglieder des Rates der Volksbeauftragten sind nach Magdeburg geeilt, um in letzter Stunde noch zu versuchen, den Einmarsch der Regierungstruppen aufzuhalten. Ob der Versuch gelingt, ist zweifelhaft.

Sollten die Regierungstruppen in Braunschweig einmarschieren, so bitten wir alle Einwohner, Arbeiter und Bürger unter keinen Umständen den Einmarschierenden Widerstand entgegenzusetzen.

Wer mit der Waffe in der Hand den Regierungstruppen entgegentritt, kann die Ursache des größten Unglücks für die Stadt Braunschweig und ihre Einwohnerschaft sein.

Ruhe, Besonnenheit sind das Gebot der Stunde für jeden Arbeiter und Bürger!

Arbeiter, nehmt Mittwoch früh die Arbeit wieder auf!

Beamte, kehrt an eure Dienststellen zurück!

Wer mit der Waffe in der Hand den Regierungstruppen Widerstand leistet, versündigt sich an den Interessen der Arbeiterschaft, an den Interessen der Gesamtheit der Einwohnerschaft und am Wohle der Stadt und des Landes Braunschweig.

**Der Rat der Volksbeauftragten.**

## An die Bevölkerung Braunschweigs!

1. Die Regierungstruppen sind im Anmarsch. Die Stadt ist bereits in weitem Umkreise umstellt.
2. Ich werde nach den Befehlen der Reichsregierung Ruhe, Ordnung und gesetzmäßige Zustände herstellen.
3. Bewaffneten Widerstand werde ich rücksichtslos niederschlagen. Plünderungen, Gewalttätigkeiten und ungezügliche Handlungen jeder Art, insbesondere das Festnehmen von Geiseln, werde ich auf Grund des Belagerungszustandes nach Kriegsrechts ahnden.
4. Beim Einrücken der Truppen soll sich niemand außerhalb der Häuser zeigen. Neugierige werden gewarnt! Die Truppen haben Befehl, gegen alle Menschenansammlungen mit der Waffe vorzugehen.

Magdeburg, den 14. April 1919.

**Maercker,**

Stempel nachmittags durch Druck-  
ung abgenommen!

Generalmajor und Kommandeur des freiwilligen Landesjägerkorps.

5. Sonderausgabe der Braunschweigischen Landeszeitung  
vor der Besetzung Braunschweigs durch die Truppen des Generals Maercker — Titelseite



Abhängigkeit von der alten Reichswehrführung war nun einmal ein Klotz an beiden Beinen der Weimarer Republik.

Als der Landtag am 24. April wieder zusammentrat, beantragten die Fraktionen der DDP und des LWV, nunmehr eine große Koalition zu bilden, aber die beiden sozialistischen Parteien lehnten ab. Aus Protest dagegen verließen die antragstellenden Fraktionen das Plenum und machten es dadurch beschlußunfähig. Nun mußten die Koalitionsparteien nachgeben und erfüllten die Forderung der Bürgerlichen, wenigstens den Finanzpräsidenten Bartels in die Regierung aufzunehmen. Da das Land in der höchsten Verantwortung dringend einen Finanzfachmann brauchte, ging der Landtag auch über einen Protest des Landes-Arbeiter- und Soldatenrates zur Tagesordnung über und bestätigte am 30. April die neue Regierung, der außer Bartels Gustav Gerecke, August Junke und Gustav Steinbrecher angehörten. Die bemerkenswerteste Veränderung war aber die Tatsache, daß Heinrich Jasper Vorsitzender der neuen Landesregierung wurde, deren erste Aufgabe es war, Ordnung in die Staatsfinanzen zu bringen.

Der Ältestenausschuß des Landtages hatte schon vor dem Einmarsch Maerckers die Abgeordneten Dr. Bracke und Behrens beauftragt, das Finanzgebaren der Volkskommissare zu prüfen. Das Ergebnis war niederschmetternd. Die Demokraten bezifferten später die Ausgaben für „revolutionäre Verteidigung“ auf etwa 7 Millionen Mark, wozu noch mehrere Millionen Mark Schadenersatz gerechnet werden mußten, die Braunschweig für die eigenmächtige Demobilisierung an das Reich zahlen sollte <sup>37</sup>. Es stellte sich heraus, daß die Verkäufe von Heeresgut in öffentlichen Versteigerungen teilweise ohne jede Buchführung oder sonstige Kontrolle durchgeführt worden waren. Dabei handelte es sich um namhafte Beträge, in Seesen z. B. hatte eine Versteigerung von Pferden 11 770,— Mark eingebracht. Der Arbeiter- und Soldatenrat in Wolfenbüttel hatte zwar am 22. Januar an die Regierung 100 000,— Mark überwiesen, ließ aber vergeblich auf Abrechnungen warten. In einem anderen Falle ersuchte der Volkskommissar Rosenthal den Arbeiter- und Soldatenrat in Bad Harzburg um Abrechnungen und erhielt die kurze Mitteilung, der damalige Rechnungsführer sei „unter Mitnahme sämtlicher Schriftstücke“ seit sechs Wochen flüchtig. Die Regierung ließ finanzschwache örtliche Arbeiterräte einfach aus den Gemeindekassen finanzieren, bemängelte aber andererseits, daß das Geld vielfach „nutz- und zinslos in der Kasse“ der Räte herumliege <sup>38</sup>. Der Propagandafonds des braunschweigischen Arbeiter- und Soldatenrates hatte rund 180 000 Mark ausgeworfen, womit die Regierung übrigens teilweise die Umsturzaktionen finanziert hatte, die gegen sie selbst gerichtet waren. Die Grundlage für einen geordneten Staatshaushalt — die *wirtschaftliche Lage* des Landes und der Bevölkerung —, sah 1919 etwa so aus: <sup>39</sup>

---

<sup>37</sup> Nach Angaben Brackes in der Parteiflagschrift: Die Deutsche Demokratische Partei im braunschweigischen Landtage, S. 31.

<sup>38</sup> Vorstehende Angaben aus den Akten der Kanzlei des Staatsministeriums, Nr. 573.

<sup>39</sup> Die folgende Darstellung nach dem Jahresbericht der Gewerbeaufsichtsbeamten für das Jahr 1919.

Zahlreiche Streiks hatten die Löhne hochgetrieben, aber gleichzeitig die Produktion empfindlich, teilweise sogar katastrophal geschwächt. Der Durchschnittstagslohn eines braunschweigischen Bergarbeiters, der 1913 etwas über 4,— Mark und 1914 nur 3,76 Mark betragen hatte, erreichte 1918 eine Höhe von 6,94 Mark und stieg 1919 auf 13,18 Mark. Insgesamt mußte der braunschweigische Bergbau 1919 für seine 5 785 Beschäftigten eine Lohnsumme von 22,74 Millionen aufbringen (1918: 3 050 Arbeiter = 6,2 Mill.). Dabei litt gerade der Bergbau unter Rohstoff- und Arbeitermangel. Deshalb glaubte die neue Regierung, Arbeitslose aus der Stadt Braunschweig, die es dort genug gab, in die Helmstedter Kohlenreviere abstellen zu sollen, wie man es auch in der Landwirtschaft gemacht hatte. Aber hier wie dort hatte diese Maßnahme üble Folgen, denn die Arbeitsleistung dieser meist ungeeigneten und z. T. sogar unwilligen Leute betrug schließlich nur ein Drittel der früheren Durchschnittsleistung, während die Lohnsumme um das Vierfache stieg. Aber sowohl in der Landwirtschaft als auch im Bergbau mußten Tausende von Kriegsgefangenen, die sich dort z. T. gut eingearbeitet hatten, entlassen werden, um den Arbeitslosen Platz zu machen. Unter diesen Umständen ließ sich der Acht-Stunden-Tag nicht allgemein durchführen, zumal Arbeiter, die noch in voller Beschäftigung standen, gern länger arbeiteten, insbesondere die Saisonarbeiter in der Konserven- und Zuckerindustrie, die zu allen Zeiten zwangsweise Arbeitszeitverkürzungen weniger schätzten.

Die Bautätigkeit war fast völlig zum Erliegen gekommen, so daß viele Betriebe der Bauhilfsindustrie und zahlreiche Steinbrüche die Arbeit einstellen mußten. Von den 62 Ziegeleien des Landes arbeiteten 1919 nur 26 während des ganzen Jahres, die Zementproduktion sank auf 8 — 22 % der Vorkriegserzeugung! Es war abzusehen, daß die Preise noch weiter erheblich steigen würden, was sich zu einer allgemeinen Teuerung entwickeln konnte. Die Regierung erwartete entsprechend geringe Steuereinnahmen und schätzte das Aufkommen aus der Einkommensteuer auf rund 8 Millionen Mark. Die Einnahmen aus dem werbenden Vermögen des Staates wurden auf etwa 6,5 Millionen veranschlagt, wovon die Forsten mit fast 3 Millionen Mark den Hauptteil stellten. Die staatlichen Domänen und Klostergrüter ergaben knapp 2 Millionen, die Anteile des Landes an den Bergwerken kaum mehr als 1 Million. Bei anderen staatlichen Betrieben mußte der Staat aus anderen Kassen zuschießen, um überhaupt die Löhne aufzubringen (bei den staatlichen Gabbrosteinbrüchen im Harz z. B. 90 000,— Mark). Die Folgerung für die Zukunft lautete: Kapital investieren, um die Betriebe zu rationalisieren.

Das Hauptproblem war die Versorgung der *Erwerbslosen*, wozu im Augenblick auch noch die Entlohnung der durch das Reich aufgelösten Militäreinheiten kam, die die alte Regierung behalten hatte. Mit Recht glaubte die Regierung der Arbeitslosigkeit am besten dadurch zu begegnen, daß die Bautätigkeit wieder in Gang gebracht wurde. Der Finanzausschuß des Landtages setzte deshalb über eine Million Mark für Wohnungsbauten in den Haushaltsplan ein, obwohl er mit rd. 19,8 Mill. Mark Einnahmen und fast 30,2 Mill. Mark Ausgaben einen katastrophalen Fehlbetrag auswies. Da die Wirtschaft ohne eine verantwortungsbewußte Anleihe- und Kreditpolitik nicht angekurbelt werden

konnte, war es notwendig, der alten „Leihhausanstalt“ (Staatsbank) eine neue gesetzliche Grundlage zu geben. Die Staatsbank hatte zu dieser Zeit ein Grundkapital von nur etwas über 800 000,— Mark, aber trotz der Krisenlage einen Bruttogewinn von 1,175 Millionen. Ende 1919 wurde deshalb das Staatsbankgesetz verabschiedet, das die Haftung des Staates für das jetzt auf 20 Millionen Mark erhöhte Grundvermögen festlegte. Der Staat bürgte für diese Summe durch Wertpapiere im Nennwert von 20 Millionen, die er bei der Staatsbank angelegt hatte. Zu den vordringlichen Aufgaben der Regierung gehörte auch die Entwicklung der Elektrizitätswirtschaft, der auch die geforderten Talsperrenbauten dienen sollten. Zur Verbesserung des Verkehrs übernahm das Land eine von der Firma Büssing vor dem Kriege gegründete Omnibusgesellschaft als „Kraftverkehrsgesellschaft“, um den Personenverkehr für die vielen Orte ohne Bahnanschluß zu verbessern. Zu den ersten Forderungen gehörte auch die Fortsetzung des Mittellandkanals bis Braunschweig.

Alle diese Aufgaben mußten in einer unruhigen politischen Atmosphäre gelöst werden. Bis zum 6. Juni stand das Land unter Belagerungszustand, der erst aufgehoben wurde, nachdem der Landtag in einer Entschlieung an die Reichsregierung darum ersucht hatte. Kaum war der Belagerungszustand aufgehoben, als schon wieder Anzeichen neuer kommunistischer Unruhen bemerkt wurden.

# Lümmelzettel

∞ Scherz, Satire, Ironie und tiefere Bedeutung. ∞

Es wächst der Mensch mit höherem Gehalte . . .

Zeichnung von Hermann Wilke.



Sepp Oerter als Redakteur: „Weg mit der Regierung, wenn sie den Forderungen des souveränen Volkes . . .“

Sepp Oerter als Minister: „Die unverantwortlichen Freiberelen hindern die Regierung, ihre hohen Aufgaben . . .“

Sepp Oerter wieder als Redakteur: „Die Regierung hat keine Existenzberechtigung, wenn sie den Forderungen des souveränen Volkes . . .“

Sepp Oerter wieder als ? ? ? : [Kann beliebig fortgesetzt werden.]

6. Zweimal Sepp Oerter — Regierung und Opposition (Zeichnung von Hermann Wilke)

## V. GEGENKRÄFTE — AUGUST HAMPE

„Erbitte Ermächtigung nötigenfalls Belagerungszustand verhängen zu dürfen“, drah-tete Dr. Jasper im Juni 1919 an die Reichsregierung, als er vermehrte Anzeichen neuer spartakistischer Unruhen bemerkt zu haben glaubte. An diesem Telegramm zerbrach der kurze Koalitionsbund zwischen den Unabhängigen und den Mehrheitssozialisten. Jasper entschloß sich zu diesem Alleingang, weil er seinen Kollegen von der USPD miß-traute, die auch im Landtage offen die Ansprüche des noch immer um seine Macht kämpfenden Arbeiterrates unterstützten. Braunschweigs Spartakisten waren den Gedanken Rosa Luxemburgs gefolgt, als sie versuchten, in der USPD die Führung an sich zu reißen, anstatt eine KPD zu unterstützen, die ein Organ der Kommunistischen Internationale und Lenins war. Die spartakistische Gefahr saß in Braunschweig also mit in der Regie-rungskoalition, und deshalb handelte Jasper so eigenmächtig. Sepp Oerter brachte im Landtage einen Mißtrauensantrag ein und zerschlug damit die Regierung, noch ehe sie so recht mit der Arbeit beginnen konnte. Geschickt hieb der Führer der Demokraten, Rönne-burg, in die Kerbe und beantragte ein Mißtrauensvotum gegen die USPD-Minister Junke und Gerecke, das die SPD in eine arge Klemme brachte: Sollte sie für einen Antrag der Opposition gegen den Koalitionspartner stimmen? Dagegen zu stimmen hieß aber, den Sturz des eigenen Ministers zu begünstigen. Also enthielt sich die SPD der Stimme, so daß am 19. Juni die Volksbeauftragten Junke und Gerecke mit 21 : 12 Stimmen gestürzt wurden. Während Oerter für die USPD verlangte, der Landtag solle sich auflösen, forderte der Landeswahlverband erneut eine große Koalition mit je einem Minister der DDP und des LWV. Die SPD lehnte beides ab, und so blieb schließlich nur eine *kleine Koalition* zwischen der SPD und der DDP als Lösung übrig.

Neue Minister wurden der Sozialdemokrat Otto Antrick und Heinrich Rönne-burg, Gründer und parlamentarischer Führer der neuen Demokratischen Partei. Rönne-burg, am 8. Januar 1887 in Braunschweig geboren, stammte aus einfachen Verhältnissen und ging den für begabte Kinder nahezu einzig möglichen Weg über das Lehrerseminar. Politisch war er in Braunschweig als Gründer der Beamtenvereinigung hervorgetreten, bevor er im November 1918 in die Schulabteilung des Staatsministeriums als Referent unter Minna Faßhauer berufen wurde, an deren Platz er nun als Minister trat. Die neue Regierung stand allerdings von Anfang an auf sehr schwachen Füßen, denn beide Frak-tionen stellten zusammen genau die Hälfte der Abgeordneten, nämlich 30, denen jetzt ebenso viele der Opposition von links und rechts gegenüberstanden. Wie sich die abge-

drängte USPD zu dieser Regierung und zum Parlament überhaupt einstellen werde, ließ noch am gleichen Tage der frühere Volkskommissar Eckardt nicht verborgen: „Wir suchen mit allen Mitteln die Verbindung mit dem Kommunismus aufrechtzuerhalten. Wir erstreben den konsequenten Sozialismus, und unsere Wege trennen sich nur in taktischen Fragen. Wir in Braunschweig werden jedenfalls in engster Fühlung mit den Kommunisten arbeiten. Wir wollen einen ganz rücksichtslosen Sozialismus, der sofort mit äußerster Konsequenz eingeführt werden muß.“<sup>40</sup>

Als die neue Regierung ein Gesetz zur Einrichtung einer Einwohnerwehr vorlegte, beschwor der Landesarbeiterrat wieder die Gefahr einer militärischen Konterrevolution und pochte nachdrücklich auf sein Vetorecht gegen Beschlüsse des Landtages, hartnäckig unterstützt von der USPD. Aber der Landtag war nicht mehr gewillt, die Existenz des Rates ernstzunehmen und lehnte im Ausschuß die Mitwirkung oder besser die Einrede dieses in der vorläufigen Verfassung gebilligten Organs ab. Es geschah dies alles im August 1919, nachdem am 11. die Weimarer Verfassung in Kraft getreten war. Während die Mehrheit des Landtages und die braunschweigische Regierung sich darauf beriefen, daß in der Reichsverfassung kein Arbeiterrat mehr vorgesehen sei, verwiesen die Unabhängigen auf die vorläufige Landesverfassung und bezichtigten den Hauptausschuß des Verfassungsbruchs. Aus Protest dagegen stellten sie ihre Mitarbeit im Parlament vorübergehend ein, eine Mitarbeit, die nach Eckardts Erläuterung ohnehin nur vorübergehend sein sollte: „Wir werden auch in den Parlamenten nur so lange mitarbeiten, bis die Arbeiterschaft verstanden hat, das Rätssystem an ihre Stelle zu setzen, das allein die Möglichkeit bietet, wirklich praktische Arbeit im Interesse der revolutionären Arbeiter zu leisten“<sup>40a</sup>.

Der Auszug der USPD aus dem Plenum schuf eine völlig neue Situation zwischen der Regierung und dem LWV, der nun andeutete, daß er das Haus arbeitsunfähig machen könne, wenn seine Wünsche nicht beachtet werden sollten. Angesichts dieser Drohung und der dringenden Arbeit gab die Mehrheit der SPD ihren Widerstand gegen die Einbeziehung des LWV in die Regierung auf. Aber diese alte Forderung des LWV war immer nur von einem Teil der Fraktion erhoben und von der äußersten Rechten, insbesondere von Roloff und Liebold, energisch abgelehnt worden, die keinesfalls mit Sozialdemokraten zusammenarbeiten wollten<sup>41</sup>. Trotzdem wählte die Mehrheit des Landtages am 5. September den erklärten Welfenanhänger August Hampe zum Minister. Sozialdemokraten, die einen Welfen zum Minister wählen — ein glänzender Stoff für die Propaganda der Unabhängigen, die mit allen Mitteln die Auflösung des Landtages durchzusetzen versuchten und sogar den Staatsgerichtshof anriefen!<sup>42</sup>

---

<sup>40</sup> Die Deutsche Demokratische Partei . . . S. 35.

<sup>40a</sup> a. a. O.

<sup>41</sup> Näheres geht aus dem Bericht des Landeswahlverbandes hervor, der zur Landtagswahl 1922 veröffentlicht wurde: Der Landeswahlverband im Kampf gegen die sozialistische Mehrheit.

<sup>42</sup> Die USPD berief sich dabei auf das Gesetz über Arbeiter- und Soldatenräte vom 15. 11. 1918, das nach ihrer Ansicht bis zur Verabschiedung einer endgültigen Landesverfassung gültig sein mußte.

Die drei Regierungsparteien setzten sich aber in relativ sachlicher Zusammenarbeit an ihre gesetzgeberischen Aufgaben. Die äußerste Rechte übernahm die Rolle der Opposition vor allem in der Kulturpolitik, als die Trennung von Staat und Kirche gesetzlich vollendet, die Volksschulaufsicht neu geordnet und Lehrer- und Elternvertretungen eingerichtet wurden. Als kurz vor Weihnachten 1919 das wichtige Staatsbankgesetz unter Dach und Fach war, betrachtete der Finanzpräsident Bartels seine Aufgabe als erfüllt und trat zurück. Das Bürgertum hatte im Laufe des Jahres beträchtlich an Boden gewonnen und zwei seiner führenden Politiker sogar in die Regierung schicken können. Demokraten und Landeswahlverband machten sich aber gegenseitig das Verdienst streitig, die Anstürme der sozialistischen Revolution abgewehrt zu haben. Seit Hampe auf die Regierungsbank übergewechselt war, lag die Führung der Fraktion unbestritten bei Dr. Roloff, der seine Position auf eine starke „Hausmacht“ gründete, nämlich auf den konservativen Landbund und den „Rat der selbständigen Erwerbszweige“, der sich unter seinem Einfluß zur bedeutendsten außerparlamentarischen Interessenvertretung des Bürgertums zu entwickeln begann. Es gelang ihm nämlich, sich als braunschweigische Vertretung des im Januar 1919 in Berlin gegründeten *Reichsbürgerrates* auszugeben, der sich als „organisierter Selbstschutz des Bürgertums“ bezeichnete. Ausgang dieser Verbindung war die Rolle, die der RdsE bei der Vorbereitung und Durchführung des bürgerlichen Abwehrstreiks im April übernommen hatte <sup>43</sup>.

Nachdem sich im Laufe des Jahres außer dem Bürgerrat Groß-Berlin 7 weitere Landesbürgerräte organisiert hatten, erschien seit September 1919 eine Zeitschrift unter dem Namen „Der Reichsbürger“, in deren erster Nummer ein standespolitisches, nationales und betont antimarxistisches Aktionsprogramm zur Diskussion gestellt wurde. Da Roloff in diesen Gedanken auch seine Lieblingsidee einer großen bürgerlichen Einheitsbewegung fand, betrieb er die Umwandlung des RdsE in eine Untergliederung der Bürgerratsbewegung gegen den Widerstand derjenigen, die eher geneigt waren, den parteipolitischen Charakter des RdsE noch stärker zu betonen. In der Tat war der Landeswahlverband praktisch nur der parlamentarische Arm des RdsE gewesen. Aber der Vorsitzende des Rates, der Arzt Dr. Schlee, erklärte im Namen der Mehrheit des Vorstandes, das vor-malige politische Engagement sei ursprünglich gar nicht beabsichtigt gewesen und nur durch die Revolutionsereignisse aufgezwungen worden. Stattdessen solle der neue „*Bürgerbund*“ „über den Rahmen der Parteien, der Wirtschaftsverbände und der Kulturvereine hinaus das gesamte Bürgertum vereinigen und sammeln ... Gegensätze unter dem beständigen Hinweis auf die gemeinsamen Ziele ausgleichen.“ <sup>44</sup> Dieses Bekenntnis zur parteipolitischen Neutralität zwang den Bürgerbund, wenigstens nach außen, auch die Demokratische Partei als bürgerlich anzuerkennen, zumal mehrere andere Landesbürger-

<sup>43</sup> Der erste Präsident des Reichsbürgerrates, Dr. Wessel, hatte damals in einem Glückwunschtelegramm an den RdsE den erfolgreichen Bürgerabwehrstreik „ein wertvolles Zeichen für das Erwachen des deutschen Bürgertums zu Selbstbewußtsein und Selbstschutz“ genannt.

<sup>44</sup> Aus der Satzung des Bürgerbundes Braunschweig, in den Akten des Bürgerbundes.

räte deutlich zur DDP tendierten. Bürger sollte jeder sein, „er sei Kopfarbeiter oder Handarbeiter, ohne Unterschied des Geschlechts, des Standes, des Bekenntnisses oder der Partei, der sich unter Ablehnung des dem deutschen Volke wesensfremden, zur Gleichmacherei und Kulturlosigkeit, zu blutigen Bürgerkriegen und brutaler Vergewaltigung führenden Marxismus zu unseren Leitsätzen bekennt . . .“

Der Bürgerbund war also parteipolitisch neutral nur gegenüber den Rechtsparteien und ein ausgesprochen antimarxistischer Abwehr-Block des Bürgertums „zur Erhaltung seines Jahrhunderte langen Besitzes an wirtschaftlichen, kulturellen und sittlichen Gütern“. Nachdem Roloff im Frühjahr 1920 diese Umwandlung des alten RdsE durchgesetzt hatte, blieb er unter Leitung von Dr. Schlee — stets im Hintergrund der parlamentarischen Bühne, aber durchaus im Lichte der Öffentlichkeit — über 10 Jahre lang eine bedeutsame politische Kraft vor allem in der Stadt Braunschweig. Der Einfluß Roloffs verhinderte allerdings zumeist eine Verständigung mit den Demokraten und bestärkte die stark nationalistische Tendenz des Bürgerbundes, der zwar „Schutz des Staates“ und „Wahrung von Ruhe und Ordnung“ zu seinen Aufgaben zählte, aber dennoch über seine deutsch-nationalen Führer — Präsident des Reichsbürgerrates blieb seit 1919 der ehemalige preußische Minister von Loebell — sich sogar mit republikfeindlichen Rechtsextremen verband. Zu diesen Freunden des Bürgerbundes gehörte auch ein Mann, der seiner eigenen Einstellung und Haltung nach zu den geistigen Totengräbern der Republik gezählt werden muß, nämlich der Kommandeur der Reichswehr in Braunschweig, Oberst Markus Stachow, dessen Gefühls- und Gedankenwelt dem Ungeist entsprach, der die Morde an Erzberger und Rathenau gebar <sup>45</sup>.

Ausgerechnet dieser Mann sollte in Braunschweig die Republik schützen, als sie durch den *Kapp-Putsch* erschüttert wurde. Allerdings beweist der verhältnismäßig klar über- und durchschaubare Ablauf der Putsch-Tage in Braunschweig, daß die Vorgänge um Kapp in Berlin als Signal für einen neuen Putschversuch der Unabhängigen und Kommunisten wirkten. Berlin hatte am 13. Januar 1920 einen Sturm kommunistischer Demonstranten auf das Reichstagsgebäude erlebt, wodurch Reichspräsident Ebert gezwungen wurde, den Ausnahmezustand für gefährdete Reichgebiete zu gestatten, wo er je nach Notwendigkeit durch die Militärbefehlshaber als Inhaber der vollziehenden Gewalt verkündet werden konnte. Die braunschweigische Regierung hatte es für richtig gehalten, diese Vollmacht unverzüglich anzuwenden, weil die Auflösung des Landesarbeiterrates die Unabhängigen aufs äußerste erregt hatte und Unruhen zu befürchten waren. Schon am 28. Januar 1920 verkündete der Kommandeur der Reichswehrbrigade X,

---

<sup>45</sup> Stachow bezeichnete in seiner 1930 erschienenen Broschüre („Die Vorgänge während des Kapp-Putsches in Braunschweig“) Erzberger als „Schieber“ („nicht der einzige Schieber in Regierungsstellen“), der den Widerstandswillen des Volkes im Kriege „erweicht“ habe und dessen Verhandlungen „bis an die Grenze des Landesverrats“ gegangen seien. Erzberger habe „durch seine Leichtfertigkeit zum guten Teil das Unglück von Versailles verschuldet.“ Dagegen nannte Stachow Ludendorff eine „gewaltige“, den Generallandschaftsdirektor Kapp eine „frische und energische“ Persönlichkeit.



Generalleutnant v. Hülßen, für seinen ganzen Befehlsbereich einschließlich des Freistaates Braunschweig die Gültigkeit des Ausnahmezustandes. Versammlungen und Demonstrationen auf Straßen und Plätzen waren verboten, die Stilllegung lebenswichtiger Betriebe wurde mit Strafen bedroht, über den Fernsprech- und Telegrammverkehr eine Zensur verhängt, die die Reichswehr ausübte. Die Reichsregierung ernannte am 21. Februar Dr. Jasper zum Regierungskommissar für die Gebiete des Freistaates Braunschweig, „mit der Durchführung der sich aus der Erklärung des Ausnahmezustandes ergebenden militärischen Maßnahmen beauftragt“ war der Kommandeur des Infanterie-Regiments 20, Oberst Stachow, der nun in allen seinen Maßnahmen auf die Zustimmung Jaspers angewiesen war.

Während in Braunschweig die Meldung von einem Landarbeiterstreik in dem besonders „roten“ Amtsbezirk Schöningen beunruhigte, sammelte sich an diesem 12. März 1920 in Döberitz die Brigade Ehrhardt zu ihrem Marsch auf Berlin. Seit den frühen Morgenstunden des 13. wurden in einem Hause am Sandweg (in der Nähe des Theaters) die Funksprüche der neuen Regierung Kapp unmittelbar aus Berlin aufgenommen, und zwar in der Geschäftsstelle des Bürgerbundes. Es kann also kaum bezweifelt werden, daß es in Braunschweig Männer gab, die durch die Vorgänge in Berlin nicht überrascht worden waren. Bemerkenswert schnell reagierte auch die USPD, die sofort zu einer Versammlung am Nachmittage im „Konzerthaus“ aufrief. Sepp Oerter sprach! Nun, da die Reaktion die Macht ergreifen wolle, müsse das gesamte Proletariat notfalls mit der Waffe die Errungenschaften der Revolution sichern. Da offensichtlich die Gefahr von der äußersten Rechten höchst bedrohlich geworden war, fand Oerter auch die grundsätzliche Zustimmung von Rednern der SPD und DDP zu einer Abordnung, die unverzüglich zur Regierung gehen und die Entwaffnung der Einwohnerwehr fordern solle, damit sie nicht von der Reaktion gegen die Republik mißbraucht werden könne. Die USPD forderte stattdessen die Bewaffnung der Arbeiterschaft. Aber Jasper lehnte diese Forderung mit dem Hinweis darauf ab, daß die Regierung völlig Herr der Lage und keine Bedrohung erkennbar sei. Diese Antwort wurde am Abend auf einer weiteren gemeinsamen Kundgebung mitgeteilt, worauf sich ein Teil der Versammlungsteilnehmer zu einem Demonstrationzuge formierte und laut die Diktatur des Proletariats forderte. Inzwischen ging der Aufruf zum Generalstreik ein, den die USPD sofort eifrig propagierte. Die Landesregierung sah sich dadurch in eine zwiespältige Lage versetzt, da Hampe den Generalstreik eindeutig ablehnte und für Braunschweig ja auch keine unmittelbare Gefahr bestand.

Die Demokratische Partei dagegen kündigte auf einer Versammlung am Sonntagvormittag im „Hofjäger“ den Beginn des Generalstreiks „zum Schutze der Weimarer Verfassung“ für den folgenden Tag an. In ihrer Zeitung „Braunschweigische Morgenpost“ bekannte sie sich zu einer geschlossenen Abwehrfront aller Republikaner unter Einschluß der USPD. Im Reich schickte die DDP einen Vertreter in die Streikleitung, aber für Braunschweig, so erklärte der Minister Heinrich Rönneburg, solle der Generalstreik erst ausgerufen werden, wenn die Reaktion auch hier die Macht ergreifen wolle. Noch am gleichen Tage verbreitete die DDP ein Flugblatt, in dem sie jede Aktion verurteilte, die

darüber hinausgehe, die verfassungsmäßigen Zustände wiederherzustellen. Trotzdem entschloß sich die DDP, den für Montag angesetzten Generalstreik einstweilen zu unterstützen, weil die Reichsparteileitung sich so entschieden zu haben schien. Da der Streik auch lebenswichtige Betriebe treffen würde, mobilisierte die Regierung die Technische Nothilfe, gegen die die streikenden Arbeiter mehrfach Gewalt anwandten. Zur gleichen Zeit, als die Regierung die Straßen der Innenstadt um das Ministerium, das Rathaus und das Polizeipräsidium militärisch sichern ließ, zogen die Teilnehmer der für 10 Uhr angesetzten Streikversammlung auf den Leonhardplatz, weil der Saal im „Konzerthaus“ die Massen nicht annähernd fassen konnte. Aber in der Landeshauptstadt blieb es an diesem Tage bei unruhigen Straßendemonstrationen. In Schöningen dagegen führte der Versuch der Spartakisten, die Einwohnerwehr zu entwaffnen, zu einem blutigen Zwischenfall. Als von Braunschweig aus die Reichswehr eingreifen mußte, forderte der Widerstand 8 Todesopfer. Es ist vermutet worden, daß August Merges bei diesen Aktionen seine Hand im Spiele hatte. Auch Holzminden mußte von Reichswehrtruppen in Stärke von 500 Mann besetzt werden.

Am folgenden Tage eröffnete die Reichswehr in Braunschweig das Feuer auf eine demonstrierende Menge, die sich trotz der Warnungen dem Sperriegel der Innenstadt genähert hatte. Zwei Tote und mehrere Verwundete blieben auf der Straße liegen. Die Erregung wuchs auf allen Seiten. Die Regierung versuchte zwar das Militär zu rechtfertigen, glaubte aber selbst nicht recht, daß ein so rücksichtsloses Vorgehen unabwendbar gewesen sei. Die kommandierenden Offiziere beantworteten die ihnen entgegenschlagende Stimmung mit erneuter Anwendung der Schußwaffe, als am folgenden Tage die Unruhen weitere Ausmaße annahmen. Stachow wollte nun gegen die Streikleitung selbst vorgehen und das tägliche Mitteilungsblatt verbieten, das von der USPD und der SPD gemeinsam herausgegeben wurde<sup>46</sup>. Jasper verweigerte jedoch seine Zustimmung zu dem Verbot. Fast pausenlos wurden Reichswehreinheiten in die Städte und Dörfer geschickt, um dort angebliche oder tatsächliche Unruhen niederzuwerfen; für Helmstedt mußten Verstärkungen aus Halberstadt herbeigerufen werden. Angehörige der ehemaligen revolutionären Volkswehr wurden verhaftet, als sie sich in einem Braunschweiger Lokal versammeln wollten, Flugblätter erschienen, die den Generalstreik als die „Stunde der Befreiung“ bezeichneten. Infolge der Spannungen zwischen Bevölkerung und Reichswehr sah sich Jasper veranlaßt, die Truppen um das Regierungsviertel durch Formationen der Einwohnerwehr ablösen zu lassen.

Die Lage spitzte sich zu auf eine Kraftprobe zwischen Linksputschisten und Reichswehr. Der Generalstreik drohte gerade das herbeizuführen, was er verhindern sollte, nämlich die Auslieferung der Macht an die republikfeindliche Reichswehr. Aber auch ein Sieg der Kommunisten und Unabhängigen bedeutete den Umsturz der Verfassung, zu

---

<sup>46</sup> Bei diesem Mitteilungsblatt, der Streikzeitung, handelt es sich um ein zeitungsgeschichtliches Kuriosum: Auf der einen Seite enthielt es das SPD-Organ „Volksfreund“, auf der anderen die USPD-Zeitung „Die Freiheit“.

deren Schutz gestreikt wurde. In dieser Situation entschloß sich die Demokratische Partei, den Generalstreik endgültig preiszugeben, da die Streikenden offen den Rücktritt der Regierung Jasper forderten. Als gemeldet wurde, daß von außerhalb bewaffnete Arbeiter sich der Stadt näherten, glaubten Polizei und Reichswehr mit einem Angriff der Aufständischen auf die Kasernen rechnen zu müssen. In der folgenden Nacht kam es vor den Toren der Stadt bei Broitzem zu einem schweren Feuergefecht, als Reichwehrtruppen der dort von Putschisten bedrohten Einwohnerwehr zu Hilfe eilten. Dabei erwies sich ohne Zweifel, daß die angreifenden Kommunisten über Waffen verfügten, deren Herkunft nur vermutet werden kann. Die Reichwehrtruppen kehrten von diesem Einsatz mit zwei Gefallenen und zwei Verwundeten zurück.

Am 18. März versammelten sich die Streikenden in den drei größten Sälen der Stadt, um die von Oerter vorgetragenen Forderungen als befristetes Ultimatum an die Regierung zu richten: Sofortige Zurückziehung des Militärs, Einsatz von Arbeiter-Ordern, Rücktritt der Regierung. Jasper erklärte sich zwar bereit, ausgesuchte Ordner aus der Arbeiterschaft der Polizei zur Verfügung zu stellen, lehnte aber natürlich den Rücktritt der Regierung ab, sie sei jedoch bereit, dem allein dafür zuständigen Landtage die Vertrauensfrage zu stellen. Gerade als am Nachmittag des gleichen Tages in den gleichen Sälen diese Antwort der Regierung mitgeteilt werden sollte, verbreitete sich die Meldung, daß der Kappputsch endgültig zusammengebrochen sei. Unverzüglich erklärte der Streikausschuß den Anlaß des Streiks für hinfällig und forderte die Anwesenden auf, am nächsten Tage wieder zu arbeiten. In einem Aufruf an die Bevölkerung erklärte die Regierung, der Generalstreik sei sofort zu beenden, da nunmehr versucht werde, ihm „andere Ziele unterzuschieben . . . Laßt ab vom Bürgerkrieg!“ Im Gegensatz zur Mehrheit des Streikausschusses forderten tatsächlich zahlreiche Versammlungsteilnehmer, den Kampf mit allen Mitteln fortzusetzen. Infolgedessen blieben die Einwohnerwehren weiterhin auf ihren Posten, die Reichswehr sicherte Bahnhofs- und Kasernenanlagen, da die USPD die Entwaffnung aller Truppen und sofortige Durchführung der Sozialisierung forderte. Trotzdem ging die überwiegende Mehrheit der Arbeiter am 19. März wieder in Ruhe und Ordnung in die Fabriken, der Bahnverkehr lief wieder fast normal, nur eine allgemeine Nervosität war zurückgeblieben. Die USPD veranstaltete zwar weiterhin Streikversammlungen und beschloß noch am 21., den Streik fortzusetzen, aber der Besuch wurde schwächer, die Stimmung gedrückter. Am 24. März mußten auch die Reste kapitulieren, so daß sich ab 25. März in Stadt und Land wieder ein normales Bild bot. An diesem Tage sollte noch die illegale Streikleitung verhaftet werden, aber die Aktion schlug fehl. Jedoch gelang am 26. die Verhaftung von zwei Mitgliedern, von denen einer der spätere kommunistische Landtagsabgeordnete Paul Gmeiner war, den Braunschweigern wohl bekannt, weil er am 8. November 1918 zu der Delegation gehörte, die unter Merges den Herzog abgesetzt hatte. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die braunschweigischen Führer ausführende Organe einer zentralen Organisation waren.

Die Fraktion der USPD, die sich nunmehr auch wieder des Landtages bediente, konzentrierte ihre Angriffe jetzt gegen den Minister Hampe als den Exponenten

jener „reaktionären“ Kreise, zu denen sie vor allem die Reichswehr rechnete. Es gelang ihr, die Sozialdemokraten für ein Mißtrauensvotum zu gewinnen. Am 21. April mußte Hampe zurücktreten und der LWV wieder aus der Regierung ausscheiden. Aber das erwies sich als ein gewaltiger Vorteil für die Rechtsparteien, denn für den 16. Mai waren Landtagswahlen angesetzt, und der Sturz Hampes verschaffte dem Landeswahlverband ein glänzendes Alibi vor seinen Wählern, bewies er doch, daß er keinen Augenblick mit den sozialistischen Revolutionären gemeinsame Sache gemacht hatte. Das braunschweigische Bürgertum bedankte sich dafür mit einem großen Wahlsieg des Landeswahlverbandes und einer deutlichen Absage an die Demokratische Partei, die durch ihre Unterstützung des Generalstreiks viel Kredit beim Bürgertum verloren hatte. Aber auch die SPD mußte erleben, daß vielen ihrer Wähler das verhängnisvolle Bündnis mit der Reichswehr und den Bürgerlichen mißfiel und daher die USPD konsequenter erschien.

Am 16. Mai 1920 erlitt die SPD ihre empfindlichste Niederlage überhaupt, denn von ihren bisher 17 Mandaten behielt sie nur noch 9, wohingegen die USPD 9 Sitze neu eroberte und nun mit 23 Abgeordneten in den Landtag einziehen konnte. Am schwersten aber wurde die Demokratische Partei getroffen, die mit nur 5 Abgeordneten gerade noch fraktionsfähig blieb und künftig eine beherrschende Rolle nicht mehr zu erwarten hatte, wenn auch gelegentlich noch eine ausschlaggebende. Die DDP verlor einen Sitz an die Sozialdemokraten, alle anderen an den Landeswahlverband, jetzt mit 23 Abgeordneten genau so stark wie die USPD, der nun die Initiative bei der Bildung einer neuen Koalition mit der SPD überlassen blieb. Es sei vermerkt, daß auf Platz Nr. 14 ihrer Liste ein junger Kassenbeamter in den Landtag einrückte, der sich in knapp 1½ Jahren an die Spitze der USPD arbeitete. Es war der damals 26jährige *Otto Grotewohl*.

Einstweilen übernahm *Sepp Oerter* wieder das Regiment in Braunschweig. Entgegenkommenderweise beanspruchte er für die USPD trotz ihres beträchtlichen Übergewichts nur drei der sechs Ministerposten und akzeptierte das alte SPD-Trio Jasper-Antrick-Steinbrecher. Während er selbst den Vorsitz des Staatsministeriums übernahm, besetzte die Partei die beiden anderen Ministersessel mit *August Junke* und dem jungen Volksschullehrer *Hans Sievers*. Unmittelbar nach der Wahl dieses Kabinetts am 22. Juni 1920 sagte ihm der Landeswahlverband allerschärfsten Kampf an. Der wieder auf die Abgeordnetenbänke zurückgekehrte August Hampe ließ bei dieser Gelegenheit die oft zitierte Bemerkung fallen, er werde „der Regierung das Leben so sauer wie möglich machen.“ Daß der LWV diese Drohung äußerst ernst meinte, bewies er dadurch, daß er durch Auszug aus dem Parlament das Haus zeitweise völlig beschlußunfähig machte. Diese „Obstruktion“ stellte die Regierung vor die Frage, ob der Rest des Hauses seine Entscheidungen ohne die geschäftsordnungsgemäße Beschlußfähigkeit treffen oder aber sein Regierungsprogramm aufgeben solle. Oerter hatte darin eine organische und demokratisch-gesetzliche Sozialisierung angekündigt, gegen die aber der linke Flügel seiner Partei fast ebenso heftig opponierte wie der LWV. Nur waren die Radikalen der Meinung, die Arbeiterklasse sei nun an der Macht und brauche nicht so vorsichtig zu sozialisieren. Aber Oerter war im Parlament auf die SPD angewiesen und stand vor der Wahl, entweder die

sich schon wieder ankündigenden Umsturzaktionen der Kommunisten und radikalen Unabhängigen zu begünstigen oder im Parlament den Sozialdemokraten nachzugeben. Er entschied sich für die Position, die ihm die Wahl beschert hatte, und war daher gezwungen, sich von den illegalen Bestrebungen der äußersten Linken zu distanzieren. Die unangenehmste Position hatte bei allem die SPD, und zwar keineswegs nur in Braunschweig.

Die Tage des Kapp-Streiks zwangen die gesamte SPD auch angesichts der Reichstagswahlen zu einer klaren Stellungnahme gegenüber rechts und links. Im Mai 1920 faßte Reichkanzler Hermann Müller auf der Reichskonferenz seiner Partei die Erfahrungen der letzten Wochen zusammen: Beim Kapp-Putsch habe die SPD von zwei möglichen Fehlern einen machen müssen, um den anderen zu vermeiden. Er meinte damit, daß es gewiß ein Übelstand gewesen sei, die Republik mit Hilfe eines Generalstreiks zu retten, der den Kommunisten eine Gelegenheit für ihre verfassungsfeindlichen Machenschaften geboten hatte: „Die Kommunisten tragen eine große Verantwortung vor der Geschichte, wenn sie nicht endlich damit aufhören, mit ihrer ewigen Putschspielerei Deutschland zu beunruhigen“. <sup>47</sup> Aber auch die USPD habe nach dem Kapp-Putsch Farbe bekannt, als sie den Eintritt in die Reichsregierung ablehnte. „Sie blicken nach Moskau“, schloß Müller daraus. Demgegenüber müsse die SPD „an der demokratischen Grundlage festhalten, solange wir Sozialdemokraten sind.“ Worin hatte nun die SPD in dieser Lage den gefährlichsten Feind zu sehen? Stand der Feind rechts oder links? Der Parteivorstand versuchte, die in der Partei vorhandenen Gegensätze durch eine Kompromißformel auszugleichen: „Von dem Wunsche erfüllt, den Kampf nur gegen rechts führen zu müssen, ist die Partei auch zugleich bereit, ihre alten Grundsätze, Sozialismus und Demokratie, als ein untrennbares Gebilde nach allen Seiten hin zu verteidigen.“ Der Kampf gegen die Kommunisten war also lediglich ein Übel, durch das die SPD gehindert wurde, ihren Hauptkampf gegen das Bürgertum so entschieden zu führen, wie es eigentlich beabsichtigt war. So mußte die Haltung der Partei jedenfalls im Bürgertum interpretiert werden.

Hatte die SPD durch diesen „Kampf gegen rechts“ bürgerliche Wähler zu verlieren? Konnten dadurch die in der USPD stehenden Arbeiter zurückgewonnen werden? Oder wäre durch entschiedenen Kampf gegen die Kommunisten vielleicht sogar ein Einbruch in den bürgerlichen Mittelstand möglich gewesen? Eine Partei spricht ihre Wähler vorwiegend durch ihre Kandidaten an und betrachtet sie als Repräsentanten der sozialen Schichten, die sie im Auge hat. War die SPD noch eine reine Arbeiterpartei, und konnte sie es auf die Dauer bleiben? Zu den Landtagswahlen am 16. Mai 1920 hatten fünf Parteien je 60 Kandidaten aufzubieten, und zwar 3 sozialistische und 2 bürgerliche Parteien, deren Listen folgende Standeszugehörigkeiten aufweisen: <sup>48</sup>

---

<sup>47</sup> Bericht und Zitate nach dem „Volksfreund“.

<sup>48</sup> Zusammengestellt nach den amtlichen, in allen Zeitungen veröffentlichten Vorschlagslisten. Daß die Summe der Zahlen bei einzelnen Parteien nicht immer genau 60 ergibt, erklärt sich daraus, daß nicht hinter allen Namen erfaßbare Berufsangaben stehen, z. B. Rentner, Hausfrau.

	KPD	USPD	SPD	DDP	LWV
Arbeiter	42	26	25	1	2
einfache und mittlere Angestellte	7	12	19	7	1
einfache und mittlere Beamte	—	4	5	16	8
freie Berufe des Mittelstandes, Handel, Gewerbe, Handwerk	9	15	6	18	21
Höhere Beamte, leitende Angestellte, Akademiker in freien Berufen	—	—	1	8	13
Landwirte	—	—	—	2	15

Die KPD präsentierte sich als reine Arbeiterpartei, die 9 Kandidaten der Mittelgruppe waren durchweg alleinarbeitende Handwerker, wie z. B. Schneider, Tischler oder Schuster, und gehörten damit der Schicht an, der Marx den Übergang in das Proletariat prophezeit hatte. In noch stärkerem Maße nahm die USPD auf diese Schicht Rücksicht, während sie bei der SPD erheblich weniger beachtet wurde. Wenn auch bei den bürgerlichen Parteien gerade aus dieser Gruppe die weitaus meisten Kandidaten kamen, so handelte es sich dabei aber mehr um wohlhabendere Kaufleute und Handwerker, deren Berufsbezeichnungen, z. B. Zimmermeister o. ä., darauf schließen lassen, daß es sich um Inhaber größerer Handwerksbetriebe, etwa Bautischlereien, handelte, die sich vorwiegend aus Furcht vor Sozialisierung zu den Rechtsparteien bekannten. Die Demokraten bevorzugten offensichtlich die Beamten, der Landeswahlverband vertraute demgegenüber vor allem auf die Landwirtschaft. Die überwiegende Mehrheit der Arbeiterschaft erteilte 1920 den Kommunisten eine deutliche Absage: Bei den Reichstagswahlen eroberten sie nur zwei Mandate, in Braunschweig fielen sie ganz durch. Aber während im Reich den 112 Sozialdemokraten 81 Unabhängige gegenüberstanden, verlor die SPD in Braunschweig einen großen Teil ihrer Anhängerschaft an die USPD. Wenn der SPD stattdessen eine Erweiterung nach rechts gelingen sollte, mußte sie sich an den bürgerlichen Mittelstand wenden. Aber je weiter sich die SPD nach links orientierte, um gegen die USPD zu konkurrieren, desto enger rückte der Mittelstand an die Rechte heran. Der überraschende Erfolg des Landeswahlverbandes legt davon beredtes Zeugnis ab und ist mit Sicherheit der Rolle des neuen Bürgerbundes zuzuschreiben, der in einem Aktionsprogramm die „Erhaltung der gesunden selbständigen Klein- und Mittelbetriebe in Handel, Handwerk und Landwirtschaft“ versprach.

Die Umwandlung des alten Rates der selbständigen Erwerbszweige in den „Bürgerbund Braunschweig“ war ein voller Erfolg geworden: Über die „Arbeitsgemeinschaft des Einzelhandels“ waren ihm jetzt fast alle Verbände des Einzelhandels, 20 an der Zahl, und 29 weitere Korporationen unmittelbar angeschlossen, darunter z. B. der Verein der Konservenfabrikanten, die Wirtschaftliche Vereinigung braunschweigischer Industrien und zahlreiche Verbände freier Berufe, von den Drogisten bis zu den Fuhrwerksbesitzern. Von besonderer Bedeutung war der einflußreiche Norddeutsche Handwerkerbund, der sein ursprüngliches Kartellverhältnis zum Bürgerbund in unmittelbare Mitgliedschaft um-

wandelte. Allerdings gelang es nicht, den Beamtenbund zum Anschluß zu bewegen, weil der Vorsitzende des Beamtenrates, der neu gewählte Landtagsabgeordnete der Deutschen Volkspartei, Justizinspektor *Albert Brandes*, „aus finanziellen und grundsätzlichen Gründen“ dagegen war. Trotzdem gehörten dem Bürgerbund sehr viele Beamte als Einzelmitglieder an. Vom Frühjahr 1921 ab gab der Bürgerbund eine eigene Wochenzeitung, „Der Bürger“, heraus, und zwar unter der Redaktion des tatkräftigen hauptamtlichen Geschäftsführers des Bürgerbundes, Hauptmann a. D. Crasemann, seit dem 16. Mai 1920 ebenfalls als Vertreter der Deutschen Volkspartei Landtagsabgeordneter im LWV. Zweiter Redakteur wurde Dr. Roloff. Als es dem Bürgerbund im Frühjahr 1921 gelang, für die Stadtverordnetenwahlen eine „Bürgerliche Einheitsliste“ zusammenzustellen, schloß sich sogar die Demokratische Partei an, die allerdings nach den Erfahrungen der Landtagswahl bei einem Alleingang mit einer Niederlage rechnen mußte. Diese Einheitsliste sicherte einen bürgerlichen Wahlsieg in der Stadt, verführte aber den Bürgerbund andererseits zu starkem politischem Engagement selbst in der großen Politik. Im Gefolge des Reichsbürgerrates nahm er sich eifrig der Propaganda „gegen Versailles und Kriegsschuldfrage“ an. Allerdings gefährdete diese Haltung wieder die Beziehungen zur Demokratischen Partei und verursachte später ernsthafte Spannungen zwischen den Volksparteilern und den Deutschnationalen.

Da der Reichsbürgerrat die Abwehr kommunistischer Umsturzversuche zu seinen Aufgaben rechnete, trafen seine Untergliederungen, die Landesbürgerräte, überall Vorbereitungen für etwa notwendige Bürgerabwehrstreiks. Seit der Opposition der linken Unabhängigen gegen Oerters „weiche Welle“ verdichteten sich in Braunschweig die Gerüchte, daß die KPD eine neue „Rote Armee“ aufstelle. Der Bürgerbund machte sich daher zum Fürsprecher einer „Weißen Armee“ und verhandelte darüber mit Oberst Stachow. In diesen Wochen legte er auch den Grundstein zu seinem späteren Verhältnis zum „Stahlhelm“, dem mehrere führende bürgerliche Politiker angehörten, u. a. Crasemann, Hampe, Albert Brandes und der Vorsitzende der DVP, *Rudolf Kaefer*. Ob die im Juli 1920 aufgestellten Kampfgruppen tatsächlich die Befürchtung bürgerkriegsähnlicher Unruhen rechtfertigten, sei dahingestellt. Der Bruch in der USPD war indessen nicht mehr zu vermeiden und beschwor eine neue Regierungskrise. Unter Führung des Ministers Hans Sievers trennte sich eine drei Mann starke Gruppe von der USPD und bildete eine selbständige Fraktion „links“ (KPD). Jetzt verfügte die Koalition nur noch über 29 von 60 Abgeordneten und mußte sich entweder auf die drei Kommunisten oder auf die Demokraten stützen. Sie entschloß sich zur Minderheitsregierung, obwohl der Landeswahlverband Auflösung und Neuwahl des Landtages beantragte und nach Ablehnung sogar den Staatsgerichtshof anrief, freilich ohne Erfolg. Unter derart schwacher Führung steuerte das braunschweigische Staatsschiff nach den politischen Unruhen des Jahres 1920 in ein Jahr, das vorwiegend mit wirtschaftlichen Schwierigkeiten und sozialen Spannungen ausgefüllt war. Der Landtag aber hatte vordringlich dem Freistaate endlich eine Verfassung zu geben, in einem Parlament der unversöhnlichen Extreme mit einer schwachen republikanischen Mitte gewiß ein wenig hoffnungsvolles Unterfangen.

## VI. VERFASSUNG — OTTO GROTEWOHL

Ungeachtet der politischen Unruhe entwickelte sich im Jahre 1921 die wirtschaftliche Lage eher besser als schlechter, die Arbeitslosigkeit ging zurück, die Löhne stiegen, und vor allem verbesserte sich „die Arbeitslust der Arbeitnehmer wieder wesentlich“, wie der amtliche Bericht der Gewerbeaufsichtsbeamten ausdrücklich hervorhob. Allerdings hatte der Demobilisierungsausschuß Ehefrauen, deren Männer vollen Verdienst hatten, verboten, im Arbeitnehmerverhältnis zu arbeiten, da an ihrer Stelle arbeitslose Kriegsteilnehmer untergebracht werden sollten<sup>49</sup>. Da das Gespenst der Arbeitslosigkeit mit Recht gefürchtet war, versuchten viele Arbeiter, sich selbständig zu machen und einen kleinen Handwerks- oder Gewerbebetrieb zu eröffnen. Weil u. a. die Textilzwangsbewirtschaftung aufgehoben war, wurden vor allem zahlreiche Kleinbetriebe der Kleider- und Wäschekonfektion neu gegründet. Die bemerkenswerte Zunahme kleinerer Gewerbebetriebe war eine Folge der Freigabepolitik, die durch die bürgerliche Regierung Fehrenbach im Reiche eingeleitet worden war, aber diese im Augenblick günstig erscheinenden Existenzen erwiesen sich als bedenklich krisenverstärkend, da Kleinbetriebe der allgemeinen Entwicklung entgegenstanden. Schon die Inflation, noch mehr die nachfolgende Stabilisierungskrise zerschmetterte viele von ihnen wieder, andere riß später die Weltwirtschaftskrise hinweg.

Die *Industrie* arbeitete durchweg zufriedenstellend, in der Zuckerbranche sogar besser, aber die steigenden Preise verursachten häufige Lohnkonflikte mit den Arbeitern. In der Holzindustrie blieb die Lage allerdings schlecht, weil die Holzpreise hoch und die Löhne niedrig waren. Die bedeutsamste Erscheinung war allerdings die Tatsache, daß die meisten Arbeiter kein Verhältnis zur gewerkschaftlichen Organisation hatten. Das Betriebsrätegesetz wurde zwar, jedenfalls formal, in den meisten Betrieben durchgeführt, d. h. man wählte Obleute und Betriebsräte, aber diese Leute kannten vielfach ihre Rechte und Pflichten wenig oder gar nicht. Hier zeigten sich die Folgen eines jahrzehntelangen Versäumnisses der deutschen Gewerkschaftsbewegung, die nämlich oft, anstatt die Arbeiterschaft auf betriebliche Selbst- und Mitverwaltung vorzubereiten, marxistische Revolutionslehren verkündet hatte. Jetzt mußten selbst sozialdemokratische Politiker erfahren, daß

---

<sup>49</sup> Eine bedenkliche Folge dieses Arbeitsverbots war, daß viele Arbeiterinnen auf eine geplante Eheschließung verzichteten, stattdessen das Verhältnis einer wilden Ehe eingingen, um Arbeitsplatz und Doppelverdienst zu behalten, wie der Jahresbericht der Gewerbeaufsichtsbeamten bemerkte.



die Arbeiter die mühsam erkämpften Arbeitszeitverkürzungen kaum zu ihrer Erholung oder gar Fortbildung benutzten. Lediglich im Bergbau sicherten verantwortungsbewußte Arbeitnehmervertretungen oft den sozialen Frieden und die Interessen der Arbeiter. Aber gerade der Bergbau litt unter Kohlen- und Wassermangel so, daß die Produktivität insbesondere im Salzbergbau 1920 und 1921 erheblich hinter den Notwendigkeiten zurückblieb. Anders dagegen in der metallverarbeitenden Industrie, vor allem im Maschinenbau, wo Arbeitskräfte neu eingestellt werden mußten, um die anfallende Arbeit zu bewältigen. Eine Folge der beginnenden Liberalisierung war aber auch die Tatsache, daß „die früher blühende Steinhauerindustrie des Sollings zum Absterben verurteilt“ zu sein schien. Überhaupt traf der Wettbewerb schon jetzt spürbar die zahlreichen Kleinbetriebe. Auf dem Lande mußten viele Schlachtereien aufgeben, weil die Schlachtviehpreise zu hoch waren, um einen rentablen Einmannbetrieb zu erlauben. Ehemals Selbständige mußten als Arbeitnehmer in die Großbetriebe, Warenhäuser oder Konsumgenossenschaften gehen. Andererseits richtete die Konservenindustrie 1920 4 neue Fabriken ein und beschäftigte jetzt insgesamt 5 144 Arbeiter, auch die Zuckerfabriken konnten nahezu 1 000 Mann mehr aufnehmen. Die Entwicklung zum größeren Betrieb drückt sich auch darin aus, daß sich 1920 die Zahl der Betriebe in der Nahrungs- und Genußmittelindustrie von 365 auf 287, also ganz beträchtlich, verringerte, die der Beschäftigten aber um etwa 4 000 Mann erhöhte. Auf diese Weise begann sich auf diesem für Braunschweig wichtigen Arbeitszweig die Produktion, und das heißt das Kapital, zu konzentrieren<sup>50</sup>.

Da der Schwerpunkt der *Arbeitskämpfe* in den einzelnen Großbetrieben lag, sahen auch die sozialistischen Gewerkschaftsführer ein, daß vor allem die Betriebsräte durch betriebs- und volkswirtschaftliche sowie arbeitsrechtliche Kenntnisse, nicht aber durch klassenkämpferische Parolen wirken mußten. Als sich in der Mitte des Jahres 1921 die Preise in inflationistischer Weise in Bewegung setzten, forderten die Gewerkschaften die sogenannte gleitende Lohnskala, durch die alle Löhne laufend dem Lebenshaltungsindex angeglichen werden sollten. So einleuchtend der Vorschlag auf den ersten Blick erscheinen mag, die Löhne nach einer wissenschaftlichen Zahl auszurichten, so problematisch ist er schon deswegen, weil diese wissenschaftliche Rechengröße immer nur eine geraume Zeit später aus der Wirklichkeit abstrahiert wird. Während aber der Lebenshaltungsindex für alle Menschen gleich ist, erhalten ein junger ungelernter Arbeiter und ein hochqualifizierter älterer Facharbeiter mit Recht unterschiedliche Löhne, abgesehen von den leitenden Angestellten, deren Gehalt auch durch die Vorbildung bestimmt wird. Durch Löhne und

---

<sup>50</sup> Der in ganz Deutschland schnell fortschreitende Prozeß der Kapitalkonzentration stärkte die Macht der Unternehmer: 1914 hatte es in Deutschland 125 Unternehmerverbände gegeben, 1919 gab es 389, in denen 1920 rund 100 000 Betriebe mit insgesamt etwa 8 Millionen Arbeitern und Angestellten organisiert waren. Starke Unternehmerverbände waren u. a. die Folge der Arbeitskämpfe und Streiks in den Jahren 1918 und 1919. Diesen gut organisierten und geführten Verbänden standen auf der Seite der Arbeitnehmer nicht weniger als 7 verschiedene Gewerkschaftsgruppen gegenüber, deren Führer es an Sachkenntnis meist noch nicht mit den Unternehmern aufnehmen konnten.

Gehälter müssen nämlich auch die Bedürfnisse befriedigt werden, die über die reinen Lebenshaltungskosten hinausgehen, denn die Preise für Bücher oder Theaterkarten werden beim Lebenshaltungsindex nicht berücksichtigt. Die Unternehmer wandten denn auch ein, daß es keine praktikablen Indexziffern gebe. Auch hatten sie gewiß recht, wenn sie das Lohnniveau in erster Linie auf die Produktivität der Gesamtwirtschaft ausrichten wollten, ja man kann sogar verstehen, daß sie befürchteten, durch die gleitende Lohnskala könnten die Unterschiede in der persönlichen Leistung, Vorbildung und Fähigkeit nivelliert werden. Wenn sie aber den Gewerkschaften vorhielten, dadurch werde die eigene Verantwortung und die Leistung des einzelnen Arbeiters untergraben, dann ist es begreiflich, daß die Arbeiter das als unsachliche Diskriminierung empfanden. Die Gewerkschaften antworteten, daß die zu erwartenden Lohnkämpfe schließlich doch die Unternehmer zwingen würden, die Löhne den gestiegenen Lebenshaltungskosten anzupassen. Allerdings werde durch Unruhen in der Arbeiterschaft, in vielen Fällen sogar durch Streiks, die gesamte Wirtschaft gestört und belastet. Gerade das aber solle durch die Einführung der gleitenden Lohnskala vermieden werden. Für diese Absicht hätten die Gewerkschaften mehr Anerkennung verdient, als sie damals von den Unternehmern erhielten, mag auch der Weg der gleitenden Lohnskala ungeeignet gewesen sein. So traten auf beiden Seiten schließlich soziale Vorurteile und Ressentiments an die Stelle der durchaus vorhandenen sachlichen Argumente. Durch guten Willen auf beiden Seiten, größeres Sachverständnis auf der einen und mehr soziales Verantwortungsbewußtsein auf der anderen Seite hätte auch in den folgenden Jahren die soziale Atmosphäre entgiftet und damit der Republik und dem Volke manche Last erspart werden können.

Der Vorwurf, durch mangelnde Einsicht in die wirtschaftlichen Zusammenhänge und soziale Vorurteile die politischen Leidenschaften verantwortungslos aufgeputscht zu haben, trifft zunächst die Unabhängigen Sozialdemokraten und Kommunisten, aber auch die Nationalisten auf der rechten Seite der Fronten. Anfang August 1921, als die Schichtlöhne der braunschweigischen Bergarbeiter bei etwa 65 bis 70 Mark, die Stundenlöhne also bei etwa 8,50 Mark lagen, setzte die *allgemeine* Teuerung ein, die alle Teile der Bevölkerung erheblich beunruhigte. Als die Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse stiegen und die Bauern für einen Zentner Roggen 170 Mark, für einen Zentner Weizen sogar 220 Mark verlangten, erhöhten die Bäcker die Brotpreise. Das Organ der USPD, „Die Freiheit“, antwortete mit gehässigen Angriffen: „Die dicken, behäbigen Ritter vom Baktrog wollen nicht zurückstehen, wenn es die Ausbeutung des Arbeiters gilt.“ Mit einer an Unsachlichkeit kaum zu übertreffenden Polemik attackierte die USPD in Massenprotesten gegen „schamlosen Wucher“ auch die Landwirtschaft. Allerdings waren die Teuerungserscheinungen mehr als bedenklich, wenn z. B. der Erzeugerpreis für Milch bei etwa 2 Mark und der Verbraucherpreis bei 2,50 Mark lag. Der Landbund wehrte die Angriffe auf die Bauern ab: Die Ausgaben für Maschinen, Dünger und andere notwendige Aufwendungen seien durch die hohen Industriepreise gewaltig gestiegen, während die Regierung die Agrarpreise bisher künstlich niedrig gehalten und die Landwirtschaft zur Unrentabilität gezwungen habe. Subventionen und Preisbindungen hatten die Landwirtschaft

tatsächlich vom freien Markt ausgenommen, als die bürgerliche Regierung zur liberalen Wettbewerbswirtschaft überleitete. Die angegriffenen Bäcker hatten also so unrecht nicht, wenn sie in einer EntschlieÙung am 9. 8. 1921 erwiderten: „Die Brotverteuerer sitzen in der Regierung“. Sie warfen aber der Regierung, fälschlich, vor, den Landwirten die überhöhten Preise zu bewilligen, die aber von diesen selbst für viel zu niedrig gehalten wurden. Die braunschweigische Regierung unter Oerter gab die Vorwürfe an die Reichsregierung weiter, als sie erklärte, die Teuerung sei eine Folge der Freigabepolitik, die zwar von der Landesregierung bekämpft worden sei, gegen die sie aber wenig Machtmittel besitze. Gewiß steckt darin durchaus Wahrheit, aber die Hauptursache war die Tatsache, daß das Geld seinen Wert verlor, weil die deutsche Wirtschaft infolge der immer schlechter werdenden Valuta sich nicht auf dem Weltmarkt behaupten konnte. Und schon entdeckten andere die angebliche Wurzel des Übels in den Belastungen durch den Vertrag von Versailles<sup>51</sup>, z. B. der „Schutzverband für Handel und Gewerbe“, der mit diesem Argument durch den Lehrer Frede vom Haus- und Grundbesitzerverein im August 1921 gegen die Erhöhung der Grund- und Gewerbesteuer protestierte.

Die Erregung wuchs, als im September die Kartoffelernte auf den Markt kam und ein Zentner zwischen 40 und 50, im Oktober sogar teilweise 60 Mark kostete. Der Kartoffelpreis wurde auch deshalb Gegenstand parteipolitischer Auseinandersetzungen, weil wieder Landtagswahlen vor der Tür standen, die eigentlich schon im Mai sein sollten, aber bis zur Verabschiedung der Landesverfassung verschoben worden waren. Da im Oktober 1921 die Arbeiten an der Verfassung vor dem Abschluß standen und sich aus diesem Grunde schon die Fronten im Landtage versteiften, verlangten die Wähler die Stellungnahme der Parteien zur Teuerung. Die Deutsche Volkspartei rief über ihre Mitglieder die Landwirte auf, billige Kartoffeln zu beschaffen und der Partei zur Verteilung zu überlassen: „Wenn es uns nicht gelingt, . . ., ist damit zu rechnen, daß ein wesentlicher Rückschlag der bürgerlichen Stimmen eintreten wird.“ Der deutschnationale Landbund reagierte mit einer scharfen Erklärung: „Die landwirtschaftlichen Erzeugnisse dürfen kein Parteieigentum werden!“<sup>51</sup> Er rief stattdessen seine Mitglieder auf, die Preise so niedrig wie möglich zu halten und verbilligte Kartoffeln unmittelbar an die Bevölkerung zu verteilen. Der Vorsitzende des Landbundes, Oberamtmann Nehrkorn vom Kloostergut Riddagshausen, ging mit gutem Beispiel voran, indem er ein begrenztes Kontingent zum Zentnerpreis von 30 Mark für die Bevölkerung der Stadt anbot. Schlagartig setzten die sonntäglichen „Kartoffelwallfahrten“ in die Dörfer der näheren Umgebung ein. Mit Handwagen und Rucksäcken ausgestattet marschierten ganze Kolonnen in den frühen Morgenstunden der Sonntage nach Rühme, Schapen oder Klein Schöppenstedt, um die Bauern auch dann noch zur Herausgabe billiger Kartoffeln zu veranlassen, wenn die vorgesehenen Kontingente

---

<sup>51</sup> Originale dieser Flugblätter und öffentlichen Erklärungen im Archiv der DVP, Landesverband Braunschweig. Lit. Verz. Nr. 2, Nr. 103, 105.

längst verteilt waren. Die Kartoffeln wurden noch knapper, und die Marktpreise stiegen weiter; die USPD schimpfte: „Die Kartoffelpreise zeigen den Weg zur Verelendung.“

Da entschloß sich Ernährungsminister Antrick zu einer Verlegenheitsmaßnahme, von der bei klarer Überlegung hätte vorausgesehen werden können, daß sie fehlschlagen würde. In der „*Antrickschen Kartoffelverordnung*“ bezeichnete er Preise von mehr als 35 Mark als Wucher und erklärte sie für verboten. Da das Verbot nur für das Land Braunschweig gelten konnte, brauchte ein Landwirt aus Calvörde oder Vorsfelde seine Kartoffeln nur im preußischen Oebisfelde zu verkaufen, um die Marktpreise zu halten. Die Bauern aus der kleinen Exklave Olsburg lieferten ihre Waren seit je in das benachbarte Peine, die Bodenburger nach Hildesheim und die von Dielmissen am Ith in das nahegelegene Hameln. Antricks Verordnung erzeugte lediglich einen horrenden Schwarzmarktpreis und erreichte das Gegenteil ihrer Absicht. Wie z. B. sollten die Einfuhren aus den angrenzenden preußischen Gebieten behandelt werden? Für 35 Mark verkaufte niemand seine Kartoffeln nach Braunschweig. Weil aber Kartoffeln fehlten, kauften die Städter mehr Nahrungsmittel und Brot, die Lebensmittelpreise gerieten in Bewegung, die Fleischpreise kletterten bedrohlich, Lohnforderungen waren die Folge, und selbst die Beamten und Angestellten verlangten unabweisbar Gehaltserhöhung. Auf einer Konferenz mit Vertretern des Landbundes, des Handels, des Gewerkschaftskartells und des Bürgerbundes sagte Antrick lediglich „Klarstellungen“, aber nicht die Aufhebung seines Erlasses zu. In öffentlichen Versammlungen erklärte er, die Ursachen lägen „in der Urproduktion“, überhaupt zeige die Lage, daß der Kapitalismus in eine Sackgasse geraten sei, weil die Zwangswirtschaft aufgehoben wurde. Letztlich sei der Krieg, den die Kapitalisten verursacht hätten, an dem Elend schuld. Deswegen seien die Kapitalisten auch für das Unglück von Versailles verantwortlich<sup>52</sup>.

Aber mit politischen Glaubensbekenntnissen konnte er die Teuerung ebenso wenig aufhalten wie der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft des neuen Kabinetts Wirth, der die Preissteigerungen als Folge einer unbegründeten Nervosität ansah, da genügend Kartoffeln vorhanden seien. In der Tat war die Ernte des Jahres eher überdurchschnittlich als schlecht, aber gerade in Braunschweig orientierten sich die Bauern an den hohen Preisen für Weizen, Rüben und Gemüse, die ihnen die verarbeitende Industrie zahlte. Als im November der Reichstag über die Teuerung debattierte, machte der sozialdemokratische Reichswirtschaftsminister Schmidt, der den Volksparteiler Scholz abgelöst hatte, wiederum die Liberalisierung der Wirtschaft für die Misere verantwortlich, die „zwar Waren auf den Markt gebracht, aber die Nichtbesitzenden zur Rationierung gezwungen“ habe. Hat denn niemand erkannt, daß die Aufhebung der Zwangswirtschaft nicht die Ursache der Geldentwertung war, sondern erst die bis dahin verschleierte Lage sichtbar gemacht hat? Ganz gewiß hat das Londoner Ultimatum rapide Kursstürze verursacht, aber das berührte nur die Oberfläche der komplizierten Zusammenhänge zwischen der Außen- und der Wirtschafts- und Währungspolitik. In Unkenntnis der Zusammen-

---

<sup>52</sup> Nach Br. Neueste Nachrichten Nr. 199 vom 26. August 1921.

hänge neigten alle Seiten zu politischen Kurzschlußurteilen. So schloß z. B. Minister Antrick aus der Erhöhung des Zuckerpreises von 8 auf 110 oder des Milchpreises von 9 auf 128 Mark, daß sich nunmehr dringend die drei sozialistischen Parteien zu einer Einheitsfront zusammenschließen mußten, denn die Teuerung sei Ausdruck eines verschärften Klassenkampfes. „Die bürgerliche Front ist fest“, aber der Sozialismus sei in drei Teile gespalten <sup>52a</sup>.

Mit solcherart marxistischer Ideologie war 1921 zwar keine Wirtschaftspolitik mehr zu betreiben, um so erfolgreicher aber Parteiagitiation. Daß anstelle der sachlichen Arbeit auch in Braunschweig wieder der Haß das politische Tagesgeschehen bestimmte, lag allerdings an den radikalen Feinden der Republik auf der rechten Seite, die am 26. August 1921, einen Tag nach der Unterzeichnung des Separatfriedens mit den USA, die tödlichen Schüsse auf den „Vaterlandsverräter“ Erzberger abgefeuert hatten. Die Mörder waren Männer einer nationalistischen Organisation, die der Kommandeur der Kapp-Putsch-Brigade, Ehrhardt, leitete und wahrscheinlich auch das Attentat auf den Fraktionsvorsitzenden der bayerischen USPD im Juni auf dem Gewissen hat.

Die drei sozialistischen Parteien riefen zu einem dreitägigen Generalstreik auf, der verständlicherweise von der USPD und Oerter zu lebhaften Angriffen gegen die bürgerliche Rechte ausgenutzt wurde, zumal sich in Braunschweig die geheime Militärorganisation „Orgesch“ (Organisation Escherich) bemerkbar machte, eine nach außen als bürgerlicher „Selbstschutzverband“ getarnte Einwohnerwehr bayerischen Ursprungs, die in Preußen bereits verboten worden war. Infolgedessen schrieb die Regierung es sofort einer solchen nationalistischen Untergrundorganisation zu, als im Sommer 1921 mehrere Dynamitanschläge die Bevölkerung der Stadt Braunschweig beunruhigten. Allerdings schienen die Objekte den Bürgerlichen recht zu geben, die in den Anschlägen auf die Garnisonkirche und das Haus des „kapitalistischen“ Tennisclubs kommunistische Terrorakte vermuteten. Mit Hilfe des Bürgerbundes und Stachows organisierte der „Stahlhelm“ einen Bevölkerungsschutz, der den Bürgern das Gefühl vermitteln sollte, daß auf die Polizei einer sozialistischen Regierung kein Verlaß sei, deren Freunde solche Anschläge verüben. In der Tat stellte sich zur peinlichen Überraschung der Regierung heraus, daß die Attentäter aus den Familien der Spartakistenführer Merges und Faßhauer stammten. Aber der Mord an Erzberger rechtfertigte neue Proteste gegen die republikfeindlichen Nationalisten, die man vor allem im „Stahlhelm“ vermutete. Massendemonstrationen in Braunschweig (am 8. September), Helmstedt und Holzminden wertete Sepp Oerter als Kritik der Massen daran, daß solche Organisationen in Braunschweig geduldet würden. Als sich öffentliche Zusammenstöße zwischen Stahlhelmen und sozialistischen Arbeitern häuften, entschloß sich Oerter, 54 Mitglieder des „Stahlhelms“ aus der Polizei zu entlassen. Ein Sturm der Entrüstung ging durch die Reihen der bürgerlichen Politiker vom braunschweigischen Landeswahlverband bis in die Reichstagsfraktionen der Volkspartei und der Deutschnationalen.

---

<sup>52a</sup> a. a. O.

Am 1. Oktober 1921 (gerade als die Kartoffelkrise ihren Höhepunkt erreichte und die Landesverfassung in die kritische Schlußberatung kam) zwangen die Angriffe zweier Abgeordneter der Rechtsparteien im Reichstag auf die sozialistische Regierung in Braunschweig und die Entlassung der Stahlhelmer Oerter endlich zu der längst fälligen Stellungnahme. Er habe, so sagte er vor dem Plenum des Reichstages, „eine Reihe von Anfragen, die sich auf Braunschweig beziehen, in den letzten Tagen hier gelesen . . . Ich weiß, daß der Freistaat Braunschweig in Deutschland ein schlechtes Renommée genießt“, eine Feststellung, die von der Rechten mit lebhafter Zustimmung quittiert wurde. Sehr entschieden fuhr Oerter dann fort, daß er es für seine Pflicht halte, die Republik vor ihren Feinden zu schützen, und daß deshalb Mitglieder von „Organisationen, die mit dem Charakter der republikanischen Verfassung nicht vereinbar sind“, als Beamte untragbar seien. Auf die Vorhaltungen, daß er Versammlungen der Deutschnationalen Volkspartei verboten habe, fand Oerter die bemerkenswerte Antwort: „ . . . weil uns die Deutschnationalen nicht so wertvolle und schätzbare Bürger der Republik sind, daß wir uns durch unzeitgemäße Veranstaltungen, die sie treffen, mit der Arbeiterschaft, der festesten Stütze der Republik, in Konflikt bringen lassen wollen . . . Solange Sie, meine Herren Deutschnationalen, nicht zur republikanischen Verfassung stehen, sie schützen und verteidigen helfen, sind Sie für uns Todfeinde und sind dementsprechend zu behandeln.“<sup>53</sup>

Sprach Oerter nicht ein zeitgemäßes Wort mutig aus, als er einen Zwischenruf, sein Verhalten sei undemokratisch, mit den Worten beantwortete: „Ja, es ist durchaus demokratisch, die Feinde der Demokratie, die unter dem Schutz der Demokratie sie vernichten wollen, in dieser Weise abzuwehren“? Sepp Oerter als Gralshüter der Weimarer Verfassung und die braunschweigische USPD als „festeste Stütze der Republik“ — schon das nahm sich merkwürdig aus. Aber die Rechtsparteien hielten es auch nicht ohne Grund für bedenklich, daß ein Ministerpräsident oder auch ein Staatsministerium, das aus Parteivertretern besteht, darüber entschied, welche Parteien und Organisationen republikfeindlich sind. Es ist bestürzend zu sehen, wie sich hier in Braunschweig, das gerade eine republikanische Verfassung erhalten sollte, die unzuverlässigen Rätorepublikaner von links und die nicht minder unzuverlässigen Antirepublikaner von rechts gegenseitig zum Hüter der Verfassung aufwarfen, um den Gegner des Verfassungsbruchs zu beschuldigen. Die 14 Abgeordneten der tatsächlich republikanischen Parteien saßen derzeit in hoffnungsloser Minderheit zwischen diesen Fronten. Darum bleibt es eine ebenso hoffnungsvolle wie bedenkliche Tatsache der braunschweigischen Geschichte, daß Oerter über diesen Konflikt stürzte. Die bürgerlichen „Braunschweiger Neueste Nachrichten“ beschuldigten ihn in einem teilweise recht zynischen und gehässigen Tone, durch sein Verhalten erst die Leute auf den Plan gerufen zu haben, die er nun bekämpfe: „Man kann jedenfalls der Meinung sein, daß das eine jämmerliche und ihrer Aufgabe keineswegs gewachsene Regierung wäre, die durch ihre Maßnahmen erst den Widerstand aufpeitscht, um ihn dann mit viel Geschrei bekämpfen zu können.“

---

<sup>53</sup> Zitiert nach „Braunschweiger Kurier“ Nr. 274 vom 6. 10. 1921

In seinem verständlichen Ärger über „die seit langem planmäßig von den ‚Neuesten Nachrichten‘ betriebene Hetze“ beging Oerter nun einen verhängnisvollen Fehler. Er berief sich auf die gerade bekanntgegebene Notverordnung des Reichspräsidenten, daß die Presse- und Versammlungsfreiheit eingeschränkt werden dürfe, wenn es nötig sei, um „Ungehorsam gegen die Vertreter der republikanischen Staatsform und die Verhöhnung der verfassungsmäßigen Organe und Einrichtungen des Staates zu unterbinden.“ Da die Regierung aus den oben zitierten Schlußsätzen des Artikels die Tendenz herauslas, „die republikanischen Verfassungszustände überhaupt in Frage zu stellen“, beschloß die Regierung, die Zeitung für eine Woche zu verbieten. Sie übersah allerdings, daß die Verordnung des Reichspräsidenten nur mit Zustimmung des Reichsinnenministers angewandt werden durfte und sich in diesem Falle gegen eine Zeitung richtete, die eher der Deutschen Volkspartei als den Deutschnationalen nahestand. Dieser parteipolitische Willkürakt konnte jedenfalls nicht durch die Reichsverordnung gedeckt werden. Der Landeswahlverband rüstete sich zum parlamentarischen Großangriff gegen die Regierung Oerter; er verfügte dabei über Waffen, die er zur peinlichen Überraschung der Sozialdemokraten äußerst geschickt und planmäßig ins Treffen warf, als der Landtag am 11. November wieder zusammentrat <sup>54</sup>.

Über die erste Sitzung berichtete das USPD-Organ „Die Freiheit“ am nächsten Tage: „Das Gesindel provoziert — eine Sturmsitzung im Landtag.“ Und die rechtsstehende „Landeszeitung“: „Unerhörte Lärmszenen der Linken im braunschweigischen Landtag“, Überschriften, die über den Verlauf genug ahnen lassen. Auf der Tagesordnung stand der Haushaltsplan, der in allen Parlamenten Gelegenheit zur Generalabrechnung mit der Regierung bietet. Es begann, als sich der Landeswahlverband für eine Reform der Beamtenbesoldung einsetzte, die angesichts der Teuerung tatsächlich notwendig geworden war, und dabei der Regierung vorwarf, sie betreibe im Reichsrat die Ablehnung der Besoldungsreform. Die „Landeszeitung“ griff diese Behauptung auf und empörte damit Oerter derart, daß er am folgenden Tage dem Vertreter der Zeitung die Teilnahme an der Landtagssitzung und die Berichterstattung verbot. Aber der Sturm kündigte sich erst an, als die Demokratische Partei den Antrag stellte, den Landtag aufzulösen und Neuwahlen auszuschreiben. Sprecher der USPD widersprachen, da der Antrag Rönneburg nur „aus agitatorischen Parteigründen“ zu verstehen sei, denn der Landtag habe die Aufgabe, die kurz vor Vollendung stehende Landesverfassung, die Besoldungsreform und andere dringende Reformgesetze zu verabschieden. Da auch die drei Kommunisten Neuwahlen forderten, hing es vom Landeswahlverband ab, ob die Auflösung beschlossen wurde. Als erster Sprecher widersprach August Hampe den Argumenten Oerters, ehe der Direktor des Landbundes, der deutschnationale Major a. D. Blasius, den Angriff gegen die „gesetzwidrige Gewaltpolitik“ eröffnete. Überraschend sauste der erste Hieb auf Oerter nieder:

---

<sup>54</sup> Im folgenden nach den amtl. Sitzungsberichten („Verhandlungen . . .“). Ferner: „Die Freiheit“ vom 12. 11. und 19. 11. 1921, Landeszeitung vom 13. 11. und 25. 11. 1921, „Volksfreund“ vom 13. und 26. 11. 1921.

Minister Oerter habe sich schwerer passiver Bestechung schuldig gemacht! Der nicht endenwollende chaotische Tumult, der sich darauf im Sitzungssaal erhob, zwang den Präsidenten, die Sitzung abbrechen. „Die Freiheit“ nannte die Beschuldigung einen „sudeligen Angriff“ und den „Höhepunkt der gemeinen Verdächtigungen“, aber die USPD schien zu ahnen, daß der Höhepunkt erst noch kommen sollte, denn sie mobilisierte ihre Mitglieder: „Der Sturm beginnt. Wird das arbeitende Volk geschlossen sein? Jetzt heißt es: Alle auf die Schanzen und immer feste druff!“

Die entscheidende Frage für die USPD war, wie sich die Sozialdemokraten verhalten würden. Gerade zuvor hatte „Die Freiheit“ Jasper noch als „Schrittmacher der Reaktion“ beschimpft. Was aber, wenn er und die SPD die Unabhängigen jetzt im Stich ließen? Darum machte „Die Freiheit“ schleunig aus dem „Schrittmacher der Reaktion“ einen „Nachläufer des Bürgertums“. Aber dieses Bürgertum war in ihren Augen „die Gesindeliclique der Kriegsverbrecher, Kriegsverlängerer und Kriegstreiber, die die aufstrebende Arbeiterklasse knietief durch den Schlamm der Verleumdung und Beleidigung zerren wollen.“ Aber Blasius konkretisierte seine „Verleumdung“: Oerter habe sich von einem Psychotherapeuten namens Otto Schlesinger, genannt Otto Otto, die Genehmigung zur Einrichtung eines Sanatoriums in Blankenburg und die eigenmächtige Verleihung des Titels „Professor“ bezahlen lassen. Ferner sei es bei der beabsichtigten Verleihung einer Spielkonzession in Harzburg unsauber zugegangen, und schließlich müsse geklärt werden, woher die Gelder für die zahlreichen Autofahrten gewisser Regierungsmitglieder stammten.

Offensichtlich hatte die USPD beschlossen, Blasius am folgenden Tage mit allen Mitteln am Weitersprechen zu hindern. Dr. Jasper versuchte als amtierender Präsident vergeblich den bewußt und planmäßig inszenierten Störungslärm zu unterbinden, mußte aber schließlich die Sitzung erneut abbrechen, ohne daß Blasius seine Rede hätte beenden können. Erst in der Sitzung vom 17. November, bei der Beratung des Kapitels „Staatsministerium“, kamen die Anschuldigungen wieder auf die Tagesordnung. Als Sprecher der Sozialdemokraten verteidigte der Abgeordnete Erdmann zwar die Regierung im Falle der entlassenen Stahlhelmer gegen den LWV, aber in unverhohlener Erwartung verlangte er Beweise für die Vorwürfe gegen Oerter. Minister Steinbrecher ergänzte, wenn Beweise vorlägen, müsse der Schuldige aus dem Ministerium entfernt werden. Im übrigen parierte er die Angriffe durch Gegenangriffe auf die Offiziere und Monarchisten, wodurch er eine der schärfsten Reden des deutschnationalen Abgeordneten Roloff provozierte, die er in seiner 14-jährigen Landtagstätigkeit hielt. Der LWV hatte ihn nämlich ausersehen, nach Blasius die zweite Runde gegen Oerter zu schlagen: Man solle nicht Rechtsputschisten Verbrecher nennen, wenn man selbst Linksputsche organisiere! Im übrigen unterhalte Oerter selbst gute persönliche Beziehungen zu „Kappisten“. In der „Stahlhelm“-Frage hielt er dem Minister „Verdächtigungen und bewußte Unwahrheiten“ vor und rief aus: „Es macht einen außerordentlichen Eindruck, wenn Sie, Herr Minister, von Ehre und Anstand reden. Diese Worte passen in Ihren Mund nicht so recht hinein.“ Schließlich nannte er Oerter einen der Hauptverantwortlichen für die Novemberrevolution: „Seit die Novemberrevolution in dieses Land gekommen ist, war die Geschichte des deutschen Volkes eine



Kette der Schmach und Schande.“ Als sich während dieser Rede ein von lebhafter Bewegung begleitetes Redituell zwischen Oerter und Roloff entwickelte, rief Hampe in den Saal: „Daß man den Mann auf der Ministerbank dulden muß!“, und Oerter konterte: „Die Schande dieses Hauses sind Sie!“ Schließlich beantragte Rönneburg den Schluß der Sitzung mit der Begründung: „Man muß sich ja schämen, Abgeordneter dieses Hauses zu sein.“

Am 19. November erhielt Oerter das Wort zu einer großen Rechtfertigungsrede, die von der „Freiheit“ unter zuversichtlichen Überschriften im Wortlaut veröffentlicht wurde, weil die USPD glaubte, damit den „Sturm“ siegreich abgewehrt zu haben. Aber der entscheidende Schlag kam erst noch. Für die dritte Runde schickte der LWV den Vorsitzenden der Deutschen Volkspartei, den Oberlehrer Rudolf Kaefers, ins Treffen. Er legte dem Hause das von Steinbrecher verlangte Material vor: Für die Verleihung des Professorentitels an Otto Otto habe Oerter insgesamt 20 000 Mark erhalten, Oerters Sohn habe auf Kosten Ottos vier Wochen eine Kur in Schierke (Harz) gemacht, und schließlich habe Oerter dem „Professor“ seine Dienste als Impresario angeboten für den Fall, daß er kein Minister mehr sein könne. Auch über die merkwürdigen Autofahrten der Regierungsmitglieder wußte Kaefers Genaueres. Und sein Beweis? Er hatte seine Informationen von Otto Schlesinger persönlich, der sich mit Oerter inzwischen überworfen hatte, weil das Gesamtministerium ihm den Professor-Titel wieder aberkennen mußte. Und dann feuerte Kaefers den Schuß ab: „Die Landesversammlung wolle beschließen: Minister Oerter enthält sich der Fortführung der Amtsgeschäfte, bis die von Otto Schlesinger in Blankenburg, genannt Otto Otto, erhobenen Vorwürfe durch gerichtliches Urteil entkräftigt sind.“

Kaefers Enthüllungen trafen die Fraktion der USPD wie eine Serie von Bombeneinschlägen. Erregt beantragte Otto Grotewohl eine Sitzungspause, damit die Fraktion sich besinnen könne. Grotewohl zwang in der Fraktionssitzung den Minister, die Wahrheit zu bekennen und unverzüglich zurückzutreten, damit die Partei und die Regierungskoalition durch den Mißtrauensantrag nicht gefährdet werde. Die SPD ließ durchblicken, daß sie für Oerter keine Chance sehe, und nach der Sitzungspause erklärte der Regierungschef seinen Rücktritt und die Niederlegung seines Landtagsmandats. Mit den Worten: „Ich bin ein Opfer geworden und muß als Opfer von hier scheiden“, nahm er seine Aktentasche und verließ unter tiefem Schweigen der Abgeordneten den Sitzungssaal. Anschließend sprach der Abgeordnete Junke dem abtretenden Minister im Namen der Fraktion der USPD die Anerkennung für „seine Verdienste im Befreiungskampf des Proletariats“ aus, die Fraktion stehe hinter ihm und billige seinen Schritt. Es klang durch, daß sich die Partei geschlagen gebe, ohne Oerter in der fraglichen Angelegenheit rehabilitieren zu können. Die Sitzung wurde geschlossen — die Ära Oerter war vorüber.

Bereits am 25. November wählten die Regierungsfractionen Otto Grotewohl zum Minister. Oerter hat seinem Nachfolger später vorgeworfen, den Rücktritt betrieben zu haben, um selbst nach oben zu kommen. Deshalb habe die Fraktion in ihrer Entschlossenheit und mangelnden Gefolgschaftstreue seinem „intimsten Todfeind“, Dr. Jasper, Vorschub geleistet und Oerter geopfert, da ein Mißtrauensantrag der SPD zu erwarten

gewesen sei. Die Fraktion bewog ihn aber immerhin, sein Landtagsmandat noch zu behalten und glaubte aus Prestigegründen auch nicht darauf verzichten zu können, ihn wieder an führender Stelle für den nächsten Landtag kandidieren zu lassen, der am 22. Januar 1922 gewählt werden sollte, wenn die *Verfassung* noch vor der Jahreswende verabschiedet würde.

Die Regierungsfractionen hatten schon 1920 den sozialdemokratischen Verfassungsfachmann Ernst Ruben, Landgerichtsrat in Berlin, nach Braunschweig geholt und ihm die Vorarbeiten übertragen. Da Ruben Jude war, fand er weder persönlich noch sachlich die Zustimmung der Bürgerlichen, vielmehr löste seine Persönlichkeit antisemitische Äußerungen in der Öffentlichkeit aus, denn zum ersten Male erschienen Schmierschriften mit den Worten „Juden raus“ in Braunschweig. Ganz besonders leidenschaftlich kämpften aber die Parteien um den § 2 des Verfassungsentwurfs: „Der Zweck des Freistaates ist, alle Glieder des Staates auf die höchste Stufe körperlicher, geistiger und sittlicher Kultur emporzuheben und durch Umgestaltung der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse alle Klassenunterschiede unter den Staatsbürgern zu beseitigen. Alle Staatsbürger, alle Staatsbeamten und alle Staatsmittel haben diesem Zweck zu dienen.“<sup>55</sup> Die sozialistische Mehrheit sah in der Durchsetzung dieses Sozialisierungsartikels ihr politisches Hauptziel, für das vor allem die USPD ihre Macht rückhaltlos anwenden wollte. Der Landeswahlverband setzte dem ebenso erbitterten Widerstand entgegen. In den Debatten wurde immer wieder eine Regierungsverordnung vom April 1921 zitiert, durch die in den Schulen das Fach „Lebenskunde“ eingeführt worden war, und zwar für Kinder, die nicht am Religionsunterricht teilnahmen. Weil dieses als „Gesinnungsfach“ bezeichnete Novum der „ethischen Erziehung“ dienen sollte, vermuteten die Rechtsparteien darin ein Mittel, die Kinder im Sinne der materialistischen Weltanschauung zu beeinflussen. Sie glaubten daher, daß der Sozialisierungsartikel auch einer etwaigen bürgerlichen Mehrheit für alle Zeiten verbieten könne, solche „sozialistischen“ Erlasse wieder zu beseitigen. Man wird die Härte dieses Streites erst voll verstehen, wenn man erfahren hat, wie verbissen in all den Jahren um die Schulpolitik und vor allem um den Religionsunterricht gerungen wurde. Unmittelbar vor der Schlußberatung der Verfassung hatte die sozialistische Mehrheit Kirche und Bürgertum noch dadurch herausgefordert, daß sie den Bußtag als gesetzlichen Feiertag abschaffte und stattdessen den 9. November zum Gedenken an die Revolution zum Feiertag erklärte. Auch die Ankündigung der allgemeinen Schulgeldfreiheit erschien der bürgerlichen Opposition als eine rein sozialistische Maßnahme. Die USPD beabsichtigte tatsächlich, durch den § 2 den Sozialismus unwiderruflich festzulegen, aber die SPD versprach schließlich, Sozialisierungen nur durch Landtagsmehrheiten, Gesetz für Gesetz, durchzusetzen. Im Vertrauen darauf, daß die Wahlen solche Mehrheiten mit Sicherheit bringen würden, erlaubte sie schließlich in der Form der Stimmenthaltung, daß der umstrittene Sozialisierungsartikel ersatzlos gestrichen wurde. Dadurch wurde die

---

<sup>55</sup> Nach der vom Bürgerbund herausgegebenen Gegenüberstellung des Entwurfs und der endgültigen Verfassung.

Kluft zwischen den beiden sozialdemokratischen Parteien nahezu unüberbrückbar, aber die Verfassung mußte wohl oder übel mit Zweidrittelmehrheit verabschiedet werden.

Der Kampf zwischen den beiden Regierungsparteien spielte sich teilweise vor dem gesamten Hause ab, als im Plenum nämlich der § 2 endgültig niedergestimmt worden war und die USPD in einer Erklärung der SPD die Schuld daran aufbürdete: „Die Fraktion der USPD verurteilt mit aller Schärfe die politische Untreue der rechtssozialistischen Fraktion, die, alle grundsätzlichen Forderungen außer acht lassend, sich mit den Parteien des Bürgertums gegen die Arbeiterklasse verbündet hat.“ Trotzdem kündigte sie an, der Verfassung zustimmen zu wollen, was nun wieder die KPD zu einem Angriff auf die USPD herausforderte: „Wir überlassen die Annahme dieser bürgerlichen Verfassung den bürgerlichen Parteien und ihrem Anhang, den sie in den beiden übrigen sozialistischen Parteien haben.“ Die Sozialisierung war keineswegs die einzige, wenn auch die wichtigste Streitfrage in der Verfassung, so ging es z. B. um die Formulierung, ob „alle Macht ... von der Gesamtheit des Volkes“ *ausgehe*, oder ob „die Gesamtheit des Volkes *Träger* der Staatsgewalt“ sei, wie es schließlich beschlossen wurde. Hieraus wurde z. B. das Recht auf Volksbegehren und Volksentscheid abgeleitet — immerhin ein nicht unbedeutender Verfassungsbestandteil der Weimarer Republik. Der KPD gelang es durch ihre eindeutige Ablehnung der Verfassung, auch die Fraktion der USPD in der Schlußabstimmung zu spalten. Eine starke Minderheit der Fraktion unter Führung des Ministers Grotewohl enthielt sich der Stimme, während die Mehrheit die Verfassung annahm. Auf der rechten Seite des Hauses lehnten nur Hampe und die Abgeordneten der DNVP im Landeswahlverband die Verfassung ab. Am 22. Dezember 1921 erhielt Braunschweig seine Verfassung als Weihnachtsgeschenk mit 44 gegen 9 Stimmen bei 8 Enthaltungen. Sie trat am 6. Januar 1922 in Kraft; der Wahlkampf konnte beginnen. Ohne auf Einzelheiten der Verfassung einzugehen, sei erwähnt, daß in Braunschweig das Staatsministerium seinen „Vorsitzenden“ selbst wählte, der Ministerpräsident also niemals mehr als *primus inter pares* war und keineswegs die Richtlinien der Politik bestimmen konnte. Entsprechend war auch jeder einzelne Minister dem Parlament selbst verantwortlich. In Anbetracht der Auseinandersetzungen um Oerter und zum Verständnis späterer Regierungskrisen sei es ausdrücklich angemerkt <sup>56</sup>.

Die Schlußabstimmung machte es für jedermann offenkundig, daß in der Regierungskoalition und auch im Landeswahlverband wenig Eintracht herrschte; der Wahlkampf machte daraus noch weniger ein Geheimnis. Im Bürgertum zeichnete sich der Gegensatz zwischen der Deutschen Volkspartei und den Deutschnationalen ab, wofür vor allem ihre Stellung zur Außenpolitik verantwortlich war. In Braunschweig hielt der Bürgerbund unter dem Eindruck einer drohenden sozialistischen Mehrheit den Landeswahlverband noch zusammen, der allerdings zum letzten Male als Einheitsfront des Bürgertums auf den Plan trat.

<sup>56</sup> Die Legislaturperiode umfaßte drei Jahre, die Zahl der Abgeordneten wurde 1924 durch Verfassungsänderung von 60 auf 48 und 1930 auf 40 reduziert. 1924 und 1930 wurde die Landtagswahl mit Reichstagswahlen zusammengelegt.

Wer kennt die Bilder, nennt die Namen, die gottlich hier zusammenkamen?  
Aus unserm Parlament der Köpfe sind es die allerbesten Tröpfe.

Pastor Steigerthal

Matthäi am letzten

Mein-Roloff

v. Müller



„Es tut mir in der Seele weh  
daß ich dich neben Roloff seh'.“

Diese junge hübsche Dame  
macht in „Wohlfahrt“ viel Reklame.

von Bl-bla-blaus

Dr. Regensburger

Bekannt war dieser  
Schwerenöier  
im Landtag  
als Kravattentöier.



Und dies Gesicht, ein jeder kennt's  
Es ist der Stolz des Parlament's.

Dieser Herr kämpft fortwäh und stramm  
als ein „Ja und Aber“-mann.

Stumm und lang,  
lang und stumm  
Hockt im Landtag er herum.  
Immer spitzt er seine Ohren:  
Mensch! Was hast Du dort  
verloren?!!

## 7. Bürgerliche Politiker in der sozialdemokratischen Karikatur (Silvester 1922)

(Erläuterungen im Abbildungsverzeichnis)

Das Wahlergebnis vom 22. Januar 1922 mußte nach allem, was vorausgegangen war, das Verhältnis der drei sozialistischen Parteien zueinander klären. Die von der USPD abgefallene Drei-Mann-Fraktion der KPD bedurfte der Legitimation durch die Wähler, allerdings reichte der Zuwachs von 8 000 Stimmen gegenüber 1920 nur zu zwei Mandaten aus. Da demgegenüber die USPD 12 719 Stimmen verlor, die SPD aber aufgrund ihrer insgesamt 53 000 Stimmen 12 Mandate erhielt, läßt sich sagen, daß die Verluste der Unabhängigen zu etwa  $\frac{3}{5}$  der SPD und zu  $\frac{2}{5}$  der KPD zugute kamen. Trotzdem blieb die USPD mit 73 000 Stimmen und 17 Mandaten die beherrschende sozialistische Fraktion. Da die Wahlbeteiligung um annähernd 10 % höher lag als 1920 und rund 7 600 neue Wahlberechtigte, also durchweg Jugendliche, verzeichnet wurden, schlugen bei dieser Wahl rund 23 000 Stimmen erstmalig zu Buche, die wahrscheinlich zu etwa 65 % dem Landeshwahlverband zufielen. Auf diese Weise gelang es ihm, mit der bisherigen Zahl von 23 Abgeordneten seine Position zu halten und damit stärkste Fraktion zu werden. Aber auch die SPD und die Demokraten haben anscheinend viele Neuwähler angezogen, denn auch

die DDP gewann wieder ein Mandat hinzu und zog mit 6 Abgeordneten ins neue Parlament ein.

Demokraten und Landeswahlverband konkurrierten vor allem um die Landwirte: Die DDP hatte in ihrem Wahlvorschlag außer 9 Handwerkern 19 Landwirte aufgestellt, mehrere davon auf vorderen Plätzen, der LWV bot 16 Landwirte an und bekam 7 in den Landtag, so daß nahezu jeder 3. Abgeordnete der stärksten Fraktion dieser Berufsgruppe angehörte, was im übrigen ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung entsprach. Es nimmt nicht wunder, daß in den nächsten Jahren der deutschnationale Landbund den weitaus stärksten Einfluß auf die Parlamentsarbeit nahm. Der LWV beeindruckte aber auch viele Bürger durch die stattliche Zahl der Akademiker (14) auf der Liste, von denen 5 in die Fraktion gelangten. Das Handwerk war mit 4, der Handel mit 2 Abgeordneten im LWV noch immer wirksamer vertreten als in der kleinen Fraktion der DDP. Die Anziehungskraft des LWV auf die Landwirtschaft wird überzeugend belegt durch das Ergebnis in dem reinen agrarischen Amtsbezirk Thedinghausen, wo der LWV mit 1 140 Stimmen rund  $\frac{2}{3}$  aller abgegebenen Stimmen auf sich vereinen konnte, demgegenüber die SPD mit 264 und die DDP mit 244 Stimmen weit im Hintertreffen blieben. Mit ihren 65 Stimmen fiel hier die USPD überhaupt nicht ins Gewicht, anders als in den Landwirtschaftsgebieten des Vorharzes, wo die radikale Linke unter den Arbeitern der großen Gutswirtschaften teilweise beträchtlichen Anhang aufwies. In Barnstorf bei Königslutter erhielt z. B. die KPD 60 Stimmen, die SPD 5 und die USPD 3. Die Sozialdemokratische Partei verdankte offenbar einen Teil ihres Erfolges dem Kleinbürgertum der Mittel- und Kleinstädte, insbesondere in Gandersheim und Holzminden, wo sie die USPD weit hinter sich ließ. In Stadtoldendorf und Seesen und noch stärker in Blankenburg blieb der Abstand zwischen den beiden sozialistischen Parteien geringer. Blankenburg als typische Beamten- und Pensionärsstadt, zudem noch beherrscht vom herzoglichen Schloß, blieb allerdings dem Landeswahlverbände vorbehalten, gegen dessen 3250 Stimmen die SPD und die USPD mit je etwa 1 000 auch zusammen nicht konkurrieren konnten. Ob das auf die Person des dort wohnenden LWV-Kandidaten, des aus dem Weltkriege bekannten Kapitäns der „Emden“, Müller, zurückzuführen ist, sei dahingestellt. Insgesamt dominierte aber der LWV eindeutig in zahlreichen Landbezirken. Mehrfach errang er über 50 % aller Stimmen (so z. B. in Vorsfelde oder Ottenstein), in Calvörde und Thedinghausen sogar über 60 %. Die SPD verzeichnete in Gandersheim mit 44,1 %, die USPD in Schöningen mit 45,1 % ihren größten Erfolg, die KPD in Wolfenbüttel mit 7,7 % (Stadt Braunschweig 5,5 %), und — eine überraschende Ausnahme — die DDP mit über 20 % in Vechelde, während sie im Landesdurchschnitt nur 10,7 % erreichte.

Das Entscheidende an jeder Wahl ist die Regierungsbildung, und die erwies sich als recht problematisch, da es beinahe unmöglich schien, auf eine einigermaßen sichere Mehrheit rechnen zu können: Die beiden sozialdemokratischen Parteien der bisherigen Koalition verfügten über zusammen 29 Abgeordnete, die bürgerliche Opposition des LWV und der DDP ebenfalls. Aber außerdem gab es noch 2 Kommunisten, auf die eine sozialistische Regierung hätte rechnen müssen. Bei den grundsätzlichen Differenzen unter den Sozialisten

war denn auch der Beschluß, die bisherige Regierungskoalition fortzusetzen, ein risikoreiches Unterfangen, obwohl die Persönlichkeit Oerters als Belastung zu entfallen schien. Aber Oerter war auf Platz Nr. 2 der USPD-Liste als Abgeordneter wieder in den Landtag eingerückt und sprach dort noch immer ein entscheidendes Wort. Daher erwies sich Oerter bereits unmittelbar nach der Wahl weiterhin als entscheidender Störenfried in der Koalition. Noch im Januar 1922 begann nämlich vor der Ersten Großen Strafkammer die Hauptverhandlung gegen ihn und Otto Otto wegen des Verdachts passiver bzw. aktiver Bestechung. Die dabei zur Sprache kommende Personalpolitik Oerters warf aber auch bereits Schatten auf die übrigen Mitglieder des Staatsministeriums, da vor allem der Polizeipräsident Buchterkirchen belastet erschien. Am 31. Januar verurteilte das Gericht Oerter zu vier Monaten Gefängnis, Schlesinger zu zwei Monaten. Weitere politische Konsequenzen folgten zwangsläufig, und schon forderte der sozialdemokratische „Volksfreund“ die USPD öffentlich auf, sich von Oerter zu trennen, da er die Koalition unerträglich belaste<sup>57</sup>. Oerter wollte sich in der „Freiheit“ gegen den Angriff zur Wehr setzen, aber zu seinem Verdruß besorgte das der Redakteur Vogtherr. Oerters Mißtrauen war berechtigt, denn Vogtherr richtete sich in diesem Artikel weniger gegen die SPD als gegen Oerter selbst, der auf diese Weise erfuhr, daß die Partei im Begriff war, ihn fallen zu lassen: „... Keiner durfte so klein oder niedrig denken, sich mit der Sache zu verwechseln, die er zu vertreten gedachte . . . Das Banner muß stehen, wenn der Mann auch fällt.“

Was Oerter in dem Gerichtsurteil vorgeworfen und nachgewiesen worden war, offenbarte der Partei keine Neuigkeiten! Warum also ließ sie ihn so plötzlich im Stich, nachdem sie ihn gerade noch hatte ins Parlament wählen lassen? Glaubte man, darauf den Stimmrückgang der USPD zurückführen zu müssen? Nichts davon! Der Fangschuß kam von Otto Grotewohl, der Oerter einige Tage nach Erscheinen dieses Zeitungsartikels in seine Privatwohnung rufen ließ. Der Minister eröffnete ihm, daß der „Volksfreund“ im Besitze eines Briefes sei, den Oerter als Minister an einen Fabrikanten namens Wommel aus Hehlen an der Weser geschrieben oder mindestens entworfen habe. Wommel, Besitzer einer Papierfabrik, hatte zu Oerters Amtszeit mit dem Freistaate einen Vertrag geschlossen, um die bei Rühle an der Weser vorhandenen Kalkstein- und Gipsbrüche zu erschließen. Dabei entwickelten sich offenbar auch persönliche und privatgeschäftliche Verbindungen zwischen Wommel und Oerter. Nun dachte Oerter, wie auch sein Angebot an Otto Otto beweist, an den Fall, daß er arbeitslos werden, d. h. sein Ministeramt verlieren könne. Er bot Wommel an, dann gegen 10 % des Reingewinns in die Dienste des Unternehmers zu treten. Noch schlimmer allerdings wog, daß er auch als Minister schon 3 % des Reingewinns erwartete, da er sich jederzeit bemüht habe, im Interesse Wommels tätig zu sein. Es ist ihm zu glauben, daß er diesen Brief nicht abgeschickt und tatsächlich nur als „Gedankensünde“ verbrochen hat. Aber er hatte ihn nicht vernichtet, sondern — für alle Fälle — in seinem Ministerschreibtisch aufbewahrt und vergessen, so daß ihn sein

---

<sup>57</sup> „Der Fall Oerter — Oerters Fall“ im „Volksfreund“ vom 2. 2. 1922.

Nachfolger Grotewohl entdeckte. Wie aber kam eine Abschrift davon in die Hände der SPD? Hat Oerter nicht Anlaß gehabt, eine Intrige Grotewohls zu vermuten? Jedenfalls hatte die SPD zugesichert, die Koalition nicht zu belasten, wenn die USPD von sich aus Oerter veranlasse, von der politischen Bühne abzutreten. Diese Aufgabe versuchte Grotewohl jetzt in einem Privatgespräch zu lösen, vergeblich, und beide trennten sich als persönliche Feinde.

Nach diesem Fehlschlag verlangte die SPD noch einmal offiziell die Mandatsniederlegung Oerters: „Ihre Antwort ist für unser gesamtes ferneres Verhalten von größter Bedeutung.“ Als Oerter wiederum ablehnte, eilten aus Berlin die Herren Crispian und Künstler herbei, um einen Untersuchungsausschuß der Partei gegen ihn anzukündigen, während Grotewohl die Fraktion ultimativ vor die Wahl zwischen ihm und Oerter stellte. Die Unabhängigen antworteten auf das Ultimatum der SPD mit der Drohung, es seien ihnen auch Unregelmäßigkeiten der SPD-Minister Antrick und Steinbrecher bekannt, die sie veröffentlichen würden, wenn die SPD die Oerter-Angelegenheit nicht der USPD zu störungsfreier Erledigung überlasse. Die SPD reagierte äußerst gereizt, da die Beschuldigungen anscheinend von Oerter stammten und Antrick und Steinbrecher sie entrüstet zurückwiesen. Deshalb veröffentlichte der „Volksfreund“ am nächsten Tage den Wemmel-Brief. Erst als der Berliner Parteivorstand der USPD das Ausschlußverfahren einleitete, war der Weg für die Wahl der neuen Regierung, d. h. des neuen USPD-Ministers Wese-meier frei, zumal die beiden Kommunisten ihre Unterstützung zusagten. Da Oerter trotz seines Ausschlusses aus der Partei sein Mandat nicht niederlegte, hatte er selbst jetzt den Sturz der neuen Regierung in der Hand, die unter Einschluß der Kommunisten nur 30 von 60 Abgeordneten hinter sich hatte. Es sollte bald der Tag kommen, an dem er mit den Bürgerlichen gegen seine ehemaligen Parteifreunde stimmte.

Kaum wollten Regierung und Landtag ihre Arbeit aufnehmen, erreichte Oerter durch mehrere „Enthüllungen“ über die amtierenden Minister mit Hilfe der bürgerlichen Opposition die Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses gegen Junke, Grotewohl, Antrick und Steinbrecher, der am 24. April sein Ergebnis vorlegte<sup>58</sup>. Es stellte sich heraus, daß sich auch der Minister August Junke durch persönliche Verbindungen zu Otto Otto eine Reihe von privaten Vorteilen verschafft hatte und sich außerdem andere Unregelmäßigkeiten, z. B. mehrtägige Privatreisen mit Dienstwagen, zuschulden kommen ließ. Überdies war er für aufgedeckte Mißstände in der Polizei verantwortlich. Am 29. März schon war Junke durch eine Vertrauensabstimmung (31 : 29) zum Rücktritt gezwungen worden. Dabei sorgte Oerter selbst schadenfroh für die Entdeckung, daß Junke bei der Formulierung des Regierungsprogramms die tatkräftige Hilfe des wortgewandten Exministers Oerter beansprucht hatte. Im übrigen konstatierte der Untersuchungsausschuß einige unwesentliche Unkorrektheiten des Ministers Antrick, aber keinerlei Belastungspunkte gegen Grotewohl. Allerdings gingen die „unhaltbaren Zustände bei der Polizei“

---

<sup>58</sup> Bericht des Untersuchungsausschusses über die vom Abgeordneten Oerter gegen Mitglieder des Staatsministeriums erhobenen Beschuldigungen. Br. Landtag, 1. Wahlperiode. Drucksache 74.

Ich —  
**Gepp Oertter**  
— Klage an

die Zentralleitung der U. S. P. D. in Berlin,  
die Parteinstanzen der U. S. P. D. in Braunschweig,  
die Landtagsfraktion der U. S. P. D. in Braunschweig,  
den Minister Grotewohl in Braunschweig

des

**infamsten politischen Mordmordes**

Nicht der U. S. P. D. gilt diese Anklage. Sie ist und wird die einzige Partei bleiben, die das Ziel des proletarischen Klassenkampfes am klarsten und unverrückbarsten festgelegt hat, die in ihren tatsächlichen Grundlinien dem Proletariate die Mittel und Wege aufzeigt, die allein zum Ziele führen können. Dem Ziele des Klassenkampfes, den Mitteln und Wegen zu diesem Ziele war ich immer treu und werde ich immer treu sein.

Ich klage die Zentralleitung, die Parteinstanzen in Braunschweig an, daß sie um ein paar Ministeressel willen, in erbärmliche Unterwürfigkeit unter eine rechtssozialistische Erpresserpolitik Felonie an einem alten Parteigenossen verübt und ihn politisch ermordet haben, ohne auch nur ein Wort seiner Verteidigung und Rechtfertigung anzuhören.

Ich stehe zu der Partei, die ich mitbegründete, mein Herz gehört ihr und mein Leben. Ich will nicht ihre Zertrümmerung. Ihre Läuterung — das ist der Zweck dieser Anklageschrift.

---

Selbstverlag des Verfassers.

---

8. Titel der Rechtfertigungsschrift Oertters gegen Grotewohl und die USPD (1922)



zu Lasten des Gesamtministeriums. Als dieses Ergebnis bekannt wurde, reagierte der Landeswahlverband mit einem geschickten Manöver. Der Volksparteiler Rudolf Kaefel stellte die Vertrauensfrage, indem er im Namen der Opposition beantragte: „Das Ministerium besitzt das Vertrauen des Landtages.“ Möglicherweise hätte sich nämlich für einen Mißtrauensantrag keine Mehrheit gefunden, aber für ein Vertrauensvotum war ebenfalls keine zu erwarten, und so wurde es mit 30 gegen 29 abgelehnt. Das Land war in die schwierigste Regierungskrise der gesamten Weimarer Zeit geraten.

Trotz der kurzen Amtszeit dieses Ministeriums hatte es seit Oerters Rücktritt eine bemerkenswerte Initiative entfaltet, die vor allem auf Grotewohl zurückging. *Grotewohl*, am 11. März 1894 in einem Proletarierviertel der Braunschweiger Innenstadt als Sohn eines Schuhmachers geboren, hatte in bekannten Braunschweiger Verlagsunternehmen eine Buchdruckerlehre absolviert und war bereits vor dem Weltkrieg in einer sozialistischen Jugendorganisation hervorgetreten. Als Deutschlands jüngster Minister war er jetzt die beherrschende Persönlichkeit in der braunschweigischen USPD. Als Kultusminister schuf er nachhaltigen Konfliktstoff, als er am 18. März 1922 im sogenannten Grotewohlschen Schulerlaß u. a. verfügte, daß nicht-christliche Kinder in der Schule nicht mehr religiös beeinflusst werden dürften. Da nach Ansicht der Opposition hierdurch der christliche Grundcharakter der braunschweigischen Schulen gefährdet wurde, blieb dieser Erlaß für die kommenden 10 Jahre schulpolitischer Zündstoff. Die bürgerliche Opposition ging in dieser Sache bis vor das Reichsgericht und wandte sich in Beschwerden an die Reichsregierung, bis dann Grotewohls Nachfolger, Dr. Jasper, den Text im sog. Jasperschen Schulerlaß ändern mußte. Nachdem dann die spätere Rechtsregierung auch diesen durch den Marquordtschen Schulerlaß beseitigte, kam die dann folgende SPD-Regierung im sog. Sieversschen Schulerlaß wieder auf den alten Grotewohlschen zurück. Auf Grotewohls erste Amtszeit geht auch die Schulgeldfreiheit für alle öffentlichen Volksschulen zurück. Mit besonderer Aufmerksamkeit widmete sich Grotewohl dem kommunalen Selbstverwaltungsrecht, das er auch ausführlich kommentierte.

Die Behandlung der Gemeinden durch die Regierung wurde heftig kritisiert, als die Regierungsparteien kurz vor der Januarwahl ein Wohnungssteuergesetz annahmen, das u. a. den Gemeinden das Recht auf eine „Wohnungsluxussteuer“ zugestand. Sie war von Mietern zu zahlen, deren Wohnungen ... im Verhältnis zur Zahl der Bewohner ... als übergroß anzusehen sind.“ Da die Gemeinden in freiem Ermessen über Auslegung und Anwendung entscheiden durften, blieben Mißbrauch und Willkür nicht aus, wenn z. B. linksregierte Gemeinden dadurch unliebsame Bürger und Bauern ärgern wollten. Durch das gleiche Gesetz wurden auch alle vor dem 1. Juli 1918 fertiggestellten Häuser besonders besteuert, um dadurch Neubauten finanzieren zu können, wogegen natürlich der im LWV vertretene Haus- und Grundbesitzerverein opponierte. Es folgte kurz vor dem Sturz der Regierung ein Baubeschränkungsgesetz, das „Luxusbauten“ und Wohnungsbauten in „nicht angemessener Größe“ einem besonderen Genehmigungsverfahren unterwarf. Infolge der rapiden Geldentwertung war die Regierung auch genötigt, die Grundsteuern zu erhöhen, und zwar um das 18-fache, was zwar der Zahl nach beträchtlich

erscheint, dem Werte nach aber keinesfalls erdrückend gewesen ist. Durch ein Beamtenbesoldungs- und ein Ruhegehaltsgesetz sollten die Bezüge der Beamten an die veränderten Einkommens- und Lebenshaltungsverhältnisse angeglichen werden, aber nach Ansicht der Opposition benutzte die Regierung die Gelegenheit, um die höheren Beamten zugunsten der unteren in sozial diskriminierender Weise zu benachteiligen. Auf dem schwachen Mehrheitsfundament zerbrach mit der Regierungskoalition auch die alte USPD, die wieder in Ordnung zu bringen die Hauptaufgabe Grotewohls war, als er für einige Zeit das Ministerium wieder verlassen mußte. Die Vereinigung der USPD mit der SPD kündigte sich an, das Land ging der Doppelherrschaft Jasper-Grotewohl entgegen.

## VII. LIBERALISMUS — RUDOLF KAEFER

Wenn das Urteil erlaubt ist, daß Heinrich Jasper in der braunschweigischen Geschichte der Weimarer Zeit einen ähnlich bedeutenden Platz einnimmt wie Friedrich Ebert in der deutschen, dann war Rudolf Kaefers für das kleine Land bis 1923 das, was Gustav Stresemann für das Reich gewesen ist. Als einer der Hauptsprecher des Landeswahlverbandes hatte er sich in der Opposition als entschlossener und geschickter Politiker bewährt, wobei er vor allem bei dem Sturz Oerters und der bisherigen Regierung hervortrat. Im gemeinsamen Kampf gegen die radikale Linke erwarb er sich sogar die Achtung seines Gegners Jasper, der nun, nach dem Bruch mit der USPD, die Regierungskrise durch eine Koalition mit dem Bürgertum zu lösen trachtete. Allerdings reichte die Erweiterung auf die Demokratische Partei nicht annähernd aus, so daß nur die Große Koalition mit dem Landeswahlverband übrig blieb. Aber Hampe und Roloff lehnten jede Zusammenarbeit mit Sozialdemokraten entschieden ab, Roloff versuchte sogar, in das Programm des (überparteilichen) Bürgerbundes die „Abwehr der Sozialdemokratie“ als Aufgabe hineinzubringen. Die Abgeordneten der Deutschen Volkspartei dachten anders: Auch sie lehnten die sozialistischen Gesetze der vorangegangenen Linkskoalition ab, doch wollten sie den Kurs nicht durch verschärfte Opposition, sondern durch möglichst großen Einfluß in der Regierung ändern. Kaefers und Jasper fanden sich über den Trümmern der alten Landesregierung zu einer sozial-liberalen Koalition, in der die SPD ihre sozialistischen, die DVP ihre nationalistischen Tendenzen hintanstellen mußte. Denn gerade die Betonung des Nationalen in der DVP war die Ursache dafür, daß die Reichsleitung der SPD in Berlin ihre braunschweigischen Parteifreunde eindringlich vor einer Verbindung mit ihr warnte<sup>59</sup>.

Trotz der Einwände aus Berlin und der heftigen Vorwürfe des rechten Flügels im LWV einigten sich Kaefers und Jasper mit den Abgeordneten der DDP auf die *Große Koalition*, die am 23. Mai 1922 die Sozialdemokraten Dr. Jasper und Steinbrecher — die Vertreter

---

<sup>59</sup> Die DVP befand sich in diesen Wochen in einer leidenschaftlichen Auseinandersetzung mit den Parteien der Weimarer Koalition über die Reparationen. Stresemann wollte zunächst die „Erfüllungspolitik“ der Regierung Wirth durch Verhandlungen mit England unterstützen. Infolge der starren Haltung Poincarés kritisierte er dann Wirths Politik sehr scharf, weil es ihr nicht gelang, die Bedingungen des Londoner Ultimatums zu mildern. Unter dem Einfluß Rathenaus reagierte die Regierung mit dem Abschluß des Vertrages von Rapallo, der wiederum heftige Kontroversen in der Innenpolitik auslöste.

des rechten, liberalen Flügels ihrer Partei — sowie Rönneburg und Kaefers zu Ministern wählte. Der Bürgerblock des Landeswahlverbandes brach auseinander, da sich die Anhänger Kaefers mit den Vertretern des Wirtschaftsverbandes zu einer selbständigen Fraktion in Stärke von 14 Mann zusammenschlossen und von der vorwiegend deutschnationalen Minderheit trennten. Die Deutschnationalen, die mit den Welfen (Br.-Nieders. Partei) die Fraktion „Bürgerliche Vereinigung“ bildeten, haben der DVP später wohl teilweise diesen politischen Ehebruch verziehen, aber vergessen haben sie ihn nicht. Der angebliche Verrat bürgerlicher Interessen an die SPD blieb bis 1933 der schwerste Vorwurf gegen die DVP, und die Nationalsozialisten „bewiesen“ später damit die „Systemtreue“ der DVP. Die späteren Führer der braunschweigischen DVP bekundeten ihre Reue über diesen Sündenfall dadurch, daß sie sich eng an die DNVP anschlossen. 1930, als eine neue Koalition zwischen SPD und DVP die Nationalsozialisten hätte in die Opposition verweisen können, ließen sich die Volksparteiler von der DNVP zu dem verhängnisvollen Bund mit der NSDAP verführen.

Nicht weniger hart bombardierte die ausgebootete USPD die Sozialdemokraten mit dem Vorwurf, die Arbeiterklasse an die Kapitalisten zu verraten. Die neue Koalition verabschiedete gerade noch ein Gesetz von größerer Bedeutung, nämlich am 10. Juni 1922 ein Lehrerbesoldungsgesetz, ehe sie wieder gesprengt wurde. Zwei Wochen später ermordeten rechtsextreme Nationalisten in der Berliner Königsallee den Reichsaußenminister Rathenau. „Der Feind steht rechts“, sprach Reichskanzler Wirth am Grabe. Reichspräsident Ebert verpflichtete in der Notverordnung zum Schutze der Republik vom 26. Juni auch die Länder, „Vereinigungen und Veranstaltungen, die gegen den Bestand der Republik gerichtet sind“, zu unterdrücken, wenn das Reichsinnenministerium darum ersuchen sollte. Die Staatsform, die Regierung und die republikanischen Farben sollten vor Beschimpfungen strafrechtlich geschützt werden. Die überwältigende Mehrheit der Abgeordneten des braunschweigischen Landtages gab seiner Entrüstung über den Mord Ausdruck, als sie am 27. Juni 1922 einer „Verordnung zur Sicherung der freistaatlichen Verfassung“ zustimmte, die im Sinne der Notverordnung des Reichspräsidenten „gesetzwidrige Beseitigung der republikanischen Staatsform“ und „Gewalttaten gegen Mitglieder der jetzigen oder früheren republikanischen Regierungen“ verurteilte und jeden unter Strafe stellte, der solche Handlungen „billigt oder verherrlicht oder die republikanischen Einrichtungen . . . verächtlich macht.“ Die braunschweigische Regierung verbot daraufhin, offenbar mit Zustimmung Kaefers und der DVP, Anfang Juli den „Deutsch-völkischen Schutz- und Trutzbund“, die halb-militärische Organisation „Der brave Heyderich“ und die Deutsch-soziale Partei. Die sozialistischen Parteien, insbesondere die USPD und KPD, empörten sich aber am meisten über den „Stahlhelm“, dem auch Minister Kaefers angehörte, so daß man durch die Agitation gegen ihn auch die Regierungskoalition treffen konnte und wollte. Die USPD forderte auf Massenkundgebungen und durch Flugblätter den Rücktritt Kaefers. Da, wie bereits gesagt, mehrere Landtagsabgeordnete der DVP, u. a. der Geschäftsführer Bretschneider und Bürgerbundsdirektor Crasemann, dem Stahlhelm ange-

hörten, richteten sich die Demonstrationen gegen die gesamte bürgerliche Rechte. Am 13. Juli mußte Kaefers dem Druck eines Mißtrauensantrages der USPD zuvorkommen und zurücktreten, da die SPD sich nicht in der Lage sah, vor ihn zu treten, weil erstens die Reichsparteileitung noch entschiedener als zuvor gegen eine Zusammenarbeit mit der Volkspartei war, zweitens sich die Vereinigung der SPD mit der USPD anbahnte.

Einen Tag nach dem Sturz Kaefers und dem Ende der Großen Koalition schlossen sich im Deutschen Reichstage die Fraktionen der SPD und der USPD zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammen; die beiden Landtagsfraktionen in Braunschweig folgten diesem Vorbilde unverzüglich. Während die Volkspartei, entsetzt über diese Wendung, entschlossen war, gemeinsam mit der DNVP das Bürgertum gegen das neue Bündnis der Linken zu verteidigen, begrüßte es die „Freiheit“ im Namen der USPD mit den Worten: „Wer nicht mit uns ist, ist gegen uns.“

Zwischen der sich anbahnenden Fusion der Parteien im Reiche und der in Braunschweig gab es einen wesentlichen Unterschied: Im Reiche war die SPD die stärkere und einflußreichere, also die bestimmende Gruppe, in Braunschweig aber die USPD. Nicht einmal alle SPD-Mitglieder billigten überdies die Politik Dr. Jaspers, dessen „nutzloses, unnütziges Paktieren mit auf dem Boden monarchistischer Staatsverfassungen stehender Parteien“ auf dem Bezirksparteitag am 23. 7. 1922 in Langelshem kritisiert wurde, weil diese Politik die notwendige Einigung mit der USPD hindere. Der gemäßigte liberale Flügel der SPD geriet von nun ab immer mehr unter den dominierenden Einfluß der sozialistischen Linken unter Führung von Otto Grotewohl. Die braunschweigische USPD sprach sich nämlich am 27. August in Wolfenbüttel für die Fusion mit der SPD nur unter der Bedingung aus, daß die neue Einheitspartei klar „auf den Klassenkampfcharakter“ festgelegt werde. Der Landtagsabgeordnete Paul Junke, Bruder des gestürzten Ministers August Junke, wandte sich sogar an die Kommunisten, von denen er erwartete, daß auch sie „in die sozialistische Einigkeit einbezogen“ würden, wenn sie sich von Moskau und ihren moskauhörigen Führern trennte. Einer von denen, die diesen Appell richtig verstanden, war der frühere USPD-Minister und spätere KPD-Fraktionsführer Hans Sievers, der rechtzeitig vor der Regierungsbildung zur neuen Vereinigten SPD übertrat.

Am 31. Oktober 1922 vollzogen USPD und SPD für Braunschweig offiziell die Vereinigung. Der „Volksfreund“ als Organ der VSPD berichtete am 1. November über die erste Mitgliederversammlung und die große Rede, die Otto Grotewohl gehalten hatte: Meinungsverschiedenheiten werde es immer geben, aber niemand brauche in der neuen Partei seine Gedanken zu revidieren. Meinungsverschiedenheiten solle man „brüderlich austragen“, um zu gemeinsamen Handeln zu kommen. Die politischen Zustände, die Teuerung, die Arbeitslosigkeit und Geldentwertung hielt Grotewohl für eine Bestätigung und Erhärtung der marxistischen Weltanschauung und offenbar für ein klar vorhersehbares Stadium der Verschärfung der Klassengegensätze im zusammenbrechenden Kapitalismus. Nicht einzelne Persönlichkeiten könnten die Geschicke dieser Welt bezwingen, denn „die ökonomischen Verhältnisse zwingen alles“. Grotewohl schloß mit den Worten:

*„Die Augen auf, Ihr Kampfgenossen,  
ein ganzer Sieg muß unser sein.  
Die Fahnen hoch und fest geschlossen  
zum Weitermarsch die vollen Reih'n.“*

Grotewohl, der hier seine Erfahrungen mit einer sozialistischen Einheitspartei sammelte, blieb bis 1933 die beherrschende Persönlichkeit in der braunschweigischen SPD, als deren Vorsitzender er, in teilweiser enger dogmatischer Orientierung an marxistische Theorien, den gemäßigten Flügel unter Jasper mehr und mehr auf die Parlamentsarbeit beschränkte.

Erst nach der Vereinigung der beiden Parteien war die Regierungsmehrheit so sicher, daß sie auf die VSPD und die DDP beschränkt bleiben konnte und nur Ersatz für Kaefer zu wählen brauchte. Am 28. November wählte sie den Redakteur der ehemaligen „Freiheit“, Ewald Vogtherr (jetzt im „Volksfreund“), zum Minister. Sepp Oerter begrüßte das neue Ministerium mit den Worten: „Ich bin an sich für ein sozialistisches Ministerium, es müssen aber Sozialisten drin sein. Dieses hier ist nur eine Kommanditgesellschaft für Postenbeschaffung auf Gegenseitigkeit.“ Wütend stürzten sich unter unbeschreiblichem Tumult ehemalige Parteifreunde auf Oerter, den jetzt bürgerliche Politiker vor Handgreiflichkeiten schützten: Prügel Szenen im Landtag — „... eine Schande — dieses Parlament!“, rief Kaefer verächtlich. Oerter blieb auch noch weiterhin „der böse Kobold des Landtages“, wie ihn der „Volksfreund“ einmal betitelte, und erlebte noch im Dezember 1922 die Genugtuung, daß infolge der von ihm ausgelösten Skandalenthüllungen endlich der lange umstrittene Polizeipräsident Buchterkirchen fiel.

Inzwischen trieb die *wirtschaftliche Situation* einer Katastrophe zu. Plünderungsunruhen, wie sie sich schon im August tagelang beängstigend auf den Straßen zeigten, und Aufregungen um kommunistische „Hundertschaften“ zwangen erneut dazu, den Ausnahmezustand zu verhängen. Unbemerkt im Lärm der Straßenkrawalle und der sich zuspitzenden Inflation wurde in Wolfenbüttel die erste Ortsgruppe der NSDAP im Lande Braunschweig gegründet, und im Februar 1923 bildete sich auch in Braunschweig die erste Organisation dieser Partei, die zwei Jahre später an ihrer Spitze den „bösen Kobold“ kandidieren ließ.

Mitten in der stürmischen Zeit, als das Reich durch den passiven Widerstand gegen die Ruhrbesetzung zermürbt wurde, verstarb der neugewählte Minister Vogtherr am 13. Februar 1923. Zu seinem Nachfolger wählte die Regierungsmehrheit am 28. Februar 1923 Otto Grotewohl, den Todfeind Oerters, der den neuen Justiz- und Innenminister am 17. März 1923 im „Täglichen Anzeiger“ begrüßte:

*„Das grote Wohl von Braunschweig*

Er mußte unbedingt Minister in Braunschweig werden, denn das grote Wohl von Braunschweig hing von ihm ab. Auf ehrliche Weise konnte er es nicht werden. Aber es ging mit anderen Mitteln. Es ging mit dem schändlichsten Freundschaftsbruch, man unterschlug aus Akten, die man durchschnüffelt hatte, die wesentlichen Teile und log dann bewußt eine große Versammlung an, um seinen Zweck zu erreichen, außerdem war man Sozialdemo-

krat — und so wurde man Minister im Freistaate Braunschweig. Damit brach das groÙe Wohl für Braunschweig an . . .“

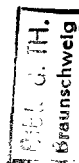
Das Dokument ist ein erschreckendes Zeugnis dafür, wie stark persönlicher Haß in solchen nationalen Notzeiten die politische Atmosphäre vergiftete. Und hier bespie ein Mann, der wenig später bei den Nationalsozialisten sein Heil versuchte, einen anderen, der aus der von diesen Leuten verschuldeten Katastrophe heraus viele Millionen Deutsche dem Sowjetkommunismus zuführen sollte. Inzwischen marschierten Anfang 1923 die Besatzer ins Rheinland, rotierte das Geld schneller und schneller, kletterten die Preise, verfiel der Wechselkurs und brachen Tausende von Existenzen zusammen.

Im Februar 1922 bezahlte der Braunschweiger für 2 200 Gramm Brot etwa 13 Mark, im Juli durchschnittlich 14,60 Mark und im August schon 30 Mark, wiederum drei Monate später das Zehnfache. Ein Kilo Rindfleisch, im Juli für etwa 50 Mark zu haben, kostete im August 80 Mark und im November 300 bis 460 Mark; der Butterpreis stieg von 92 Mark im Juli auf über 200 Mark im August, ein Liter Milch im gleichen Monat von 9 auf 17 Mark und bis November auf 140 Mark. Schon im Spätsommer 1922 konnten Löhne und Gehälter mit diesem katastrophalen Tempo nicht schritthalten. Untere Beamte erhielten nach der Besoldungsordnung vom 3. Mai 1922 zwischen 11 000 und 16 000 Mark Monatsgehalt und etwa 2000 Mark Ortszuschlag; mittlere Beamte (Oberinspektoren, Rechnungsführer u. ä.) zwischen 25 000 und 36 000 Mark, zuzüglich 4500 Mark Ortszuschlag. Die höchsten Beamtengehälter, etwa der Ministerialräte oder ordentlichen Professoren, lagen zwischen 53 000 und 80 000 Mark (5200 Mark Ortszuschlag). Anfang August mußte die Regierung Ausgleichszahlungen von 160 bis 220 % zahlen und diese schon Ende des Monats auf 300 % erhöhen.

In diesen Augusttagen, als Margarine 82,— und Schmalz 128 Mark kosteten, geschah es, daß erregte Käufer in der Markthalle Händler zu bemerken glaubten, die Preistafeln auswechselten, um höhere Preise zu fordern. Auf der Stelle sammelte sich eine empörrte Menschenmenge, die dann zahlreiche Stände bedrohte, um auf diese Weise gegen den „Wucher“ zu protestieren. Mit Mühe verhinderte die Polizei schwerere Ausschreitungen. Gewerkschaftsverbände organisierten Proteste und Ende August eine öffentliche Kundgebung auf dem Schloßplatz mit dem ehemaligen Ernährungsminister Antrick als Hauptredner. Er machte für den „Wucher“ hauptsächlich die bürgerliche (d. h. liberale) Politik verantwortlich, die das Volk in die katastrophale Verelendung treibe. Die Stimmung der Massen wurde derart aufgeputscht, daß die Demonstration auch nach der Kundgebung noch andauerte. Auf dem Hagenmarkt und in der benachbarten Markthalle rotteten sich starke Gruppen zusammen, behinderten den Straßenverkehr und drohten Geschäfte zu plündern. Als die Polizei nicht mehr Herr der Lage werden konnte, erschien der Vorsitzende des Gewerkschaftskartells, Ahrens, um die Demonstranten zu beruhigen. Schließlich eilte der Arbeiterführer Otto Grotewohl zu Hilfe, aber trotz seines guten Spürsinns für Massenstimmungen gelang es auch ihm nicht, Zusammenstöße mit der Polizei zu verhindern. Diese Situation nutzten kommunistische Propagandisten aus, die den Zeitpunkt für einen neuen Aufstand gekommen glaubten und Bewaffnungen organisierten, was

wiederum die Regierung zwang, den Ausnahmezustand zu verhängen. Im November trieb eine neue Welle der Preissteigerungen die Menge wieder auf die Straße, tagelang kam die Stadt nicht zur Ruhe. Es begann wieder mit einer organisierten Kundgebung, nach deren Ende ein großer Haufen randalierender Menschen das „Parkhotel“ am Theater zu stürmen versuchte, um den „Schlemmern und Wucherern“ den Garaus zu machen. In der Innenstadt plünderten und demolierten sie mehrere Geschäfte, so daß fast alle anderen schließen und die Läden herunterlassen mußten. Am folgenden Tage griffen die Krawalle und Plünderungen auf alle Stadtteile über, die Polizei war vielerorts machtlos oder nicht zur Stelle, mehrere Verletzte waren die Opfer. Die Landesregierung versuchte die Bevölkerung durch Erlasse zu beruhigen, z. B. durch die „Verordnung zur Verhinderung eines Notstandes in der Versorgung mit Milch“, in der feste Ablieferungsquoten und Preisvereinbarungen zwischen Landwirtschaft und Landesfettstelle angeordnet wurden. Im Landtage beantragte Grotewohl, die Regierung möge angesichts der aussichtslosen Wirtschaftslage Verhandlungen mit Berlin aufnehmen, da nur das Reich entscheidend helfen könne. Trotz der offenbar auch im sozialistischen Lager erkennbaren Einsicht, daß die Teuerung nicht auf verbrecherische Schiebungen einzelner Wucherer zurückzuführen war, polemisierte die sozialdemokratische Presse in gehässiger und demagogischer Weise gegen Politiker des Braunschweiger Bürgertums, selbst gegen den Minister des demokratischen Koalitionspartners, Rönneburg. Eine „Silvester-Zeitung“ („Volksfreund“) zeigte auf einem seitenbeherrschenden Bilde feiste Bürger bei einem Sektgelage unter der Parole „Hoch den Brotwucher“ und brachte dazu folgenden Vers:

*„Hoch unsre Not! Hoch soll sie leben!  
Ihr danken wir den edlen Wein,  
doch wollen wir auch Ehre geben  
dem August Roloff und dem Schwein!“*



Unter der Parole „Gegen Wucher- und Schiebertum, gegen die Brotverteuerer, gegen die Reaktion“ hetzte die SPD gegen den Landbund, gegen ihre Vertreter im Landtage und gegen das gesamte Bürgertum in einer Weise, die nur dem Einfluß der alten Unabhängigen in der SPD zugeschrieben werden kann. Im Reiche kündigte sich allerdings eine politische Wende an, als Wilhelm Cuno nach dem Sturz des Kabinetts Wirth am 21. November 1922 die Deutsche Volkspartei in die Regierung einbezog und ihr das Wirtschaftsministerium unter Becker überließ, während die SPD vorübergehend in die Opposition ging.

Um die Jahreswende scheiterte die Verhandlungspolitik dieser Regierung an den Forderungen Poincarés und an der gegen Englands Stimme beschlossenen Unterstellung der Reparationskommission, die Regierung habe sich eine „absichtliche Verfehlung“ gegen den Versailler Vertrag zuschulden kommen lassen. Als zwei Tage später die militärische Besetzung des Ruhrgebietes begann, hatte auch das nationale Bürgertum ein beeindruckendes Argument für ihre alte Auffassung, daß die wahren Ursachen der Wirtschaftsnot in der (Anti-)Deutschlandpolitik der Siegermächte zu suchen seien. Es ist heute auch in Frank-



reich bekannt, daß die Empörung des gesamten deutschen Volkes über diesen Akt letztlich den Feinden der Republik von links und rechts Vorschub geleistet hat.

Am 14. Januar 1923 fanden wie im ganzen Reiche — in Berlin demonstrierten etwa 500 000 Menschen auf dem Königsplatz — auch in Braunschweig Trauer- und Protestkundgebungen statt, während die Fahnen auf Halbmast gesetzt und die Glocken geläutet wurden. Initiatoren dieser Veranstaltungen waren die bürgerlichen Parteien von der DDP bis zu den vaterländischen Verbänden, was u. a. dadurch ausgedrückt wurde, daß auf einer Versammlung der demokratische Minister Rönneburg unter der Leitung des Volksparteilers Kaefers, auf einer anderen der Volksparteiler Professor Eisenmann unter Leitung des Welfen Hampe sprach. Als der Landtag kurz darauf auf Antrag der bürgerlichen Parteien eine Protestentschließung verabschieden sollte, forderte die Sozialdemokratische Partei „Bekämpfung des nationalistischen Rummels und der schandbaren Volksplünderung durch den inneren Feind, das reaktionäre Bürgertum“<sup>59a</sup>. Der demokratische Minister Rönneburg und der Sprecher der SPD, Grotewohl, der kurz darauf selbst Minister wurde, fochten vor dem Plenum eine heftige Kontroverse aus, die bedenklich die Gefahr einer neuen Koalitionskrise beschwor. So berechtigt es war, vor dem „nationalistischen Rummel“ der Deutschnationalen zu warnen, so sehr ist es doch Ausdruck einer nicht minder bedenklichen ideologischen Verzerrung, dem gesamten Bürgertum Volksplünderung vorzuwerfen. Radikale Teile der SPD sprachen sogar dem Minister Jasper die Mißbilligung darüber aus, daß er in den Schulen Trauerfeiern zur Ruhrbesetzung zugelassen hatte, obwohl auch Ebert von „Volkstrauer“ sprach. In Anbetracht der nationalen Katastrophe setzte sich Rönneburg für eine Erweiterung der Koalition auf die Deutsche Volkspartei und die Zurückberufung Kaefers ein, aber Grotewohl antwortete mit einer scharfen Erklärung im „Volksfreund“, der Ruhrkampf, d. h. der passive Widerstand der Arbeiter, sei nur ein Teil des proletarischen Klassenkampfes gegen den internationalen Kapitalismus, dem er auch das deutsche Bürgertum zurechnete. Jasper allerdings stimmte durchaus der Ansicht der DDP und der DVP zu, daß die neue Not das ganze deutsche Volk, insbesondere auch den Mittelstand, und nicht nur die Arbeiter treffen werde. Die Deutschnationalen spielten den nationalistischen Haß gegen Frankreich hoch und prangerten die Kriegsschuldflüge, das Schanddiktat von Versailles und schließlich auch die „Novemberverbrecher“ der Linken an. Der entschlossene Wille zum passiven Widerstand, den ungeachtet dieser ideologischen Interpretationen alle deutschen Parteien bekundeten, dokumentiert aber nicht nur, wie stark das ganze Volk getroffen war, sondern auch die verbreitete Unkenntnis und die mangelnde Einsicht in die wirtschaftlichen Zusammenhänge. Der passive Widerstand entwertete das deutsche Geld vollends, weil viel weniger produziert wurde und das Geld immer schneller umlief. Der Aufruf zum passiven Widerstand, psychologisch verständlich, sollte denn auch kaum das Reparationsproblem wirtschaftlich lösen helfen, sondern eine nationale Demonstration und Kraftprobe sein. Die Kommunisten erkannten ihre Chance, als der nationa-

---

<sup>59a</sup> Volksfreund vom 10. Februar 1923.

listische Albert Leo Schlageter erschossen wurde. Karl Radek regte in einer berühmt gewordenen Rede auf ihn vor der Kommunistischen Internationale ein Bündnis mit der republikfeindlichen Rechtsopposition an, um Deutschland die Unterstützung der Sowjetunion gegen die kapitalistischen Ausbeuter anbieten zu können. Deutschland hätte für diesen gemeinsamen Kampf zwei Opfer bringen müssen, nämlich die liberale Wirtschaft und seine demokratische Verfassung. Diese Gefahren nicht nur erkannt, sondern auch mit den richtigen Mitteln bekämpft zu haben, bleibt das bedeutendste Verdienst Stresemanns, der den tatsächlichen Ursachen der Inflation auf den Leib rückte, indem er die liberale Wirtschaft nicht wieder abbaute, sondern durch eine Operation erst auf ihre eigentliche Grundlage stellen ließ. Daß er durch seine Politik auch den nationalen Interessen am besten diene, läßt es berechtigt erscheinen, seine Haltung im besten Sinne nationalliberal zu nennen.

Vernünftigerweise hätte Deutschland schon unmittelbar nach dem Kriege seine Währung auf die weltwirtschaftlichen Erfordernisse einstellen müssen, da infolge der Zwangswirtschaft die Menge des umlaufenden Geldes das Warenangebot und die Produktivität weit übertraf. Die erste Teuerungswelle von 1921 erschien also oberflächlich gesehen tatsächlich als eine Folge verfrühter Freigabepolitik. Anstatt Marx gegen Smith ideologisch auszuspielen, hätte damals gefragt werden müssen, ob erst die Produktivität durch Planwirtschaft an die umlaufende Geldmenge anzuschließen sei (was vermutlich dauernde Planwirtschaft bedeutet hätte) oder aber die Geldmenge auf die vorhandene Produktivität reduziert werden mußte. 1921 hatte also die liberale Wirtschaftspolitik den richtigen Ausgangspunkt verfehlt. Als Deutschland wieder dem Weltmarkt geöffnet wurde, war dort die Mark nichts wert, ausländische Waren und vor allem ausländisches Kapital in Deutschland entwerteten das Geld noch mehr. Unter diesen Umständen war es wirtschaftlich auch kurzfristig, von Deutschland überhaupt Reparationen zu verlangen, aber das bedeutet nicht, daß die Schuld für die Währungsmisere darauf abgewälzt werden kann. Daß die Währung schließlich trotz des passiven Widerstandes an der Ruhr aus eigener deutscher Kraft stabilisiert werden konnte, entlarvt die kommunistische Interpretation ebenso wie die nationalistische als politisches Gift, das die Menschen blind macht für die Tatsachen und ihre Kritikfähigkeit lähmt. Die Kommunisten forderten durch Flugblätter die französischen Soldaten auf, die „militaristischen Sklavenketten des imperialistischen Kapitalismus“ gemeinsam mit den deutschen Arbeitern abzuschütteln, aber diese Form Leninscher Hoffnung auf die Weltrevolution fand bei den Besatzungssoldaten wenig Verständnis. In Bayern rüstete inzwischen Adolf Hitler zum ersten Versuch einer Machtübernahme, als im November auf dem Höhepunkt der Krise tatsächlich nur ein operativer Schnitt in den Organismus des Volkskörpers übrig blieb.

In der ersten Hälfte des Jahres 1923 kletterten die Preise zwar schnell, aber nicht sprunghaft. Der Milchpreis stand im Mai bei etwa 600 Mark pro Liter ab Molkerei, der Verkaufspreis bei 750 Mark. Ein Pfund Butter kostete im Großhandel etwa 7000 Mark,

im Einzelhandel 8400. Anfang des Jahres war der Staatshaushalt des Landes Braunschweig noch auf Pfennige genau ausgerechnet worden, und zwar mit 2 966 287 934,25 Mark Einnahmen und 3 466 287 943,25 Mark Ausgaben. Das Defizit von 500 Millionen beunruhigte nicht ernsthaft, erhielten doch z. B. die Landtagsabgeordneten in diesem Augenblick 210 000 Mark Diäten, wofür sie im Juli 1923 gerade noch ein Stück Butter hätten kaufen können. Ende August erhielten die Beamten zwischen 2 und 4 Millionen Mark Tagegeld, im November wurden die Grundbezüge der Beamten mit Zahlen in Höhe von etwa 11 Millionen multipliziert, Abrechnungen durften „auf den nächstliegenden vollen Milliardenbetrag“ abgerundet werden <sup>59b</sup>. Gewerkschaften und Linksparteien riefen im August wieder zu Demonstrationen auf, weil sich auch bei der Verteilung der Lebensmittel Schwierigkeiten ergaben, die ein „Dreißigerausschuß für die Heranschaffung und Verteilung von Lebensmitteln“ beheben sollte. Die Kommunisten beabsichtigten wieder einen Generalstreik, den die übrigen Gruppen zwar ablehnten, aber bewaffnete Hundertschaften der KPD zwangen die Regierung schließlich, starke Polizeieinheiten dagegen einzusetzen. Die Landesregierung fühlte sich auch finanziell nicht mehr der Lage gewachsen, so daß Dr. Jasper am 25. September vor dem Landtage erklären mußte, der Staat Braunschweig sei so erschüttert, daß er große Belastungen nicht mehr vertrage: „Zeitweilig sehe ich die Dinge so ernst an, daß ich mich frage, bleibt noch eine Möglichkeit, ein Land Braunschweig überhaupt noch aufrecht zu erhalten und ob es nicht die richtige Form der Vereinfachung sei, daß das Land aufhört zu existieren.“

Nur alte Braunschweiger werden verstehen, daß sich der Erste Minister des Landes nur in hoffnungsloser Lage mit solchen Worten vor das Volk wagen durfte. Er hoffe aber, so tröstete er kaum glaubhaft, „daß der Kelch, preußisch zu werden, an uns vorübergeht.“ Außer dem Anschluß an Preußen gab es noch andere Möglichkeiten: Für die Rechte sprach Hampe im Landtage von „Anschluß an das stammverwandte Niedersachsen“, wogegen demonstrierende Arbeitslose zur gleichen Zeit Braunschweig an den „roten Block Sachsen-Thüringen“ heranbringen wollten. Parteipolitik um die Existenz des Landes!

In einer Zeit zerrüttender Aufstände und Putschversuche von der äußersten Linken und der extremen Rechten gelang der Regierung Stresemann die Stabilisierung in der kurzen Zeit vom 18. September (Stillegung der Notenpresse) bis zum 20. November (Fixierung des Dollarkurses). Aber weil die Reichswehrführung Stresemanns Kampf nach links energischer unterstützte als den gegen rechts, stürzte er bereits am 23. November am Unverstand der Sozialdemokraten, die Ebert mißbilligend warnte, daß sie die Folgen dieses Fehlers in zehn Jahren noch spüren würden. Tatsächlich ist die kurze Zeit der Kanzlerschaft dieses ehemaligen nationalistischen Gegners der Republik ein entscheidender Wendepunkt in der jüngsten deutschen Geschichte gewesen, außen-, innen- und auch wirtschaftspolitisch. Die verständliche Abneigung der Sozialdemokraten gegen den Natio-

---

<sup>59b</sup> Amtsblatt der braunschweigischen Staatsverwaltung für das Jahr 1923, Lit. Verz. Nr. 5, S. 457 ff.

nalismus, mit dem phrasenhaften Schlagwort „Reaktion“ bedenklich primitiv abgefertigt, verkannte die Chance des Liberalismus.

Wenn über diesem Kapitel, das die Bedeutung des Liberalismus in der Inflationszeit behandelt, der Name Rudolf Kaefers steht, dann deshalb, weil er an einen Mann erinnern soll, der als Vorsitzender der DVP in Braunschweig dem Gedanken des Liberalismus Ehre gemacht hat. Am 11. November 1923 wurde der Deutschen Volkspartei und der Landespolitik Rudolf Kaefers durch den Tod entrissen. Noch viele Jahre später fielen in politischen Debatten von rechts und links Worte wie: „Kaefers fehlt“ oder „Das hätte Kaefers erleben sollen!“ Wie Stresemanns Koalition mit der demokratischen Mitte und der SPD, so hatte auch Kaefers kurzes Koalitionsintermezzo die Differenzen zwischen der Volkspartei und den Deutschnationalen evident gemacht. Unmittelbar nach dem Sturz Stresemanns und dem Tode Kaefers veröffentlichte der Direktor des Bürgerbundes, Crasemann, am 27. November in der „Landeszeitung“ einen Artikel, in dem er „unter dem Gesichtswinkel der bürgerlichen Bewegung“ der Deutschnationalen Volkspartei vorwarf, beim Sturz Stresemanns mit der SPD gemeinsame Sache gemacht zu haben. Dadurch sei „eine entscheidende Minute des Bürgertums vertan“ worden. Auf diesen Angriff antwortete aber nicht, wie zu erwarten gewesen wäre, die DNVP, sondern der Landbund, der gegen den angeblichen Mißbrauch der überparteilichen Stellung Crasemanns als Direktor des Bürgerbundes protestierte, indem er seine Beiträge für den Bund sperrte. Das kam einem beinahe tödlichen Boykott gleich, weil infolge der Inflation alle Beiträge nur in Form von Naturalabgaben sinnvoll und die Getreidebeiträge der Landwirte unentbehrlich waren. Crasemanns Angriff, so argumentierten die Vertreter des Landbundes, die Landtagsabgeordneten Blasius und Dr. Roloff, habe auch den Landbund getroffen, weil er ebenfalls gegen Stresemann gewesen sei. Während Crasemann die konsequentesten Antimarxisten im bürgerlichen Lager attackierte, halte er die SPD, „die schärfste Vorkämpferin des Marxismus“, lediglich für noch nicht reif zu einer Koalition mit dem Bürgertum. Crasemann verteidigte sich damit, daß er nicht als Bürgerbundsdirektor, sondern als Landtagsabgeordneter und Mitglied der DVP seine Meinung geäußert habe. Er fasse die Sperrung der Beiträge durch den Landbund nur als Repressalie gegen den Bürgerbund auf, seinen hauptamtlichen Direktor preiszugeben. Weil er das nicht mit seiner „Offiziersehre“ vereinbaren könne, lege er sein Amt nieder. Da Crasemann die Hauptarbeit des Bürgerbundes in den vergangenen Jahren geleistet hatte, geriet der Bund in personelle Verlegenheit, zumal die Inflation den Bürgerbund empfindlich schädigte, weil sich das Bürgertum nach seiner Auffassung nicht so eingesetzt habe, „wie es seine Pflicht gewesen wäre“: „Aber an der Kleinmütigkeit und Flauheit, Gleichgültigkeit und Schlappheit, insbesondere im Braunschweiger Bürgertum, ging unsere Arbeit ... zu Schanden“, schrieb Crasemann in der letzten Nummer der eingehenden Zeitung „Der Bürger“. Nun wurde der Rest durch die Differenzen zwischen DVP und DNVP gefährdet; Crasemann nahm eine Stelle als Syndikus der Arbeitsgemeinschaft des Einzelhandels an und gab an, sich nach dem Tode Kaefers stärker der Parteiarbeit widmen zu wollen. Sollte er sich Hoffnung gemacht

haben, die Nachfolge Kaefers antreten zu können? Die Partei wählte jedenfalls den Justizinspektor Albert Brandes und bestätigte ihn auf dem Landesparteitag im August 1924, auf dem Gustav Stresemann das Hauptreferat hielt <sup>60</sup>.

Mit dem ganzen deutschen Volke stand nun die braunschweigische Wirtschaft vor der Aufgabe, mit den *Folgen der Inflation* fertig zu werden. Noch heute urteilen manche Historiker so wie viele Zeitgenossen, daß nämlich die Inflation die nationale Katastrophe schlechthin gewesen sei, die den Organismus der Republik am Lebensnerv getroffen habe, und zwar weil sie — so Albert Schwarz in seinem zum Standardwerk gewordenen Buch über „Die Weimarer Republik“ — eine empfindliche und folgenschwere Umschichtung des Vermögens und der sozialen Struktur mit sich gebracht habe. Während „der alte, ehrenwerte, nicht sehr leistungsstarke, aber dank seiner zuverlässigen Wirtschaftsführung um den Aufstieg des deutschen Volkes und Staates hochverdiente Mittelstand“ zum Vorteil der extremen Rechten und Linken viele seiner Angehörigen an das besitzlose Proletariat verloren hätte, habe eine Gruppe von Kriegsgewinnlern und die „nicht bessere Schicht von Neureichen ... die ungünstigen Eigenschaften der Emporkömmlinge zur Selbstverständlichkeit“ erhoben <sup>60a</sup>. Danach hat die Inflation nicht nur wirtschaftliche und soziale, sondern vor allem moralische Folgen gehabt: „Eine neue Schicht voraussetzungsloser Freibeuter des Wirtschaftslebens“ hätte als die eigentlichen Gewinner der Geldentwertung künftig die Volkswirtschaft bestimmt und die ganze Nation demoralisiert. Das ist ein hartes Urteil, aber es entspricht zum Glück nicht der historischen Wahrheit, soweit sie sich am Beispiel der braunschweigischen Wirtschaft belegen läßt.

Zunächst lassen sich deutlich zwei Krisen erkennen: die Inflationskrise und die Stabilisierungskrise. Der Verlauf läßt sich an der Arbeitslosenkurve ablesen: Im Wirtschaftsraum des Landes wurden im Januar 1923, also im Monat der Ruhrbesetzung und des passiven Widerstandes, etwa 2700 Erwerbslose registriert, das waren weniger als Anfang des Jahres 1920 in den Tagen vor dem Kapp-Putsch, wo es allein in der Stadt Braunschweig rund 1600 Arbeitslose gegeben hatte. Im Sommer 1923 begann die Zahl um monatlich einige Tausend zu steigen und erreichte ihren Höhepunkt mit etwa 13 000 im Januar 1924. Danach aber fiel die Kurve ebenso rapide bis April 1924 auf knapp 5000, also etwa auf den Stand von Mitte September 1923. Allerdings lag noch im Dezember 1924 die Arbeitslosigkeit mit rund 4000 beträchtlich über dem Durchschnitt der ersten Nachkriegsjahre. Es bleibt festzustellen, welche Wirtschaftszweige von der Arbeitslosigkeit und der Inflations- bzw. Stabilisierungskrise besonders betroffen wurden.

Die nachfolgende Übersicht vergleicht die Zahl der gewerblichen Betriebe im Lande Braunschweig mit mehr als 10 Beschäftigten und die Beschäftigungskapazität in den Jahren 1922 bis 1924.

---

<sup>60</sup> Der gesamte Vorgang rekonstruiert aus den Protokollen und Schriftstücken in den Akten des Bürgerbundes.

<sup>60a</sup> Lit. Verz. Nr. 37 S. 102.

Jahr	Zahl der Betriebe	Beschäftigte
1922	3 263	64 019
1923	3 376	61 933
1924	3 168	57 319

Im Inflationsjahr ist also die Zahl der gewerblichen Betriebe zunächst noch gestiegen, und erst 1924 ging sie beträchtlich zurück. Betrachten wir genauer die für Braunschweig kennzeichnende und lebenswichtige Nahrungsmittelindustrie: Mehr als 40 Betriebe entstanden im Inflationsjahr neu (1922 = 293), 1924 gingen von den 337 Firmen des Jahres 1923 36 ein, so daß es 1924 sogar noch einige mehr gab als 1922. In dieser Branche stieg die Zahl der Beschäftigten sogar im Stabilisierungsjahr, nämlich von 1825 (im Jahre 1923) auf 2163 (Ende 1924). Allerdings erlitten die Mühlenunternehmen des Landes eine beträchtliche Einbuße, denn von ursprünglich 205 (1922) existierten Ende 1924 nur noch 136. Dagegen hielten die Zuckerfabriken diese Jahre unerschüttert durch, die Konservenfabriken beinahe. 1923 eröffnete eine Konservenfabrik neu, 1924 gingen zwei zugrunde, aber die Zahl der Beschäftigten nahm hier sogar 1924 noch zu und übertraf die Zahl von 1923 um etwa 200, so daß die Konservenfabriken mehr Menschen beschäftigten als 1922. In der metallverarbeitenden Industrie gab es 1924 insgesamt 328 Betriebe der angegebenen Größenklassen, das sind 39 mehr als 1922, davon waren 26 im Inflationsjahr 1923 und 13 im Stabilisierungsjahr 1924 hinzugekommen. In diesen Betrieben waren 1923 zunächst mehr Menschen beschäftigt worden, dann aber ging die Zahl der Beschäftigten 1924 um einige hundert zurück. Die Maschinenbauindustrie beschäftigte 1922 in 379 Betrieben 15 377 Arbeitnehmer, 1924 in 382 Betrieben rund 13 300. Mehr Betriebe — weniger Arbeiter! Im Jahre 1923 registrierte das Gewerbeaufsichtsamt sogar 409 Betriebe, das sind 30 Neugründungen im Inflationsjahr und 27 Pleiten im Jahre 1924! Bemerkenswert ist die Entwicklung im Baugewerbe, das nur 1923, allerdings beträchtliche Einbußen verzeichnete, die Zahl der Baufirmen sank von 103 auf 87, die der Beschäftigten von 1550 auf 1289.

Während also das Baugewerbe durch die Geldentwertung unmittelbar betroffen wurde — bei der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes erklärlich —, entwickelte sich die Lebensmittelindustrie eher progressiv als depressiv, mit Ausnahme der Mühlenbetriebe. Überall hat die Inflation offenbar die Tendenz gefördert, neue Betriebe einzurichten, die nach dem Währungsschnitt wieder zusammenfielen. Auch viele der unmittelbar nach dem Kriege aufgebauten kleineren und mittleren Betriebe brachen 1923 und vor allem 1924 wieder zusammen, wie der Jahresbericht der Gewerbeaufsichtsbeamten ausdrücklich feststellt. Insbesondere gingen ländliche Schmieden und Stellmachereien zugrunde. Einige Betriebe stellten sich auf andere Erzeugnisse oder Produktionsformen um, so daß vorwiegend Betriebe zusammenbrachen, die unter den unnatürlichen Produktions- und Kapitalverhältnissen der ersten Nachkriegsjahre und der Inflation entstanden waren. Je größer die Betriebe waren und je stärker alte Wurzeln sie in der Gesamtwirtschaft des Landes verankerten, desto besser überstanden sie die Inflationskrise, obwohl durch-

weg auch alle mittleren und größeren Betriebe ihre Produktion teilweise erheblich einschränken und auch vorübergehende Entlassungen vornehmen mußten. Die Arbeiterschaft der industriellen Großbetriebe mußte deshalb auch eine erhebliche Durststrecke an Arbeitslosigkeit oder Kurzarbeit, an effektiver Lohneinbuße und sozialer Unsicherheit hinter sich bringen. Aber die Existenz dieser Großbetriebe war stärker auf Kapital als auf Bargeld aufgebaut, so daß der Sturm meist nur Zweige oder Äste brach, aber nicht die Wurzeln aushob. Deshalb mußten nicht einmal Banken notwendig zusammenbrechen wie die Existenzen, die ausschließlich auf Bargeld angewiesen waren, insbesondere Rentner und Strumpfsparer. Weil das Geld nicht zur Investition, also vor allem zum Bauen, geeignet war, erhielt das Baugewerbe keine Aufträge. Auch die Kaufleute wurden vielfach Opfer der rasenden Umlaufgeschwindigkeit des Geldes, da sie am Abend Unmengen von inzwischen wieder wertloser gewordenem Papier in der Kasse hatten, für das sie nicht annähernd so viel Waren neu kaufen konnten, wie sie dafür abgegeben hatten. Aber es trifft nicht zu, daß hierdurch sehr viele mittelständische Existenzen vernichtet worden seien, vielmehr haben fast alle namhaften Handelsfirmen und Kaufleute Braunschweigs die Inflation überstanden. In den Mitgliederlisten des Bürgerbundes erschienen 1924 wieder die gleichen alten, ehrwürdigen und bekannten Namen des braunschweigischen Mittelstandes, ebenso blieben in der Handelskammer die gleichen Männer.

Von einer katastrophalen Umwälzung der braunschweigischen Wirtschaftsstruktur durch die Inflation kann nicht die Rede sein, jedenfalls trifft es hier nicht zu, daß eine neue Schicht „voraussetzungsloser Freibeuter“ in die Führung der Wirtschaft hochgespült worden sei. Freilich blieb auch Braunschweig nicht von dem Erscheinen etlicher „Neureichs“ und „Raffkes“ verschont, auch traf im Sturm des Gewitters mancher Blitz eine mittelständische Existenz, die, zwar alt und ehrenwert, aber eben „nicht sehr leistungsstark“ in der nun mit voller Stärke einsetzenden liberalen Wettbewerbssituation das Fundament verlor. In wesentlich stärkerem Umfange aber sind zahlreiche unsolide und unrentable Existenzen der ersten Nachkriegsjahre weggerissen worden. Erst als die Währung auf eine reale Grundlage gestellt wurde, stellte sich heraus, daß seit dem Kriege viele Betriebe krank gewesen oder geworden waren. Niemand kann den Chirurgen dafür verantwortlich machen, wenn er, zu spät gerufen, an einem kranken Körper Amputationen vornehmen muß. Auch trifft den Arzt keine Schuld, wenn der Patient aus mangelnder Einsicht seine Lebensweise nicht entsprechend vernünftig einrichtet, Überanstrengungen nicht vermeidet oder Diätvorschriften nicht einhält, stattdessen dem Arzt mit üblen Beschimpfungen dankt, ja ihm sogar nachsagt, er hätte ihn ermorden wollen. So jedenfalls haben sich weite Teile des Volkes, die den Liberalismus und seine Erfordernisse nicht verstanden, nach dem notwendigen Währungsschnitt verhalten. Nationale, parteipolitische und ideologische Vorurteile hatten Herzen und Hirne zu sehr ergriffen — daran vor allem krankte der Sozialkörper.

Obwohl die Valuta der Mark noch starker Unsicherheit ausgesetzt blieb, besserte sich Deutschlands Stellung im Welthandel spürbar, nicht zuletzt infolge der Außenpolitik

Stresemanns. Kredite und Anleihen aus dem Ausland ermöglichten der deutschen Wirtschaft nun die längst fälligen Investitionen, auch der Binnenmarkt brachte ein Angebot, das der Kaufkraft entsprach. Ende Dezember 1924 hatten sich die Preise stabilisiert: Butter kostete etwa 1,90 Mark, geringere Qualität sogar nur 1,33 Mark; Schuhe waren von 8,50 Mark an zu haben, gute Qualitäten für 22 Mark. Anfang 1925 wurde eines der modernsten Autos, der Viersitzer Brennabor für 5200,— Mark angeboten, aber er blieb ein für nur ganz wenige erschwinglicher Luxusartikel, denn der Wagen kostete gerade so viel, wie ein Angestellter der zweithöchsten Vergütungsgruppe nach drei Dienstjahren im ganzen Jahre verdiente. Das höchste Angestelltengehalt im Staatsdienst betrug 9600,— Mark, das niedrigste 1026,— Mark als Anfangs- und 1554,— als Endgehalt <sup>61</sup>).

Auch für die Arbeiter wurden Ende 1924 überall neue Tarifverträge abgeschlossen. Die Wochenlöhne der Handwerker lagen zwischen 16 und 22 Mark, und ein Lehrling erhielt damals in der niedrigsten Ortsklasse im ersten Lehrjahr 9 Pfennige, im 4. Lehrjahr und in der höchsten Ortsklasse bestenfalls 21 Pfennige pro Stunde. Er mußte also beinahe einen ganzen Tag arbeiten, um sich ein Stück Butter zu verdienen, der Handwerker erhielt für seinen Wochenlohn ein Paar Schuhe oder gerade die Miete für eine einfache Drei- bis Vier-Zimmer-Wohnung.

Während die Lage der Arbeiterschaft bei der unsicheren und ungleichen Beschäftigungslage gefährdet blieb, erholte sich der Handel bald so, daß er über seine Interessenverbände auch in der Politik eine neue Rolle zu spielen begann. Auch das übrige Bürgertum trat wieder auf die Bühne, vor allem die Handelskammer und der Bürgerbund entfalteten neue Initiative. Die Gefahr einer sozialistischen Revolution schien endgültig gebannt zu sein, die bürgerliche Ära der Weimarer Republik brach an. Auch Braunschweig stand in den folgenden Jahren wirtschaftlich und politisch im Zeichen des Bürgertums, allerdings eines Bürgertums, das nicht durch liberale Grundhaltung bestimmt, sondern in immer stärkerem Maße durch nationalistische Gedanken beherrscht wurde.

---

<sup>61</sup> Hauptvergütungstarif nach der Neuregelung der Vergütungen für die braunschweigischen Staatsangestellten vom 1. 12. 1924, Amtsblatt Nr. 166. Die nachfolgenden Lohnangaben aus der Lohntabelle nach dem Tarifvertrage für Staatsarbeiter vom 16. November 1924, Amtsblatt Nr. 167.



## VIII. NATIONALISMUS — PROFESSOR ROLOFF

Im Sommer 1923 brach die Arbeit des Reichsbürgerrats und der meisten Landesbürgerräte fast vollständig zusammen. Auch „Der Bürger“ mußte sein Erscheinen einstellen, da auf dem Höhepunkt der Inflation Beitragszahlungen sinnlos geworden waren. Im Oktober erhielt der *Bürgerbund* Braunschweig einen letzten Bericht vom Landesbürgerrat Nordwestdeutschland, in dem einer falschen politischen Orientierung des Reichsbürgerrats die Schuld an der Katastrophe gegeben wurde: „Die Richtung in Berlin“ unterstütze zu sehr die nach links orientierte Stresemann-Koalition, anstatt die Bestrebungen „einer rein völkischen Richtung“ zu übernehmen. Wenn es also noch eine Hoffnung für das Bürgertum gebe, solle es sich mehr an die „Vaterländischen Verbände“ anschließen und sich auch endgültig von den Demokraten trennen. Der Bürgerbund Braunschweig war für den Trend nach rechts — hier zwar nur in Form einer ganz privaten Meinung geäußert — ganz gewiß zu haben<sup>62</sup>. Schon im Oktober trat der Bürgerbund Braunschweig wieder an die Öffentlichkeit, um — wie es hieß — „das Bürgertum aufzurütteln“. Da nur knapp 50 Personen erschienen, prasselte auf die Anwesenden ein Trommelfeuer der Kritik nieder, als Dr. Schlee und Crasemann die „Lauheit des Bürgertums“ anprangerten. Bemerkenswert an dieser Versammlung ist lediglich die Tatsache, daß der Landesführer des Frontkämpferbundes „*Stahlhelm*“, Wilhelm Uhlenhaut, den Bürgerbund aufforderte, mit ihm gemeinsam auf dem Gebiete der Wohlfahrtspflege „der roten Seite den Wind aus den Segeln zu nehmen“, zumal der „*Stahlhelm*“ bereits vorbildliche Leistungen aufzuweisen habe. Der Vorsitzende Schlee griff sofort das offene Bündnisangebot auf: Im Kampf gegen Sozialismus und Kommunismus sei der „*Stahlhelm*“ die Fronttruppe, das Bürgertum aber müsse als Etappe durch Opferwilligkeit und Arbeitsfreude diesen Kampf unterstützen<sup>63</sup>. Im Zeichen des Nationalismus wandte sich nun der Bürgerbund in einem Aufruf an das braunschweigische Bürgertum, in dem er sich als „die Kampfzentrale für die Verteidigung der Interessen des Bürgertums gegenüber den Anhängern der marxistischen Theorien“ und als „die Zentrale für nationale Arbeit“ empfahl. Freilich war der nationale Gedanke im Bürgerbund nicht neu, hatte er doch den „Kampf für Revision des Friedensvertrages und gegen die Schuldfrage“ schon wirkungsvoll unterstützt durch eine Ausstellung in der Burg

<sup>62</sup> Handschriftl. Original des Briefes an Crasemann in den Akten des Bürgerbundes.

<sup>63</sup> Protokoll der Versammlung in den Akten des Bürgerbundes.

Dankwarderode, die unter dem Thema „Deutschland und der Friedensvertrag“ die Schmach und die Fesseln von Versailles veranschaulichte.

Tatsächlich brachten vor allem die 44 fördernden Mitglieder, führende Industrielle und Kaufleute, und die großen Verbände die Arbeit des Bundes schnell wieder in Fluß. Freilich waren inzwischen über hundert Einzelmitglieder ausgetreten und weit über hundert durch Tod oder Fortzug ausgefallen, doch wirkte sich die enge Verbindung mit der *Handelskammer* äußerst günstig aus, die sich z. B. in einflußreichen Persönlichkeiten wie dem Bankier Löbbbecke oder den Kaufleuten Langerfeldt, Goldmann, Heimbs und Perschmann und bekannten Industriellen dokumentierte. Der neue Geschäftsführende Direktor des Bundes, A. E. Meyer, und Dr. Roloff übernahmen die politische Arbeit und versuchten u. a. mit beachtlichem Erfolg, durch „Parlamentarische Abende“ das Bürgertum über wichtige Fragen der Wirtschafts- und Kommunalpolitik zu orientieren. Im Interesse der Industrie und des Handels packte man dabei gemeinsam das Verkehrsproblem als vordringlich an. Durch Parlamente und Kammern betrieben sie den Neubau des Bahnhofes, zunächst eines leistungsfähigen Güterbahnhofes, aber auch die Pläne für einen Durchgangsbahnhof im Personenverkehr nahmen konkrete Formen an. Eine Bahnverbindung nach Celle und damit direkter Anschluß nach Hamburg konnte eröffnet werden, wenn auch nur als wenig leistungsfähige Nebenbahn. Sehr eifrig unterstützte der Bürgerbund die Bestrebungen, Braunschweig an das Luftverkehrsnetz anzuschließen und nach Braunschweig ein Zweigwerk der Junkers-Werke Dessau zu verlegen. Andere Aufgaben wurden nicht vergessen, z. B. die Auseinandersetzung mit der von Grotewohl entworfenen Städte-, Kreis- und Gemeindeordnung, die Aufwertung von Sparguthaben und der Bau einer Schwimmhalle, für den „Bausteine“ verkauft wurden. Schließlich diskutierte man Pläne zur Einführung einer Arbeitsdienstpflicht und sammelte 9000 Unterschriften gegen die geplante Zerstörung der Zeppelinwerft in Friedrichshafen.

Die Reichstagswahlen vom Mai 1924, die den Deutschnationalen und Nationalsozialisten erhebliche und auch den Kommunisten bedeutende Gewinne, der Volkspartei und den Demokraten beträchtliche und den Sozialdemokraten sogar katastrophale Verluste brachten, stärkten die deutschnationalen Tendenzen im Bürgerbund, wieder zum Angriff gegen die Landesregierung überzugehen. Dr. Roloff, deutschnationaler Geschäftsführer des konservativen Landbundes und zugleich 2. Vorsitzender des Bürgerbundes, benutzte den 4. Landbundtag Ende Mai, um mit allem Nachdruck die Befreiung der Landwirtschaft von der Gewerbesteuer zu fordern. Der Staat müsse und könne viel sparsamer auf anderen Gebieten sein, denn es gebe z. B. „gar zu viele dieser Landesparlamente, Landesministerien, Landesernährungsämter, Landespresseämter und wie sie schließlich alle heißen“. Gerade in Braunschweig gebe es viele „Revolutionsgewinnler, die es zu einer fetten Pfründe gebracht haben“. Nach den pausenlosen Angriffen, die von sozialdemokratischer Seite in den vergangenen Jahren auf die Landwirtschaft niedergegangen waren, brachte Roloff seine Zuhörer in höchste Erregung, so daß er schließlich die richtige Stimmung für einen Angriff auf die Republik geschaffen hatte: „Wir bekennen uns nicht zu dieser Republik (Bravo! — Sehr richtig!). Wir sehnen den Tag herbei, wo die kaiser-

lose, die schreckliche Zeit ein Ende gefunden hat (Bravo! — Händeklatschen), wo das ruhmreiche schwarz-weiß-rote Banner über einem einigen, nach Kraft und Größe ringenden Deutschland weht“ (stürmischer Beifall) <sup>64</sup>.

In solchen leidenschaftlichen Ausfällen spiegelt sich auch die Erregung über den *Dawesplan*, den der Reichsvorsitzende der DNVP, Graf von Westarp, in seiner Stellungnahme zur Regierungserklärung des Reichskanzlers Marx am 5. Juni 1924 entschieden ablehnte <sup>65</sup>, und über die von der Linken geforderte Enteignung der deutschen Fürsten, die Westarp am 28. April 1924 im Reichstage den „ersten Schritt neuen revolutionären Tuns“ nannte: „Die Urheber der Agitation wollen, gepeitscht von dem schlechten Gewissen wegen des Revolutionsverbrechens und seiner vernichtenden Folgen, den monarchistischen Gedanken totschiessen, den sie mit Recht fürchten, denn er ist in unserem Volke noch lebendig und fest verwurzelt“ <sup>66</sup>. „Wir Deutschnationalen wissen, daß wir die Kräfte in der großen Bewegung der vaterländischen Verbände, die hinter uns stehen, mitbringen, auch in den Berufsständen, auf die wir uns verlassen können, um diese Gefahr einer zweiten Revolution zu bannen“, versicherte Westarp am 5. Juni, als er den Willen der Deutschnationalen ausdrückte, in klarer Trennung von der SPD an die Regierung zu streben. Auch in Braunschweig war die Entschlossenheit unverkennbar, mit Hilfe des Landbundes und auch des Stahlhelms an die Macht zu gelangen. Der „Stahlhelm“ war es denn auch, der vor den Landtagswahlen im Dezember 1924 an die bürgerlich-nationalen Parteien herantrat, um eine bürgerliche Einheitsliste zusammenzustellen, auf der an aussichtsreicher Stelle auch Stahlhelmer kandidieren sollten. Nicht nur die Demokraten, sondern auch andere Gruppen lehnten die Einmischung des Stahlhelms energisch ab, deshalb schied die Demokratische Partei von vornherein wieder aus, als der Bürgerbund sich der bürgerlichen Sammlungsbewegung annahm. Als aber auch die Nationalsozialisten jede gemeinsame Liste mit der Deutschen Volkspartei und den Deutschnationalen ablehnten, benutzte der Bürgerbund diese Einstellung dazu, seine Mitglieder darüber aufzuklären, daß die Nationalsozialisten überhaupt nicht als eine bürgerliche, sondern als eine sozialistische Partei zu werten seien. Und das entsprach allerdings durchaus den Vorstellungen der norddeutschen Anhänger Hitlers, wenn sich auch die beiden rivalisierenden Gruppen, der „Völkisch-soziale Block“ und die „Nationalsozialistische Freiheitsbewegung Groß-Deutschland“ darüber nicht ganz einig waren, wie weit Hitler national oder sozialistisch sei. Beide Gruppen wollten jedenfalls die Arbeiterschaft ansprechen und sich als Konkurrenz zu den marxistischen, nicht zu den bürgerlichen Parteien verstanden wissen.

Dennoch übernahm z. B. der „Stahlhelm“ den Schutz einer nationalsozialistischen Versammlung, die am 25. April 1924 im „Keglerheim“ mit einer Saalschlacht endete.

<sup>64</sup> Zit. n. „Braunschweiger Land“ 4. Jg. Nr. 23 vom 5. 6. 1924.

<sup>65</sup> Ursachen und Folgen, Bd. 6 Dok. Nr. 1256, S. 77 ff.

<sup>66</sup> Ursachen und Folgen, Bd. 7, Dok. Nr. 1504 b, S. 49.

Sozialdemokraten und Kommunisten schickten ihre erfahrensten Diskussionsredner in die Redeschlacht, so z. B. den Volksfreund-Redakteur Otto Thielemann und den ehemaligen Arbeiterrat Robert Gehrke. Die Deutschnationalen fühlten sich durch den politischen Stil dieser Agitation nur angepöbelt, und diese Wirkung wollten Hitler und seine Leute beim Bürgertum durchaus erzielen <sup>67</sup>.

In „Mein Kampf“ nannte Hitler die NSDAP „eine Bewegung . . . , deren ausgesprochenes Ziel die Gewinnung derjenigen Masse war, die bisher im ausschließlichen Dienst der internationalen marxistischen Juden- und Börsenparteien stand“. Dagegen hätten die bürgerlichen Politiker in ihrer „verbrecherischen Dummheit . . . mitgeholfen, die Nation in den Abgrund zu zerren“. Deshalb müsse die NSDAP ihre Weltanschauung in einer ähnlich dogmatischen „kampfesmäßigen Vertretung . . . wie die marxistische Parteiorganisation“ durchsetzen <sup>67a</sup>.

Wenn solche Vorstellungen auch nicht beim Bürgertum verfangen sollten und konnten, so entsprachen sie offenbar um so mehr den Ideen des früheren „roten Diktators“ Oerter, nachdem er politisch heimatlos geworden war. Seit 1923 propagierte er eine „Volks-gemeinschaft der schaffenden Stände . . . anstelle der Parteien“, um „im Volke eine Bewegung zu schaffen, die es kraftvoll und entschlossen zu einer unzerbrechlichen Einheit zusammenschart, damit es den Kampf beginnt, zum Siege schreitet, alle Volksfeinde niederschmetternd, über alle Parteien triumphierend“ <sup>68</sup>. Oerter bekämpfte jetzt das Parteienwesen und — als alter Marxist — den Klassenkampf; der „Afterparlamentarismus“ hemme die Initiative und die Tatkraft des Volkes, „das sich schließlich aus sich heraus . . . retten muß . . . unter Leitung von entschlossenen, wagenden, rücksichtslosen und selbständigen Führern“. Sozialistische Forderungen wie z. B. „Verstaatlichung von Grund und Boden“ oder „Organisation der dem Ganzen dienenden Allgewirtschaft und entschlossene Bekämpfung jeder selbstsüchtigen Profitwirtschaft“ vermischten sich in Oerters Programm mit nationalistischen Ideen wie der, daß der Geist des Deutschtums der Geist der Arbeit sei und daß daher ein einheitlich zusammengeschlossenes Volk — „mutig und hingebend jeden Versuchs der Ausbeutung durch ein anderes Volk oder eine andere Nation sich erwehrend“ — sich „von der Schuldflügel und vom Versailler Vertrag“ befreien müsse.

---

<sup>67</sup> In seinem Buch „Hitlers Tischgespräche im Führerhauptquartier 1941—42“ (Bonn 1951) zitiert Henry Picker Hitler: „Er habe bürgerliche Elemente . . . durch schreiende Propaganda, die inkorrekte Bekleidung der Versammlungsteilnehmer und dergleichen abzuschrecken versucht.“ (S. 421).

<sup>67a</sup> Mein Kampf, S. 392 f. und S. 414.

<sup>68</sup> Titel seiner Propagandaschrift: „Volksvertretung! Nicht Parteienvertretung! Der Weg zur Rettung und zum Wiederaufbau.“ Erschien im Selbstverlag, den er „Verlag der Werbestelle für den deutschen Volksbund der schaffenden Stände“ nannte. Oerters prä-nationalsozialistische Ideen sind auch deutlich erkennbar in seiner Polemik gegen die braunschweigische Landespolitik „Politischer Guckkasten für das deutsche Volk, Bilder aus dem innerpolitischen Leben eines deutschen Gliedstaates.“



## Braunschweiger in Stadt und Land!

Demokraten Sozialdemokraten Kommunisten

versprechen bei der Revolution

**Frieden Freiheit Brot.**

Was haben diese Parteien gebracht?

**Klassenkampf Verflabung Futterkrippenwirtschaft.**

Deshalb

Keine Stimme für die roten und rosenroten Volksverderber.

**Wählt Deutsch!**  
**Wählt schwarz-weiß-rot!**

Der Stahlhelm,  
Landesverband Braunschweig.

# Landtagswahl

<b>1</b>	<b>Sozialdemokratische Partei Deutschlands</b> Wesemeier — Steinbrecher — Grotewohl — Dr. Jasper	<b>1</b>	<input type="radio"/>
<b>2</b>	<b>Deutschnationale Volkspartei</b> Spannuth — Dr. Roloff — Siemann — Helle	<b>2</b>	<input type="radio"/>
<b>3</b>	<b>Deutsche Zentrumspartei</b> Dr. Strauß — Werner — Büsch — Stuke	<b>3</b>	<input type="radio"/>
<b>4</b>	<b>Liste der Kommunisten</b> Gmeiner — Winter — Roloff — Schorch	<b>4</b>	<input type="radio"/>
<b>5</b>	<b>Deutsche Volkspartei</b> Wessel — Brandes — Deumeland — Helmhold	<b>5</b>	<input type="radio"/>
<b>6</b>	<b>Nationalsozialistische Freiheitsbewegung Groß-Deutschlands (Vereinigte Völkische Liste)</b> Riese — Gebhardt — Bierkamp — Achilles	<b>6</b>	<input type="radio"/>
<b>7</b>	<b>Deutsche Demokratische Partei</b> Könneburg — Reunede — Dr. Regensburger — Volkland	<b>7</b>	<input type="radio"/>
<b>8</b>	<b>Wirtschaftliche Einheitsliste</b> Liebald — Reese — Frede — Drews	<b>8</b>	<input type="radio"/>
<b>11</b>	<b>Braunschweigisch-Niedersächsische Partei</b> Sampe — Schrader — Liesenberg — Ehlers	<b>11</b>	<input type="radio"/>
<b>18</b>	<b>Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands</b> Wessel — Kühle — Schweighelm — Feuer	<b>18</b>	<input type="radio"/>

Es geschieht nicht um der Person Oerters willen, wenn seine Gedanken hier ausführlich zitiert werden, obwohl sein „Volksbund“ keinerlei Bedeutung gewinnen konnte, sondern deshalb, weil dieses Beispiel überzeugend belegt, aus welcher Gedankenwelt heraus ehemals überzeugte Marxisten den Weg zu dem national-bolschewistischen Programm Hitlers fanden. Als Sepp Oerter Anfang 1925 nach seiner persönlichen Bekanntschaft mit Hitler als Spitzenkandidat der Nationalsozialisten für die Stadtverordnetenwahlen kandidierte, fiel er zwar durch, weil er auf die falsche der beiden NS-Gruppen gesetzt hatte, aber es zeigte sich, daß er in den Reihen der ehemaligen USPD noch über Tausende von Anhängern verfügte, die ihm auf dem Wege zum Nationalsozialismus folgten, weil die USPD in der SPD aufgegangen war. Ich bin geneigt anzunehmen, daß auch andernorts die NSDAP ihre Anfangserfolge vielfach solchen Marxisten verdankte, die nach der Fusion der beiden sozialdemokratischen Parteien auf der Linken ihr Programm verraten sahen. Oerters Wandlung steht für viele Tausende, seine Person kann deshalb wesentlich zum Verständnis des aufkommenden Nationalsozialismus beitragen. 1924 wirkte das Wort „sozialistisch“ im Namen der Hitler-Partei noch als ernst gemeintes Programm und daher auf ehemalige Marxisten ebenso anziehend wie auf das Bürgertum widerwärtig.

Da die Nationalsozialisten an einer bürgerlichen Einheitsliste nicht interessiert waren und die Demokraten ablehnten, scheiterte sie vollends an den Ansprüchen der „Wirtschaftspartei des Mittelstandes“, die unter Führung des Kaufmannes Moritz Liebald schon in der Fraktion des Landeswahlverbandes ihre eigene Unterfraktion gebildet hatte und nun für sich so viele Vertreter auf den vorderen Plätzen der Einheitsliste verlangte, daß die großen Parteien ablehnten. Die Liebald-Gruppe war aber gerade von der Mittelstandspolitik der DVP und DNVP enttäuscht worden, da die eine Partei angeblich zu eng mit der Industrie und dem Großhandel, die andere zu sehr mit der Landwirtschaft verknüpft sei. Als „Wirtschaftliche Einheitsliste“ ging sie, unterstützt vom Haus- und Grundbesitzerverein, in Konkurrenz zur Demokratischen Partei und zu beiden nationalen Rechtsparteien allein in die Wahlschlacht und hoffte auf „Kaufleute, Handel- und Gewerbetreibende, Handels- und Versicherungsvertreter“, aber auch auf „Landwirte, Kleinbauern und Pächter“, die sie in einer überaus lebhaften Propaganda ansprach, weil keine der großen Parteien unter den ersten zehn Kandidaten einen Vertreter des kaufmännischen Mittelstandes aufweise.

*„Wir wollen nicht Minister sein,  
jedoch im Landtag streben  
für unsern Freund, den Mittelstand,  
damit auch er kann leben“<sup>69</sup>.*

Die Deutschnationale Volkspartei, die Deutsche Volkspartei und die Braunschweigisch-Niedersächsische Partei (Hampes Welfen) verbanden sich zu einer Listenzählgemein-

---

<sup>69</sup> Aus einer in mehreren bürgerlichen Zeitungen veröffentlichten Wahlanzeige der Wirtschaftlichen Einheitsliste (WEL).

schaft und führten den Wahlkampf gemeinsam unter den Farben Schwarz-Weiß-Rot. Als der Bürgerbund in Aufrufen zur Wahl der „großen nationalen Parteien“ aufforderte und sich damit deutlich von der Wirtschaftlichen Einheitsliste distanzierte, erhielt er noch einmal kräftige Schützenhilfe durch seine „Fronttruppe“, den Stahlhelm, der in schwarz-weiß-rot umrandeten Plakaten und Zeitungsanzeigen „gegen die roten und rosenroten Volksverderber“ für die Gruppe „Schwarz-Weiß-Rot“ Propaganda machte. Als das Jahr 1924 mit der Wahl einer schwarz-weiß-roten Regierung endete, hieß sie bei der sozialistischen Opposition fortan nur noch die „Stahlhelm“-Regierung. Aber trotz der auffälligen Wahlhilfe durch den Bund der Frontsoldaten und der Tatsache, daß sich der Stahlhelm selbst später auf diese Unterstützung berief, ist diese Etikettierung irreführend und falsch, wie sich erweisen wird.

Bei den *Landtagswahlen* vom 7. Dezember 1924 waren infolge einer Verfassungsänderung nur noch 48 Mandate zu vergeben, von denen genau die Hälfte auf die Gruppen des früheren Landeswahlverbandes entfiel, und zwar auf die Deutschnationalen 10, die Volkspartei 9, die Wirtschaftliche Einheitsliste 4 und die Niedersächsische Partei 1. Auf der Seite der bisherigen Regierungsparteien erhielt die SPD mit über 105 000 Stimmen 37,4 % der abgegebenen Stimmen und 19 Parlamentssitze. Die KPD und die DDP erhielten je zwei Sitze, und als erster und für Jahre einziger Vertreter Hitlers zog der Zeichenlehrer Riese aus Helmstedt in den Landtag ein.

Das *Wahlergebnis* läßt besonders aufschlußreiche Analysen zu, weil sich seit den letzten Landtagswahlen vom Januar 1922 auf der linken Seite die Vereinigung der beiden sozialistischen Parteien und auf der rechten die Aufsplitterung der bürgerlichen Gruppen vollzogen hatte. Obwohl die Zahl der Wähler um etwa 11 000 höher lag als 1922, verlor die Linke insgesamt nahezu 19 000 Stimmen, weil die neue SPD keineswegs alle früheren USPD-Wähler gewinnen konnte. 1922 hatte die USPD 73 000 Stimmen erhalten, die SPD gewann aber 1924 nur 50 000 mehr, und auch die KPD erhielt nur 2000 neue Wähler. Die schwerste Einbuße erfuhr die Deutsche Demokratische Partei mit einem Verlust von 14 000 Stimmen, die offenbar fast ausschließlich der neuen „Wirtschaftlichen Einheitsliste“ zufielen. Daß diese Mittelstandsgruppe einen erheblichen Teil ihrer insgesamt 23 000 Wähler auch aus den Reihen der bürgerlichen Rechtsparteien gewinnen konnte, belegt ein Vergleich mit den Ergebnissen der am gleichen Tage abgehaltenen Reichstagswahl, zu der Liebalds Wirtschaftsblock keine eigene Liste aufstellte. In Braunschweig entfielen nämlich auf die Reichstagsliste der DVP 12 200 Stimmen mehr als auf die Landtagsliste, bei der DNVP waren es 7750 und bei der NSDAP etwa 1800.

Die Hauptstütze der Liebald-Gruppe war das Bürgertum der kleinen Städte, allen voran Bad Harzburg, wo die Person des Stadtverordnetenvorstehers Südekum mehr als ein Viertel aller Stimmen für die Wirtschaftliche Einheitsliste gewann. Auch in Gandersheim (21,4 %!), Königslutter, Seesen, Stadtoldendorf und Schöppenstedt zogen viele Kaufleute und Handwerker sie den schwarz-weiß-roten Parteien oder der DDP vor. In der Stadt Braunschweig allerdings blieb sie weit hinter ihrem Landesdurchschnitt von



8,3 % zurück, ebenso in den kleineren Landgemeinden, wo der Landbund für den Erfolg der DNVP gesorgt hatte. Die bisherigen Regierungsparteien SPD und DDP wurden durch einen Verlust von rund 33 000 Wählern einwandfrei geschlagen, fraglich ist nur noch, wo die restlichen Stimmen der alten USPD geblieben waren, denn es ist kaum anzunehmen, daß annähernd 20 000 Marxisten plötzlich bürgerliche Parteien wählten. Ganz sicher fielen sie zwar teilweise, aber nicht alle der NSDAP zu. Vermutlich blieben viele von ihnen auch der Urne fern.

Der braunschweigische Landtag nahm durch die Wahl eine Reihe von Persönlichkeiten neu in seine Mitte auf, die in den folgenden Jahren seine Arbeit, seine Atmosphäre und seinen Geist wesentlich mitbestimmten: Die Kommunisten ließen sich bis 1933 durch den Lehrer Ernst Winter und den Dreher Paul Gmeiner vertreten. Gmeiner, 1918 Mitglied der Herzogsdelegation und 1920 einer der Führer bei den Kapp-Putsch-Unruhen, wurde im Dritten Reich von der SS in einem Konzentrationslager ermordet. Das gleiche Schicksal erlitten die neuen SPD-Abgeordneten Otto Thielemann, der wort- und schriftgewandte „Volksfreund“-Redakteur, und der Lehrer Kuno Rieke. Die Deutschnationale Volkspartei wurde bereichert durch ihren späteren Vorsitzenden, den Studienrat Carl Baumann, und den Vorsitzenden der Landwirtschaftskammer Braunschweig, Albert Hogrefe. Es sei erwähnt, daß bei den gleichzeitigen Reichstagswahlen der Sozialdemokrat Paul Junke, der Demokrat Heinrich Rönneburg<sup>9a</sup>, der Volksparteiler Fr. W. Cramm (Landwirt in Timmerlah) und der Welfe August Hampe auf den Listen ihrer Partei in den Reichstag entsandt wurden. Kurz danach rückte auch der Landesvorsitzende der SPD, Otto Grotewohl, in den Reichstag ein.

Eine *bürgerliche Koalition* hätte im braunschweigischen Landtage eine klare Mehrheit finden können, wenn nicht die Rechtsparteien entschlossen gewesen wären, die Demokraten für ihre bisherige Unterstützung der SPD zu „bestrafen“. Deshalb mußte sich die neu gebildete bürgerliche Gemeinschaftsfraktion Parlamentarische Arbeitsgemeinschaft (PAG) der Unterstützung des Nationalsozialisten Arthur Riese versichern, wenn sie die Regierung bilden wollte. Schon im Wahlkampf operierten die beiden großen Rechtsparteien mit dem Vorwurf, die sozialdemokratischen Minister seien ausschließlich Parteipolitiker und hätten nicht genügend Fachkenntnisse aufzuweisen. Deswegen versprachen sie für den Fall, daß sie die Regierung bilden könnten, ein Kabinett von überparteilichen Fachministern, das die Regierung „unter Ablehnung jeder parteipolitischen Einstellung“

---

<sup>9a</sup>Heinrich Rönneburg, in der vorangegangenen Regierung Jasper Minister für Ernährung, Wirtschaft und Inneres, schied kurze Zeit danach ganz aus der Landespolitik aus, da er Fraktionsgeschäftsführer seiner Fraktion im Reichstage und später, am 1. 2. 1928, Landrat in Preußen wurde. Rönneburg wurde nach mehrjähriger Tätigkeit als Reichs- und Staatskommissar in Ostpreußen und Stellvertreter des Reichskommissars für die Osthilfe nach dem Papenschen Staatsstreich in Preußen beurlaubt und 1933 ohne Pension entlassen. Von 1941 bis 1945 in Gestapo-Haft. Nach dem Zusammenbruch kehrte er nach Braunschweig zurück, wo er die CDU gründete und zum Landrat, später Oberkreisdirektor des Kreises Wolfenbüttel ernannt wurde. Als Mitglied des Parlamentarischen Rates starb er in den Tagen, in denen die Bundesrepublik gegründet wurde, im 63. Lebensjahre.

führen solle. Unter Fachministern verstanden sie Volljuristen und Verwaltungsfachleute, die ihre überparteiliche Einstellung dadurch nachweisen sollten, daß sie weder bisher im Parlament tätig gewesen noch künftig Abgeordnete sein durften.

Die PAG benannte deshalb drei bisher in der Landespolitik unbekannte *Minister*, die den Anforderungen zu entsprechen schienen: Regierungsrat a. D. Hans-Udo von Grone, Kirchbrak Kreis Holzminden, Regierungsrat Johannes Liefß, Braunschweig, und Oberregierungsrat Gerhard Marquardt, Braunschweig, der den Vorsitz im Staatsministerium übernehmen sollte.

Herr von Grone war früher Landrat in Preußen und späterer Leiter des Finanzamtes in Stadthagen gewesen, ehe er aus dem Staatsdienst ausschied, um die Verwaltung seines Gutsbesitzes zu übernehmen. Da er als Mitglied der Deutschnationalen Volkspartei als Nr. 12 auf ihrer Liste für diesen Landtag kandidiert hatte, ergänzte er, ohne Stimmrecht damit zu erwerben, die DNVP im Parlament und kann deshalb kaum als „überparteilich“ bezeichnet werden.

Johannes Liefß sollte das Ressort des Inneren übernehmen, weil er als Regierungsrat bei der Polizeidirektion in Braunschweig und Vertreter des Polizeipräsidenten Fachkenntnisse erworben hatte. Die letzte Regierung hatte ihn aus politischen Gründen an die Kreisdirektion versetzt. Die DNVP bestritt zwar, daß er ihr Mitglied sei, aber über seine nationale Einstellung herrschte bei ihr kein Zweifel.

Gerhard Marquardt dagegen war bekanntermaßen Mitglied der Deutschen Volkspartei und sogar Bezirksvorsitzender. Er war zunächst als Richter, dann als Beamter im Staatsministerium tätig gewesen und zuletzt Leiter der Landesökonometrie-Kommission. Im Beamtenbund war er seit vielen Jahren an führender Stelle hervorgetreten.

Als diese Regierung am Heiligabend 1924 von der Mehrheit des Landtages gewählt wurde, hatte die Opposition Grund, ihren überparteilichen Charakter zu bezweifeln. Aus ihrem Bekenntnis zu den Farben Schwarz-Weiß-Rot und der Wahlhilfe des Stahlhelms allerdings zu schließen, sie sei ein Marionettenkabinett des Stahlhelms oder der Stahlhelm gar der „Einpeitscher der Regierung“, wie Grotewohl, Thielemann und v. Frankenberg wiederholt äußerten, ist eine zwar abwegige, aber vom Stahlhelm selbst begünstigte Meinung. Noch ein Jahr später, Ende 1925, würdigte der Stahlhelm-Bundesführer Franz Seldte in Braunschweig die Verdienste der Braunschweiger Stahlhelmkameraden um die Bildung der Landesregierung, denn in Braunschweig habe sich „der Stahlhelmgedanke durchgesetzt, wie kaum in einem anderen Landesverband“. „Wir alle haben ... auf Braunschweig gesehen, in dem ohne die Arbeit des Stahlhelms die rote Welle niemals verebbt wäre, und wir wissen, daß ohne den Stahlhelm niemals aus dem roten Braunschweig ein schwarz-weiß-rotes Braunschweig geworden wäre“<sup>70</sup>. Sprach nicht auch die stattliche Zahl der Stahlhelmer auf den Plätzen der Regierungsfraktion

---

<sup>70</sup> Zit. nach Br. Landeszeitung vom 7. 12. 1925.

für die Annahme der Opposition? Allerdings waren es meistens Mitglieder der DVP, und gerade diese Partei hatte durchaus nicht das beste Verhältnis zur Stahlhelm-Führung und dem Landesführer Uhlenhaut<sup>71</sup>. Nur wenige Monate nach Seldtes lobenden Worten über die Verdienste des Stahlhelms in Braunschweig erfuhr die DVP durch einen Brief der Stahlhelm-Bundesführung ein anderes Urteil: „Heute schon hat im Bundesvorstand der Name Braunschweig keinen schönen Klang mehr.“

Wie kam es, daß sich der Ruf des verdienstvollen Landesverbandes so schnell änderte? Schuld daran war eine kleine Rebellion im Landesverband gegen Uhlenhaut, ausgelöst durch Spannungen zwischen dem Landesführer und einem Kameradschaftsführer, der sogar die Gefahr einer Abspaltung beschwor. Mit Uhlenhaut suchte der Bundesvorstand das Führerprinzip gegen die Unterorganisationen durchzusetzen, aber die Deutsche Volkspartei betrieb die Absetzung Uhlenhauts, so daß Magdeburg (Sitz der Bundesführung) die „Hetze, die in Braunschweig im Stahlhelm getrieben wird“ den Volksparteilern zuschrieb. Aber die Partei obsiegte, Uhlenhaut wurde abgesetzt, und nach längerer Führungskrise übernahm der junge Oberlehrer *Werner Schrader* aus Wolfenbüttel den Stahlhelm-Landesverband, dem er bis 1933 das Gepräge gab. Die alten Spannungen zwischen DVP und Stahlhelm wurden durch Schraders lebhaftere Aktivität nicht geringer, obwohl er Leiter einer Jugendgruppe der DVP gewesen war und bis zum Tode Stresemanns persönliche Verbindung zu ihm unterhielt. 1930 kam es sogar zum offenen Bruch zwischen Stahlhelm und DVP. Solange Uhlenhaut den Landesverband führte, übte er weder unmittelbar noch durch Hintermänner Einfluß auf die Parlamentarier aus. Uhlenhaut selbst war kein Politiker und schon gar nicht in der Lage, die in der Politik unerfahrenen neuen Minister zu dirigieren. Andererseits sollte die neue Regierung nach dem Wunsche ihrer Wähler keinen eigenen politischen Willen haben, sondern nur ausführende Fachregierung sein. Wer bestimmte die Marschroute der Regierung, wenn nicht die Stahlhelmer in der Fraktion? Etwa der Volksparteiler Wessel, den sie zum Landtagspräsidenten wählte? Die beherrschende Persönlichkeit der neuen schwarz-weiß-roten Regierung war der Mann, der den Ministern den Text ihrer *Regierungserklärung* vorschrieb, und das war Dr. Roloff.

Vorsorglich ließ Marquardt bei seinem ersten Entwurf, den er nach Roloffs grob skizzierten Gedanken niederschrieb, die Hälfte des Bogens frei, damit Roloff dort seine ausführlichen Korrekturen unterbringen konnte. Er änderte die Regierungserklärung zweimal so gründlich, daß Marquardt schließlich beinahe nur die Worte seines Auftraggebers ablas, als er vor dem Landtage die Grundsätze seiner Regierung darlegte. Als

---

<sup>71</sup> Uhlenhaut war selbst Mitglied der DVP gewesen. Im Oktober 1921, als Oerters Maßnahmen gegen den Stahlhelm seinen eigenen Sturz einleiteten, hatte Uhlenhaut seinen Austritt erklärt, weil er in der DVP „Vaterlandsliebe und Unterstreichung des deutschen Gedankens“ vermisse (Schreiben vom 22. 10. 1921 im Archiv der DVP, Nr. 627). Von den Mitgliedern der Landtagsfraktion gehörten dem Stahlhelm u. a. an: Brandes, Bretschneider (der Geschäftsführer der Partei), Wessel, Deumeland und Appun.

Beispiel seien die ersten Sätze des Entwurfs der endgültigen, von Roloff formulierten Fassung gegenübergestellt:<sup>72</sup>

#### *Entwurf*

*Das Staatsministerium will ein Fachministerium sein, das unter Ablehnung jeder parteipolitischen Einstellung die Regierungsgeschäfte führt. Es wird seiner Geschäftsführung die Reichs- und Landesverfassung zugrundelegen und wird jeden Versuch gewaltsamer Änderung der Verfassungen mit allen ihr zu Gebote stehenden Machtmitteln entgegentreten.*

#### *Endgültige Fassung*

*Das Staatsministerium wird die Regierungsgeschäfte auf der Grundlage der Reichs- und Landesverfassung im Interesse des Volksganzen unter Ablehnung jeder parteipolitischen Einstellung führen.*

Der Erste Minister ließ sich also vom Fraktionsvorsitzenden das Bekenntnis zum Schutz der Verfassung gegen gewaltsame Änderung ersatzlos herausstreichen. Auch wird durch die stilistisch geschickte Kürzung der ursprüngliche Geist nicht unwesentlich verändert, wie etwa in der Schulpolitik:

Im Entwurf betrachtete Marquardt „die Pflege wahrer Vaterlandsliebe ... als eine der Hauptaufgaben der Schule“; die Verbesserung lautete, „eine der vornehmsten Aufgaben der Schule“ sei es, „das deutsche Volkstum und damit wahre Heimat- und Vaterlandsliebe zu pflegen.“ Marquardt forderte, „der christliche Grundcharakter unserer Schulen soll gewahrt werden“, Roloff korrigierte: „... soll *wiederhergestellt* werden“, denn er meinte, da die SPD ihn beseitigt habe, könne er nicht gewahrt werden. Die Aufhebung des Grotewohl-Jasperschen Schulerlasses meldete sich an. Andererseits setzte Roloff ein Bekenntnis zur Verstärkung der kommunalen Selbstverwaltung neu in die Regierungserklärung ein.

Fast genau ein Jahr nach der Wahl der Regierung nahm der Finanzminister von Grone eine akute Erkrankung zum Anlaß, von seinem Amte zurückzutreten. Obwohl die Regierungsparteien bestritten, daß politische Gründe im Spiele seien, hatte sich inzwischen herausgestellt, daß am wenigsten ein Finanzminister nur unpolitischer Fachbeamter sein kann. In diesem ersten Regierungsjahr stieg nämlich das Volumen des Staatshaushaltes von etwas über 28 Millionen im Jahre 1924 auf fast 47 Millionen. Infolge der allgemein besseren Konjunkturlage stieg auch der braunschweigische Anteil an der Einkommensteuer, die das Reich erhob, und zwar von knapp 15 Millionen auf 20,3 Millionen, aber die Regierung wagte nicht, die Landessteuer entsprechend anzupassen. Die Deutschnationalen forderten zwar, wie vor der Wahl versprochen, die Landwirtschaft aus der Gewerbesteuer auszuschließen, aber der Vorstoß scheiterte am Widerspruch der Wirtschaftsgruppe Liebold. Als die Hauszinssteuer erhöht werden sollte, opponierte Frede

---

<sup>72</sup> Originale zweier verbesserter Entwürfe im Besitz des Verfassers.

sogar für den Haus- und Grundbesitzerverein gegen die drei anderen Kollegen der Wirtschaftlichen Einheitsliste, die ebenso wie bei der Regierungsvorlage über die Einbeziehung der freien Berufe in die Gewerbesteuer mit der SPD gegen die Regierung stimmten. Die im Laufe des Jahres 1925 beschlossenen Änderungen entsprachen also keineswegs den Versprechungen und wirkten sich auch erst im Haushalt 1926 aus. Im Gegensatz zu der Absicht, die Selbstverwaltung der Gemeinden und Kreismarktgemeindeverbände zu stärken, zwangen die hohen Ausgaben die Regierung dazu, von der Hauszinssteuer nicht mehr wie bisher 40 %, sondern 55 % für sich zu behalten.

Bei den ersten Etatberatungen sah sich der Finanzminister der Kritik der erfahrenen Politiker Dr. Jasper und Grotewohl in einer Weise ausgesetzt, die ihm bewußt machte, daß ein Finanzminister ebenso Politiker wie Fachmann sein muß<sup>73</sup>. Deshalb standen dem Rücktritt weniger Hindernisse im Wege als der Nominierung eines Nachfolgers. Weil von Grone Mitglied der DNVP war, glaubte die Partei, wieder Anspruch auf einen der ihren zu haben. Aber die Volkspartei erinnerte daran, daß man ausdrücklich einen überparteilichen Fachmann gefordert habe und deswegen der Posten kein Privileg der Deutschnationalen sei<sup>74</sup>. Gerade die Deutschnationalen zogen aber aus den Erfahrungen mit Grone die Folgerung, daß der Finanzminister ein sachverständiger Politiker sein müsse. Deswegen schlugen sie den Mann vor, der als einziger in der Fraktion Sachverstand mit politischer Erfahrung verband, nämlich ihren Fraktionsvorsitzenden Dr. Roloff. Aber als profilierter Parteipolitiker war er der Volkspartei und dem Mittelstandsblock nicht genehm, weil er als Minister die Regierung noch stärker beherrscht hätte als bisher. Stattdessen kreierte die Volkspartei den aus früheren Jahren bekannten Finanzpräsidenten Bartels, der zwar als Fachmann in Braunschweig nicht seinesgleichen fand, aber als Politiker weder den maßgebenden Abgeordneten der Regierungsfraktion noch Männern wie Jasper oder Grotewohl gewachsen gewesen wäre<sup>75</sup>. Roloff legte verärgert den Vorsitz in der Fraktion nieder, als sie sich schließlich wieder auf einen völlig unpolitischen Verwaltungsbeamten einigte, der zwar der DNVP angehörte, aber nicht einmal die braunschweigische Verwaltung kannte, nämlich Dr. Werner Küchenthal, der schließlich mit 24 gegen 20 Stimmen gewählt wurde.

Die Wahl gab der SPD Gelegenheit, die angeblich überparteiliche Fachregierung unter die Lupe zu nehmen. Auffälligerweise ließen ihre Sprecher Hans Sievers und Otto Grotewohl im Landtage und in der Presse unmißverständlich durchblicken, daß sie, wenn schon ein Politiker der Rechten als Finanzminister unvermeidlich sei, den abgelehnten Roloff für den geeignetsten und fähigsten hielten, wie Otto Grotewohl im „Vorwärts“ schrieb,

---

<sup>73</sup> Hierzu auch „Volksfreund“ vom 2. 7. 1925 „Die Fachminister unter der Lupe“, Bericht über die Landtagssitzung vom 1. Juli (im Original Druckfehler: 1. Juni 1925), mit den Reden von Jasper und Grotewohl. Im übrigen: Verhandlungen des Br. Landtages, 14., 15., und 16. Sitzung. Grotewohls Rede: Sp. 857–878.

<sup>74</sup> „Ums Vaterland“, 4. Jg., Nr. 11 vom 22. 12. 1925.

<sup>75</sup> Auch der Handelskammersyndikus Dr. Wachler von der Wirtschaftlichen Einheitsliste ist als Ministerkandidat genannt worden.

als er unter der Überschrift „Pleite in Braunschweig“ die Rechtsregierung angriff<sup>76</sup>. Darin behauptete er u. a., sie habe „mit brutalem Terror, persönlicher Infamierung, Lug und Trug und nicht zuletzt mit erheblichen Geldmitteln der Industrie ... allein durch die Hilfe des Stahlhelm“ gesiegt. Abgesehen von unsachlichen und zum Teil häßlichen persönlichen Angriffen auf einzelne bürgerliche Politiker konzentrierte sich die Opposition auf das wichtigste Politikum des Jahres 1925, auf den Rechtsvergleich mit dem Herzog, der am 17. Oktober mit einer Mehrheit von zwei Stimmen vom Landtage gebilligt wurde. Die Regierung hatte versprochen, den Streit um das *Herzogsvermögen* „unter Wahrung der Interessen des Staates einerseits und des Rechtsstandpunktes beider Teile andererseits“ zu beenden.

In dem Vertrage war eine Reihe von wirtschaftlichen und juristischen Fragen zu klären, u. a. die Stellung und Finanzierung des Herzog-Anton-Ulrich-Museums und der Herzog-August-Bibliothek, vor allem die Kapitalgrundlage des Kloster- und Studienfonds. Außer beträchtlichen Grundstücken des Schlosses und der Forsten in Blankenburg sollte der Herzog vier Güter und das Gestüt Bündheim als Privateigentum zurück-erhalten. Da Kommunisten und Sozialdemokraten einem solchen „Diebstahl am Volksvermögen“ nicht zustimmten, hing die Entscheidung über den Herzogsvergleich fast ausschließlich von dem Nationalsozialisten Riese ab, der die Regierung in entscheidenden Abstimmungen unterstützen mußte. Er erklärte zwar, dem Vergleich nicht zustimmen zu können, aber in der Schlußberatung enthielt er sich der Stimme, ebenso wie einer der beiden Demokraten, während der andere DDP-Abgeordnete mit der Opposition gegen den Vertrag stimmte. Das Ergebnis wäre trotz seiner messerscharfen Knappheit von 24 gegen 22 Stimmen bei zwei Enthaltungen bald vergessen gewesen, wenn sich nicht herausgestellt hätte, daß der Abgeordnete Riese beeinflusst worden war. Der juristische Mittelsmann zwischen Herzog und Regierungsparteien, der Reichstagsabgeordnete Senatspräsident August Hampe, hatte eine persönliche Unterredung zwischen Riese und dem Herzog vermittelt und ihn dadurch veranlaßt, durch seine Stimmenthaltung den Vertrag auch dann zu retten, wenn beide Demokraten dagegen stimmen sollten. Rieses Gegenstimme hätte den Vergleich nämlich zu Fall bringen können. Als die SPD den Besuch Rieses beim Herzog in Gmunden in ihrem „Volksfreund“ und durch Anfragen im Landtage aufdeckte, wurde er aus der NSDAP ausgeschlossen, da „die Tätigkeit des Landtagsabgeordneten Riese im braunschweigischen Landtag nicht den Anschauungen und Grundsätzen der NSDAP entspricht“<sup>77</sup>.

<sup>76</sup> Der Artikel liegt dem Verfasser in einem Ausschnitt vor, aus dem weder Nummer noch Datum der Zeitung erkennbar sind. Grotewohl deutete hier auch die Vorgänge um den Herzogsvergleich und das Verhalten der Herren Hampe und Riese an.

<sup>77</sup> Der „Volksfreund“ hatte schon am 27. Oktober 1925 mit Veröffentlichungen begonnen, am 2. November meldete er den Ausschluß Rieses aus der NSDAP. Die Angelegenheit wurde im Sommer 1926 vom „Volksfreund“ erneut aufgegriffen, kurz vor dem Volksentscheid (20. 6. 1926) über die Fürstenenteignung.

Riese legte aber sein Mandat nicht nieder und wirkte im Landtage weiter als Nationalsozialist, ohne dabei die Parteilinie zu verfolgen, wenn die Parlamentarische Arbeitsgemeinschaft seine Stimme brauchte, wie etwa bei der Vermögensauseinandersetzung mit der *Evangelischen Landeskirche*, wobei er am 25. Juni 1926 seine Stellungnahme in die Worte faßte: „Wir stehen zur Kirche, weil wir in ihr einen wertvollen Kulturfaktor sehen“, aber die Kirche dürfe den Staat nicht durch zu harte finanzielle Forderungen gefährden. Otto Thielemann, der den Landtag stets durch rücksichtslose Husarenritte ebenso belebte wie durch seinen schlagfertigen Witz, ironisierte dieses Bekenntnis: „Ich habe schon immer gewußt, daß Herr Abgeordneter Riese kein richtiger Nationalsozialist ist ..., denn ein richtiger Nationalsozialist ist Wotans-Anhänger und bewilligt der Kirche keine Mittel“ Die Evangelische Kirche, deren Landesbischof Dr. Bernewitz seine militante nationale Gesinnung im Kampf um das Baltikum bewiesen hatte, fand natürlich in der Deutschnationalen Volkspartei ihre politische Vertretung, vor allem in ihrem neuen Landesvorsitzenden, Studienrat Carl Baumann, von dem Thielemann vor dem Plenum sagte, daß er „demnächst schein-heilig“ gesprochen werde. Aber auch die Deutsche Volkspartei verfügte in der Person des Pastors Bodo Steigertahl aus Oelper über einen regen Streiter für die Sache Gottes und der Nation.

Trotz unangenehmer Differenzen innerhalb der regierenden PAG, vorwiegend durch die eigenwilligen Vertreter des Mittelstandes im Liebold-Block ausgelöst, herrschte in der Landespolitik durchweg Einigkeit zwischen den beiden großen Parteien DVP und DNVP, die sich im Reiche um die *Außenpolitik* Stresemanns zerstritten. Der Wortführer der braunschweigischen SPD, Otto Grotewohl, ließ deshalb keine Gelegenheit aus, die Regierung deswegen in Verlegenheit zu bringen. Als Stresemann den Westmächten sein bekanntes Sicherheitsangebot machte, wollte die SPD durch eine Große Anfrage von der Regierung wissen, welche Instruktionen sie in dieser Sache ihrem Vertreter im außenpolitischen Ausschuß des Reichsrates gegeben habe, weil dabei die Meinungsverschiedenheiten zwischen DVP und DNVP evident werden sollten und sich herausstellen mußte, ob die Deutschnationalen oder die Volksparteiler in der Regierung den Ton angaben. Volksparteiler Marquardt antwortete in der Sitzung vom 19. Mai 1925, der Außenpolitische Ausschuß sei über das Sicherheitsangebot lediglich informiert worden, so daß zu einer Instruktion des braunschweigischen Vertreters keine Veranlassung vorgelegen habe, weil „eine Stellungnahme der Vertreter der Länder nicht stattgefunden hat“. Aber die Herausforderung der Sozialdemokraten war damit nicht abgeschlagen, denn Gustav Steinbrecher beantragte nun, der Landtag möge die Regierung auffordern, Stresemanns Verständigungspolitik und sein Bemühen um den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund zu unterstützen. Bei solchem Sprengstoff für die Regierungsmehrheit blieb ihr nichts anderes übrig, als die Absicht dieses Antrages bloßzustellen, wie es Dr. Roloff tat: „Meinen Sie denn, wir haben Ihre Absicht, Uneinigkeit in unsere Reihen zu tragen, noch nicht ganz klar erkannt? ... Wir haben das Vertrauen zur Reichsregierung, daß sie nach bestem Wissen und Gewissen ihre Ziele verfolgt, und wir haben das Vertrauen, daß sie unseren Rat nicht braucht.“ Als dann der sozialdemokratische Antrag mit den Stimmen der Volks-

partei abgelehnt wurde, blieb immerhin festzustellen, daß die DVP gegen die Unterstützung ihres eigenen Parteivorsitzenden und Außenministers gestimmt, dagegen der Sprecher der Deutschnationalen der Reichsregierung das Vertrauen ausgesprochen hatte.

Nachdem Stresemann im Oktober 1925 das Vertragswerk von *Locarno* abgeschlossen und dabei erklärt hatte, daß in Deutschland nur Parteien mitregieren könnten, die für die Politik von *Locarno* seien, unternahm die braunschweigische SPD am 16. Dezember einen neuen Vorstoß. In dieser seiner bedeutsamsten außenpolitischen Debatte des Landtages gab Marquardt in seiner Antwort auf die Anfragen der SPD zu, daß der Regierungsvertreter im Reichsrat für die Verträge gestimmt habe, allerdings unter Vorbehalten. Öffentlich kritisierte daraufhin Dr. Roloff, daß der Regierungsbeschuß in Abwesenheit des deutschnationalen Ministers von Grone gefaßt worden sei (es war die Zeit seiner Krankheit), weshalb sich Braunschweigs Vertreter im Reichsrat besser der Stimme enthalten hätte. Um eine Abstimmung über den peinlichen SPD-Antrag, der Landtag möge die positive Haltung der Regierung zu *Locarno* billigen, zu verhindern, wollte Roloff die Angelegenheit mit der Regierungserklärung als erledigt betrachtet wissen; der Parteivorsitzende der DVP, Brandes, meinte ergänzend, die Frage gehöre gar nicht vor den Landtag, aber die Geschäftsordnung ließ nicht zu, die Anträge ohne Abstimmung vom Tisch zu fegen. Der Opposition bot sich dann der Anblick, den sie sich gewünscht hatte: Die SPD, die DDP, die vier Abgeordneten der WEL und die DVP billigten die von der SPD gewünschte positive Haltung zu den Verträgen von *Locarno*, nur die beiden Kommunisten und die Deutschnationalen stimmten dagegen. Hampes Nachfolger als Vertreter der Welfenpartei, der Landwirt Schrader aus Emmerstedt, enthielt sich der Stimme. Roloff versuchte, den unangenehmen Eindruck dieser Abstimmung zu verwischen, indem er einen Vertrauensantrag für die Landesregierung mit 25 gegen 22 durchbrachte, aber jedermann wußte nun, daß auch in Braunschweig die beiden Rechtsparteien durch grundverschiedene Ansichten über die nationale Zukunft getrennt waren. Die Deutschnationalen waren am 15. Januar 1925 in die Reichsregierung eingetreten, nachdem sie ihre Loyalität gegen die Weimarer Verfassung und den Reichspräsidenten Ebert zugesagt hatten. Am 25. November, zwei Tage vor der Abstimmung im Reichstag über *Locarno*, beschwor ihr Austritt eine neue Regierungskrise herauf.

In diese Zeit fiel nicht nur die bemerkenswerte Landtagsdebatte über die Außenpolitik, sondern auch ein politischer Besuch in Braunschweig, auf den die Sozialdemokraten besser vorbereitet waren als die Regierung. Über diesen Besuch berichtete am 5. November 1925 die „Braunschweigische Landeszeitung“ in einem Zweispalter im Inneren des Blattes unter der Überschrift „*Hitler in Braunschweig*“. Unter Führung des SPD-Vorsitzenden Grotewohl empfingen Reichsbannerformationen mit einem Protestfackelzug den „großen Hitler aus München“, wie die Zeitung ironisch bemerkt, ehe Hitler die beiden Großversammlungen eines Gauparteitages der NSDAP besuchte und dort bemerkenswerterweise ein Bekenntnis zu den Farben Schwarz-Weiß-Rot ablegte. Trotzdem verfolgte Hitler noch immer die Linie, in Konkurrenz zu den marxistischen Linksparteien um die Arbeiterschaft



zu werben. Das Ziel der Revolution von 1918 sei die Beseitigung des Kapitalismus gewesen, aber dieses Ziel sei nicht erreicht worden, denn „die Mehrheitssozialisten hätten das Proletariat verraten und verkauft“. Diese von der Landeszeitung so zitierten Worte hätte jeder Kommunist mit Beifall quittiert! Der bürgerliche Berichterstatter fand für Hitlers Pathos recht spöttische Worte und nahm offenbar seine Rassenlehre überhaupt nicht ernst: „Und dann zog Hitler in der bekannten Form und in der üblichen Weise über die Juden her. Man weiß ja, was die Nationalsozialisten gegen diese Staatsbürger einzuwenden haben und man kann es sich deshalb ersparen, darüber zu berichten, was Hitler zu diesem Thema zu sagen hatte. Schließlich kam er auf Locarno zu sprechen. Auch damit war er nicht einverstanden.“

Man kann kaum glauben, daß dieselbe Zeitung bereits fünf Jahre später in enthusiastischen Worten Hitlers „beispiellose Fähigkeit, auch den kühnsten Skeptiker zu erwärmen, ja mitzureißen“, bewunderte und ihn den größten lebenden deutschen Redner nannte. 1925 bemerkte sie lediglich „in den vollbesetzten Sälen ... Begeisterung für Hitler in großem Ausmaße“. Wir wissen heute, daß es einen größeren Redner gab als Hitler, aber dessen dämonische Fähigkeit blieb dem Reporter verborgen, der über die Hitler-Versammlung im „Keglerheim“ schrieb: „Hier sprach zunächst *ein Dr. Göbbels* aus Dortmund. Dann kam Hitler.“ (Der hier übrigens nur 20 Minuten redete.) Goebbels schätzte seinen ersten Auftritt in Braunschweig allerdings weit höher ein als die Landeszeitung und behielt die Berichte anders in Erinnerung. Unter dem 7. November 1925 notierte er in sein Tagebuch: „Große Berichte über meine Rede in Braunschweig. Im Ganzen sehr gut.“ Er gibt an, selbst etwa zwei Stunden gesprochen zu haben, Hitler eine halbe Stunde, aber, wie Goebbels in emphatischer Bewunderung schreibt, „mit Witz, Ironie, Humor, Sarkasmus, mit Ernst, mit Glut, mit Leidenschaft. Alles hat dieser Mann, um König zu sein. Der geborene Volkstribun. Der kommende Diktator“ <sup>78</sup>.

Von diesem Tage ab faßte die NSDAP in Braunschweig immer sicherer Fuß, zumal Hitler einen zuverlässigen Gauleiter für Hannover und Braunschweig fand, den Goebbels „noch etwas Steißtrommler. Sonst ordentlich“ nannte. Es war der spätere Reichserziehungsminister, Studienrat Bernhard *Rust*. Der eigentliche Schrittmacher und Trommler Hitlers in Braunschweig wurde jedoch der sogenannte Rucksackmajor Karl Dinkluge, nach Goebbels' Urteil „ein Prachtmilitär. Dumm aber stark.“ Sepp Oerter war nach der Überwindung des nationalsozialistischen Schismas aus dem Blickfeld verschwunden, nicht so der Kreisleiter von Peine, Hanns Kerrl, der spätere Reichsminister für Kirchenfragen, der noch einige Monate zuvor gemeinsam mit Oerter auf einer Massenversammlung in Braunschweig aufgetreten war und den Goebbels für einen „philosophischen Quatschkopf“ hielt.

---

<sup>78</sup> Das Tagebuch von Jos. Goebbels 1925/26, herausgegeben von H. Heiber, Stuttgart (Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte Nr. 1) S. 40. Der Herausgeber verlegt (in Anmerkung 2) die Versammlung fälschlich auf den 5. November, obwohl aus Goebbels' Bericht eindeutig der 4. November als das richtige Datum hervorgeht.

In diesen Jahren betrachtete das Bürgertum die NSDAP noch als eine kuriose Angelegenheit, mit der sich die Kommunisten und die Sozialdemokraten auseinanderzusetzen mochten. Braunschweig war schwarz-weiß-rot, seine Regierung national, und seit 1925 regierte in Deutschland das nationale Idol, *Paul von Hindenburg*. Nach den Landtagswahlen vom Dezember 1924 war Braunschweig seiner nationalen Tendenz treu geblieben, als es am 26. April 1925 den Nachfolger Friedrich Eberts wählte. Zwar erreichte der ganze Freistaat nur 53,8 % Stimmen für Hindenburg gegenüber 42,8 % für Marx, aber die Landkreise Wolfenbüttel und Helmstedt boten über 60 % auf, die Stadt Schöppenstedt beinahe  $\frac{2}{3}$  und Bad Harzburg sogar  $\frac{3}{4}$  aller Stimmen. Mit 51,6 % gab die Stadt Braunschweig gerade noch ein Mehrheitsvotum für Hindenburg ab, andererseits stimmten mehrere Kleinstädte, wie z. B. Eschershausen und Hasselfelde, ja sogar drei ganze Landkreise, nämlich Holzminden, Gandersheim und Blankenburg, zu über 50 % für Marx <sup>79</sup>. Die konservative Landwirtschaft hat jedenfalls einen nicht unerheblichen Anteil am Siege Hindenburgs in Braunschweig. Es sei erwähnt, daß der inzwischen zu neuem Leben erwachte Reichsbürgerrat durch seinen Präsidenten von Loebell tatkräftig am Zustandekommen des „Reichsblocks“, also an der Kandidatur Hindenburgs mitgewirkt und über die Bürgerratsbewegung dafür Propaganda gemacht hat. Der Bürgerbund Braunschweig konnte also im Namen des Reichsbürgerrats in seinen Reihen für die Wahl Hindenburgs wirken.

So bedeutete es denn den unbestrittenen Höhepunkt der schwarz-weiß-roten Landesregierung, als Reichspräsident von Hindenburg am 15. Oktober 1926 dem Lande und der Stadt einen prächtigen *Staatsbesuch* abstattete. Unter dem Jubel des Bürgertums begrüßten Ministerpräsident Marquardt und der Braunschweiger Oberbürgermeister Dr. Trautmann den Feldmarschall auch als „Führer der unbesiegten deutschen Armee“, des Gastes Dolchstoßlegende kolportierend. Zwischen jubelnden Menschenmassen und den Spalieren der Schuljugend ließ sich der Reichspräsident von Handwerksvertretungen und vom Landesbischof, von Kinderchören und Schützenkapellen, bei Paraden und Empfängen als der große Feldherr mehr denn als der Repräsentant eines republikanischen Staates feiern. Neben blumenreichenden Kindern bestimmten denn auch Soldaten weitgehend das prächtige Bild und die Stimmung, vor allem, als der Feldmarschall die Veteranen von 1870/71 aus den braunschweigischen Traditionsregimentern 17 und 92 und die Kriegsversehrten des Weltkrieges vor dem Schlosse begrüßte. Braunschweigs Oberbürgermeister Dr. Paul Trautmann, den die bürgerliche Mehrheit in der Stadtverordnetenversammlung erst am 2. Juli 1925 mit 20 : 15 Stimmen gegen den SPD-Kandidaten Dr. Jasper und ernsthaft Warnungen aus den Reihen des brandenburgischen Landbundes — Trautmann kam aus Frankfurt an der Oder — zum Stadtoberhaupt gewählt hatte, leistete im Namen der Stadt dem Gast „das Gelöbnis unwandelbarer Treue zu unserem deutschen Vaterlande und seinem Führer“. Die „Braunschweiger Neueste Nachrichten“ gaben der Stimmung im Bürgertum am folgenden Tage diesen Ausdruck: „Es ist das hinreißende Bewußtsein,

<sup>79</sup> Ergebnisse der Reichspräsidentenwahlen in: Beiträge zur Statistik, N. F. Nr. 5, S. 35 ff.

in einer großen Stunde zu stehen, in einer unvergeßlichen Stunde mit Bewußtsein, mit Willen, mit allen Nerven und Fasern Geschichte zu erleben und den Mann zu sehen, den das deutsche Volk wie einen Herzog auf den Schild erhob.“

Wehe denen, die es wagten, diese Personifizierung des deutschen Nationalismus, den Mythos Hindenburg zu kritisieren oder gar zu beleidigen! Seinen Vorgänger hatten die Anhänger des neuen Präsidenten einen Landesverräter genannt, jetzt sollten Hannover und Braunschweig erfahren, wessen nationales Pathos und Rassenwahn fähig sind, auch — oder gerade — wenn solche Haltung auf akademischen hohen Schulen gezüchtet wird. Kurz vor den Präsidentenwahlen, am 25. April 1925, war im „Prager Tageblatt“ ein Artikel erschienen, der davor warnte, den „unpolitischsten aller Menschen“, Hindenburg, mit einer solchen politischen Rolle zu betrauen: „Nach Plato sollen die Philosophen Führer der Völker sein. Ein Philosoph würde mit Hindenburg nun eben nicht den Thron besteigen. Nur ein repräsentatives Symbol, ein Fragezeichen, ein Zero. Man kann sagen: besser ein Zero als ein Nero. Leider zeigt die Geschichte, daß hinter einem Zero immer ein zukünftiger Nero verborgen steht“<sup>80</sup>. Der Verfasser dieser geradezu unheimlich anmutenden Prophezeiung, der hier des Philosophen Plato Ruf nach den Philosophen zitierte, war selbst Philosoph, Professor an der Technischen Hochschule Hannover und — das war das Entscheidende — Jude. Er hieß *Theodor Lessing*.

Ihm galt das merkwürdige Schauspiel, das am 7. Juni 1926 vor der Kulisse der ganzen Stadt Braunschweig über die Bühne ging. Mit klingendem Spiel und wehenden Fahnen marschierten in den Vormittagsstunden dieses gewitterschwülen Frühsommertages Hunderte von Studenten der Carolo Wilhelmina im glänzenden Wids ihrer Korporationen zum Hauptbahnhof. Durch einen Sonderausgang rückten die Insassen eines verspätet eintreffenden Sonderzuges aus Hannover auf den Bahnhofsvorplatz: weit über 1000 uniformierte Korpsstudenten der Technischen Hochschule Hannover, zu deren Lehrkörper der Verfasser der „Geschichte als Sinngebung des Sinnlosen“ seit zwei Jahrzehnten gehörte. Der farbenprächtige Zug erregte bei seinem mittäglichen Marsch durch die Innenstadt einiges Aufsehen, bis ein heftiger Gewitterregen die Zuschauer vertrieb. Das Wasser millimeterhoch in den Stulpenstiefeln, die kostbare Kleidung durchnäßt, aber in ungebrochener Disziplin setzte das imponierende Aufgebot den Weg in Richtung Technische Hochschule fort, deren Haupteingang sicherheitshalber von der Polizei gesperrt wurde. Aber die lange Kolonne zog vorüber, hinein in einen großen Saal am Kleinen Exerzierplatz. Der Angriff gegen die akademische Freiheit rollte.

Die machtvolle Demonstration sollte nach den Worten des ASTA-Vorsitzenden aus Hannover den festen Willen der Studentenschaft beweisen, „daß sie gewillt ist, nicht eher nachzulassen, bis sie das Ziel erreicht hat, das sie sich gesetzt hat, nämlich die Ent-

---

<sup>80</sup> Der Artikel ist wiedergegeben in der Darstellung von August Messer, „Der Fall Lessing“, Bielefeld 1926, die hier zugrundegelegt wurde. Die Vorgänge in Braunschweig nach Berichten der Braunschweigischen Landeszeitung vom 8. 6. 1926 und dem amtlichen Sitzungsbericht der Landtagssitzung vom 20. 6. 1926 („Verhandlungen“).

fernung des Herrn Professors Lessing von der Technischen Hochschule in Hannover . . .“. Daß sich die Braunschweiger Kommilitonen mit den Hannoveranern uneingeschränkt solidarisch erklärten, bekundete ihr ASTA-Vorsitzender mit den Worten: „Ich habe für den Mann, der sich nicht gescheut hat, das Höchste und Heiligste anzugreifen, unser Vorbild, unsern Hindenburg, nur ein Pfui! Jener Herr hat nicht nur auf die Erziehung schädlich gewirkt, sondern schädlich auch auf unser gesamtes deutsches Volk und Vaterland.“ Darum schien den Studenten der „Fall Lessing“ nicht nur eine Angelegenheit der Hochschule in Hannover, sondern ein nationales Anliegen des ganzen Volkes zu sein, so daß sie in der Presse die Öffentlichkeit aufriefen, ihre Haltung zu billigen und zu unterstützen: „Jeder, der deutsch und sittlich denkt und fühlt, muß das Vorgehen der akademischen Jugend gegen einen Schädling an deutschen Hochschulen voll und ganz verstehen.“

Erwartete die Studentenschaft tatsächlich Verständnis für ein Vorgehen, daß darin bestand, einen Professor mit einer unbeliebten Ansicht durch Handgreiflichkeiten und Tritte vor das Schienbein daran zu hindern, das Hochschulgebäude zu betreten? Jedenfalls sah sich die Leitung der Hochschule in Hannover genötigt, gegen nicht weniger als 250 Studenten ein Ermittlungsverfahren wegen Hausfriedensbruchs zu beantragen, das allerdings von der Staatsanwaltschaft abgelehnt wurde. Der energische Preußische Kultusminister Carl Heinrich Becker, Begründer der Pädagogischen Akademien, verfügte unverzüglich, die zehn Haupträdelsführer zu relegieren, eine Maßnahme, die nicht einmal den Protest der Braunschweiger Kundgebung herausforderte. Aber die Hannoveraner erinnerten sich in dieser Lage daran, daß im benachbarten Braunschweig eine schwarz-weiß-rote Regierung wahrscheinlich mehr Verständnis für Kommilitonen aufbringen würde, die den kaiserlichen Feldmarschall gegen einen Juden zu schützen vorgaben. Tatsächlich erklärte sich die braunschweigische Hochschule bereit, die relegierten und etwa noch zu relegierenden Hannoveraner aufzunehmen. Der Senat der Hochschule versuchte die ganze Demonstration als eine rein studentische Angelegenheit hinzustellen, und nur wenige erkannten, wie Professor Föppl, daß sie in Wahrheit „eine schwere Gefahr, einen Angriff auf die Lehrfreiheit“ bedeutete. Wer erinnerte sich daran, daß die Braunschweiger T. H. nach einem Herzog benannt ist, der einmal einem geistig und politisch Heimatlosen Stellung und Freiheit gegeben hatte, der ebenfalls Lessing hieß und hier in der Gestalt des Juden Nathan gegen Dogmatismus, Fanatismus und Intoleranz, gegen Überheblichkeit, Rassenwahn und Ketzerverbrennung zu Felde zog? Der amtierende Rektor Professor Mühlentpfordt, später nach mutigem und unerschrockenem Kampf für die akademische Freiheit selbst ein Opfer der Nationalsozialisten, erkannte nicht die drohende Gefahr und riet in unbesonnenen und unglücklich formulierten Worten auf einer Sonnenwendfeier in der Asse zur Ruhe im Falle Lessings: „Warum so viel Umstand und Protest um diesen einzelnen, der bald vergessen sein wird.“ Der „bald Vergessene“ wurde im August 1933 von nationalsozialistischen Antisemiten in Marienbad ermordet, nachdem seine Bücher am 10. Mai 1933 auf die Scheiterhaufen der Freiheit geworfen worden waren.

Daß hinter dem Kesseltreiben gegen Lessing keineswegs nur studentische Kräfte wirkten, blieb schon auf der Braunschweiger Kundgebung kein Geheimnis, als nämlich ein offizieller Vertreter des Stahlhelm-Landesverbandes, Regierungsbaumeister Siedentop, in einer Begrüßungsansprache versicherte, der „Stahlhelm“ werde „Schulter an Schulter“ mit den Studenten kämpfen, wenn es etwas zu beseitigen gebe, was undeutsch sei und den großen nationalen, vaterländischen Bestrebungen entgegenstehe. Deshalb habe es der „Stahlhelm“ „freudig begrüßt, daß sich die Vertreter der hannoverschen Studentenschaft auch an ihn gewandt hätten“, als sie Unterstützung gegen Lessing suchten. Der braunschweigische Stahlhelm übernahm nicht nur einen Teil der Organisation dieser Kundgebung, sondern auch die Bewirtung der weit über tausend Gäste in eigenen Räumen und aus eigenen Mitteln.

Da schließlich der Aufmarsch unter dem schützenden Einsatz der Polizei verlief, das Ministerium also wenigstens einen provozierenden Affront gegen das Preußische Kultusministerium duldete, folgte das parlamentarische Nachspiel, als der Landtag am 26. Juni während der Haushaltsberatungen über den Etat des Kultusministers und der Technischen Hochschule beriet. Der sozialdemokratische Hochschulexperte Dr. Gerhard von Frankenberg beschuldigte die Regierung, dem „engstirnigen Nationalegoismus“ und dem Rassenwahn in der Studentenschaft nicht genügend entgegenzutreten, und schloß seine ausführliche Kritik am „Fall Lessing“ mit den Worten: „Dieser Fall Lessing ist eine rechte Schmach für das deutsche Volk und das Geistesleben des deutschen Volkes.“

Aber die Regierung entdeckte keinen Anlaß zur Besorgnis, daß etwa die akademische Freiheit gefährdet würde, wenn nationale Studenten die Ehre des Reichspräsidenten verteidigten: „Es handelt sich nicht um einen Kampf gegen die *Lehrfreiheit*! Die Hannoverische und die Deutsche Studentenschaft denken gar nicht daran, dem Professor L. in dem, was er an der Hochschule zu lehren hat, Vorschriften zu machen. Sondern sie lehnen ihn ab wegen seiner Persönlichkeit, wegen der Angriffe, die er als deutscher Mann sich nicht gescheut hat, gegen die Spitze des Reiches zu richten ...“ Mit Recht unterbrachen die Sozialdemokraten an dieser Stelle den Minister, um in erregten Zwischenrufen auf die Schmähungen der nationalen Rechten gegen Ebert hinzuweisen, worauf Marquardt nur erwiderte, daß er persönlich solche Angriffe stets mißbilligt habe. Die Regierung verteidigte also grundsätzlich die Haltung der Studenten und die Auffassung, daß ein Professor sich in seinem Amte an den Lehrstoff seines Faches zu halten habe. Im übrigen erklärte der Ministerpräsident: „Der Fall Lessing ist kein Fall Braunschweig, er ist in Preußen zu entscheiden ... Wenn die braunschweigische Studentenschaft mit der hannoverschen übereinstimmt, dann sehe ich mich nicht in der Lage, das irgendwie zu mißbilligen.“

Der sozialdemokratischen Opposition lieferte diese Verteidigung nationalistischer und reaktionärer Tendenzen eines großen Teiles der Studentenschaft ein Argument, den Etat der Hochschule und damit die *Hochschulpolitik* der Rechtsparteien abzulehnen. Sie warf der Regierung vor, den Ausbau der Technischen Hochschule unnötig zu forcieren, während sie das übrige Schulwesen vernachlässige. Gerade in diesem Jahre 1926 erhielt

die Hochschule ein neues Botanisches Institut, und nun sollten Grundstücke in der Nachbarschaft des Hauptgebäudes der T. H. gekauft werden, um darauf elektrotechnische Institute errichten zu können (z. B. das spätere „Mühlenpfordthaus“). Frankenberg hielt es für unzweckmäßig, die Hochschule mit solchem Aufwand zu erweitern, weil es ohnehin schon zu viele stellungslose Akademiker gebe und z. B. Ingenieure oft nur 100 Mark Monatsgehalt bezögen. Nach seiner Meinung bedeutete die besorgniserregende Überfüllung gerade der technischen Berufe nicht nur die Gefahr ernster sozialer Spannungen, sondern auch politischen Zündstoff. Er erklärte sich daraus die reaktionäre Gesinnung der akademischen Jugend: Wenn es früher Stellungen für akademische Techniker gegeben habe, heute aber nicht mehr, so seien die Studenten geneigt, den Politikern der Republik mangelndes Verständnis für die Bedeutung der akademischen Berufe zu unterstellen. Wenn gar die Mehrzahl der verantwortlichen Politiker nichtakademischen Berufen entstamme, schließe man möglicherweise auf Ressentiments gegen gehobene Berufe oder auf sozialistische Gleichmacherei, mindestens auf Unfähigkeit zur Wirtschafts- und Sozialpolitik. Frankenberg faßte seine Deutung in den Worten zusammen: „Sie glauben, wenn wir wieder eine Monarchie hätten, dann würden mit einem Male wieder Techniker gesucht.“ An dieser psychologischen Interpretation ist sicher manches treffend und richtig, wenn auch ebensoviel unzulänglich und oberflächlich, aber so berechtigt die Sorge über die politische Haltung der Hochschulen und ihrer Studenten war, so falsch war die Schlußfolgerung, deswegen die Hochschule augenblicklich nicht zu modernisieren und zu erweitern. Die Wettbewerbsfähigkeit der Wissenschaft und Technik mußte auf lange Sicht gesichert werden, und gerade in Braunschweig durfte die Technische Hochschule als einzige akademische Bildungsstätte nicht veralten und verkümmern, sondern mußte durch Spezialisierung und moderne Lehr- und Forschungseinrichtungen für bedeutende Wissenschaftler anziehend gemacht werden. Seit in der deutschen Wirtschaft wieder investiert wurde, ergaben sich gerade in Braunschweig für Technik und Wissenschaft viele neue Aufgaben im Verkehrswesen, in der Wasserbautchnik, Chemie, Landwirtschaft und Elektrotechnik, vor allem erforderte der Maschinenbau in Anbetracht der Motorisierung, Rationalisierung und Automation überall neue Erkenntnisse, Methoden und Fachleute. Es ist immer gefährlich, aus einem vorübergehenden Überangebot an Akademikern zu folgern, daß die Ausbildungskapazität herabgesetzt werden müsse, aber es ist unverantwortlich, Modernisierungen und Verbesserungen in der Qualität der Ausbildung zu verhindern.

Andererseits war es die Aufgabe der Opposition, Bevorzugungen oder Benachteiligungen einzelner Bildungszweige oder -einrichtungen zu verhindern. Marquardt, der selbst das Kultusministerium leitete, verfügte bereits im Jahre 1925 über einen Jahresetat von 12,8 Millionen, das bedeutete eine Steigerung um 6 Millionen gegenüber dem Kultusetat der vorangegangenen Regierung. Die Regierungsmehrheit beabsichtigte, die personellen Voraussetzungen für ein zeitgemäßes und leistungsfähiges Bildungswesen durch Besoldungsaufbesserungen zu schaffen, verabschiedete allerdings ein endgültiges Besoldungsgesetz erst nach der Reichsregelung im März 1927. Mit Recht kritisierte deshalb die

Opposition, daß 72 Lehrerstellen eingespart werden sollten, weil die Zahl der schulpflichtigen Kinder seit 1918 ganz erheblich zurückgegangen sei. Gleichzeitig aber schienen 11 neue Schulratsstellen erforderlich zu sein. Alte weltanschauliche Grundsatzfragen wühlte der Marquordtsche Schulerlaß auf, weil die Sozialdemokraten in der Wiederherstellung des christlichen Grundcharakters der Schulen einen Verstoß gegen den Geist der Weimarer Verfassung sahen. Von Minna Faßhauer bis Dietrich Klagges blieb diese Frage kulturpolitischer Konfliktstoff Nr. 1 zwischen den Parteien und Regierungen, zwischen Lehrerverbänden und den Kirchen, zwischen Sozialisten und Konservativen. Im Augenblick regierten eben die Konservativen.

Um so bemerkenswerter ist es, daß diese Regierung ihre Schulpolitik mit einer der fortschrittlichsten Formen der *Lehrerbildung* krönen konnte. Allerdings war dieser Landtag durch die vorausgegangene Regierung Jasper verpflichtet worden, in der laufenden Legislaturperiode die Lehrerbildung neu zu regeln, denn am 27. Februar 1923 hatte der damalige Landtag beschlossen, die beiden Lehrerseminare des Landes in Braunschweig und Wolfenbüttel mit dem Ende des Schuljahres 1927/28 auslaufen zu lassen. Sprecher der PAG und der Regierung kündigten deshalb schon bei der ersten Haushaltsberatung noch für das Jahr 1925 einen Gesetzentwurf an, aber gegen den Plan, an die Stelle der bisherigen Seminausbildung ein vollakademisches Studium der Lehrer an der Technischen Hochschule zu setzen, gab es lebhaften Widerstand in den Reihen der Regierungsparteien. Der Vorsitzende der Deutschnationalen Volkspartei, Baumann, bis zuletzt ein aktiver Gegner der akademischen Volksschullehrerbildung — wie die meisten seiner Studienratskollegen — und der Kulturpolitiker der DVP, Pastor Steigertahl, lehnten noch in der Schlußabstimmung im Plenum das Gesetz als einzige Abgeordnete des gesamten Landtages ab, das am 1. April 1927 als „Gesetz über die hochschulmäßige Ausbildung der Lehrkräfte für den Dienst an Volksschulen“ in Kraft trat und noch heute nach Idee und Durchführung vorbildlich ist. Die Technische Hochschule erhielt eine besondere Abteilung, in der die Lehrerstudenten 6 Semester die pädagogischen Grundwissenschaften Pädagogik, Psychologie, Soziologie, Staatsbürgerkunde und Philosophie studierten. Die notwendigen Wahlfächer reichten von den Naturwissenschaften über die Mathematik bis zur Volkswirtschaft, Germanistik und Geschichte. Wie für die Studenten grundsätzlich das Abitur als Voraussetzung zur Zulassung gefordert wurde, so für die Dozenten durchweg die Habilitation. Bis zur Auflösung der achten Abteilung der T. H. im „Dritten Reich“ wirkten an ihr zahlreiche Wissenschaftler und Pädagogen von überragender Bedeutung, wie z. B. der Soziologe Theodor Geiger, der Philosoph Willy Moog, die Pädagogen Jensen und Paulsen, der Psychologe Bernhard Herwig u. v. a. Unter der späteren sozialdemokratischen Regierung erhielt die Abteilung sogar das Promotionsrecht (Dr. cult.). In den folgenden Jahren erwarben zahlreiche Volksschullehrer nach einem Studium von mindestens 8 Semestern den Doktorgrad, der einen wirksamen Anreiz bot, unter der gesamten Lehrerschaft eine akademische Elite heranzubilden, die sich z. T. noch heute in der Pädagogik und in der Schulverwaltung bewährt. Entgegen allen Befürch-

tungen der Kritiker stieg die Zahl der Lehrer, zu allem erwies sich die akademische Form als wesentlich billiger. Leider versuchte der spätere SPD-Kultusminister Sievers zu aufdringlich, Schulwesen und Lehrerbildung mit Sozialdemokraten zu durchsetzen, wobei er sich in der Person des Ordinarius für Pädagogik, des menschlich wie fachlich umstrittenen Dr. Riekel, am meisten vergriff. Diese wenig sachdienliche Personalpolitik schürte auch die Opposition der Bürgerlichen gegen die akademische Lehrerbildung und begünstigte die nationalsozialistische Hochschulpolitik, besonders des 1929 gegründeten Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbundes. Selbst wenn man versteht, daß Sievers dem nationalistisch-reaktionären Geist entgegentreten wollte, den die schwarz-weiß-rote Regierung duldete, so hat doch zweifellos die ständig wechselnde Herrschaft der Extreme den parteipolitischen Haß stets neu entfacht und Braunschweig so früh für den Nationalismus reif gemacht.

Die Maßnahmen der Regierung Marquardt fielen in eine Zeit günstiger Wirtschafts- und Finanzverhältnisse, die vielfach sogar als „Wirtschaftsblüte“, manchmal allerdings auch als „Scheinblüte“ bezeichnet werden. Jedenfalls boten die Auslands-Anleihen — „ein immer breiterer Strom fremden Kapitals“ — die Möglichkeit gezielter Investitionen, von der die braunschweigische *Wirtschaft* mit Hilfe der bürgerlichen Landtagsmehrheit im allgemeinen sinnvollen Gebrauch machte. Gerade weil sich in der PAG Interessenvertreter des Handels und der Industrie zusammenfanden, machten die Wirtschaftspolitik dieser Jahre Männer, die trotz ihrer Eigen- und Gruppeninteressen eine auch dem Ganzen dienende Sachkenntnis mitbrachten. Der deutschnationale Minister Dr. Küchenthal, als Politiker keine hervorragend profilierte Persönlichkeit, erwies sich bald als kenntnisreicher und verantwortungsbewußter Finanzfachmann, der die Staatsbank günstig beeinflusste, denn die vielen großen Aufgaben der Regierung erforderten Kapital, das durch Anleihen beschafft werden mußte. Das Volumen des außerordentlichen Haushalts stieg von 0,815 Millionen im Jahre 1925 auf fast 7 Millionen im letzten Regierungsjahr 1927.

Da der geographischen Mittelpunktslage des Landes die *Verkehrslage* in keiner Weise entsprach, traten zwei Projekte in den Vordergrund, der Bau eines auf Durchgang und Umschlag eingestellten Verschiebebahnhofes als Voraussetzung für leistungsfähige Eisenbahnverbindungen und die Fortführung des Mittellandkanals bis zur Elbe. Jetzt jedoch stellte sich heraus, daß diese beiden Vorhaben miteinander konkurrierten, denn kaum hatte Braunschweig durch das Drängen der Regierung 1926 einen Staatsvertrag zwischen dem Reich, Preußen, Sachsen-Anhalt und Braunschweig abschließen und grünes Licht für den Kanalbau geben können, meldete die Reichsbahn Bedenken an. Sie befürchtete einen empfindlichen Rückgang ihrer Gütertransporte in Ost-West-Richtung, etwa vom Ruhrgebiet in den Raum Magdeburg. Die Reichsbahn drohte mit einem Ultimatum, indem sie zu verstehen gab, sie müsse ihre Einstellung zum Bahnhofsneubau in Braunschweig überprüfen, wenn Braunschweig nicht auf das Kanalprojekt verzichte. Lebhafter Widerspruch gegen den Bau des Mittellandkanals meldete sich aus einer Rich-



tung, aus der ihn nur Fachleute erwarten konnten, und zwar aus Oberschlesien <sup>81</sup>. Mittel- und Ostdeutschland stellten nämlich der oberschlesischen Kohle ein äußerst günstiges Wasserstraßennetz zur Verfügung, das es erlaubte, sie von Oberschlesien bis Berlin und weiter in den Raum Dresden, Halle und Magdeburg und über Hamburg sogar ins Ausland zu transportieren. Der Mittellandkanal hätte aber der Ruhrkohle den Zugang zur Elbe und damit den Konkurrenzkampf gegen Oberschlesien eröffnet. Sei es nun, daß die Reichsbahn oder auch die oberschlesische Industrie über so weitreichenden Einfluß verfügten, oder daß andere Gründe zum Sparen zwangen — jedenfalls kürzte der Reichstag die vorgesehenen 40 Millionen Mark für den Kanalbau um die Hälfte. Braunschweig war nicht in der Lage, über seine eigenen Lasten hinauszugehen, da das Land zum Bau zuschießen und den Hafen allein finanzieren mußte. Obwohl die Stadt Braunschweig für die Verkehrsanschlüsse und zum Teil auch für die Entschädigungen bei den zahlreichen Grundstücksenteignungen mit aufkommen sollte, war es weder für das Land noch für die Stadt möglich, sich finanziell noch mehr anzustrengen, da sie beide aus derselben Geldquelle schöpften, nämlich aus der Staatsbank.

Es war ja nicht nur die Landeshauptstadt, die ihre Verkehrslage verbessern mußte. Große Teile des Harzgebietes brauchten dringend Bahn- oder Straßenverbindungen, etwa im Gebiet von Tanne und Zorge, und im „Land hinter dem Tunnel“ drohten preußische Konkurrenz und Wirtschaftskrise zugleich, weil dort mehrere Ziegeleien, abseits vom Baumarkt und ohne Verkehrsverbindungen, in Gefahr gerieten. Sie mußten nämlich wegen der hohen Transportkosten die Preise erhöhen, soweit sie überhaupt noch Arbeitskräfte oder Aufträge erhielten. Wenn die in dieser Zeit von Preußen geplante Wesertalbahn von Holzminden nach Hameln gebaut würde, so befürchteten die Landtagsabgeordneten des Kreises, könnte der ganze Weserraum wirtschaftlich vollständig auf Preußen hin orientiert werden <sup>82</sup>. In fast allen Teilen des Landes sollten Omnibusse helfen, den Personenverkehr zu erleichtern, aber leider genügten die Straßen in vielen Fällen nicht den Anforderungen des modernen Kraftwagenverkehrs. Im Landtage wurde deshalb angeregt, auch die Post und die Braunschweigische Kraftverkehrsgesellschaft als Benutzer zur Finanzierung des Straßenbaus heranzuziehen.

Im Sommer 1925 suchte eine längere Dürreperiode die Landwirtschaft vor allem im Drömling heim (Vorsfelde, Calvörde), Anfang 1926 betraf ein schweres Hochwasser große Gebiete des Harzvorlandes. Mehr als eine Viertelmillion Mark erforderte die Soforthilfe, um die schwersten Schäden zu beseitigen. Die Staatsbank zahlte außerdem an die Geschädigten Darlehen, für die der Staat bis zu einer Höhe von 100 000 Mark bürgte. Diese Umstände erinnerten daran, daß dringend Talsperren gebaut werden mußten, zumal auch durch große Bauvorhaben die Arbeitslosigkeit bekämpft werden sollte. Im November 1926 erreichte die *Arbeitslosigkeit* im Lande wieder beinahe die

---

<sup>81</sup> So der Abgeordnete Frede während der Landtagsdebatte am 27. 3. 1927.

<sup>82</sup> Während der Haushaltsberatungen am 26. Juni 1926 wurde die gesamte Wirtschafts- und Verkehrslage gründlich erörtert.

Zehntausendgrenze, wovon fast die Hälfte auf die Kernkreise Braunschweig und Wolfenbüttel entfiel. Im außerordentlichen Haushalt erforderte die „produktive Erwerbslosenfürsorge“ allein 2,4 Millionen Mark, wovon jedoch das Reich 50 % zahlte. Den verbleibenden Betrag beschaffte die Staatsbank aus Mitteln der Deutschen Rentenbank-Kreditanstalt gegen eine Belastung des staatlichen Grundbesitzes in Höhe von einer Million Mark. Die Regierung bemüht sich auch, der Landwirtschaft durch Meliorationen zu helfen, die mehrere hunderttausend Mark erforderten. Durch Reichsgesetz war sie ferner gezwungen, jährlich eine bestimmte Summe für den Bau von Landarbeiterwohnungen auszuwerfen, um der Landwirtschaft die dringend benötigten Arbeitskräfte zu erhalten. Trotz der allgemein besseren Wirtschaftslage erwies sich die Konjunktur als außerordentlich ungleichmäßig. Die Ursachen dafür sind zweifellos in der durch die Kapitalinvestitionen ermöglichten und bedingten Wandlung der Wirtschaftsstruktur zu suchen. Im Jahre 1926, dem Jahre der Volksabstimmung über die Fürstenenteignung, des Eintritts in den Völkerbund und des Friedens-Nobel-Preises für Stresemann, stürzten im Reich das 2. Kabinett Luther und das 3. Kabinett Marx, letzteres scheiterte an den Enthüllungen Scheidemanns über den Chef der Heeresleitung, v. Seeckt, und an dem Mißtrauensantrag der SPD, so daß die braunschweigische Rechtsregierung auf die andersgerichtete Reichspolitik als Alibi verweisen konnte, wenn sie nicht aller Schwierigkeiten Herr wurde.

## IX. SOZIALISMUS — HANS SIEVERS

Nachdem sich die Industrie im Jahre 1925 auf rationellere und konzentriertere Produktion umzustellen begonnen hatte, produzierte sie vielfach mehr, als abgesetzt werden konnte. Viele Fabriken mußten die Produktion drosseln, ihre Kapazität einschränken, zu Kurzarbeit übergehen, ihre Erzeugnisse spezialisieren, in manchen Fällen sogar ganz oder teilweise stilllegen. Überall im Reiche nahm die *Arbeitslosigkeit* bedenklich zu, so daß in der Stadt und im Landkreis Braunschweig die Zahl der Arbeitslosen in dem einen Monat von November bis Dezember 1925 von 3800 auf 4800 anstieg. Da sich die kommunistische Agitation um diese Menschen bemühte, demonstrierten Ende des Jahres wieder Hunderte von Arbeitslosen gegen den Rat der Stadt und die Landesregierung, deren Ausgaben für Sozialleistungen zwangsläufig erheblich zunahmen. Den weitaus größten Anteil an der Arbeitslosigkeit stellten ungelernete Arbeiterinnen und Arbeiter, vor allem Bauhilfsarbeiter, während Facharbeiter viel weniger durch Erwerbslosigkeit bedroht waren<sup>83</sup>. Mehr als  $\frac{3}{5}$  aller Unterstützungsempfänger waren ungelernet, aber im Verlaufe des Jahres 1926 erfaßte die Krise auch Schneider, Schuhmacher und kaufmännische Angestellte, besonders im Textilhandel.

Die Stadt Braunschweig schloß ihren Jahresetat mit einem Defizit von 2 Millionen und mußte bei der Staatsbank einen Kredit von einer Million Mark auf die Dauer von drei Jahren aufnehmen. Die Tatsache, daß sie selbst bei dieser kurzen Laufzeit 11 % Zinsen zahlen sollte, beweist die große Kapitalknappheit, unter der auch größere Industriebetriebe so litten, daß sie kaum investieren konnten, um ihre Produktion zu rationalisieren. Die bekannte Dosenfabrik Züchner in Seesen meldete den Vergleich an, mehrere größere Betriebe der Glas-, Metallwaren- und Maschinenindustrie mußten stilllegen, nicht zuletzt Ziegeleien, mittlere und kleinere Bauhandwerksbetriebe, wohingegen die Zahl der großen Bauunternehmungen zunahm.

Die Holzindustrie des Landes begann als erste Branche mit *Lohnkürzungen* zwischen 15 Pfennigen und 15 % des Stundenlohnes. Die Folge waren Abwehrstreiks der Arbeiter in mehreren größeren Betrieben, auf die die Unternehmer mit Aussperrungen reagierten, bis schließlich doch Lohnkürzungen von 6 bis 7 % nicht verhindert werden konnten. Auch die Konservenindustrie setzte die Löhne um 2 bis 4 Pfennige pro Stunde herab,

---

<sup>83</sup> Von den 4 800 Arbeitslosen waren 1747 ungelernete Arbeiter und Bauhilfsarbeiter und 1 181 ungelernete Arbeiterinnen.

in einem Steinbruchunternehmen wurden die Akkordlöhne sogar um 50 % gesenkt, so daß bei einer Arbeitszeit von 10 Stunden jetzt nur noch 4,80 Mark anstatt bisher beinahe 10 Mark Lohn gezahlt wurde. Das entsprach einem Stundenlohn dieser Steinbrucharbeiter, der noch unter den Löhnen der Heimarbeiterinnen in der Textilherstellung lag, die nämlich etwa 50 Pfennige erhielten. Die Bergarbeiterlöhne konnten allerdings erhöht werden: sie lagen 1925 zwischen 5,38 und 6,02 Mark und 1926 zwischen 5,69 und 6,58 Mark<sup>84</sup> pro Schicht. Infolge der Lohnkürzungen und der Arbeitslosigkeit ließen viele Arbeiter bei den Kaufleuten anschreiben, deren Bargeldbestände bedenklich zu schwinden begannen. Wieder stellten Bauhandwerker und ungelernte Arbeiter einen großen Teil der unsicheren Verbraucher. Die Hauptaufgabe der staatlichen Stellen war es, nach Möglichkeit die *Bau-tätigkeit* wieder in Gang zu bringen, da nach einer Denkschrift der Regierung z. B. etwa 8000 Wohnungen fehlten und die Bauhandwerker wieder Arbeit bekommen sollten. Mitte 1925 nahm die Landesregierung bei der Reichspost einen Kredit von 10 Millionen Mark auf, und zwar „zur Förderung der Wirtschaft im Lande Braunschweig, insbesondere der kreditbedürftigen Handwerksbetriebe, des Einzelhandels, der kleineren und mittleren Landwirtschaftsbetriebe ... sowie der kleineren und mittleren Industriebetriebe.“ Diese Zwecksetzung zeigt deutlich die schwachen Stellen in der Wirtschaft, sie beweist, daß es sich um eine Umstellungskrise handelte, die den Großbetrieb begünstigte und die Kleinbetriebe gefährdete. Auch die Landwirtschaft verfügte nicht über genügend Bargeld und bezahlte teilweise Düngemittel, Saatgut und Maschinen mit Naturalien, ja selbst den Einzelhändler im Dorf.

Symptom der Absatzschwierigkeiten ist die Stilllegung zweier großer Zuckerfabriken im Jahre 1927, gerade als andere Betriebe ihre Erzeugung und Absatzsituation entscheidend verbessern konnten. In der Stadt Braunschweig führte die Firma Schmalbach das erste Fließband ein, um dadurch die Herstellung von Ölfkanistern, einem konjunkturbedingten Massenartikel im Zeitalter der Motorisierung, nahezu zu verdoppeln. Die Fließbandarbeit, zu der vorwiegend weibliche Arbeitskräfte verwandt wurden, war durchaus beliebt, weil Arbeiterinnen am Bande 50 % mehr Tariflohn erhielten. Auf gleiche Weise stellte jetzt eine Milchkondensfabrik 200 Dosen in der Minute her, die Konservenfabriken führten Abfüll- und automatische Verschlußmaschinen ein. Aber manchmal führte das auch zu Entlassungen, wie etwa in der Jutespinnerei in Braunschweig, die infolge solcher Umstellungen etwa 20 % der größtenteils weiblichen Belegschaft entlassen mußte, ohne Produktionseinbußen dadurch zu erleiden. Im Jahre 1927 betraf die Arbeitslosigkeit in noch stärkerem Maße als zuvor ungelernte Arbeiter, vor allem aus der Textilbranche. Ein neues soziales Phänomen begann sich abzuzeichnen: die Kluft zwischen Facharbeitern und Ungelernten, von denen die einen, vorläufig noch gering an Zahl, eine gehobene Arbeiterschicht zu bilden anfangen, die sich deutlich von den anderen abzuheben trachtete. In dieser Tendenz lagen die Chancen der Sozialdemokratischen Partei, die Arbeiter an die bürgerliche Mittelschicht heranzuführen, um

---

<sup>84</sup> Nach den Jahresberichten der Gewerbeaufsichtsbeamten.

auch in ihr Fuß zu fassen. Die sozialen Auseinandersetzungen des Jahres 1927, vor allem um Löhne und Arbeitslosenversicherung, legen allerdings den Schluß nahe, daß viele SPD- und Gewerkschaftsführer noch zu stark im Klassenkampfdenken befangen waren, um die Chancen und Tendenzen richtig einzuschätzen. Firmen, die, wie Schmalbach u. a., die Produktionsumstellungen mit vollziehen konnten, waren 1927 sogar zu beträchtlichen Lohnerhöhungen in der Lage, und es war sicher berechtigt, daß die Gewerkschaften das nachdrücklich verlangten. In der Metallindustrie stiegen die Facharbeiterlöhne von 63,5 auf 78 Pfennig, und in der Holzindustrie von 91 auf 98 Pfennig. Dagegen blieb der Stundenlohn der Hilfsarbeiterinnen schlecht, erhielten sie doch z. B. in der Holzindustrie nur etwa 50 Pfennige in der Stunde, wogegen männliche ungelernte Hilfskräfte 82 bis 88 Pfennig verdienten.

Die sozialdemokratische *Opposition* hat ihre Aufgabe oft durchaus richtig erfüllt, wenn sie sich im Landtage für die notwendigen sozialen Maßnahmen einsetzte. Auf ihre dringende Vorstellungen setzte der Landtag z. B. in den Haushaltsplan für 1926/27 15 000,— Mark ein, damit schwangeren Arbeiterinnen eine Beihilfe von etwa 1,50 Mark pro Tag gezahlt werden konnte. Ganz besonders minimal war die Urlaubszeit der Arbeiterschaft, da üblicherweise einem Arbeiter nach einem Jahr 3 bis 4 bezahlte Urlaubstage zustanden, in keinem Falle mehr als 12 Tage. In der Metallindustrie erhielten die Arbeiter auch nach 10 Jahren Arbeit im Betrieb nur 8 Tage, im Holzgewerbe sogar nur 7 Tage Jahresurlaub. 1927 verabschiedete das Reich das Arbeitslosenversicherungsgesetz, das u. a. auch Frauen eine Unterstützung zusicherte, deren Ehemänner unterstützungsberechtigt waren, und zwar wenn die Frau 26 Wochen ohne Unterstützung in versicherungspflichtiger Tätigkeit gestanden hatte. Dadurch erhielten viele Saisonarbeiterinnen der Konserven- und Zuckerindustrie Arbeitslosenunterstützung, wenn ihre saisonbedingte Tätigkeit mindestens ein halbes Jahr dauerte. Daß diese Maßnahme die Kalkulationen der einheimischen Saisonbetriebe maßgeblich beeinflusste, liegt auf der Hand.

Da nicht alle Firmen und Erwerbszweige in der Lage waren, mit der neuen Entwicklung Schritt zu halten, die Arbeiter aber verständlicherweise auf die Kollegen blickten, deren Lage besser wurde, kam es mehrfach zu harten Auseinandersetzungen. Die Porzellanfabrik Fürstenberg sperrte bei einer solchen Gelegenheit ihre Arbeiter 7 Tage aus, bis das Reichsarbeitsministerium einen Schiedsspruch fällte. Auch als 1927 die 2400 Arbeiter in drei großen metallverarbeitenden Betrieben streikten, mußte das Reichsarbeitsministerium eingreifen. In einigen Ziegeleien und anderen Betrieben kam es zu Streiks von zwei Wochen, durch die Lohnerhöhungen von 3 Pfennig erkämpft werden konnten.

Um so erstaunlicher ist angesichts dieser Verhältnisse die Feststellung des Gewerbeaufsichtsamtes, daß die Arbeiter vielfach wenig gewerkschaftliche Interessen zeigten und nicht einmal die Einrichtung der Betriebsräte verstanden. Deswegen arbeiteten die Mitglieder der Betriebsräte oft ohne genügende Rückendeckung durch die Belegschaft, sie nutzten die ihnen zustehenden Rechte nicht genügend aus, weil sie das Argument fürch-

teten, daß die Arbeiter nicht hinter ihnen stünden. Die Unternehmer hielten die interessenlosen Arbeiter vielfach für „vernünftiger“ als die Gewerkschaftsvertreter, denen sie vorwarfen, den Arbeitsfrieden zu stören und die Arbeiter aufzuwiegeln. Aus Furcht vor Nachteilen entfalteten viele Betriebsräte nur wenig Aktivität, es fehlte an sachlicher Orientierung der Arbeiter und an dem Willen zur Mitverantwortung in den Betrieben und in der Wirtschaft. Die Gewerkschaftsführungen hatten stattdessen immer wieder Ärger mit wilden Streiks, wie z. B. 1926, als 150 Bauarbeiter gegen Lohnkürzungen streikten, die in Anbetracht der schlechten Baukonjunktur vorübergehend tatsächlich notwendig waren. Insgesamt aber waren die Bauarbeiterlöhne schon seit 1925 Anlaß zu ernststen Spannungen. Im August 1925 lehnten die Bauunternehmer Lohnerhöhungen mit der Begründung ab, daß der Index der Baukosten schon um 40 Punkte höher liege als das gesamte übrige Preisniveau, so daß die Lohnerhöhungen alle Bauvorhaben noch wesentlich verteuern würden. Dieses Argument war ebenso demagogisch wie unberechtigt, denn der Anteil der Löhne an den Baupreisen war prozentual geringer als vor dem Kriege. Wenn die Baukosten so hoch lagen, dann lag das an den Grundstückspreisen, den Preisen für Holz- und Steinmaterialien, Zement, Ziegel usw. Kartellabsprachen spielten bei den Preisen bereits eine beträchtliche Rolle. Das Organ der christlich-nationalen Gewerkschaften, „Der Deutsche“, nannte das Argument der Unternehmer zutreffend eine „großangelegte Irreführung der Öffentlichkeit“, eine „tendenziös unrichtige Darstellung“ und ein „Dokument der Schande“. Aber die Arbeitnehmer erkannten die beginnende Konzentration des Kapitals nicht genügend und rechtzeitig, um durch die Gewerkschaften kontrollierend und steuernd eingreifen zu können. Die heutigen Gewerkschaften haben auf diesem Gebiete noch immer viel nachzuholen, vor allem an Orientierung und Aufklärung ihrer Mitglieder.

Gerade im Baugewerbe verlangten die nun einsetzenden Großbauten leistungsfähige Firmen mit vielen Arbeitskräften<sup>85</sup>. Im Jahre 1926 begann die Stadt Braunschweig mit einem Wohnungsbauprojekt, durch das ein ganz neuer Stadtteil im Norden entstehen sollte. Zu diesem Zweck gründeten das Land und die Stadt eine Wohnungsbaugesellschaft m. b. H. (Nibelungenwohnbau). Schon im Juli 1926 bewilligte die Stadt 750 000 Mark aus einer erst im Mai beschlossenen 4-Millionen-Anleihe, um mit dem Bau von 150 Wohnungen im neuen Nibelungenviertel beginnen zu können. Insgesamt waren für das Jahr 1926 ursprünglich 400 Wohnungen geplant, für die die Stadt je 6000 Mark Zuschuß veranschlagte. Sie rechnete dabei mit einem festgesetzten Anteil an der Hauszinssteuer, den das Land zahlen sollte. Im Laufe des Jahres stiegen die Baukosten so erheblich, daß der Zuschuß pro Wohnung auf 7500 Mark erhöht werden mußte und nur noch 320 Wohnungen gebaut werden konnten. Schließlich beschloß der Landtag auch noch, die Mehreinnahmen aus der Hauszinssteuer, die ja eigentlich dem Wohnungs-

---

<sup>85</sup> Die Konjunktur auf dem Bauparkt zeigt sich u. a. darin, daß im Jahre 1927 im Lande zwei neue Großbaubetriebe mit zusammen 117 Arbeitskräften gegründet wurden, ferner 34 mittlere Betriebe mit insgesamt 296 und 45 kleinere mit zusammen 431 Beschäftigten.

bau dienen sollte, zurückzubehalten, um die Defizite in anderen Landeskassen auszugleichen. Dadurch erhielt die Stadt nicht die erwartete Summe und sah sich genötigt, den Plan erneut zu revidieren, so daß schließlich nur noch 288 Wohnungen finanziert wurden. Die Stadt schien überhaupt bemüht zu sein, an allen notwendigen Stellen zugleich zu bauen. Mit einem Anfangsaufwand von nahezu 400 000 Mark begann der Bau eines Viehhofes, 200 000 Mark erhielt die Reichsbahngesellschaft zum Bau von Eisenbahnerwohnungen, mit 100 000 Mark beteiligte sich die Stadt an der Braunschweigischen Flughafengesellschaft, eine Volkslesehalle wurde geplant und genehmigt.

Finanzminister Dr. *Küchenthal* verfolgte die zahlreichen Bauvorhaben der Stadt mit Skepsis und Besorgnis, da er eine Konjunkturüberhitzung auf dem Baumarkt und, in Anbetracht der Kapitalknappheit, der vielen Schulden und der hohen Zinsen, spätere Zahlungsunfähigkeit der Stadt befürchtete. Deshalb erhob die Regierung Einspruch, als der Rat der Stadt eine erneute Anleihe bei der Staatsbank beschloß. Der Protest und der drohende Konflikt zwischen Stadt und Landesregierung ist verständlich, aber es erwies sich später, daß *Küchenthals* Warnungen vollkommen berechtigt und nicht von parteipolitischen Erwägungen bestimmt waren. Der Stadt muß aber auch zugutegehalten werden, daß z. B. ein Betrag von 120 000 Mark zum Umbau des Städtischen Krankenhauses dringend notwendig war. Der Bau einer modernen Berufsschule war allerdings schon wieder ein Gegenstand schulpolitischer Meinungsverschiedenheiten, weniger die Ausgaben für den Bahnhoofsneubau <sup>86</sup>.

Bei dem enormen Finanzbedarf bedeutete die *Steuerpolitik* ein besonders heißes Eisen, an dem Politiker und Parteien sich die Finger verbrennen konnten. 1926 löste die regierende Rechte ihr Versprechen ein, die Land- und Forstwirtschaft und die freien Berufe von der Gewerbesteuer zu befreien. Dafür besteuerte sie die bisher von der SPD mit Sonderrecht behandelten Genossenschaften, wodurch besonders die Konsumgenossenschaften getroffen werden sollten. Das war der Verhandlungspreis in den Vereinbarungen mit der Wirtschaftlichen Einheitsliste gewesen, die, wie erinnerlich, anfangs gegen diese Regelung gewesen war <sup>87</sup>. Aber die in der WEL vertretenen Kaufleute gaben ihre Bedenken auf, als die Gelegenheit geboten wurde, der Konkurrenz der Konsumgenossenschaften hierdurch entgegenzutreten. Weniger erfreulich für sie war es, daß die Landwirtschaft Grundsteuererleichterungen bekam, während der städtische Grundbesitz stärker belastet wurde. An der Steuerpolitik zerbrach schließlich die Regierungsfraktion der PAG, als sich die Abgeordneten der WEL nach spannungsreichen und öffentlichen Auseinandersetzungen mit der Mehrheit der Fraktion von ihr trennten. Auch diese poli-

---

<sup>86</sup> Angaben über die Stadt Braunschweig aus dem Verwaltungsbericht der Stadt für die Zeit vom 1. April 1926 bis zum 31. März 1933.

<sup>87</sup> Im Mai 1927 lehnte die WEL das Gewerbesteuergesetz zunächst ab, stimmte dann aber zu, als dafür eine Erhöhung der Hauszinssteuer bewilligt wurde, die eine Mieterhöhung von 4 % bedeutete. Hinter der Politik der WEL standen einflußreiche Kreise der Handelskammer, die schon auf der Vollversammlung am 12. 4. 1926 einen Beschluß gegen die Befreiung der Landwirte und freien Berufe von der Gewerbesteuer durchgesetzt hatten.

tische Krise des Jahres 1927, von der noch zu sprechen sein wird, war eine Folge der wirtschaftlichen Entwicklung. Die Konzentration des Kapitals auf der einen und die Existenzkrise nicht-konzerngebundener oder nicht-kartellgesicherter Gewerbebetriebe trieb den Mittelstand zwischen die politischen Fronten, die sich bedenklich verschärften, als das Jahr 1927 einerseits außenpolitische Erfolge Stresemanns, andererseits aber auch gefährliche innerpolitische Differenzen erkennen ließ.

Ende 1927 ging die schwarz-weiß-rote Ära in Braunschweig zu Ende; am 27. November entschied sich die Mehrheit der Bevölkerung gegen das Bürgertum für eine *sozialistische Regierung*. Trotz intensiver Bemühungen war es dem Bürgerbund auch diesmal wieder nicht gelungen, eine Bürgerliche Einheitsliste, den Lieblingsgedanken Roloffs, zu verwirklichen.



11. Landtagswahl 1927: Die bürgerlichen Parteien in der sozialdemokratischen Karikatur



Die NSDAP lehnte noch immer sogar eine Listenverbindung mit bürgerlichen Parteien ab und mußte auf Weisung der Reichsparteileitung absoluten Alleingang wagen. Wegen der Stresemannschen Außenpolitik und der grundsätzlichen Einstellung zur Republik traten DNVP und DVP getrennt vor die Wähler; die Wirtschaftliche Einheitsliste, die sich wegen grundsätzlicher Meinungsverschiedenheiten 1927 von der Landtagsfraktion der Parlamentarischen Arbeitsgemeinschaft abgespalten hatte, kandidierte auch nicht mehr geschlossen, weil sich der Vertreter des Haus- und Grundbesitzervereins, Frede, um die Steuergesetzgebung mit den drei anderen Mittelständlern überwarf und nun mit einer eigenen Liste auftrat. Da bei dieser Wahl fast genau so viel Stimmen abgegeben wurden wie 1924, läßt sich leicht überblicken, in welcher Weise sich die Kräfteverhältnisse verschoben: Unverändert blieb die KPD, die wieder mit ihren beiden Abgeordneten Gmeiner und Winter im neuen Landtage erschien. Offensichtlicher Sieger war diesmal die Sozialdemokratische Partei, die von den nicht ganz 278 000 abgegebenen Stimmen 128 000 erhielt, das waren rund 25 000 Stimmen und 5 Mandate mehr als 1924, so daß sie jetzt mit 24 Abgeordneten genau die Hälfte des Landtages ausmachte. Die DDP rettete trotz des Verlustes von etwa 2000 Stimmen ihre beiden Mandate. Die Deutschnationale Volkspartei ging mit den schwersten Verlusten aus der Wahlschlacht, verlor sie doch nahezu 50 % ihrer Stimmen und Mandate, so daß sie künftig mit nur noch 5 Vertretern hinter der Volkspartei lag, die zwar 8000 Stimmen, aber nur ein Mandat einbüßte. Einen beträchtlichen Teil dieser bürgerlichen Stimmen eroberten die Gruppen der alten Wirtschaftlichen Einheitsliste — jetzt Wirtschaftsverband —, die fast genau den Erfolg von 1924 wiederholen und 4 Abgeordnete ins Parlament schicken konnte. Es müssen aber noch 12 000 Stimmen dazugerechnet werden, die Fredes Haus- und Grundbesitzverein auf sich vereinigen konnte, so daß jetzt 6 Vertreter des alten Liebold-Blockes zwischen der SPD und den beiden großen Rechtsparteien saßen. Die politische Tendenz der beiden Grundbesitzervertreter, Frede und Schmelzkopf, zeigte sich darin, daß sie sich als Hospitanten der Fraktion der DVP angeschlossen, während die vier Abgeordneten des Wirtschaftsverbandes Anfang 1929 mit den beiden Demokraten eine *Fraktion „Gemeinschaft der Mitte“* (GdM) bildeten.

Aller Wahrscheinlichkeit nach hatten die beiden großen Rechtsparteien durch die Steuerpolitik, vor allem durch die Belastung des städtischen Grundbesitzes (Hauszinssteuer), in den Klein- und Mittelstädten Wähler des bürgerlichen Mittelstandes enttäuscht. In Bad Harzburg, Braunlage, Seesen, Schöningen, Holzminden und anderen Städten errang die Haus- und Grundbesitzerliste ihre Erfolge weitgehend auf Kosten der Deutschnationalen<sup>88</sup>. Nach wie vor stellte das Bürgertum der Mittel- und Kleinstädte auch die Gefolgschaft des Wirtschaftsverbandes, die zu ihren Vertretern jetzt den Syndikus der Handelskammer Braunschweig, Dr. Heinrich Wachler, zählte. Seine Kandidatur werteten viele Kaufleute und Gewerbetreibende als ein deutliches politisches Engagement der

<sup>88</sup> In Holzminden erhielt die DNVP 382 Stimmen, die Liste der Haus- und Grundbesitzer 436, die DVP 1 022. Stadoldendorf: DNVP = 83, HUG = 123, DVP = 365.

Kammer, obwohl auch die Deutsche Volkspartei, z. B. in der Person des ehemaligen Landtagspräsidenten Heinrich Wessel oder ihres Ehrenvorsitzenden, Geheimrat Schmidt, prominente Mitglieder der Handelskammer in der ersten Reihe aufwies.

Die Zusammensetzung des neuen Landtages spiegelte eine bemerkenswerte Änderung in der politischen Sozialstruktur des Landes wieder: Die Sozialdemokraten waren offensichtlich jetzt auch in Bereiche des Mittelstandes eingebrochen, dem eine Reihe ihrer Abgeordneten zuzurechnen waren, so die Lehrer Sievers, Rieke und Schulz, der Kaufmann Rudolf Löhr, die Angestellten Wilhelm Jasper (Gandersheim), Heinrich Siems (Langelsheim) und Albert Rohloff (Holzminden). In dem Oberinspektor Burggold konnte sogar die mittlere Beamtenschaft einen ihrer Vertreter in der SPD wiederfinden, die unter ihren Abgeordneten kaum noch Arbeiter aufwies. Die Deutschnationalen blieben fortan auf die konservative Landwirtschaft und Teile des gehobenen Bürgertums, vor allem in der Landeshauptstadt angewiesen, das aber auch zu großen Teilen der Volkspartei anhing, deren Wähler vorwiegend aus Industrie, Handel und Beamtenschaft stammten. Die NSDAP konnte trotz Hitlers persönlichem Auftreten im Wahlkampf gegenüber 1924 keine nennenswerten Fortschritte verbuchen, aber mit rund 10 000 Stimmen hätte sie um Haaresbreite einen zweiten Landtagssitz erstritten, wie es das vorläufige Ergebnis unmittelbar nach der Wahl schon errechnet hatte, nach dem der SPD nur 23 Plätze zugerechnet wurden. Mit dem Obersteuersekretär *Franz Groh* schickte Hitler aber einen Mann in das Landesparlament, der die Chancen seiner Partei erkannte und so zu nutzen verstand, daß er durch seine Wirksamkeit in der Opposition den sensationellen Durchbruch von 1930 entscheidend vorbereitete. Der Angriff zielte auf die bürgerliche Mitte zwischen den alten Fronten, die nun mit ihren insgesamt 8 Abgeordneten eine ausschlaggebende Rolle zu spielen begann. Das Wahlergebnis wäre aber unvollständig wiedergegeben, wenn nicht erwähnt würde, daß im Lande nahezu 50 000 Wähler der Urne fernblieben. Da die Bevölkerung der Landeshauptstadt aber zu 84 % wählte, blieb im Lande eine Wahlreserve von über 30 000, die wiederum weniger in den Dörfern als in den kleinen und mittleren Städten und hier vor allem im Kleinbürgertum zu suchen sind, aus dem die Bevölkerung hier fast ausschließlich bestand. Hier aktivierte die NSDAP in den nächsten Jahren eine neue Wählerschicht. Der NS-Abgeordnete Groh stimmte noch 1928 für den sozialdemokratischen Etat, 1929 und 1930 aber prangerte er jeden Bürgerlichen, der dasselbe tat, unnachsichtig vor dem Landtage und in der Öffentlichkeit als Marxistenfreund an, ein bezeichnendes Symptom der seit 1928 eingeleiteten Schwenkung Hitlers, der den Angriff nicht mehr links auf die Arbeiterschaft, sondern in der Mitte auf das Bürgertum ansetzte.

Am 14. Dezember 1927 begrüßte Groh die neue sozialdemokratische *Regierung Jasper-Steinbrecher-Sievers*: „Die Sozialdemokratie mag nun regieren! Hier sind keine Hindernisse für die Sozialdemokratie. Die Sonne wird also bald über Braunschweig leuchten. (Schallende Heiterkeit.) Sollte es anders kommen, so können Sie davon überzeugt sein, daß ein Beobachtungsposten da ist, der die Öffentlichkeit darüber aufklären

wird, warum es nicht so gekommen ist ... Meine Damen und Herren, Sie müssen sich klar darüber sein, daß wir Nationalsozialisten überhaupt nicht in eine der versteinerten Parteiformen hineinzubringen sind. Braunschweig hat eine Rechtsregierung gehabt, es wird heute eine Linksregierung bekommen. Es ist gut so, denn das Volk wird sehen, daß es weder von der einen, noch von der anderen Seite etwas zu erwarten hat ...“ Groh machte also kein Geheimnis aus der Taktik der NSDAP, die Hitler 1930 in Braunschweig noch einmal darlegte, daß nämlich Bürgertum und Sozialisten „in unversöhnlichem Kampfe“ sich gegenüberständen und die NSDAP mit einem neuen Ideal zwischen die Fronten treten werde. Aber 1927 lösten Grohs Voraussagen eher Heiterkeit als Besorgnis im Landtage aus.

Die sozialdemokratische Fraktion sah sich gezwungen, ohne absolute Mehrheit zu regieren, weil die Kommunisten nur eine eindeutig sozialistische Politik zu unterstützen bereit waren, die sie von der Mehrheit der SPD nicht erwarteten. Heinrich Rönneburg, der übrigens wenig später zugunsten seines Reichstagsmandates wieder aus dem Landtage ausschied, lehnte für die Demokratische Partei eine grundsätzliche Unterstützung der SPD-Regierung mit der Begründung ab, daß die SPD 1922 eine Große Koalition mit dem Bürgertum preisgegeben habe, um sich mit der radikalen USPD zu vereinigen. Sachliche, aber rücksichtslos kritische *Opposition* meldete der Hauptsprecher der Rechtsparteien, Professor Roloff, an, insbesondere „scharfe Beobachtung der Personalpolitik“ und der Wirtschaftspolitik. Es sei ergänzt, daß die abgetretenen „überparteilichen Fachminister“ Marquardt und von Grone jetzt als Vertreter ihrer Parteien zur personellen Stütze der Opposition gehörten. Auf der Regierungsseite entwickelte sich Thielemann zum geschicktesten und gefürchtetsten Sprecher der Fraktion, seit Grotewohl den braunschweigischen Landtag verlassen hatte. In der Regierung ergriff aber *Hans Sievers* unverzüglich die Initiative, der von Sozialismus etwas verstand, da er in allen drei sozialistischen Parteien aktiv gewesen war, zuerst in der USPD, dann in der KPD und nun in der SPD. Getreu der Parole des Innenministers Steinbrecher — „Reden Sie, was Sie wollen, wir handeln“ — ging Sievers als Kultus- und Justizminister ans sozialistische Werk.

Schon im Februar 1928 legte er dem Hause ein Gesetz über die staatliche Beaufsichtigung und Verwaltung des Unterrichtswesens vor, um dadurch die gesamte Schulverwaltung als Staatsbehörde einheitlich durchorganisieren zu können. Da er hierfür zuverlässige Beamte brauchte, ernannte er den Landtagsabgeordneten Kuno Rieke zum Regierungsrat im Kultusministerium und am 1. April 1928 20 neue Schulräte, nachdem die Schulaufsichtsbezirke neu aufgeteilt und einige auch neu eingerichtet worden waren. Besonders der frühere Kultusminister Marquardt gab der Empörung der Opposition darüber Ausdruck, daß mehrere dieser Schulräte Dissidenten waren, obwohl seiner Meinung nach über die verfassungsmäßig garantierten christlichen Schulen nur christliche Beamte die Aufsicht führen dürften. Sievers hatte nämlich den Marquordtschen Schulerlaß aufgehoben und griff auf die alten Formulierungen des Grotewohlschen und des Jasperschen Schulerlasses zurück. Der Sieverssche Erlaß hat später im Wahlkampf 1930 eine beherrschende

Rolle gespielt, ebenso die Sieverssche Personalpolitik. Schon damals setzte sich übrigens Sievers mit Erfolg bei seiner Fraktion für einen Gesetzentwurf zur verbindlichen Einführung eines 9. Volksschuljahres ein, aber es sollte erst 34 Jahre später einem der damals von Sievers neu ernannten Schulräte gelingen, diesen Plan zu verwirklichen, nämlich Richard Voigt. Zu den ersten Maßnahmen des neuen Kultusministers gehörte auch der Erlaß, daß Schulgeldfreiheit zu gewähren sei, wenn das Einkommen der Eltern 3000 Mark im Jahr nicht überstieg.

Im Juni 1928 stapelte die Regierung ein ganzes Paket von neuen Gesetzen auf den Tischen der Abgeordneten: ein neues Staatsbeamtengesetz, Änderungen zum Polizeibeamtengesetz, eine Abänderung zum Betriebsrätegesetz und ein Beamten-Besoldungsgesetz, dem kurz darauf ein Lehrer-Besoldungsgesetz folgte. Da in ihm der Volksschullehrer auf die Stufe etwa zwischen Inspektor und Oberinspektor angehoben wurde, brachte es der braunschweigischen Lehrerschaft eine für damalige Verhältnisse beispielhaft gute Besoldung. Die höhere Beamtenschaft allerdings fühlte sich gegen die „persönliche Herabsetzung“ herausgefordert, die sie darin erblickte, daß sie gegenüber der Besoldung der Reichsbeamten in Braunschweig schlechter wegkam. Ihre „tiefe Erregung“ drückte sie in Protestkundgebungen aus, von der bürgerlichen Landtagsopposition als willkommene Unterstützung in den Debatten gebührend hervorgehoben. Im Zusammenhang mit dem Staatshaushalt änderte die sozialdemokratische Regierung auch die Steuergesetze, indem sie die freien Berufe wieder in die Gewerbesteuer einbezog, den Genossenschaften aber die alten Vorrechte wieder einräumte. Allerdings erhielt dieses Gesetz die erforderliche Mehrheit nur dadurch, daß bei der Schlußabstimmung vier Abgeordnete der Rechtsparteien fehlten und so die Vorlage mit 24 gegen 20 Stimmen die sonst unüberwindliche Hürde nehmen konnte. Die erbosten Abgeordneten des Wirtschaftsverbandes überhäuften in der Öffentlichkeit die DNVP und die DVP mit Vorwürfen, durch ihre Lauheit dem Bürgertum diesen Schaden zugefügt zu haben.

Am 16. Oktober 1928 gab eine Große Anfrage der Deutschen Volkspartei zur *Personalpolitik* das Zeichen zum ersten parlamentarischen Großangriff. DVP-Vorsitzender Albert Brandes begründete: „Sie sehen nicht auf besondere Eignung und Tüchtigkeit . . ., sondern Sie nehmen lediglich diejenigen, die in der Partei eine besondere Rolle spielen. Lediglich aus diesem Grunde wird die Verleihung von Ämtern und Beförderung ausgesprochen. Das diskreditiert auch das parlamentarische System, und Sie werden sich, wenn Sie dieses System fortsetzen, nicht wundern dürfen, daß der Kampf gegen dieses parlamentarische System immer stärker wird.“ Brandes führte dann eine stattliche Reihe von Beispielen an, die nicht den Eindruck erweckt, daß seine Besorgnis völlig unbegründet war, durch solche Politik den Gegnern der Republik Vorschub zu leisten. Zwar waren die 20 neuen Schulräte keineswegs alle Sozialdemokraten, aber einige von ihnen, wie z. B. Voigt, übersprangen bei dieser Beförderung die Stelle eines Rektors, und dieser Vorzug wurde offenbar nur SPD-Mitgliedern zuteil.

*Mutter, schütze  
Dein  
Kind!*



*Die Roten  
vergiften seine Seele,  
helfen kann nur  
die bürgerliche Einheitsliste!  
Denke daran am 14. Sept.  
Liste Nr. 22*

Im Bereich der neuen akademischen Lehrerbildung gab der sozialdemokratische Pädagoge Professor Riekel Grund zu Zweifeln in seiner menschlichen und fachlichen Eignung, bei den neuen Dozenten Jensen und Paulsen werden sich aber später auch manche Kritiker überzeugt haben, daß ein Parteibuch fachliche Qualifikation nicht ausschließt, der neue Soziologe, Professor Dr. Theodor Geiger, erwarb sich sogar internationalen Ruf. Als ebensowenig begründet erwies sich die Kritik an der Ernennung des Zoologen Dr. von Frankenberg zum Direktor des Naturhistorischen Museums, der sich auch später als Professor an der T. H. bewährte, obwohl er als früherer Pressedirektor der sozialdemokratischen Regierung und als SPD-Politiker hervorgetreten war. Die bürgerliche Regierung hatte schließlich mit Dr. Roloff auch keinen unqualifizierten Akademiker zum Professor ernannt. Der Fall Riekel genügte aber voll und ganz, die Hochschulpolitik des Kultusministers fragwürdig erscheinen zu lassen.

In dem Sieversschen Ressort des Justizministeriums mißfiel der Opposition die Beförderung des jungen sozialdemokratischen „Starjuristen“ Dr. Curt Staff, aber an seiner fachlichen Eignung war kaum zu zweifeln, ebensowenig wie an den Fähigkeiten des Rechtsanwaltes Dr. Kopfstein aus Seesen, den Sievers zum Landgerichtsrat ernannte. Nach außen stellte Brandes das Argument in den Vordergrund, man habe keinen Rechtsanwalt gebraucht, da tüchtige Beamte vorhanden gewesen seien. Die schwersten Angriffe gegen die Ernennung Kopfsteins gründeten sich aber zweifellos auf die Tatsache, daß er Jude war, obwohl außer von nationalsozialistischer Seite nicht offen davon gesprochen wurde. Sievers rechtfertigte die Personalveränderungen in der Justiz vor dem Landtage, indem er erklärte, eine Republik brauche republikanische Beamte: „Wir haben in Braunschweig 108 Richter. Mehr als 8 werden nicht darunter sein, die entschiedene, erklärte Republikaner sind, die anderen 100 schwimmen bei den Rechtsparteien. Meine Damen und Herren, das ist keine Zusammensetzung der Richterschaft, wie sie das Volk auf die Dauer ertragen kann . . .“ Aber Sievers, der nach seinem Versuch mit dem Kommunismus die Vorzüge der Republik erkannt hatte, als SPD und USPD sich vereinigten, wollte nicht nur in der Justiz republikanische Beamte sehen: „Auf die Dauer wird man dem Volke nicht vorenthalten können, daß es in der Republik von republikanischen Beamten gerichtet und verwaltet wird, und was in meiner Kraft steht, das republikanische Element in der Verwaltung und in der Justiz zu verstärken, das wird geschehen.“ Welches allerdings die Kennzeichen eines „republikanischen Beamten“ seien, blieb dunkel, die Opposition glaubte schließen zu müssen, daß republikanisch gleichbedeutend sei mit sozialdemokratisch. Die alte Beamtenschaft war mit ihrer durchweg konservativ-nationalen Grundhaltung gewiß keine zuverlässige Stütze der Republik, doch traf es nicht die Wahrheit, wenn Sievers alle, die zu den Rechtsparteien neigten, als Feinde der Republik wertete. Einer der von Sievers geförderten republikanischen Juristen, Curt Staff, äußerte selbst die Ansicht, daß die braunschweigische Beamtenschaft „nicht als weitgehend republikfeindlich“ bezeichnet werden konnte, vielmehr sei ihr Denken durch das Idealbild einer aufgeklärten Monarchie bestimmt gewesen, in dem Recht und Gerechtigkeit als

heilige Güter geachtet wurden. Politisch praktikabel ist jedenfalls der Begriff des „republikanischen Beamten“ nicht <sup>89</sup>.

Die Motive der Sieversschen Personalpolitik mögen verständlich sein, doch haben die überstürzten Ernennungen von Parteigängern der SPD wesentlich dazu beigetragen, die Bürgerlichen für die Parolen der NSDAP reif zu machen. Dabei dürften die meisten dieser Persönlichkeiten durchaus integer gewesen sein, und selbst Otto Grotewohl, der am 10. Oktober 1928 Präsident der Landesversicherungsanstalt wurde, gab wenig Anlaß zur Kritik an seiner Amtsführung. Besonders verbittert reagierte die Opposition auf die Besetzung der Kreisdirektionen, die schon früher umstritten war, als im Zuge der Stahlhelm-Bereinigungen nach dem Rathenau-Mord die Kreisdirektoren Floto und Pini abgesetzt und später von der Regierung Marquardt wieder eingesetzt wurden. Die Stelle eines Kreisdirektors galt als Beamtenstelle für Juristen, allerdings durchaus mit politischen Akzenten, nun aber ernannte die Regierung ausgeprägte Politiker, so den früheren SPD-Minister Schelz — Schriftsetzer, später Bürgermeister in Schöningen (damals eine Beamtenstelle) — zum Kreisdirektor in Gandersheim, später die Landtagsabgeordneten Erdmann (Kreis Braunschweig), Rohloff (Gandersheim) und Rieke (Blankenburg). Zu diesen in den Bereich des Innenministers Steinbrecher fallenden Ernennungen kam noch die Versetzung der Landtagsabgeordneten Hulda Graf in das Landesjugend- und Fürsorgeamt und damit ihre Ernennung zum Landesbeamten, nicht zuletzt aber auch die Berufung des ehemaligen Pfarrers und späteren Dissidenten Dr. Eberlein zum Direktor der Landeserziehungsanstalt Bevern, dem die Volkspartei durch Brandes und Frau Tilla von Praun nicht nur seine Parteizugehörigkeit, sondern auch eine nicht einwandfreie Moral vorwarf. Eberlein war schon früher von Steinbrecher nach Bevern geholt, dann aber von der Regierung Marquardt im Angestelltenverhältnis so behandelt worden, daß er das Land wieder verließ. Er fiel wie alle anderen Genannten der von der NSDAP angekündigten Säuberung zum Opfer, zumal die Nationalsozialisten sich darauf verstanden, mit infamer Verleumdung charakterliche Verfehlungen zu konstruieren.

Obwohl Jasper, Steinbrecher und Sievers viele Angriffe als unberechtigt zurückweisen konnten, wird man dieser überstürzten Personalpolitik den Vorwurf bedenklicher Parteibuchwirtschaft nicht ersparen können. Die z. T. radikal durchgreifende „Säuberung“, die dann 1930/31 Bürgerliche und Nationalsozialisten gemeinsam durchführten, wurde zweifellos auch von vielen bürgerlichen Gegnern der Sozialdemokratie als verdiente Antwort auf die Politik der vorangegangenen Jahre empfunden und trotz allen Unbehagens an den Methoden als gerechtfertigt angesehen, auch von Männern, die nicht ahnen konnten, daß sie selbst gemeinsam mit diesen Sozialdemokraten in Konzentrationslagern leiden würden. Die konservativen Kreise des Bürgertums glaubten ferner irrigerweise, in den Nationalsozialisten Bundesgenossen in ihrem Kampf gegen die angeblich religions-

---

<sup>89</sup> Curt Staff, jetzt Oberlandesgerichtspräsident in Frankfurt a. M., in einem persönlichen Brief an den Verfasser, in dem er die oben zitierten Äußerungen Sievers' kommentierte.

feindliche Schulpolitik der Sozialdemokraten gefunden zu haben. Die Aufhebung des Marquordtschen Schulerlasses durch den sog. Sieversschen Schulerlaß leitete nämlich einen kleinen Kulturkampf ein, der sicher wesentlich zu dem Wahlergebnis von 1930 beigetragen hat. Sievers richtete Weltanschauungsschulen und Klassen für religionsfreien Unterricht ein, für die auch dissidentische Lehrer eingestellt wurden. Die Rechtsopposition wandte sich an die Reichsregierung, um mit ihrer Hilfe den christlichen Grundcharakter der braunschweigischen Schulen wiederherzustellen. Sie nutzte dabei den für sie glücklichen Umstand, daß zu dieser Zeit der Deutschnationale von Keudell das Innenministerium betreute, in dessen Namen die Reichsregierung im Mai 1929 die Klage gegen den Sieversschen Schulerlaß beim Reichsgericht einreichte. Aber kurze Zeit später wurde v. Keudell durch den Sozialdemokraten Severing abgelöst, der die Klage zurückzog und die Angelegenheit durch Verhandlungen mit Braunschweig bereinigen wollte. Severing, der verständlicherweise auf seiten der braunschweigischen Regierung stand, war auch sonst von den schulpolitischen Leistungen seines Parteifreundes Sievers überzeugt und förderte das von ihm errichtete Internationale Institut für Erziehungswissenschaften, dessen Leiter Professor Riekel wurde. Severing erschien zur Einweihung des Instituts, das im Haus „Salve Hospes“ untergebracht wurde, hielt die Festansprache, wurde zum Ehrendoktor der Technischen Hochschule promoviert und versprach eine nennenswerte finanzielle Unterstützung, die dann infolge der finanziellen Lage in der beginnenden Weltwirtschaftskrise allerdings ausblieb. Geblieben ist bis zur Aufhebung der achten Abteilung der Technischen Hochschule das Promotionsrecht innerhalb der Lehrerausbildung, das Sievers aus Anlaß der Institutseinweihung am 2. Februar verlieh.

Der große Wurf des Jahres 1929 war das *Berufsschulgesetz*, das den Staat zum alleinigen Träger des Berufsschulwesens machte. Die Ablösung der alten Fortbildungsschulen und die Ausdehnung der Berufsschulpflicht bis zum 18. Lebensjahr bedeuteten zweifellos die Verwirklichung längst erkannter pädagogischer Notwendigkeiten, aber der Staat übernahm nun das alleinige Aufsichtsrecht, während er den Gemeinden und Kreisgemeindevverbänden den größten Teil der Kosten überließ. Sie mußten jetzt die Personalkosten zur Hälfte und die sachlichen Lasten sogar allein tragen. Dafür wurden die Gemeinden mit drei Vertretern in die neu eingerichteten Schulvorstände aufgenommen, was aber auch von sozialdemokratischen Gemeindevorstehern nicht als gleichwertiger Ausgleich für die starke finanzielle Belastung empfunden wurde, da die Regierung auch die den Gemeinden zustehenden Steueranteile weitgehend zentral verwaltete. Der Landesanteil an der Einkommen- und Körperschaftssteuer wurde zu nur 13 % an die Landgemeinden und Kreisgemeindevverbände weitergegeben, 62 % behielt das Land für sich, auch die Hauszinssteuer verblieb zu  $\frac{2}{3}$  nicht zweckgebunden in der Staatskasse. Die Opposition berechnete den Gesamtausfall für die kommunalen Kassen durch die neue Steuerverteilung auf 3,3 Millionen, eine Summe, die vielleicht nicht ganz korrekt berechnet, aber propagandistisch außerordentlich wirksam auf dem Lande genutzt wurde. Der sozialistische Zentralismus, die Neigung zu weltanschaulichen Experimenten auf Kosten der kommunalen Freiheitsrechte — all das ließ sich damit eindrucksvoll belegen.



Auch der Plan des Justizministers Sievers, die Amtsgerichtsbezirke neu zu ordnen, erregte großes Aufsehen in den betroffenen Ämtern, als er im November 1928 unter dem bedeutsamen Namen „*Justizreform*“ bekannt wurde. Dahinter verbirgt sich allerdings lediglich der Gedanke, einige Amtsbezirke aufzuheben und den Nachbarämtern zuzuschlagen. Betroffen waren vor allem die Amtsgerichte Ottenstein und Lutter am Barenberge, die gegen den Protest der dortigen Justizbeamten und ihres Anhangs im Dorf aufgehoben werden sollten. Die Gemeinde Ottenstein im äußersten Winkel westlich der Weser fürchtete allen Ernstes schweren wirtschaftlichen Schaden, wenn die Bevölkerung der Umgebung nicht mehr dorthin zum Amte käme und die Beamten und Angestellten des Gerichts dort nicht mehr wohnten. Die Wellen schlugen hoch, in der Presse, in Versammlungen, auch im Landtage, aber es ist nicht festzustellen, daß die Sieverssche Reform für das Land oder die Bevölkerung auf die Dauer schwere Nachteile gezeitigt hat. Auch eine weltanschauliche Programmatik läßt sich in den Maßnahmen nicht erkennen.

Am 7. und 8. Februar 1929 entlud sich der Zorn der Opposition über die gesamte Politik des Jahres 1928 in der Haushaltsdebatte. Der ehemalige Finanzminister v. Grone und Professor Dr. Roloff überzeugten mit ihrer Kritik die schwankende Mitte so sehr, daß die Regierung für ihren Etat keine Mehrheit erhielt. Da die Regierung erst Ende 1927 ihre Aufgaben aus der Hand ihrer bürgerlichen Vorgänger übernommen hatte, bedeutete die Ablehnung des Haushaltes für 1928 durch die Opposition nur eine politische Grundsatzentscheidung, ohne daß die Regierungspolitik im einzelnen hätte kritisiert werden können. Außerdem übernahm Finanzminister Dr. Jasper eine Staatskasse, die durch die Tätigkeit seines deutschnationalen Vorgängers in ihrer Bilanzstruktur festgelegt war. Der letzte bürgerliche Etat des Jahres 1927 schloß im ordentlichen Haushalt mit etwa 50,2 Millionen Mark Einnahmen und etwas über 53 Millionen Mark Ausgaben, also mit einem Defizit von knapp 3 Millionen. Die Einnahmen bestanden zu 20,37 Millionen aus den Anteilen an Reichssteuern und zu 13 Millionen aus den Landessteuern. Auf der Ausgabenseite waren 1927 0,864 Millionen für die Tilgung der in den Vorjahren aufgelaufenen Schulden veranschlagt. Der außerordentliche Haushalt umfaßte 1927 knapp 7 Millionen Reichsmark.

Die bürgerliche Regierung hatte während ihrer Amtszeit ernste Versuche unternommen, die Ausgaben für die Staatsverwaltung zu reduzieren, da sie nicht mit einem Apparat arbeiten wollte, den ihre Politiker zuvor als zu aufwendig kritisiert hatten. Aber erst im letzten Amtsjahre legte sie eine von Sachverständigen ausgearbeitete Sparsendenschrift vor, die erhebliche Veränderungen in allen Behörden des Landes ankündigte. Es muß zwar fraglich erscheinen, ob tatsächlich nennenswerte Summen gespart worden wären, hätte die Regierung Marquardt die Maßnahmen noch durchführen können, aber sie trat mit dem Beweis von der Bühne ab, daß es ihr ernst gewesen sei mit Sparen.

Wenn im Jahre 1928 der Posten Schuldentilgung auf 2,654 Millionen anstieg, dann war diese Summe noch ein Erbe der früheren Finanzpolitik. Jasper hat allerdings niemals behauptet, daß seine Vorgänger die Anleihebeträge in unverantwortliche Höhe getrieben

hätten. Auch ließ die Konjunkturlage 1928 noch weitere Investitionen durch Anleihen als gerechtfertigt erscheinen, aber die SPD-Regierung erhöhte den außerordentlichen Haushalt um mehr als das Doppelte, nämlich auf fast 15,7 Millionen. In den folgenden Jahren zwang dann jedoch die rückläufige Konjunktur der beginnenden Weltwirtschaftskrise, den außerordentlichen Haushalt wieder energisch zu drosseln: schon 1929 wurde er auf 7,3 Millionen reduziert und umfaßte im Krisenjahr 1930 nur noch etwa 2 Millionen Mark.

Die allgemeine Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse zeigt sich am besten darin, daß die Steuereinnahmen für das Jahr 1928 um nahezu 6 Millionen Mark höher eingeschätzt werden konnten als im Vorjahr. Der Anteil der Reichssteuern stieg um rund 2,2 Millionen auf 22,59 Millionen, das Aufkommen aus Landessteuern um etwa 3,7 Millionen auf 16,765. Das bedeutete also: Weitere Mehreinnahmen durch Steuererhöhungen! Ob gerechtfertigt oder nicht — die Opposition griff jede Steuererhöhung verständlicherweise an, zumal der ordentliche Haushalt auf beiden Seiten um rund 7 Millionen Mark erhöht wurde: 57,45 Millionen Mark Einnahmen und 60,76 Millionen Mark Ausgaben. 4,2 Millionen Mark erforderte die Erhöhung der Beamten- und Lehrerbefoldung, so daß die Opposition behaupten konnte, die Sieverssche Bevorzugung der Volksschullehrer komme das Land zu teuer. Dagegen mußte es im Interesse der gesamten Wirtschaft liegen, wenn statt bisher einer Million jetzt 3 Millionen für den Bau des Mittellandkanals eingesetzt wurden. 7,5 Millionen Mark wurden 1928 für Wohnungsbauten veranschlagt, dazu kamen noch für andere Bauten 1,2 Millionen Mark aus dem ordentlichen und 2,57 Millionen aus dem außerordentlichen Haushalt.

Einen beträchtlichen Teil der *Bauvorhaben* kam auf das Konto der Landeshauptstadt, die u. a. 16 % des Landesanteiles aus der Einkommen- und Körperschaftssteuer erhielt. Außerdem hatte die sozialdemokratische Mehrheit im Landtage ein Drittel der Hauszinssteuer an die Kommunen verteilt, die damit nur Wohnungen bauen durften. Die Stadt Braunschweig beschloß schon 1927 den Bau einer neuen Berufsschule und plante ein Hallenschwimmbad, im März 1928 eröffnete sie den Städtischen Viehhof, gleichzeitig begann sie mit den Vorbereitungen zum Bau einer Jugendherberge und eines Jugendheimes, sie ließ einen Urnenfriedhof anlegen, Pläne für eine Öffentliche Bücherei und Lesehalle ausarbeiten und nahm im Februar 1928 den ersten Kraftwagen in der Müllabfuhr in Betrieb. Das größte Bauvorhaben der Stadt war aber nach wie vor das neue Nibelungenviertel, das im März durch Verlängerung der Linie 1 auch an das Straßenbahnnetz angeschlossen wurde. Im Juni 1928 genehmigten die Stadtverordneten die Aufnahme einer Auslandsanleihe von 264 500 Dollar, um die zahlreichen Aufgaben zu finanzieren, die von der Opposition nicht ohne Skepsis verfolgt wurden.

Politisches Kapital wußte aus dieser Lage im Jahre 1928 allein der nationalsozialistische Abgeordnete Groh zu schlagen, der durch seine Stellungnahme zum sozialdemokratischen Haushaltsplan 1928 zu erkennen gab, daß er zielbewußter als sein Vorgänger

---

<sup>90</sup> Am 7. 5. 1929 vor dem Landtag (Verhandlungen Sp. 2015).

Riese die Absichten Hitlers im Auge hatte: „Herr Minister Dr. Jasper sagte, als er über die Amortisationen und über die Zinslasten sprach, daß dies sehr, sehr bedenkliche Tatsachen seien, aber es seien ‚Naturnotwendigkeiten auf dem Boden der gegebenen Tatsachen‘. Auf dem Boden der gegebenen Tatsachen gehen wir zugrunde. Alle Parteien, die auf dem Boden der gegebenen Tatsachen stehen, beweisen damit, daß sie angstvoll wohlweislich eine Katastrophe hinausschieben wollen. Aber seien Sie überzeugt, Herr Minister, eines Tages wird gerade diese Katastrophe eine Naturnotwendigkeit sein . . . und dann wird abgerechnet werden mit denen, die so arbeiten, wie der Etat das hier zum Ausdruck bringt. Die letzte Entscheidung wird lauten: Fort mit dem Parlamentarismus! Fort mit dem System!“ Auf den Zwischenruf des Abgeordneten Thielemann, daß auch er, Groh, dann verschwinden müsse, erwiderte Groh: „Ich fasse meine Stellung hier nicht so auf wie Sie . . .“ Er meinte es zweifellos ernster, als es auch die Abgeordneten des Bürgertums verstanden, wenn er schloß: „Es bleibt als einziger Weg der Rettung die Schaffung eines nationalsozialistischen Staates, in dem die Grundsätze gelten ‚Gemeinnutz geht vor Eigennutz‘ und ‚Jedem das Seine‘“.

Als Anfang 1929 der zweite sozialdemokratische *Etat* vorlag, waren die Auswirkungen der Sieversschen Kulturpolitik bereits erkennbar. Die Ausgaben für Schule und Kultur beliefen sich 1927 auf etwas über 14 Millionen, das waren 27,7 % des Gesamtetats; unter Sievers stiegen sie auf über 19,5 Millionen im Jahre 1929 und auf nahezu 20,3 Millionen im Jahre 1930 (30,4 %). 1929 gab das gerade vorgelegte Berufsschulgesetz viel Stoff zu einer Diskussion über die Finanzlage des Landes ab, da der Hauptsprecher der deutschnationalen Opposition, Professor Roloff, nachzuweisen versuchte, daß angesichts der „im höchsten Grade erschreckenden“ Vermögenslage die finanzielle Substanz durch „unverantwortliche Experimente“ sozialistischer Programmpolitik gefährdet werde. In der Tat strapazierten die Bauvorhaben vor allem der Stadt Braunschweig den Kapitalmarkt ganz erheblich. Im Februar 1929 nahm das Land eine Staatsanleihe von 15 Millionen Goldmark auf, die zu 8 % verzinst werden mußte. Da das Grundvermögen der Braunschweigischen Staatsbank in diesem Zusammenhange um 2,5 Millionen Mark auf 5 Millionen erhöht werden mußte, war auch hierfür wieder ein Kredit erforderlich, dessen Tilgung und Verzinsung zusätzlich 331 250 Mark erforderte. Insgesamt waren 1929 etwa 27 bis 28 Millionen Mark alte und 13 bis 14 Millionen Mark neue Schulden (des Jahres 1929) zu tilgen, das bedeutete einen Betrag von jährlich über 3 Millionen Mark zur Verzinsung und Amortisation. Das Vermögen des Landes warf dagegen nur jährlich 300 000 Mark Zinsen ab. Die Regierung schätzte das mobile Staatsvermögen auf einen Wert von 30,6 Millionen (1929), aber der frühere Finanzminister von Grone rechnete ihr vor, daß davon 20 Millionen Mark Bauhypotheken und 2,1 Millionen als unbedingt notwendiges Inventar nicht liquide seien. Der immobile staatliche Besitz war nach seiner Auffassung überhaupt nicht schätzbar, da sein Wert von den Liquidationsmöglichkeiten auf dem jeweiligen Kapitalmarkt abhängig sei. Folglich reiche das Staatsvermögen zur Sicherung der Schulden nicht annähernd aus, die Regierung gebe sich einer gefährlichen Täuschung über die tatsächliche Lage hin und treibe ein gefährliches Spiel.

Auch der *private Kapitalmarkt* im Lande zeigte bedenkliche Tendenzen: 1927 zahlte die Braunschweigische Staatsbank 7,7 Millionen Mark Hypotheken aus, 1928 bereits 16,8 Millionen, so daß in diesem Jahre ein Gesamthypothekenbestand von 40,3 Millionen Mark verzeichnet wurde, der sich auf 5346 Posten verteilte. Private Wirtschaft und öffentliche Hand nahmen auch 1929 in verstärktem Maße Kredite in Anspruch, weil die Landtagsmehrheit in einem neuen Staatsbankgesetz die Sicherheitsleistungen für alle Körperschaften des öffentlichen Rechts, für einheimische industrielle Aktiengesellschaften, für staatliche Domänen und größere Landwirtschaftsbetriebe erleichterte. Danach brauchten die Körperschaften und Aktiengesellschaften fast keine Sicherheit mehr zu leisten, die Domänen erhielten bis zu 50 000 und die großen Landwirte bis zu 10 000 Mark ohne Sicherheitsleistung. Nun war aber der deutsche Kapitalmarkt selbst weitgehend auf Anleihen angewiesen, und zwar in starkem Maße auf kurzfristige. Nach einem Bericht, den Dr. Kehl von der Deutschen Bank im September 1929 vor dem Reichsverband der deutschen Industrie in Düsseldorf gab, betrugen die kurzfristigen Auslandskredite rund 7 Milliarden Mark, die langfristigen etwa  $7\frac{1}{3}$  Milliarden. Nach seinen (von der Handelskammer Braunschweig und auch in der Tagespresse veröffentlichten) Angaben verfügte demgegenüber die deutsche Wirtschaft im Ausland über nur rund 2 Milliarden Mark Guthaben, die als Liquiditätsreserve in Betracht kamen. Die kurzfristigen Kredite wurden zu einem Viertel durch Warenlieferungen für den Weltmarkt ausgeglichen, im übrigen brachte die deutsche Wirtschaft, nach Kehl, 1928 etwa 1 Milliarde Mark jährlich an Zinsen und etwa 2 Milliarden Mark an Reparationsleistungen auf. Wenn also die deutsche Industrie exportiere, gingen etwa 20 % des Ertrages wieder unmittelbar an das Ausland zurück. Das ist zwar ganz gewiß noch kein tödliches Symptom, aber in absoluten Zahlen ausgedrückt verfehlten solche Bilanzen ihre Wirkung weder in der Wirtschaft noch in der Politik, zumal weit mehr als die Hälfte der Auslandsanleihen an die öffentliche Hand gegangen war, die damit vor allem Bauten finanzierte, ohne schnell und unmittelbar zur Erhöhung der Exportleistungen beizutragen. Die deutsche Industrie, die zu 60 % mit Fremdkapital arbeitete, benötigte noch beträchtliche Kapitalien, um ihre Leistungen zu steigern, ihre Betriebe zu rationalisieren und die Exportquoten zu erhöhen. Ihr Investitionsbedürfnis wurde von Fachleuten auf etwa 10 Milliarden Mark pro Jahr geschätzt. Die wichtigste Folge des Bedarfs bei offensichtlichem Mangel an Kapital war die Tendenz, Großbetriebe in Aktiengesellschaften umzuwandeln.

In den Jahren 1924 bis 1929 wurden in Deutschland für fast 16 Milliarden Mark Wertpapiere, Anleihen und Aktien ausgeworfen, aber im gleichen Maße wuchs die Neigung der Regierung, den Staat durch einen progressiven Steuertarif am Kapitalertrag zu beteiligen. 1927 schütteten die deutschen Aktiengesellschaften im Durchschnitt 5,7 % des Nominalkapitals als Dividende aus, die Steuerleistung betrug aber bereits 7,9 %, abgesehen von der Einkommensteuer, die der einzelne Aktionär für die Dividende zu zahlen hatte. Die Vereinigung der braunschweigischen Arbeitgeberverbände machte auf ihrer Jahreshauptversammlung im April 1929 eine ähnliche Rechnung auf: die einheimischen Aktiengesellschaften könnten durchschnittlich nur 4 % Dividende ausschütten,

müßten aber 6,8 % Zinsen zahlen. Die Erhöhung der Grundsteuer durch die SPD-Regierung habe sich so ausgewirkt, daß ein Betrieb, der 1926 noch 17 825 Mark gezahlt habe, 1928 bereits 26 780 Mark habe aufbringen müssen. Die braunschweigische Industrie kritisierte ebenso wie der Reichsverband, daß die Reichsregierung neuerdings den Handel einseitig begünstige, indem für weite Kreise Umsatzsteuervergünstigungen gewährt würden. Das mache einen Verlust von rund einer halben Milliarde Steuereinnahmen der öffentlichen Hand aus, ein Betrag, der nun unmittelbar verbraucht werde und die Nachfrage auf dem Markt erhöhe. Die Produktion könne dieser Nachfrage nicht folgen, weil die hohen Grund- und Gewerbesteuern keine größeren Investitionen zuließen. Die Industrie forderte dagegen, die Gewerbe- und Umsatzsteuer zugunsten der Produktion zu senken.

Es ist ein Kennzeichen der Atmosphäre dieser Jahre, daß diese der Vernunft zugänglichen Finanz- und Wirtschaftsprobleme in der Diskussion der Partei- und Weltanschauungspolitik allzu leicht ihren sachlichen Charakter verloren. So blieb es nicht aus, daß die berechtigten Mahnungen der Industrie von der Linken als kapitalistische Interessenpolitik abgetan wurden. Andererseits nannte der deutschnationale Finanzexperte von Grone die Grundsteuersätze der SPD-Regierung eine „Enteignungssteuer gegenüber dem Großkapital“, während die von den Sozialdemokraten geförderten gemeinnützigen Bauvereinigungen von der Grundsteuerpflicht vollständig befreit seien. Der Angriff richtete sich auch gegen das von der Stadt Braunschweig begonnene Wohnblockprojekt, dessen Name „Bebelhof“ darauf hindeutete, daß hier ein Stück sozialistischer Wohnungspolitik getrieben werden sollte. Die Verquickung sachlicher Kritik mit ideologischem Mißmut zeigte sich in der Tat gerade an diesem — architektonisch übrigens mißlungenen und häßlichen — Bau, der bald in die Kapitalmisere der Wirtschaftskrise hineingeriet und Bürgerlichen wie Nationalsozialisten den Vorwand bot, gegen Dr. Jasper als Finanzminister und den sozialdemokratischen Oberbürgermeister Böhme vorzugehen, obwohl die Stadt bis 1929 von dem bürgerlichen Oberbürgermeister Dr. Trautmann regiert worden war.

Der deutschnationale Haushaltsexperte Roloff nutzte seine auf gründlicher Sachkenntnis beruhende Kritik an der *Finanzpolitik* der Regierung zu heftiger Polemik gegen den Dawes-Plan, der gerade zur selben Zeit auf der Pariser Sachverständigenkonferenz den Young-Plan abzulösen begann. Die Agitation der Deutschnationalen gegen Versailles, Dawes-Plan und Stresemann war überhaupt lebhafter geworden, seit kurz zuvor, im November 1928, Alfred Hugenberg ihr Reichsvorsitzender geworden war. Auch der Bürgerbund stimmte in den Ruf gegen die „Versklavungspolitik“ ein und unterstützte Unternehmungen wie die Großkundgebung gegen die Kriegsschuldlüge, die am 3. Februar 1929 im „Hofjäger“ stattfand. Roloff, zu dieser Zeit ein überzeugter Parteigänger Hugengebgs, brachte sich durch diese Polemik selbst zum Teil um den Erfolg, seine berechtigten Mahnungen von der Regierungsmehrheit beachtet zu sehen. In richtiger Einschätzung der ernsten Lage warnte er in seiner Haushaltsrede vor den katastrophalen Folgen, die zwangsläufig eintreten mußten, wenn plötzlich die kurzfristigen Kredite

# Vorwärts mit uns! Hinaus mit diesen!

**Braunschweiger!**  
Rechnet mit ihnen ab  
am 20. Mai!

**Braunschweiger!**  
Rechnet mit ihnen ab  
am 20. Mai!



**Das Verordnungsabteil des Reichs  
trifft die Verfassung.**

Reben und schreiben Sie, was Sie wollen; wir haben's ja schon.

Dadurch vertritt er die Verfassung, seine Macht brutal und kuppelnd auszuüben gegen alle Staatsbürger, die nicht sozialistisch sind.

Im Landtag erklärt er offen, daß er republikanisch gefasste Beamte politisch rechtshandeln werden.

Das ist die Verfassung zum Verfall, die in der Verfassung steht.

Künftige, bewährte Beamte werden gemindert, nur weil sie national gefasst sind.

Sozialistische Parteifunktionäre werden ohne Befehlsgewalt Regierungsämter, Polizeibehörden, Polizeischiefer u. d.

Der Steuerzahler muß diesen Unfug bezahlen.

Das ist sozialistische Kleinherrenhaft!

**Das Finanzabteil des Dr. Jasper  
nicht die Steuerzahler an.**

Den Wählern wurden Erleichterungen versprochen; durch erhöhte Steuern werden sie mehr belastet als vorher.

Dem Landwirt hat der sozialistische Hof gegen das Privateigentum eine Erhöhung der Grundsteuern befohlen.

Der Gewerbetreibende muß trotz verminderter Verdienstmöglichkeiten mehr Gewerbesteuer zahlen.

Die freien Berufe sollen ebenfalls Gewerbesteuer zahlen.

Den Beamten wird durch eine geringfügige Beförderungsbeförderung die Zustimmung zur Preisgabe der Beamtengrundrechte abgelehnt.

Die gesamte Wirtschaft im Lande steht sich durch die ungenutzten Neubefähigungen zu Betriebsbeschränkungen gezwungen.

Die Arbeiterklasse verliert Lohn und Brot.

Das ist sozialistische Kleinherrenhaft!

**Das Bildungsabteil des Reichs  
untergräbt das Schulwesen.**

Anstatt der bisherigen sechs werden 25 Schulbezirke geschaffen, für jeden ein hauptamtlicher Schulleiter angestellt. Den Schulbezirken werden Schulräte zugewiesen, die gerade im Schulbezirk wohnen, so daß dadurch erhöhte Reisekosten und Kosten entstehen.

Dem braunschweigischen Steuerzahler kostet dieses Verfahren ca. 350.000 RM an neuen Gehältern, Umzugsvergütungen, Reisekosten, Speise, Zulagen für getrennte Haushaltungen, Strafbefreiung von Lehrerwohnungen u. d.

Ein sozialistischer Lehrer, der mit einer verheirateten Frau zusammen wegen nicht mißverständlicher Erregung öffentlichen Ärgernisses bestraft worden ist, bleibt in Amt und Würden, abgesehen selbst sozialistische Eltern sich weigern, ihren Kindern anzuvertrauen.

Ein sozialistischer Rektor beleidigt und verläumdet einen Kollegen und handelt auch sonst geschwätzig; ihm geschieht nichts. Kluge aber national gefasste Lehrer werden zurückgesetzt. Das ist sozialistische Kleinherrenhaft!

## Wählt deutschnational, wählt 2!

13. Reichstagswahl 1928: Das Kabinett Dr. Jasper im Spiegel deutschnationaler Propaganda

zurückverlangt werden sollten, die im Inland wie langfristige verliehen und angelegt wurden. Ganz genau das geschah zwei Jahre später in der Weltwirtschaftskrise, als aus diesem Grunde die Banken zusammenbrachen. Er hatte auch recht, wenn er die Gemeinden vor zu hohen Anleihen warnte, weil die starke Nachfrage nach Kapital unweigerlich auf den Zinsfuß drückte.

Das Ergebnis der erregten Haushaltsdebatte im Februar 1929 war indessen doch eine kritische Niederlage der Regierung. Der Landtag versagte dem Etat mit 24 : 24 Stimmen die Mehrheit, aber die Regierung trat weder zurück, noch stimmte die SPD-Fraktion einem Auflösungsantrage der Opposition zu. Sie legte im Mai einfach einen neuen Haushalt vor, dem die neu gebildete Fraktion „Gemeinschaft der Mitte“, bestehend aus den vier Abgeordneten der Wirtschaftsgruppe Liebold und den beiden Demokraten, zur hellen Empörung der Rechtsparteien zustimmte. Bei dem darauf eingebrachten Mißtrauensantrage enthielten sich die 6 Abgeordneten der GdM der Stimme, so daß Groh sie künftig nur noch „Gefolgschaft der Marxisten“ nannte. Diese folgenreiche politische Spaltung im Bürgertum hatte auch erhebliche wirtschaftspolitische Ursachen und Auswirkungen, denn durch das Verhalten der 4 Mittelständler des Wirtschaftsverbandes verloren sie nicht nur das Vertrauen der bürgerlichen Rechtsparteien, sondern auch ihrer eigenen Wählergruppen, während die SPD-Presse die zahlreichen Angriffe gegen die GdM zurückwies und sie dadurch erst recht verdächtig machte, sozialistische Politik begünstigt zu haben. Die heftigsten Attacken kamen aus Kreisen der Industrie und des gewerblichen Mittelstandes und galten dem Syndikus der Handelskammer, Dr. Wachler, der schließlich nachgab und Ende 1929 sein Landtagsmandat niederlegen mußte. Die wirtschaftlichen Konsequenzen lagen in der Tatsache, daß die maßgeblichen und einflußreichen Mitarbeiter der Handelskammer Braunschweig jetzt politisch in zwei Lager gespalten waren, die Mitglieder und Anhänger der Deutschen Volkspartei auf der einen, die Anhänger des Lieboldblockes auf der anderen Seite. Liebolds Leute waren dabei offenbar in der Mehrzahl, aber die Volksparteiler verfügten über mehr Einfluß und Kapital. Diese schwerwiegenden Differenzen waren nur die politische Folge der wirtschaftlichen Entwicklung dieser entscheidenden Jahre. Zutreffend hatte die Handelskammer Braunschweig schon in ihrem Jahresbericht über das Jahr 1928, das sie ein „Notjahr“ nannte, die Ursache der „allgemeinen Nervosität in der Wirtschaft“ in der Rationalisierung gesehen. Die Sorgen der Wirtschaft waren tatsächlich durch die Umstellungen begründet: die Großen hatten Kapital- und Investitionssorgen, die Kleinen erlagen zunehmend der Konkurrenz der sich verstärkenden Konzerne und engeren Zusammenschlüsse. Die zahlreichen Betriebe mittlerer Größe und Kapazität, die das Wirtschaftsleben Braunschweigs bestimmten, waren gezwungen, dem Zuge zur Konzentration zu folgen, oder sie gerieten in Schwierigkeiten.

Im Jahre 1928 nahm die Zahl der größeren Betriebe mit mehr als 50 Beschäftigten im braunschweigischen Gewerbe um 40 zu, die Zahl der in ihnen beschäftigten Arbeitnehmer betrug rund 3400. Im Lande gab es danach 1928 insgesamt 294 größere Fabriken

mit über 55 000 Beschäftigten. Im gleichen Jahre nahm aber auch noch die Zahl der mittleren und kleineren Unternehmen zu, allein die der mittleren um 311 mit etwas über 3000 Arbeitnehmern. 1928 arbeiteten in den nicht ganz 2000 mittleren Gewerbeunternehmen etwa 24 000 Menschen, in den 3829 Kleinbetrieben etwas über 7000. Bis zum Juli 1928 war die Zahl der Arbeitslosen nennenswert geringer als um die gleiche Zeit des Jahres 1927. Die Arbeiter erhielten durchweg ohne härtere Auseinandersetzungen Lohn-erhöhungen. Im Braunkohlenbergbau stiegen die Schichtlöhne von 6,79 Mark (1927) auf 7,27 Mark Ende 1928, im Erzbergbau von 6,81 Mark auf 7,41 Mark. Die höchsten Löhne bot ausgerechnet der krisengefährdete Asphaltbergbau in Eschershausen, der 1929 sogar 8,22 Mark zahlte, als überall die Arbeitslosigkeit bereits wieder um sich griff. Die Lohn-erhöhungen stärkten aber nicht die Kaufkraft, weil sie nur den gestiegenen Lebenshaltungskosten folgten.

In der zweiten Hälfte des Jahres 1928 setzte der *Rückschlag* ein, der die Handelskammer zu dem Kennzeichen „Notjahr“ veranlaßte. Ein großer chemischer Betrieb mit über 1000 Arbeitern mußte schließen, fast gleichzeitig gerieten eine bekannte Fahrradfabrik, eine Brauerei, eine Papierfabrik und mehrere Pappenfabriken sowie Sägewerke in Konkurs. Auch die beiden berühmten Glashütten von Grünenplan erlagen der Auslandskonkurrenz und mußten schließen. Diese Katastrophe schuf ein soziales Notstandsgebiet, da weite Kreise dieses Ith- und Hilfsgebietes von den Hütten lebten. Zum Glück aber gelang es, Kapital zu finden, durch das die Betriebe modernisiert und rationalisiert werden konnten. 1929 konnten beide Hütten die Arbeit wieder aufnehmen. Am schwersten betroffen wurde die Holzverarbeitende Industrie, die zu den tragenden bodenständigen Gewerbebezügen gehörte. Die Ursache war leicht erkennbar und wurde im Landtage von mehreren Seiten genannt: Das Ausland bot reichlich gutes Holz zu niedrigen Preisen an, und um dieser Konkurrenz zu folgen, ging die einheimische Holzwirtschaft auf Preise zurück, die nicht kostengerecht waren, weil die schlechte Verkehrslage vieler Holzbetriebe zu hohe Kosten verursachte, zu denen dann noch die relativ hohen Löhne gerechnet werden mußten. Es war diesen Unternehmungen nicht möglich, Eigenkapital für Investitionen zu bilden. Roloff und von Grone forderten deshalb schon Anfang 1929 die Regierung auf, vom Reiche Schutzzölle für Holz zu verlangen. Das allerdings war ein Vorschlag, der einer wirtschaftlichen Entwicklung, die auf Liberalismus drängte, durch konservative Autarkiepolitik begegnen wollte. Wenig später schreckte der Zusammenbruch der weltbekannten Pianofortefabrik Zeitter & Winkelmann im April 1929 auch weite Kreise der Bevölkerung auf. Zahlreiche mittlere und kleinere Tischlereien im ganzen Lande gerieten in Not, und im Jahre 1929 verschwanden 172 kleinere und 7 mittlere Betriebe mit insgesamt 1200 Arbeitnehmern aus den Listen des Gewerbeaufsichtsamtes. Aber die „nicht unbeträchtliche Zahl von Konkursen“ ist mit dieser Angabe keineswegs erfaßt, zumal sich im gleichen Jahre die Zahl der Großbetriebe um 37 erhöhte. Hierin läßt sich die Tendenz erkennen, daß sich mittlere Betriebe so zusammenschlossen, daß daraus Großbetriebe wurden. Aus diesem Grunde wuchs die Zahl der großen Konservenfabriken in diesem Jahre um 6.



Beispielhaft für die Entwicklung ist die bereits 1927 vollzogene Fusion zweier Büromaschinenfabriken zur „Brunsviga“ oder die Bildung von Preiskartellen in der braunschweigischen Blechwarenindustrie. Firmen, die den Zug zur Konzentration mitmachten, wie Schmalbach, konnten die schwächeren stützen oder aufnehmen; während die Firma Jüdel sich an die Weltfirmen Siemens & Halske und AEG anschloß, versuchte das auf ungünstigem Gelände arbeitende Büssing-Werk in Braunschweig vergeblich, der auf Fließband umgestellten Konkurrenz standzuhalten. 1928 beschäftigte Büssing über 2500 Arbeiter, im Mai 1930 noch 1600 und im September 1930 nur noch etwas über 1000. Der Umsatz sank in dem einen Jahr von 1929 bis 1930 von 34 Millionen auf genau die Hälfte, so daß die Jahresbilanz einen Verlust von über 600 000 Mark aufwies, der die Substanz bedenklich, ja beinahe katastrophal angriff. Da erfolgte am 31. Dezember 1930 die Umwandlung zur Büssing-NAG, durch die das Werk trotz bleibender Krisenanfälligkeit gerettet wurde, das für die Wirtschaft und auch den Ruf der Stadt Braunschweig einen klingenden Namen zu verlieren hatte. Das Schicksal dieser Firma, die heute zu dem riesigen Salzgitter-Konzern gehört, zeigt, daß zeitgemäße Produktions- und Absatzformen nur durch kräftige Kapitalstützen erreicht werden konnten, die auch die Stürme der Weltwirtschaftskrise überstanden. Den Konzernen, Trusts und Holdinggesellschaften, dem konzentrierten Kapital, gehörte offenbar die Zukunft. 36 größere Betriebe büßten 1930 die mangelnde Anpassung mit ihrer Existenz, einige sanken zu bedeutungslosen Mittel- oder Kleinbetrieben herab. Im günstigsten Falle verringerten sie ihre Belegschaft, obwohl während der Weltwirtschaftskrise nahezu alle Betriebe wenigstens zu Kurzarbeit übergehen mußten. Etwa 8000 Arbeiter wurden 1930 arbeitslos.

Die deutsche Industrie war zweifellos nicht nur durch unternehmerische Eigeninteressen bestimmt worden, als sie verlangte, die Bildung von Eigenkapital zu erleichtern. Aber eine Einschränkung der öffentlichen Ausgaben und eine Korrektur des Steuersystems waren in dieser Lage vielleicht begründete, jedoch keineswegs tiefgreifende Maßnahmen. Der Hauptausschuß des Deutschen Industrie- und Handelstages forderte in seinen Ende November 1929 beschlossenen „Leitsätzen für ein Finanz- und Steuerprogramm“ radikale Einschränkung der Ausgaben durch die öffentliche Hand, weil der Kapitalmangel auf ein „Mißverhältnis zwischen Ertrag und Belastung“ zurückzuführen sei. Der Vorschlag, überhaupt auf die Gewerbesteuer zu verzichten und stattdessen an die Gemeinden eine Verwaltungskostenabgabe zu entrichten, wurde gerade in Braunschweig besonders beifällig aufgenommen, als Dr. Frentzel, Geschäftsführer des Deutschen Industrie- und Handelstages, die „Leitsätze“ vor der Handelskammer in Braunschweig erläuterte.

Bemerkenswerterweise fiel diese Tagung der Handelskammer gerade in die Wochen der Angriffe gegen Dr. Wachler, der soeben die sozialdemokratische Steuerpolitik unterstützt hatte. Das Bedeutsame daran war, daß ohne die Zustimmung der bürgerlichen Mittelständler die SPD-Regierung zum Rücktritt gezwungen worden wäre, wie es die Volksparteiler unter den Wirtschaftsvertretern gewollt hatten. Aber Liebald, Wachler

und ihre Freunde vom Wirtschaftsverband verhalfen dem neuen Etat zur Annahme, weil sie glaubten, unter den gegebenen Verhältnissen wäre auch eine andere Regierung nicht in der Lage gewesen, einen besseren Haushalt vorzulegen. Es ist sicher, daß Finanzminister Dr. Jasper mit größter Verantwortung die finanzielle Situation überblickt hat, und daher wahrscheinlich, daß der Wirtschaftsblock tatsächlich nach sorgfältiger Prüfung seine Zustimmung gab, weil eine Regierungskrise wegen des Etats nicht hätte verantwortet werden können. Wem hätte es nützen können, wenn auch der zweite Etat keine Mehrheit gefunden hätte und der Landtag aufgelöst worden wäre? War tatsächlich mit einer neuen bürgerlichen Mehrheit zu rechnen? Und wenn — hätte sie eine wesentlich andere Steuerpolitik treiben können? Auch die bürgerliche Opposition mußte erkennen, daß es finanziell schlecht stand um das Land Braunschweig, und deshalb brachten die Deutschnationalen, unterstützt von mehreren Volksparteilern, mit einem Antrage auf Untersuchung der Möglichkeiten, Braunschweig an Preußen anzuschließen, neuen Wind in die Diskussion um die Selbständigkeit des Landes. Dr. Jasper bezeichnete den Vorstoß allerdings als „Demagogenantrag“, aber bekanntermaßen überwog dabei die Rücksicht auf die braunschweigische Wählerschaft. An die Wähler der Gemeinschaft der Mitte dachte im besonderen Groh, der die Entscheidung dieser sechs Herren des Mittelstandes zu nutzen gedachte: „Das ist das Bedauerliche und das Unverantwortliche, das die Herren da vollbringen ... Die Verantwortung für das, was kommt, werden Sie zu übernehmen haben. Die GdM — Gefolgschaft der Marxisten — und die Sozialdemokraten im Braunschweiger Landtag tragen die gemeinschaftliche Schuld“, erklärte er am 7. Mai 1929 vor dem Landtage. Als Sprecher der GdM erwiderte Liebald, die NSDAP handele ohne Verantwortungsbewußtsein, ehe er sich zu einem Wunsche verleiten ließ, von dem er nicht ahnte, daß seine eigenen Anhänger wenig später beinahe für seine Erfüllung sorgen würden: „Ich wünsche Ihnen weiter nichts, Herr Abgeordneter Groh, als daß Sie bei der kommenden Wahl mit 25 Abgeordneten in den Landtag einziehen und daß Sie uns Ihre Regierungskunst einmal praktisch vorführen. Ich glaube, Sie müßten schneller als jede andere Gruppe Ihren Laden wieder zumachen.“

Wie viele Bürgerliche trauten auch die Herren Wachler und Liebald den Nationalsozialisten außer lärmender Opposition nichts zu. Dabei erlebten sie unmittelbar nach der Abstimmung über den Etat die Reaktion ihrer bisherigen Gefolgsleute: In Gandersheim hielten z. B. im Juni die Baugewerkeinnungen ihren Verbandstag ab, auf dem sie in einer Entschließung forderten, „daß mit diesen Wirtschaftsvertretern unbedingt Schluß gemacht werden müsse“, wie die Landeszeitung am 8. Juni 1929 berichtete. Wenig später erklärte der Kreishandwerkerbund Wolfenbüttel, der GdM „verdanke“ man die neuen Gewerbesteuern, die das Handwerk schwer träfen. Schließlich erklärte sogar der Vorsitzende des Handwerkerbundes, Hermann Vahldiek, auf der Jahresvertreterversammlung, der Bund habe anfangs „eine Zeitlang gleichgehalten“ mit dem Mittelstandsblock, aber er stehe „heute dem Wirtschaftsverband ablehnend gegenüber“. Wahrscheinlich wurden diese Distanzierungen unter maßgeblichem Einfluß von

Nationalsozialisten innerhalb der Verbände erzwungen, denn Vahldiek meinte es keineswegs ernst mit der Ablehnung der Politik Liebalds, wie seine Beteiligung an der „Vereinigung braunschweigischer Mittelstand“ von 1930 beweist. Vielmehr spürte er, daß Groh und die Nationalsozialisten im Begriff waren, die Mittelstandsvertreter im Landtage von ihrer Gefolgschaft zu trennen, indem sie ihnen Verrat an den Interessen des Mittelstandes vorwarfen. Groh war ein zu überzeugter Nationalsozialist, als daß er sich von der klaren Linie seiner Partei abbringen ließ, die Hitler seit 1928 einschlug, nämlich gerade den Mittelstand zu gewinnen. Er wußte, daß die Zeit für die NSDAP arbeiten würde, wenn nur die wirtschaftliche Notlage des Mittelstandes größer würde. „Wir benutzen Ihre eigene Verfassung gegen Sie“, erklärte er am 25. März 1929 dem ganzen Landtage.

Eine für die NSDAP günstige Gelegenheit war die von Hugenbergs DNVP entfachte Propagandawelle gegen den *Youngplan*. Den 10. Jahrestag des Versailler Vertrages am 28. Juni 1929 nahmen die Vaterländischen Verbände zum Anlaß einer der großen Kundgebungen gegen die Kriegsschuldlüge, die übrigens für ganz Deutschland vom Reichsbürgerrat organisiert wurden. Dann kam das deutschnationale Volksbegehren gegen den Youngplan, für das eine weitere Massenkundgebung am 15. September warb. Am 22. Dezember wurde dann in ganz Deutschland der Volksentscheid über das Hugenbergsche „Freiheitsgesetz“ veranstaltet, das Vertreter der Youngplanpolitik als Landesverräter behandelt wissen wollte, eine konsequente Fortsetzung der Stellungnahme zu den Locarno-Verträgen, in der deutschnationale Sprecher die Anerkennung der Versailler Grenzen „Volksverrat“ genannt hatten.

Am 3. Oktober 1929 war Stresemann gestorben, am 29. des gleichen Monats begann mit dem Kurssturz an der New Yorker Börse die *Wirtschaftskrise* in den USA. Groh stimmte mit den Deutschnationalen darin überein, daß Deutschland unweigerlich in die Zinsknechtschaft der Hochfinanz geraten werde, wenn die „Parteien, die die Versklavungspolitik im Reiche mitmachen“, nicht vollständig beseitigt würden. In raffinierter Polemik warf Groh nun den braunschweigischen Vertretern des Mittelstandes vor, durch Unterstützung der Steuerpolitik der SPD in Braunschweig — der „Steuerpartei Deutschlands“ — auch die „Vernichtungspolitik der SPD“ im Reiche zu begünstigen. Ihm kam dabei zustatten, daß zum großen Mißbehagen der bürgerlichen Parteien die Mehrheit des braunschweigischen Stadtparlaments im November 1929 für den verstorbenen Dr. Trautmann den Sozialdemokraten *Ernst Böhme* aus Magdeburg zum Oberbürgermeister wählte. Ihm und seiner Partei wurde es als schuldhaftes Versagen vorgeworfen, daß sich die beginnende Finanzkrise katastrophal auf die Stadt auswirkte. Das Bebelhofprojekt geriet in Schwierigkeiten, das Gebäude der Allgemeinen Ortskrankenkasse konnte nicht bezahlt werden, und die Gewerbliche Berufsschule war auf so ungünstigem Baugrund errichtet worden, daß die Voranschläge in beängstigender Weise überschritten wurden.

Auch Finanzminister Dr. Jasper konnte bei der Einbringung des Etats für 1930 nicht verhehlen, daß die Finanzlage katastrophal zu werden begann: „Wir wissen nicht, was

wir verantworten können, noch auszugeben . . . Wir tappen vollkommen im Dunkeln“ <sup>91</sup>. Die bürgerliche Opposition fand hier das Stichwort für den Angriff, den sie im Hinblick auf den bevorstehenden Wahlkampf zu führen entschlossen war. Der Nationalsozialist Franz Groh führte ihn am entschiedensten: „Herr Minister Dr. Jasper, . . . Ihre Partei trägt immerhin recht wesentliche Schuld an den Dingen!“ Nicht wirtschaftliche Ursachen, sondern allein politische seien für das Finanzelend verantwortlich, „und lediglich auf politischem Wege werden wir wieder in eine andere Lage kommen. Da kann man reden und deuteln was man will, solange kein anderer politischer Kurs in Deutschland maßgebend ist, solange werden weiter solche Etats und solche Vorlagen kommen, und solange wird die Verelendung immer weiter um sich greifen.“ Die Sozialdemokraten unterbrachen ihn an dieser Stelle durch lautes Lachen, aus ihren Reihen kam der Zuruf: „Hitler!“ „Der kommt! Das halten Sie nicht auf!“ rief Groh zurück; das Protokoll vermerkt auch hier: „Lachen links.“

Auf dem Höhepunkt des Wahlkampfes, am 3. September 1930, glaubte die braunschweigische SPD mit ihrem Vorsitzenden Otto *Grotewohl* noch nicht an diese Prophezeiung: „Man kann sich mit den Nationalsozialisten nicht ernstlich auseinandersetzen: Ihr Programm ist ein einziger geistiger Diebstahl . . . Der 14. September wird Adolf Hitler und noch manchen anderen zeigen, daß wir Marxisten ungebrochen kämpfen und leben“ <sup>92</sup>. Aus seinem festen Glauben an die Richtigkeit der Lehre von Karl Marx schöpfte Grotewohl die Hoffnung, beinahe die Gewißheit, daß am Ende der Wirtschaftskrise der Sieg des Sozialismus und die Befreiung der Arbeiterklasse stehen würden. „Die politischen Vorgänge der Gegenwart zeigen die Richtigkeit der Lehre von Karl Marx“, erklärte er zuversichtlich, indessen habe die KPD leider eine geschlossene sozialistische Arbeiterfront verhindert und dadurch erst die „Diktatur“ und die Gewaltpolitik Brünnings ermöglicht <sup>93</sup>. Die Krise des Jahres 1930 und die Notverordnungspolitik Brünnings wertete Grotewohl als den Versuch der Bourgeoisie, die Löhne der Arbeiter abzubauen, um die Profite der Unternehmer zu erhöhen. Die Rationalisierungsmaßnahmen der letzten Jahre hätten die Produktion nicht gesteigert, sondern lediglich die Arbeitslosigkeit begünstigt und daher wieder nur „dem Profit des Kapitals gedient“. Auch die teuren Auslandskredite seien eine Ursache für die erschreckende Arbeitslosigkeit, wofür die Überhitzung des Baumarktes ein typisches Beispiel sei. Und nun solle die breite Masse des Volkes durch Notverordnungen gezwungen werden, die im Staatssäckel fehlenden 760 Millionen Mark aufzubringen. Grotewohl forderte stattdessen Preissenkungen.

<sup>91</sup> 44. Sitzung vom 26. 6. 1930 (Sp. 2841).

<sup>92</sup> „Volksfreund“ vom 4. 9. 1930.

<sup>93</sup> Am 17. 3. 1928 hatte Grotewohl auf dem Bezirksparteitag der SPD gesagt, die KPD werde „keine entscheidende Rolle mehr spielen können, es sei denn als Bremsklotz für den Aufstieg der Arbeiterklasse.“ Jetzt, am 3. 9. 1930, nannte er die Kommunisten die „Nazis der Arbeiterschaft“, sein Freund Thielemann sprach von „politischen Strauchrittern“ und „sowjetischem Radauheldentum“.

Offenbar fehlte es dem gläubigen Marxisten Grotewohl an der Einsicht, daß Unternehmerprofite am allerwenigsten gesteigert werden können, wenn die Kaufkraft gemindert wird. Wir wissen heute, daß eine freie Marktwirtschaft zur Steigerung der Kaufkraft geradezu inflationistische Tendenzen in kontrollierbarem Umfange bejahen muß. Roosevelts Politik des New Deal lieferte außerdem ein Beispiel für großangelegte Arbeitsbeschaffung in einer Weise, wie sie auch demokratischen Sozialisten gut angestanden hätte, wären sie nicht in überholten Vorstellungen stecken geblieben, die von dem Vorurteil ausgingen, daß alle bürgerlichen Parteien nur von den Profitinteressen der Unternehmer beherrscht würden. Ebenso wie Marx war auch Stalin davon überzeugt, daß der Kapitalismus dadurch in die Krise geraten werde, daß er die Produktivkräfte entfesselt, ohne schließlich eine „zahlungsfähige Nachfrage“ zu finden, „indessen Millionen der Bevölkerung gezwungen sind, unter der Arbeitslosigkeit und dem Hunger zu leiden, nicht weil es an Waren mangelt, sondern weil zu viel Waren produziert worden sind“<sup>94</sup>. Wenn auch Grotewohl und die deutschen Sozialdemokraten die Gewalt als „Geburtshelfer jeder alten Gesellschaft, die mit einer neuen schwanger geht“, ablehnten, so konnte doch auch diesen Marxisten die Wirtschaftskrise nicht als unerklärliche Überraschung erscheinen. Im Gegenteil mußten sie in ihr die Voraussetzung und unmittelbare Vorstufe zur proletarischen Revolution erkennen. Je größer die Not, desto stärker die Hoffnung und die revolutionäre Entschlossenheit. Hitler mußte ihnen nur als der extremste Kapitalist in der Form des Imperialismus erscheinen, dessen Machtergreifung zwar Krieg, aber auch das Ende des Kapitalismus bringen werde. Wenn deshalb viele Arbeiter am 14. September und in den folgenden Jahren kommunistisch anstatt sozialdemokratisch wählten, so deshalb, weil sie zum revolutionärem Gewaltstreich drängten und nicht auf das Ende einer evolutionären Entwicklung warten wollten.

Wußten also die marxistischen Führer der Arbeiterschaft, wie sie die Weltwirtschaftskrise zu erklären und wie sie ihr zu begegnen hatten, so waren die bürgerlichen Mittelschichten um so hilfloser. Sie waren es, auf die Groh rechnen konnte, als er den Sozialdemokraten entgegenwarf: Hitler! „Der kommt, das halten Sie nicht auf!“ Am 14. September 1930 verging den Sozialdemokraten das spöttische Lachen, die Prophezeiung begann, im wahrsten Sinne des Wortes, blutiger Ernst zu werden.

---

<sup>94</sup> Stalin, *Über dialektischen und historischen Materialismus*, Dietz Verlag, Berlin 1955, S. 34 f.

## Der Führer der „Madaubröder“



### Landtagsabgeordneter Groh (Nat.: Sozialist)

Nach dem amtlichen Wahlmaterial der Deutschnationalen Volkspartei  
sind die Nationalsozialisten nichts als „Madaubröder“ (f. oben).

14. Franz Groh, Landtagsabgeordneter der NSDAP,  
in der sozialdemokratischen Karikatur (1928)

## X. NATIONALSOZIALISMUS — FRANZ GROH

Landtagspräsident Kuno *Rieke*, erst im Januar 1930 zum Nachfolger des verstorbenen Sozialdemokraten Wesemeier gewählt, schloß den braunschweigischen Landtag am 31. Juli 1930 mit einem Lob an das Parlament, das im Gegensatz zu anderen seine Arbeit „in vornehmer und sachlicher Form“ getan habe. Sein Wunsch, in diesem Geiste möge auch der Wahlkampf geführt werden, erfüllte sich jedoch nicht. Es folgte eine Wahlschlacht, die an Schärfe alle vorangegangenen in den Schatten stellte.

Dem Bürgerbund war es gelungen, unter Einschluß sogar der Mittelständler eine „Bürgerliche Einheitsliste“ aufzustellen, die am 14. September mit 25 000 Stimmen und 11 Abgeordneten schwer enttäuscht aus dem Kampf hervorging: Die von Groh angeführte Liste der NSDAP hatte den bürgerlichen Parteien etwa 18 000 Wähler entrissen und eroberte durch rund 22 000 Stimmen 9 Mandate. In ganz Deutschland hatten 6,4 Millionen Menschen Hitler ihre Stimme gegeben, 5½ Millionen mehr als zwei Jahre zuvor. Bezeichnenderweise wies die neue Landtagsfraktion der NSDAP nur einen Arbeiter auf. Hinter Groh war an zweiter Stelle ein Landwirt nominiert worden, es folgten zwei Kaufleute, ein Konditor, ein Bankbeamter, ein Lehrer und schließlich ein Mechaniker, der bald darauf durch einen Rechtsanwalt (Alpers) abgelöst wurde. Kurz: alles andere als eine Arbeiterpartei, die nun mit den Bürgerlichen das Land zu regieren begann.

Ich habe an anderer Stelle <sup>95</sup> nachgewiesen, daß die NSDAP bei diesen Wahlen auf Kosten der bürgerlichen Parteien und mit Hilfe der bisherigen Nicht- und der jugendlichen Neuwähler den entscheidenden Durchbruch erzielen konnte, und zwar vor allem „in Wahlkreisen mit vorwiegend mittelständischer, handwerklich-agrarischer Struktur“ <sup>96</sup>. Nach Schleswig-Holstein und dem Weser-Ems-Gebiet stand der Wahlkreis Süd-Hannover-Braunschweig auf der Erfolgsliste der NSDAP an dritter Stelle, vor Koblenz-Trier, der

---

<sup>95</sup> Wer wählte Hitler? Thesen zur Sozial- und Wirtschaftsgeschichte der Weimarer Republik. Politische Studien H. 155, 1964, S. 293 ff., ferner: Bürgertum und Nationalsozialismus 1930–1933, S. 25 ff.

<sup>96</sup> Wolfgang Schäfer hat in seiner Studie „Die NSDAP, Entwicklung und Struktur“ (1957) überzeugend nachgewiesen, daß auch die Mitgliedschaft der NSDAP seit 1928 immer deutlicher mittelständisch-bürgerliche Struktur angenommen hat. 1930 war nur jeder 4. Nationalsozialist Arbeiter, danach gab es in der Partei fast ebenso viele Angestellte wie Arbeiter. 20 % der Mitglieder waren Selbständige, 14 % Landwirte, d. h. von 3 Nationalsozialisten kamen 2 aus den Schichten, die früher durch bürgerliche Parteien vertreten wurden.

Pfalz und Franken. Das war das Ergebnis jener grundsätzlichen Schwenkung, die Hitler im Jahre 1928 eingeleitet hatte, als er den Sozialismus aus seinem Programm und die Sozialisten aus der Partei systematisch zu entfernen begann, um den Weg zum bürgerlichen Mittelstand und zur Landwirtschaft freizumachen <sup>97</sup>.

Vor dem Hintergrund dieses schlechthin entscheidenden Kurswechsels gelang es in Braunschweig dem Schrittmacher Hitlers, Franz Groh, in den zwei Jahren von 1928 bis 1930, den Wirtschaftsverband der Herren Liebald, Wachler, Südekum und Frede bei den Wählern suspekt zu machen, weil sie angeblich der SPD in die Hände gearbeitet hatten, anstatt die Bürger vor dem Sozialismus zu schützen. Aber die NSDAP hatte auch dem Liberalismus schärfsten Kampf angesagt, dem der Mittelstand ebenfalls seine schwierige wirtschaftliche Lage zuschrieb, weil er der Konzentration des Kapitals machtlos gegenüberzustehen schien. Nun erklärte Hitler, „das allmähliche Übergehen der gesamten Wirtschaft in das Eigentum von Aktiengesellschaften“ sei „eine schwere wirtschaftliche Verfallserscheinung“, weil es den persönlichen Besitz gefährde. Folgerichtig sah Hitler auch im Parlamentarismus „eine der schwersten Verfallserscheinungen der Menschheit“ <sup>97a</sup>. Nun boten die Nationalsozialisten auch eine Erklärung für die Tatsache an, daß Landwirtschaft und Mittelstand trotz fleißigster Arbeit immer tiefer in Not gerieten: Hinter den Sozialisten und hinter dem Großkapital wirkten die Juden, die dem tüchtigen deutschen Bauern und Handwerker Arbeit und Brot und dem fleißigen deutschen Volke die Freiheit rauben wollten. Mit solchen Parolen und im Vertrauen auf die Ehrlichkeit der von Groh bekannt gewordenen Reden gingen 1930 nahezu alle jene 30 000 Bürger der braunschweigischen Mittel- und Kleinstädte zur Wahlurne, die 1927 zu Hause geblieben waren. Zu Gegnern der Republik hat sie nicht erst die Weltwirtschaftskrise gemacht, wohl aber zu Anhängern Hitlers.

Deutschnationale und Landbund haben sich „niemals zu dieser Republik bekannt“, und weite Kreise der Wirtschaft haben nicht aufgehört, dem „Führerprinzip“ wohlwollend gegenüberzustehen. Jedenfalls fand der deutschnationale Rechtsanwalt Heinz Mollenhauer, vorübergehend sogar Landtagsabgeordneter, lebhaften Beifall, als er auf der Jahresversammlung der Vereinigung braunschweigischer Arbeitgeberverbände im April 1929 „Stärkung des Führergedankens in der Wirtschaft gegenüber den Koalitionen und Organisationen“ forderte. Hitler entsprach diesen Wünschen, indem er jeden Anteil der Arbeiter „am Besitz oder gar an der Leitung“ der Betriebe als „krassen Marxismus“ ablehnte und den Unternehmern „auf Grund ihrer besseren Rasse das Recht, zu herrschen“ zusicherte: „Die Unternehmer haben sich auf Grund ihrer Tüchtigkeit an die Spitze gearbeitet, und auf Grund dieser Auslese, die wiederum nur die höhere Rasse beweist, haben sie ein Recht zu führen“ <sup>97b</sup>.

---

<sup>97</sup> Hierzu Martin Broszat: *Der Nationalsozialismus, Weltanschauung, Programm und Wirklichkeit*, Stuttgart 1960.

<sup>97a</sup> *Mein Kampf*, S. 233 und S. 378.

<sup>97b</sup> Zit. nach Broszat, S. 53 f.



Am geschicktesten aber wußte die neue nationalsozialistische Propaganda die psychologische Situation des gewerblichen Mittelstandes zu nutzen. Schon in den ersten Jahren der Republik verstanden sich z. B. die *Handwerkerverbände* als Kämpfer zwischen zwei Fronten, wie es im November 1931 der Vorsitzende des Reichsverbandes des Deutschen Handwerks, Derlien-Hannover, formulierte: „Der gewerbliche Mittelstand ist in den Kampf zwischen den Mächten des Hochkapitalismus und des Sozialismus hineingestellt.“ Diese Formulierung ist nicht erst aus der Not der Weltwirtschaftskrise geboren worden. Auf dem Reichsparteitag der DVP 1921 in Stuttgart sprach der Reichstagsabgeordnete Beythien über Mittelstandspolitik und die Bedrohung durch den Sozialismus einerseits und das internationale Großkapital andererseits. Die DVP müsse sich des so gefährdeten Mittelstandes annehmen: „Die Deutsche Volkspartei wird eine Partei des Mittelstandes sein oder sie wird auf die Dauer nicht sein“<sup>98</sup>.

Was damals nach Phrase geklungen haben mag, bestätigte sich später in vollem Umfange: Die DVP wurde zerrieben, weil sie als liberale Partei vor der Aufgabe versagt hat, den Mittelstand für einen zeitgemäßen Liberalismus zu gewinnen. Braunschweigs Mittelstandspolitikern setzten damals ihre Hoffnungen auf die DVP und unterstützten nach der Spaltung des Landeswahlverbandes die Politik Kaefers auch in der Großen Koalition mit der SPD. Aber die bürgerlichen Parteien im Landtage entwickelten sich nach der Spaltung des Landeswahlverbandes immer mehr zu Vertretungen außerparlamentarischer Interessenverbände, die Deutsche Volkspartei z. B. wurde immer deutlicher die Partei der in der Handelskammer organisierten Wirtschaftskreise, wie z. B. die „Geschichte der Handelskammer für den Freistaat Braunschweig“, die in diesen Jahren erschien, offen zugab: „Obgleich politische Erörterungen und Bestrebungen selbstverständlich aus der Kammerarbeit vollständig ausgeschaltet sind, hat die Handelskammer es doch für notwendig und zweckmäßig gehalten, zur Erfüllung ihrer Aufgaben sich auch der Hilfe der Parlamente zu bedienen.“ Aus diesem Grunde hatte die Kammer „schon sehr frühzeitig die Gründung von Arbeitgeber-Verbänden angeregt“ (1919), weil offene sozialpolitische Interessenwahrnehmung „mit dem amtlichen Charakter der Kammer als staatlichem Hilfsorgan nicht vereinbar erschien.“ Aber als den „einzigen Weg“, die Interessen der Wirtschaft „gebührend zur Geltung bringen zu können“, erkannte die Kammer die Entsendung von Mitgliedern und „sonstigen der Handelskammer nahestehenden Persönlichkeiten aus Handel und Industrie“ in den Landtag und in die Stadtparlamente. Es braucht hier nur an Namen wie Wessel, Wachler, Liebold, Mollenhauer und Südekum (Landtag) sowie an den einflußreichen Braunschweiger Stadtrat Kalms erinnert zu werden. Die enge Verbindung zwischen Interessenverbänden und Bürgerbund, zum Teil durch Personalunion, ist bereits erwähnt worden. Auch der 1920 gegründete Braunschweiger *Handwerkerbund* machte keinen Hehl daraus, daß seine wirtschaftlichen Interessen nur vertreten werden könnten, wenn es gelinge, „Einfluß auf Gesetzgebung und Parlamente zu gewinnen.“ Der Bürgerbund hatte dafür gesorgt, daß die maßgebenden Vertreter des

<sup>98</sup> „Flugschriften der DVP“ Nr. 39/1922, Archiv der DVP Nr. 290.

Handwerks an sicherer Stelle auf den Listen des Landeswahlverbandes kandidieren konnten.

Als aber der Landeswahlverband zerfallen war und im November 1924 keine geschlossene bürgerliche Gruppe mehr in den Wahlkampf ziehen konnte, wurde die Lage für die parlamentarischen Vertreter der Interessenverbände kritisch, da nunmehr erhebliche Differenzen zwischen den Parteien sichtbar geworden waren. Die „Arbeitsgemeinschaft des selbständigen Mittelstandes“, d. h. der Wirtschaftsverband Liebalds, warf ihnen vor, die Zahl der Mittelstandsvertreter bedenklich vermindert zu haben, so daß der Mittelstand gezwungen sei, seine Vertreter auf einer eigenen Liste kandidieren zu lassen. Diese Gruppe der Kaufleute und Handwerker, von der DNVP und der DVP nicht mehr gebührend berücksichtigt, fühlte sich betrogen, weil sie für sich in Anspruch nahm, 1918 in die Bresche gesprungen zu sein, als die Rechtsparteien nicht rechtzeitig zur Rettung vor dem Sozialismus auf den Plan getreten seien. Es ist bereits dargelegt, mit welchem Erfolge der Wirtschaftsverband 1924 aus den Wahlen hervorging: Die Deutsche Demokratische Partei wurde als Partei der Mitte in die Rolle einer Splittergruppe gedrückt, an ihrer Stelle nahm für die nächsten Jahre der Wirtschaftsverband den Platz zwischen den Parteien des Sozialismus und der bürgerlichen Rechten ein: „Der Wirtschaftsverband des Mittelstandes steht zwischen Sozialismus und Großkapitalismus und sorgt dafür, daß beide Bäume nicht in den Himmel wachsen“, erklärte „Der Wirtschaftsverband“ im April 1927 als Antwort auf die Frage, warum der Mittelstand weder die SPD noch die Rechtsparteien unterstützen könne<sup>99</sup>. Dieser Artikel diente der Rechtfertigung des Vorganges, der ebenfalls bereits geschildert wurde, nämlich der Abspaltung der vier Mittelständler von der Regierungsfraktion der „Parlamentarischen Arbeitsgemeinschaft“ und der späteren Verbindung mit den Demokraten zur „Gemeinschaft der Mitte“, die den Nationalsozialisten soviel Propagandastoff bot. Auch sei in diesem Zusammenhange an die Auseinandersetzungen in der Handelskammer zwischen den Mittelständlern (Dr. Wachler) und den Volksparteilern erinnert: Die Politik der GdM empfanden die Unternehmer als Verrat an den Interessen des Bürgertums.

Anfang 1930 ergriff der Vorsitzende des Handwerkerbundes, der Bäckermeister Vahldiek, die Initiative. Gemeinsam mit der Interessengemeinschaft des Gaststättengewerbes (Südekum und Kalms), dem Kartell braunschweigischer Verbände des Lebens- und Genußmittelhandels, dem Verband der Feinkost- und Kolonialwarenhändler, dem Schutzverband für Handel und Gewerbe, der Arbeitsgemeinschaft des Einzelhandels und dem Haus- und Grundbesitzerverein gründete er eine „*Vereinigung braunschweigischer Mittelstand*“. Da waren wieder fast alle Interessengruppen vereinigt, die 1918 die Masse des Rates der selbständigen Erwerbszweige gebildet hatten. Jetzt aber, im Sommer 1930, während der Weltwirtschaftskrise und kurz vor den Wahlen, beherrschten Anklagen gegen die Parteien und gegen den Weimarer Staat diese Gruppen: „Die ehrliche Arbeit

---

<sup>99</sup> Das Mittelstandsorgan „Der Wirtschaftsverband“ erschien seit dem 1. 1. 1927 als Fortsetzung der Wochenzeitung „Die öffentliche Meinung“.

muß geschützt werden durch einen Rechtsstaat, und ihre Früchte dürfen nicht gestört werden durch einen Parteienstaat“, erklärte Lehrer Frede auf einer großen Kundgebung. „Geboren aus Bitterkeit, Verärgerung, Not und Sorge“ sei diese „Schicksals- und Notgemeinschaft“ gezwungen, die Existenzgrundlage des Mittelstandes zu verteidigen.

Immer heftiger wurden von nun an die Vorwürfe gegen die Regierung und gegen den Staat. Im November 1930 warfen die Spitzenvertretungen des Deutschen Handwerks — der Reichsverband des Deutschen Handwerks und der Deutsche Handwerks- und Gewerkekammertag — Parlamenten und Regierungen vor, den Artikel 164 der Verfassung mißachtet zu haben <sup>100</sup>. Ein Jahr später, im November 1931, mußte sich der Reichswirtschaftsminister sagen lassen: „Die ganzen letzten zwölf Jahre sind eine einzige Enttäuschung für das Handwerk gewesen“, weil „Fehler im Wirtschaftssystem“ den Mittelstand der Übermacht der „Kollektivmächte des Kapitals und der Arbeit“ (Gewerkschaften) ausgeliefert und der ehrlichen Arbeit und ehrlichem Gewerbe Fesseln angelegt“ hätten. „Das bittere Gefühl der Vereinsamung und Vernachlässigung“ beherrsche das Handwerk wie den ganzen Mittelstand <sup>101</sup>.

Waren diese Klagen berechtigt? Führte der Mittelstand einen Existenzkampf, der nicht erst mit der Weltwirtschaftskrise begonnen hatte? Die Symptome, die die Handwerkskammer zu berichten wußte, waren allerdings besorgniserregend: Im Jahre 1930 wurden im Lande Braunschweig 1661 Offenbarungseide, 85 Konkurse und 49 Vergleiche registriert; 1932 erhöhten sich die Zahlen auf 2030 Offenbarungseide, 150 Konkurse und 93 Vergleiche. 61,4 % der braunschweigischen Handwerksbetriebe erwirtschafteten in diesem Jahre weniger als je 1500 Mark, bei weiteren 14,1 % lag der Ertrag zwischen 1500 und 2000 Mark, das sind etwa 150 Mark im Monat.

Die Ursachen dafür lagen aber weniger in einer verfehlten Wirtschaftspolitik als vielmehr darin, daß das Handwerk in seiner veralteten Struktur den Anforderungen nicht mehr gewachsen war: Von den 13 819 Handwerksbetrieben des Landes waren nicht weniger als 8358 Allein-(Ein-Mann-)Betriebe, 1426 Handwerksmeister hatten keinen Gesellen, 2779 nur einen. Im übrigen verteilte sich die Betriebsgröße wie folgt:

Zahl der Gesellen	Anzahl der Betriebe
2 — 3	874
4 — 5	158
6 — 10	80
mehr als 10	34

<sup>100</sup> Artikel 164 lautete: Der selbständige Mittelstand in Landwirtschaft, Gewerbe und Handel ist in Gesetzgebung und Verwaltung zu fördern und gegen Überlastung und Aufsaugung zu schützen.

<sup>101</sup> Zitate aus den Tätigkeitsberichten der Handwerkskammer. Der Handwerkerbund hatte schon am 17. 2. 1926 in einer Entschloßung behauptet, das Handwerk „marschiert an der Spitze des wirtschaftlichen Tiefstandes“. Das braunschweigische Handwerk hat seit 1919 ständig seine Tagungen als Ausdruck eines Existenzkampfes um „Kopf und Kragen“ empfunden, wie es z. B. auf der Einladung zum Handwerkertag am 12. Juni 1921 hieß.

War die Zahl der im braunschweigischen Handwerk beschäftigten Personen in den Jahren 1926 bis 1929 schon um rund 10 000 gesunken, so verstärkte die Weltwirtschaftskrise diese Tendenz so sehr, daß die Zahl der Gesellen von etwas über 10 000 (im Jahre 1930) auf 8212 (1931) und schließlich auf 6664 (1932) zurückging, das sind 34 % in zwei Jahren.

Diese katastrophale Entwicklung wird verständlicher, wenn man sich vergegenwärtigt, daß die stärkste Gruppe das Bekleidungshandwerk bildete, das der Konkurrenz der Konfektion unterlag. Von den früher 14 711 Handwerksbetrieben im Lande waren 1845 Schuhmacher, 1384 Schneiderinnen und 1324 Schneider, meistens natürlich Ein-Mann-Betriebe. Im Ernährungshandwerk dominierten die Bäcker (1165) und Schlachter (932). Auch die Bauhandwerke, mit 1077 Tischlerei- und 700 Malerbetrieben an der Spitze, wiesen nur wenige Großbetriebe auf. Das galt auch für die 392 selbständigen Maurer- und die 284 Dachdeckereibetriebe. Im ganzen Lande gab es nur 156 Auto- und Fahrrad-reparaturwerkstätten und 87 elektrotechnische Handwerksfirmen. Gerade das aber waren die Handwerke mit einer aussichtsreichen Zukunft, wenn sie die erforderliche Größe hatten. Die Motorisierung und die Elektrifizierung nahm in einem Umfange zu, dem ein Meister mit einem Gesellen und einem Lehrling nicht gewachsen war. Die gewaltigen Bauvorhaben der öffentlichen Hand konnten auch nicht mehr von den kleinen Maurer- oder Tischlereibetrieben durchgeführt werden, so daß sie von dem Segen der überhitzten Baukonjunktur nichts abbekamen. Wie sich die Schneider der Konkurrenz der Warenhäuser und Fachgeschäfte gegenüber sahen, die sogar Maßkleidung lieferten, fürchteten Bäcker und Schlachter die Großunternehmen der Lebensmittelindustrie, die Konsumgenossenschaften und nicht zuletzt auch die Warenhäuser. Aber diese Großunternehmer brauchten auch Handwerker in großer Zahl, nur hätte das die Aufgabe der Selbständigkeit und den Status des Lohnempfängers bedeutet. Schneider und Schuhmacher, die den Sprung zum zeitgemäßen und leistungsfähigen Großbetrieb nicht schafften und auch nicht ihre Existenz aufgeben wollten, schlugen sich kümmerlich mit Flickarbeiten durch.

Was solche Existenzgefährdung politisch bedeutete, wird deutlich, wenn man daran denkt, daß etwa die rund 4000 Handwerksbetriebe der Stadt Braunschweig, grob geschätzt, das Doppelte an wahlberechtigten Personen stellten. Fast ebenso viele verteilten sich gleichmäßig auf die Städte und Landgemeinden. Außerdem hatte Braunschweig eine stärkere handwerkliche Struktur als z. B. Hannover und Magdeburg<sup>102</sup>. In ganz Deutschland lebten etwa 5 Millionen Menschen vom Handwerk, 1,29 Millionen Selbständige, 1,4 Millionen Gesellen, 700 000 Lehrlinge, 100 000 Angestellte und mithelfende Familienangehörige in nicht genau faßbarer Anzahl (nach Bechtel). Solche Zahlen bedeuteten eine beträchtliche Rechengröße bei den Wahlen, die seit 1930 die NSDAP richtig einkalkulierte.

In ähnlicher Weise berührte die Entwicklung den Handel, insbesondere den *Einzelhandel*. Im Jahre 1930 betraf fast jeder zweite Konkurs einen Kaufmann, fast 40 %

---

<sup>102</sup> In Braunschweig entfielen auf 1 000 Einwohner 29,2 Betriebe mit 82,6 Beschäftigten, in Magdeburg 23,5 mit 58,2 und in Hannover 21,6 Betriebe mit 58,8 Beschäftigten.

aller Konkurse entfielen auf den Einzelhandel, und da wiederum am meisten auf Textil- und Kurzwarengeschäfte<sup>103</sup>. Hier zeigten sich die Folgen der Konjunktur, die die Warenhäuser, Filial- und Einheitspreisgeschäfte seit 1924 erlebt hatten. Sie arbeiteten in der Form von Kapitalgesellschaften, oft als Aktiengesellschaften, und hatten hinter sich finanzstarke Banken, Konzerne und Trusts. Der Kunde kaufte bequemer, billiger und daher auch mehr, er fand ein vielfältiges und leicht überschaubares Angebot vor und erhielt Kleinkredite. Kundendienst und ein eigenes Transportsystem ergänzten die zahlreichen Vorteile. Der Kleinhandelsausschuß der Handelskammer Braunschweig hatte deshalb vollkommen recht, wenn er im November 1930 feststellte, daß die Kreditgewährungen an viele kleine Kaufleute die Lage eher verschlechtert als verbessert hätten. Sie wurden nämlich meistens nicht zur Umstellung auf Leistungsfähigkeit und Rentabilität, niemals gar zum Übergang in die Unselbständigkeit benutzt, und deshalb vergrößerten sie schließlich nur die Schuldenlast. Auch Steuererleichterungen bedeuteten nicht das Heil, zumal viele Betriebe ohnehin nur mit staatlicher Hilfe so lange gehalten werden konnten.

Dabei boten die modernen Großbetriebe wesentlich krisensicherere Arbeitsplätze. Nun aber drückte die große Zahl der dort Beschäftigten auf das Lohn- und Gehaltsniveau der übrigen. Ein kaufmännischer Lehrling hatte es in einem solchen Großunternehmen in rechtlicher, finanzieller und manchmal auch in menschlicher Hinsicht besser als bei einem kleinen Kaufmann, bei dem er außerdem nicht soviel lernen konnte. 1924, als die große Konjunktur begann, gab es in Deutschland annähernd 675 000 Einzelhandelsfirmen mit 1,533 Millionen Beschäftigten, daneben 755 Groß-Warenhäuser, in denen über 66 500 Angestellte arbeiten. Zwar waren sie 1925 erst mit 5 % am Gesamtumsatz beteiligt, aber im Laufe der nächsten Jahre gewannen sie immer weitere Käuferschichten, die zwar weiterhin auch Stammkunden bei den Einzelhändlern blieben, aber in stärkerem Maße mehr Geld in immer weniger Kassen brachten.

Im Oktober 1928 beherbergte Braunschweig den Reichsdeutschen Mittelstandtag, der bereits dringend an die Regierungen im Reich und in den Ländern appellierte, dem selbständigen Mittelstande Kredite und Steuererleichterungen zu gewähren. „Dem Mittelstande geht es allgemein schlecht, am schlechtesten aber geht es dem Lebensmitteleinzelhandel“, ließ der Landesverband Niedersachsen der Kolonial-, Lebensmittel- und Feinkostkaufleute auf seiner Jahrestagung im September 1929 verlauten. Der preußische Landtagsabgeordnete Lange bezeichnete bei dieser Gelegenheit als die gefährlichsten Gegner des Kaufmanns das Großkapital, die Warenhäuser „mit ihrem Schlußverkaufsschwindel“ und — die Konsumvereine.

Der Kampf gegen die *Konsumvereine* war kaum weniger ein ideologischer als ein wirtschaftlicher und wurde deshalb von den Rechtsparteien mit Verve unterstützt. Vor allem die Deutsche Volkspartei stritt hier Seite an Seite mit dem Mittelstand. So gab sie während des Wahlkampfes 1927 eine Sondernummer ihrer Zeitung „Um's Vaterland“

---

<sup>103</sup> Die Statistiken wurden laufend in den Mitteilungen der Handelskammer veröffentlicht, denen sie entnommen wurden.

heraus, die sich ausschließlich an die Kaufleute und gegen die Konsumvereine richtete. Wenn die Konsumgenossenschaften darin als ein marxistisches „Machtmittel zur Abwürgung des Mittelstandes und der privaten Gewerbebetriebe“ angeprangert wurden, festigte das die bürgerliche Front gegen die SPD. So soll z. B. ein sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter schon vor dem Weltkrieges gesagt haben, der unvermeidliche Untergang des selbständigen Mittelstandes sei „weder ein wirtschaftliches noch ein soziales Unglück, wenn durch den größeren Ausbau der Konsumvereine der armselige, durch und durch nicht existenzberechtigte kleine Mittelstand verschwindet.“ Derselbe Mann, so erinnerte die DVP, habe am 11. Mai 1919 in Braunschweig gesagt: „Die Sozialisierung soll die Verwirklichung des Sozialismus sein, und im Mittelpunkt dieser Sozialisierung müssen die Konsumgenossenschaften stehen. Es wird sich bewahrheiten, daß der wahre und wirtschaftliche Sozialismus am allermöglichsten und stärksten durch die Konsumgenossenschaften vertreten wird.“ Es ist sicher kaum zu bestreiten, daß solche Äußerungen einer in der SPD verbreiteten Ansicht entsprachen<sup>104</sup>. War die Konkurrenz der Konsumgenossenschaften für den Einzelhandel lebensbedrohend? Auch für sie schuf erst die Stabilisierung der Währung die Möglichkeit zu größerem Ausbau. 1926 wiesen die Jahresbilanzen der 1025 deutschen Genossenschaften einen Jahresumsatz von 1,125 Milliarden Mark aus, davon die Berliner Verkaufsstellen allein 53 Millionen. Für Braunschweig schätzte die DVP, daß die 16 000 bis 17 000 Mitglieder für den privaten Handel einen Ausfall von etwa 30 % bedeuteten, eine ganz gewiß viel zu hohe Schätzung. Aber immerhin verarbeitete z. B. die Konsum-Großbäckerei im Jahre 1928 rund 44 000 Zentner Mehl, das sind etwa 10 bis 15 kg pro Einwohner im Jahr; Werksküchen und andere Massenabnehmer bezogen davon einen nicht geringen Anteil. Die Konsum-Großschlachtereie in Braunschweig verarbeitete 1926 6663 Schweine, 390 Stück Großvieh, 539 Kälber und 263 Hammel.

Diese Leistungen in Braunschweig bedeuteten gegenüber dem, was die zentralen Produktionsstätten aufzuweisen hatten, noch wenig. In Oldenburg gab es z. B. eine Riesenschlachtereie, die nach dem Vorbilde der modernsten Schlachthöfe in Chicago aufgebaut worden war und als die größte Europas galt. Sie verarbeitete durchschnittlich 500 Schweine täglich und bot angeblich etwa 100 verschiedene Wurstsorten an, die z. T. in eigenen Fabriken konserviert und auch als Frischware durch ein eigenes Transportnetz an die Verkaufszentralen in ganz Deutschland geliefert wurden. Zwischen Leipzig und Dresden, an einem Eisenbahnknotenpunkt an der Elbe (Gröba-Riesa) besonders verkehrsgünstig gelegen, entstand ein Produktionszentrum, zu dem u. a. eine

<sup>104</sup> Der „Volksfreund“ brachte am 31. Oktober 1927 einen ganzseitigen Gegenartikel, in dem der Anteil der GEG am Gesamtumsatz mit 15,5 % angegeben wurde. Er schloß mit den Worten: „Wenn der Ruf ertönt: Kauft GEG-Produkte, so ist es nicht ein Ton aus der Reklameposaune, sondern es ist ein Kampfruf zur Befreiung des Proletariats von der privatkapitalistischen Ausbeutung.“ Ohne Zweifel hatte die SPD ursprünglich erwartet, daß die gesamte Arbeiterschaft ausschließlich über die Konsumgenossenschaften einkaufen würde, so daß sie ihre Enttäuschung nur schwer verbergen konnte.

Teigwarenfabrik, eine Seifen-, eine Zündhölzer- und eine chemische Fabrik gehörten. In Lauenburg an der Elbe gab es eine weitere genossenschaftseigene Zündholz- und in Düsseldorf eine weitere Seifenfabrik. In Dortmund besaßen die Genossenschaften eine Möbel-, in Altona eine Fischwaren-, in Magdeburg eine Nahrungsmittel-, in Stendal eine Gemüse- und Obstkonserven- und in Chemnitz eine Malzkaffee- und eine Mostrichfabrik. Sie verfügten ferner über drei Tabak- und Tabakwarenfabriken (Hamburg, Frankenberg und Hockenheim), zwei Zuckerwaren- und Schokoladenfabriken (Altona und Elms-horn), drei Konfektionsbetriebe, zwei Webereien und eine Bürstenfabrik. Die starken Berliner Vereine besaßen 1927 drei Großbäckereien mit einer Auslieferung im Werte von über 10 Millionen Mark (1928 wurde eine vierte gebaut), eine konsumenteneigene Mineralwasserfabrik, eine Kaffeerösterei, eine Großschlosserei und eine Tischlerei.

Gemessen an dem ungeheuren Bedarf der industriellen Massengesellschaft bedeutete das zunächst noch keineswegs eine tödliche Bedrohung, solange es dem privaten Handel möglich war, konkurrenzfähige Formen zu entwickeln. Wiederum nutzten die Kaufleute die Möglichkeit zu freien Genossenschaften nicht aus, weil sie es für unter ihrer Würde und für eine elegantere Form der Sozialisierung hielten. So hatte z. B. die heute starke EDEKA 1925 nur 30 000 Mitglieder, knapp 5 % der Kaufleute, und einen Jahresumsatz, der mit 75 Millionen Mark nur um 20 Millionen über dem Umsatz der Berliner Konsumvereine lag. Anstatt nach solchen Wirtschaftsformen zu suchen, setzten auch die Kaufleute ihre Hoffnung auf die Politik, und zwar gerade auf die Parteien, die nicht zur Kenntnis nahmen, welche sozialen und wirtschaftlichen Wandlungen sich vollzogen hatten.

In der Zeit von 1907 bis 1925 hatte in Deutschland die Bevölkerung um 13,4 %, die Zahl der Erwerbstätigen aber um 27 % zugenommen (nach Bechtel). 32 Millionen Menschen, das waren 51 % (!), standen im Erwerbsleben, davon 40 % in der Industrie. Jeder zweite Berufstätige war Arbeiter; Löhne und Gehälter machten 56 % des Sozialprodukts aus, bestimmten also wesentlich die Kaufkraft. Während vor dem Kriege noch 25 % der Berufstätigen selbständig gewesen waren, waren es 1930 nur noch 16 % — ein Zeichen für die Entwicklung zur Arbeitergesellschaft. Gleichzeitig mit der Konzentration des Kapitals und der steigenden Produktion wuchsen auch der Umfang von Handel und Verkehr (verteilende Bereiche) und der Verwaltung. In allen drei Bereichen, dem produzierenden, dem verteilenden und dem administrativen, entwickelte sich nun eine soziale Schicht, die zu einer Großmacht werden konnte, wenn sie sich ihrer Rolle bewußt würde: die *Angestellten*. Die Bedeutung der Angestellten für die soziale und politische Entwicklung der Weimarer Republik ist unlängst von Siegfried Kracauer dargestellt worden<sup>105</sup>, so daß ich mich darauf beschränken kann, das Phänomen an einigen Beispielen zu illustrieren. Im Krisenjahr 1930 gab es allein im braunschweigischen Gewerbe mehr als 15 000 Angestellte, davon arbeitete mehr als die Hälfte in den rund 300 größeren Industriebetrieben. 1926 beschäftigten 252 größere Firmen rund 45 000

---

<sup>105</sup> Die Angestellten, eine Schrift vom Ende der Weimarer Republik, Bonn und Allensbach 1959.

Arbeitnehmer, darunter etwas mehr als 6200 Angestellte; 1929 war die Zahl der entsprechend großen Betriebe auf 308, die Zahl der Arbeitnehmer darin auf 56 000 gestiegen, von denen mehr als 8000 Angestellte waren, was einem Verhältnis von etwa 6 : 1 entspricht. Dann aber kam die Weltwirtschaftskrise: in wenigen Monaten sank die Zahl der Großbetriebe wieder auf 272, rund 8000 Arbeiter wurden dadurch arbeitslos, aber die Zahl der Angestellten blieb konstant. Auf 5 Arbeiter kam jetzt bereits ein Angestellter. Auch in den kleineren Gewerbeunternehmungen stieg die Zahl der Angestellten bemerkenswert: 1926 beschäftigten rund 3300 kleinere Betriebe ca. 4750 Angestellte, 1930 waren es in über 4000 Firmen 6150 Angestellte. Gerade in den kleineren Betrieben stieg in diesen Jahren beständig der Anteil der weiblichen Angestellten, und zwar von 1868 im Jahre 1926 auf 2685 (1930). Ähnlich bedeutsam wurden die Angestellten für die kaufmännischen Betriebe und auch für die Handwerksbetriebe, wo sie die Buchführung, den Verkauf und die Verteilung übernahmen, abgesehen davon, daß die Warenhäuser und andere Großunternehmen geradezu geschlossene Angestelltengruppen formierten, die sich gewerkschaftlicher Interessensvertretungen zu bedienen begannen.

Für die mittleren und kleineren Unternehmungen bildeten die Angestellten einen Kostenfaktor, der in Krisenzeiten, wenn die Kaufkraft und damit der Umsatz zurückging, entscheidend zu Buche schlug. Es konnte nicht ausbleiben, daß viele Angestellte gerade aus diesen Bereichen in der Weltwirtschaftskrise arbeitslos wurden, anders als die Angestellten im Bereich der staatlichen Dienstleistungen, die unter Gehaltskürzungen, schlechten Aufstiegsmöglichkeiten und wenig erfreulichen Arbeitsbedingungen zu leiden hatten. Aber selbst die arbeitslosen Angestellten, soweit sie nicht ohnehin zur politischen Linken tendieren, fanden in diesen Jahren nicht den Weg zu den sozialistischen Parteien, die Arbeiterparteien sein wollten. Karl Marx hatte die gesellschaftliche Entwicklung so falsch eingeschätzt, daß in seinem System für die völlig neue, die Klassen aufhebende Schicht kein Platz vorgesehen war. Andererseits wurden die Angestellten aber auch vom alten Bürgertum nicht anerkannt, weil sie weder Besitz noch Privilegien (wie z. B. die Beamten) aufzuweisen hatten, vielmehr Arbeitnehmer waren. Sie strebten ins Bürgertum, fanden aber bei den bürgerlichen Rechtsparteien keine politische Vertretung, und der Mittelstandsblock war eine Interessenvertretung der Selbständigen. So schoben sich die Angestellten als eine stark differenzierte, noch inhomogene, aber zahlenmäßig ständig wachsende Schicht zwischen die sozialen Fronten. 1930 machten sie bereits 12 % aller Berufstätigen aus. Von den bestehenden politischen Parteien vor den Kopf gestoßen, fanden sie in den Jahren der Arbeitslosigkeit in dem Gedanken der Volksgemeinschaft die Aussicht auf eine soziale Umwertung, durch die sie Anerkennung finden konnten. Allein die NSDAP wußte in diesen Jahren das Phänomen der Angestellten in Rechnung zu stellen, und so waren denn mehr als 25 % aller eingeschriebenen Nationalsozialisten Angestellte.

Das also waren die gesellschaftlichen Gruppen, auf die seit 1928 auch der Nationalsozialist Groh seine Propaganda konzentrierte: die Angestellten, die Kaufleute, das Handwerk und die kleinen Gewerbetreibenden, außerdem die Landwirtschaft. Er machte



sich zum Sprecher aller Mittelstandssorgen, als die SPD-Regierung 1928 ihre vom Mittelstand abgelehnten Steuergesetze einbrachte: „Die Gewerbetreibenden ringen, wie die große Zahl der Konkurse beweist, schwer um ihre Existenz . . . Ich denke dabei vor allen Dingen an die kleineren Gewerbetreibenden und hier wieder besonders an die Klein- und Einzelhändler, die von dem Moloch der von den Großbanken unterstützten Großwarenhäuser zugrunde gerichtet werden.“ Den Konsumvereinen unterstellte er die Absicht, im Sinne des Marxismus den Mittelstand zu vernichten, so daß er nun die SPD unmittelbar für die Notlage verantwortlich machen konnte: „Sie wollen nur Ihr Ziel, nämlich die Verelendung der Kleinbetriebe, durch Ihre Steuergesetzgebung herbeiführen . . . Wer nicht den Mittelstand und die schwer notleidende Landwirtschaft zugrunderichten will, der muß den gesamten vorliegenden Gesetzentwürfen seine Zustimmung versagen.“ Wieder behauptete er, daß es Kräfte gebe, die planmäßig im eigenen Interesse an der Vernichtung des Mittelstandes arbeiteten. So brachte Groh das Kunststück fertig, mit der Sozialdemokratischen Partei zugleich auch das internationale Kapital anzuklagen: „Die neuen Gesetze sind . . . wieder einmal ein glänzender Beweis dafür, wie sehr Deutschland in den Maschen des Dawes-Planes hängt.“

Welch einen Propagandastoff boten ihm die Mittelstandsvertreter, als die Gruppe Liebold-Wachler den Haushalt der SPD-Regierung rettete! Am 31. Juli 1930, kurz vor den Wahlen, legte Groh seine Rechnung vor: „Ich denke an 1927 — daß eben manche Gruppen, die sich als Kämpfer gegen die Sozialdemokratie ausgeben, nachher jede Möglichkeit, die Sozialdemokratie zu unterstützen und aus ihrer bedrängten Lage zu befreien, wahrnehmen. Aber das sollen sie mit ihren Wählern abmachen. Wir werden jedenfalls alles tun, um das Gedächtnis der Wähler in dieser Beziehung aufzufrischen.“ Die NSDAP hat es getan und den Wählern zugerufen, sie bedauere die armen Angehörigen des Mittelstandes, „die sich noch weiter auf diese Herrschaften verlassen.“

Auch gegenüber den von Frede vertretenen Haus- und Grundbesitzern verfolgte Groh diese Taktik. Während der Haushaltsdebatte 1930 beklagte Frede die katastrophale Verschuldung der Hausbesitzer, so daß Mieterhöhungen notwendig seien. Es folgte nach der bekannten Taktik zunächst ein Angriff Grohs gegen die Person: „Herr Frede, glauben Sie, wenn heute die Wohnungslosen in Braunschweig Ihre Rede gehört hätten und die Redewendungen, die Sie hier gebraucht haben, deren Blut wäre heiß geworden . . .“ Danach machte er sich zum Sprecher der Sorgen und der Not der Hausbesitzer: „Kein Mensch kann heute leugnen, daß auch die Hausbesitzer einen schweren Stand haben.“ Er wiederholte alle Klagen und gab dazu die Erklärung, es fehlten die Milliarden des Young-Planes, und es fehle auch das Nationalgefühl, weil Leute wie Frede und Liebold versagt hätten und die SPD es so wolle.

Selbst nachdem die Nationalsozialisten eine Regierung mit eben diesen Bürgerlichen gebildet hatten, hörten sie nicht auf, die bisherigen politischen Vertreter des Mittelstandes vor ihren Anhängern zu diskriminieren. Andererseits konnte der neue NS-Minister Dr. Anton Franzen für seine Partei das Verdienst in Anspruch nehmen, die Warenhäuser

mit einer Sondersteuer von 300 % belegt und die Konsumvereine wieder in die Gewerbesteuer einbezogen zu haben. Der Handwerkerbund zollte ihm ein öffentliches Sonderlob, weil er Erlasse gegen Schwarzarbeit herausgab und Berücksichtigung des einheimischen Handwerks bei Bauarbeiten verfügte. Das braunschweigische Handwerk bedankte sich auch dafür, daß die neue Landtagsmehrheit dem Antrage Vahldieks entsprochen habe, das Sieverssche Berufsschulprogramm einzustellen, das allerdings die Deutschnationalen und ihr Minister Küchenthal ebenso bekämpften.

Nachdem Hitler mit Erfolg Partei und Programm entsozialisiert hatte, bestärkte ihn der Erfolg vom September 1930 in der Überzeugung, daß er allein mit Hilfe des früher so verachteten „bürgerlichen Stimmviehs“ an die Regierung gelangen und auf den Staatsstreich endgültig verzichten könne. Kurz vor den Wahlen vom 31. Juli 1932 ließ er deshalb ein „Wirtschaftspolitisches Sofortprogramm“ verkünden, das ausschließlich auf Mittelstand und Landwirtschaft zugeschnitten war und alle seit Jahren bekannten Klagen dieser Gruppen zusammenfaßte, alle Forderungen zu erfüllen versprach: „Der Mittelstand wird von oben her angegriffen durch das Finanzkapital, das zwar Riesenkonzernen 100-Millionen-Kredite zu günstigen Bedingungen zur Finanzierung zweifelhafter Transaktionen zur Verfügung stellt, das aber dem mittelständischen Handwerker, Gewerbetreibenden und Einzelhändler Kredite nur in geringem Umfange und zu unerträglichen Zinsen gewährt. Außerdem seitens der Warenhäuser, Filialriesen und Einheitspreisgeschäfte. Von unten her wird der Mittelstand angegriffen vom Marxismus, und zwar direkt mit Hilfe der roten Konsumvereine und indirekt auf dem Wege der Gesetzgebung“<sup>106</sup>.

Wie Groh schon früher nicht müde geworden war zu betonen, so sagte die NSDAP den Banken und dem gesamten Finanzgebaren scharfen Kampf an und kündigte an, „daß das Bank-, das Geld- und Kapitalverkehrswesen genauso verstaatlicht wird, wie vor einem halben Jahrhundert das Eisenbahn- und Postwesen ...“ Dieses Programm übergab die Parteileitung allen Gliederungen und Organen „als verbindliche Richtschnur für die Redner der NSDAP sowie für Veröffentlichungen in der Presse. Alle Äußerungen von Parteigenossen, die von diesem Material abweichen oder ihm widersprechen, sind lediglich als Privatmeinung zu betrachten. Den Rednern der NSDAP wird das Material insbesondere für den Wahlkampf zur Reichstagswahl vom 31. Juli 1932 anempfohlen.“

Der Nordwestdeutsche Handwerkerverband reagierte sofort, noch bevor Hitler selbst auf einer Großkundgebung in Braunschweig sprach. Die Braunschweiger verwiesen auf die Politik der NSDAP in Braunschweig, wo sie zuerst und für mehr als ein Jahr allein Gelegenheit hatte, durchgreifend zu regieren. Ihrem Einfluß ist es zuzuschreiben, daß der NWD Handwerkerverband im Juli 1932 beschloß, nur die NSDAP zu unterstützen. Unter polemischen Angriffen gegen die bürgerlichen Parteien verließen die braunschwei-

---

<sup>106</sup> Wirtschaftliches Sofortprogramm der NSDAP ausgearbeitet von der Hauptabteilung IV (Wirtschaft) der Reichsorganisationsleitung der NSDAP. Ausgewählte Dokumente, s. Lit. Verz. Nr. 6.

gischen Handwerksvertreter im Landtag, Schmidt und Vahldiek, die Fraktion Bürgerliche Einheitsliste, um zur NSDAP überzutreten. Immer offener bekannte nun auch der Reichsverband des deutschen Handwerks, daß er nur von Hitler erhoffe, die „Verbitterung und Verzweiflung in den Reihen des Handwerks“ zu beseitigen. Unmittelbar nach dem Sturz Schleichers, am 27. Januar 1933, gab der Reichsbund seiner Stimmung und Erwartung in einer EntschlieÙung Ausdruck, die an die zu ernennende neue Regierung gerichtet war: „Das Handwerk sieht sich nicht länger in der Lage, die Mißachtung des ihm in der Verfassung zugesicherten Schutzes zu ertragen ...“ Zur gleichen Stunde, in der in Berlin die schicksalhafte Entscheidung fiel, am 29. Januar 1933, tagten in Braunschweig gerade die Obermeister des Handwerks, die in einer EntschlieÙung ihre Hoffnung ausdrückten, der neue Reichskanzler werde „endlich die rettende befreiende Tat“ vollbringen. „Ein freies und starkes Handwerk in einem freien und starken Vaterlande“, das erwarteten auch die braunschweigischen Handwerkerführer Schmidt und Vahldiek, als sie in den Morgenstunden des 30. Januar dem neuen Reichskanzler eines der ersten Ergebnisstelegramme aus Braunschweig schickten.

Im April 1933 ließ sich die Handwerkskammer Braunschweig nicht nur widerstandslos „gleichschalten“, sondern begrüÙte in den neuen Verhältnissen geradezu die Erfüllung ihrer Hoffnungen, die Befreiung aus Mutlosigkeit und dumpfen Verzweiflung, wie es im letzten Jahresbericht der Kammer hieß. „Der Kampf aller gegen alle, der herrschte, weil es an der starken Führung fehlte, ist vorbei. Insbesondere besteht die Gewißheit, daß in Zukunft die Belange des Mittelstandes gewahrt werden ... Gern und freudig stellt sich daher das Handwerk der jetzigen Regierung zur Verfügung ... Unter den inzwischen geschaffenen neuen Verhältnissen ist das Handwerk bereit, seine ganze Kraft und sein ganzes Können einzusetzen, um tatkräftig mitzuhelfen an der Neugestaltung des Deutschen Reiches im nationalsozialistischen Staate“<sup>106a</sup>.

Die Männer, die so überschwenglich Hitlers „Drittes Reich“ begrüÙten, waren keineswegs neu eingesetzte Parteifunktionäre, sondern noch immer dieselben Persönlichkeiten, die 1918 den „Rat der selbständigen Erwerbszweige“ mitgetragen und den bürgerlichen Landeswahlverband oder die Deutsche Demokratische Partei unterstützt hatten, es waren die ehemaligen Anhänger des Wirtschaftsverbandes (Liebald) und Abgeordneten der „Gemeinschaft der Mitte“, die Mitbegründer der „Vereinigung selbständiger Mittelstand“ und die Kandidaten der Bürgerlichen Einheitsliste von 1930. Es waren die Vertreter eines bürgerlichen Mittelstandes, die sich zum Liberalismus gerechnet hatten, ohne zu wissen, was er von ihnen verlangt. Ihre zunehmende Enttäuschung war im gleichen Augenblick in Anti-Liberalismus umgeschlagen, in dem Hitler im Liberalismus „die Ursache für alle Ungerechtigkeiten und Mißstände in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft“ anprangern ließ<sup>107</sup>. Wer aber dem Liberalismus absagte, mußte mit der Republik brechen

<sup>106a</sup> Zitate aus den Tätigkeitsberichten der Handwerkskammer, Lit. Verz. Nr. 11.

<sup>107</sup> Hierzu Kurt Sontheimer, Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik, München 1962, S. 180 ff.

und setzte nun auf die nationale Führeridee. Als im Frühjahr 1933 der Ehrenvorsitzende der DVP und Präsident der Handelskammer Braunschweig, Geheimrat Schmidt, zur NSDAP übertrat, bekannte er, daß er die geschichtliche Aufgabe einer nationalliberalen Partei mit der Machtübernahme durch den Nationalsozialismus als erfüllt betrachte. Der Liberalismus hatte aufgehört, eine politische Kraft zu sein, und die Nationalsozialisten fanden ein weltanschaulich leeres Bürgertum vor, das sie widerstandslos mit ihren Irrlehren anfüllen konnten.

Im Gegensatz zum bürgerlichen Mittelstand war die *Landwirtschaft* von jeher konservativem Gedankengut verbunden gewesen. Solange der deutschnational geführte Landbund die Erinnerung an die guten Zeiten des Kaiserreichs als Kampfmotiv gegen die liberale Republik von Weimar zu nutzen verstand und Hitlers Radaukolonnen in der Nähe der revolutionären Kommunisten zu stehen schienen, folgten die meisten Landwirte den antidemokratischen Parolen unter der schwarz-weiß-roten Fahne. Mit ihr schienen sich verlorengegangene Werte wie Autorität, Treue, Vaterlandsliebe, Ruhe, Ordnung und Wohlstand zu verbinden. Die Feinde des Kaisers im Innern und die Feinde des Reiches außen trugen deshalb nach ihrer Meinung die Schuld am Elend der Landwirtschaft. Dieses deutschnationale Denken verstellte den Blick für die wirtschaftspolitischen Notwendigkeiten, „weil es die Zeit und ihre neuen Erfordernisse nicht zu begreifen vermag oder sie nicht zur Kenntnis nehmen will“<sup>107a</sup>. Im Kaiserreich hatte die Schutzzollpolitik gegen die erst allmählich stärker werdende Auslandskonkurrenz der deutschen Landwirtschaft in der Tat gute Zeiten beschert. Im Kriege schließlich wurden ihr äußerste Anstrengungen abverlangt, um die Ernährung der Heimat und der Front aus eigenen Kräften sicherzustellen. Zweifellos waren die Bauern die Lebensgrundlage des gesamten Volkes und damit das Fundament des Staates. Gab es folglich keine Absatzsorgen, so blieb die Existenz auch des kleinsten Betriebes gesichert. Der Staat kontrollierte den Anbau, setzte die Preise fest und versuchte für eine gerechte Verteilung zu sorgen, jedes Stückchen Acker- oder Gartenland mußte intensiv genutzt werden. In den Kriegs- und ersten Nachkriegsjahren entstanden daher zahlreiche landwirtschaftliche Kleinbetriebe, die unter normalen Wettbewerbsbedingungen nicht konkurrenzfähig sein konnten und deshalb willig die Zwangswirtschaft ertrugen, zumal nicht nur die Eigenernährung des Besitzers gesichert schien, sondern auch der Schwarzhandel mit hungernden Städtern zusätzliche Einnahmen anbot. Auch die braunschweigische Landwirtschaft bot in diesen Jahren das Bild einer unrentablen Struktur, als sie sich nach der „Freigabepolitik“ und nach der Inflation der veränderten Wettbewerbssituation stellen mußte.

Zwar ging in der Zeit von 1907 bis 1925 die landwirtschaftliche Nutzfläche im Lande Braunschweig von 217 862 ha auf 207 614 ha zurück, aber in der gleichen Zeit stieg die Zahl der Betriebe von etwas über 55 000 auf rund 70 000. Mehr als die Hälfte der etwa

---

<sup>107a</sup> Vgl. Sontheimer a. a. O. S. 144 ff.

15 000 neuen Wirtschaften waren Betriebe mit weniger als 2 ha. 1925 gab es im Lande insgesamt 56 694 Landwirtschaftsbetriebe dieser kleinsten Betriebsgröße, sie bewirtschafteten 12,4 % der Nutzfläche. Weitere 5200 Betriebe, von denen im angegebenen Zeitraum 176 neu entstanden waren, gehörten zur Größenklasse 2 bis 5 ha. Sie nutzten zusammen etwas mehr als 8 % der Fläche. In der Größenklasse 5 bis 20 ha war dagegen die Zahl von 6241 auf 6192 gesunken, und die Zahl der größeren Betriebe mit 20 bis 100 ha ging sogar von 2089 im Jahre 1907 auf 1846 im Jahre 1925 zurück. In diesem Jahre gab es nur 180 Wirtschaften mit mehr als 100 ha, nur sie hatten wirklich Aussicht, durch Mechanisierung und Spezialisierung auf die Dauer mühelos konkurrenzfähig zu bleiben, gemessen an den Verhältnissen etwa in den Vereinigten Staaten von Amerika.

Die Wende zeichnete sich in den Jahren 1924/25 ab, als die Zahl der Zwerg- und Kleinbetriebe rapide zurückzugehen begann und zunächst die unter den Kriegsverhältnissen entstandenen Kleinwirtschaften wieder verschwanden. In den Jahren 1925 bis 1933 verschwanden auch 749 aus der Rubrik der Größenklasse 2 bis 5 ha, dagegen erschienen in der Klasse 5 bis 20 ha 299, in der Klasse 20 bis 100 ha 190 Betriebe mehr. Auch die Zahl der großen Höfe (über 100 ha) erhöhte sich um 25. Es ist anzunehmen, daß vielfach kleinere Höfe von größeren aufgekauft wurden, die dadurch eine Klasse höher rückten, denn eine Betriebsgröße zwischen 2 und 5 ha erwies sich oft als „zu klein, um die Landwirtschaft hauptberuflich zu betreiben, während sie in vielen Fällen zu groß ist, um sie als Nebenbetrieb durchzuführen“<sup>108</sup>. Die Lage wird durch folgende Gegenüberstellung grell beleuchtet: Etwa 57 000 Kleinbauern bewirtschafteten genau so viel Land wie die 68 Domänen und Klostergüter, die dem Freistaate gehörten; aber während die staatlichen Großbetriebe in den Jahren 1925 bis 1928 jährlich mehr als eine Million Mark Reingewinn abwarfen, waren die meisten Kleinwirtschaften bereits beträchtlich verschuldet<sup>109</sup>.

Da einerseits die Gestehungskosten, andererseits aber auch die Erträge stiegen, geriet die Landwirtschaft so schnell in eine *Absatzkrise*, daß den meisten Bauern die veränderte Lage zwar bewußt, ihnen aber keine einleuchtende Begründung, geschweige ein annehmbarer Abhilfevorschlag angeboten wurde. Ein Beispiel dafür bietet die in Braunschweig bedeutsame Zuckerproduktion: 1919, als die zahlreichen Brauereien, Malzfabriken und Branntweinbrennereien (hiervon gab es allein in der Stadt Braunschweig 18) noch als Luxusbranchen galten, erzeugten die einheimischen Zuckerfabriken aus 3,7 Millionen Doppelzentnern Rüben 1,1 Millionen Zentner Rohzucker, 1922 wurden bereits 6,19 Millionen Doppelzentner Zuckerrüben geerntet. Obwohl das eine Rekordernte war, erreichte

<sup>108</sup> Aus der unveröffentlichten Statistik „Die Veränderungen innerhalb der Betriebsgrößenklassen . . .“ Lit. Verz. Nr. 4. Ferner nach Kanzow (S. 64 ff.) und den Ergebnissen der Landwirtschaftlichen Betriebszählung 1933 im „Ortschaftsverzeichnis des Landes Braunschweig“ S. 5 ff. Vgl. auch Struck, Lit. Verz. Nr. 41.

<sup>109</sup> Über die Lage der staatlichen Domänen s. Bestian. Lit. Verz. Nr. 28.

die Rübenproduktion im Normaljahr 1925 die Menge von 5,67 Millionen Doppelzentnern<sup>110</sup>. Eine zunehmend große Rolle spielten die Kartoffeln, da sie gerade in Mangeljahren Hauptnahrungsmittel geworden und kaum ausländischer Konkurrenz ausgesetzt waren. Je größer die Absatzsorgen für andere Produkte wurden, desto stärker wurde der Kartoffelanbau betrieben: In den Jahren von 1919 bis 1925 erhöhte sich die Kartoffelanbaufläche von 18 800 auf über 21 700 ha und der Ernteertrag von 2,43 Millionen Doppelzentner im Jahre 1920 auf 3,48 Millionen im Jahre 1924. 1925 erzeugte die braunschweigische Landwirtschaft rund 6 Doppelzentner pro Landeseinwohner! Freilich benötigten die meisten Bauern große Mengen von Futterkartoffeln, weil sie die stark dezimierten Viehbestände auffüllen mußten, aber es ist auch ein Zeichen mangelnder Anpassung, daß sie noch immer bemüht waren, die eigene Wirtschaft möglichst weitgehend aus eigener Kraft zu versorgen. Es gab jedenfalls nicht wenige, die nicht einmal 20 % ihrer Kartoffelernte verkauften, d. h. in Bargeld umsetzen konnten.

Den Gemüsebauern hatte die Absatzkrise der *Konservenindustrie* während der Inflation einen Schock versetzt, so daß viele in der Folgezeit den Gemüseanbau einschränkten. Um annähernd 30 %, in den Kernkreisen Braunschweig und Wolfenbüttel sogar um annähernd die Hälfte (45,4 %!) ging die Anbaufläche zurück. Trotzdem erzeugten die Gemüsebauern der beiden Kreise etwa 2 Zentner pro Einwohner, während die Produktion im übrigen Reiche etwa  $\frac{3}{4}$  Zentner pro Einwohner betrug. Hauptabnehmer blieb natürlich die braunschweigische Konservenindustrie, die in kritischen Jahren von 1927 bis 1929 ihre Leistung um mehr als 2 Millionen Dosen steigerte. Noch im Jahre 1932, auf dem Höhepunkt der Weltwirtschaftskrise, produzierten die 68 Konservenfabriken Braunschweigs mehr als ein Drittel der gesamten deutschen Gemüsekonserven, und zwar auf der Grundlage von rund 3500 ha Anbaufläche. Aber wer sollte in der Zeit der Massenarbeitslosigkeit und Gehaltskürzungen die vielen Konserven kaufen? Die Folgen waren gerade für Braunschweig katastrophal, als nicht nur die Konservenfabriken, sondern auch einige der sie stützenden Banken zusammenbrachen<sup>111</sup>. In den drei Jahren von 1928 bis 1931 mußten 6 Konservenfabriken schließen, innerhalb von zwei Jahren (1929 bis 1931) sank die Zahl der Arbeiter von über 7000 auf knapp 3800! Mehr als 3000 Arbeiter und Hunderte von Gemüsebauern verloren den Verdienst.

Es versteht sich, daß infolge der Arbeitslosigkeit auch beträchtlich weniger Fleisch und Wurst gekauft wurde. Dabei hatten sich die Bauern redlich bemüht, die während des Krieges erlittenen Einbußen wieder aufzuholen. Während der Lebensmittelknappheit in den Kriegs- und Nachkriegsjahren mußten wesentlich mehr Tiere abgeschlachtet werden, als nachgezüchtet werden konnten, worunter auch die Milcherzeugung gelitten hatte. Vor

<sup>110</sup> Ernteerträge der braunschweigischen Landwirtschaft in den Beiträgen zur Statistik, haupts. N. F. Nr. 5 S. 25 ff. Danach erzeugte die br. Landwirtschaft 1925 u. a. 0,17 Mill. dz. Sommer- und 0,42 Mill. dz Winterweizen, 0,54 Mill. dz Roggen und 3 Mill. dz Kartoffeln.

<sup>111</sup> Es handelt sich um die Bankhäuser Meyersfeld, am 30. 7. 1931, zwei Wochen nach dem Zusammenbruch der DANAT- Bank, und Nathalion.

dem Kriege besaßen Braunschweigs Landwirte zusammen ca. 130 000 Stück Rindvieh, 1918/20 nur noch 94 000. 1925 hatte aber die Zahl 110 000 wieder überschritten. Vor dem Kriege gab es im Lande rund  $\frac{1}{4}$  Million Schweine, je zwei Braunschweiger hätten sich jährlich ein Schwein teilen können, nach dem Kriege hätten sich 5 Einwohner ein Schwein teilen müssen. Auch 1925 gab es erst wieder 200 000 Schweine im Lande. Nach 1925 ging dann der relative Viehbesatz allgemein rapide zurück. 1928 kamen auf 100 ha 76,55 Stück Vieh, 1930 nur noch 70,89. Es gelang allerdings, die Milcherzeugung von durchschnittlich 2448 Liter je Kuh (1927) auf 2706 Liter (1928/29) zu steigern, so daß die Molkereien mehr Milch erhielten als früher. Aber die Kehrseite war, daß der Landwirt statt 17,13 Pfennig pro Liter nur noch 16,84 Pfennig erhielt. Es war überall dasselbe: Höhere Erträge bedeuteten niedrigere Preise <sup>112</sup>. 1913 zahlten z. B. die Zuckerfabriken 1,10 Mark für einen Zentner Zuckerrüben, 1925 und 1926 nur noch 1,00 Mark. 1927, als die Lage vorübergehend besser wurde, boten sie, genauso vorübergehend allerdings, 1,60 Mark. 1913 zahlten die Konservenfabriken für einen Zentner Stangenbohnen 10,00 Mark, 1927/28 nur noch 5,50 Mark. Erbsen freilich stiegen im Preis von 6,00 Mark im Jahre 1913 auf 9,00 Mark, und ein Zentner Spargel erbrachte 1925 sogar den beachtlichen Preis von 90 Mark. Für die Spezialform des Spargelbetriebes bedeutete das jedoch nicht viel. In der gleichen Zeit verteuerten sich landwirtschaftliche Maschinen um durchschnittlich mehr als 25 %. Auch Kali und Phosphor wurden beträchtlich teurer, nur Stickstoff war im Vergleich zur Vorkriegszeit billiger. In den Jahren 1925 bis 1928 lagen die Preise für industrielle Erzeugnisse jedenfalls um 20 bis 25 % über den Agrarpreisen, wie die Entwicklung der Preisschere (nach Struck) zeigt:

	Agrarprodukte	Maschinen und Bedarfsartikel	Schere
1913	100	100	
1925	133,0	156,7	23,7
1926	129,0	149,5	20,5
1927	137,8	147,3	9,5
1928	134,3	158,6	24,3

Je weniger ein Landwirtschaftsbetrieb mechanisiert war, desto größer war der Anteil der Löhne an den Gestehungskosten. Auch der staatlich geförderte Bau von Landarbeiterwohnungen — der Landeshaushalt von 1927 (Regierung Marquardt) wies hierfür den Betrag von 950 000 Mark aus — verhinderte nicht, daß die höheren Löhne in der Industrie viele Arbeitskräfte anzogen, selbst wenn in der Stadt das Risiko der Arbeitslosigkeit größer war. Was ein Bauer an Löhnen aufwenden muß, richtet sich nach der Art seiner Wirtschaft. Rübenwirtschaften erfordern mehr Arbeitskräfte als Getreidewirtschaften: Ein großer Hackfruchtbetrieb, der vorwiegend Kartoffeln, Zuckerrüben und Weizen

<sup>112</sup> Viehbestände nach Beiträge zur Statistik N. F. Nr. 5, S. 17 ff. Die folgenden Angaben nach Struck, Wöbeking und Kanzow.

erzeugte, mußte in diesen Jahren etwa 224 Mark an Löhnen pro Hektar und Jahr aufwenden, Getreidewirtschaften dagegen benötigten nur 6,00 Mark im günstigsten, 56,00 Mark im weniger günstigen Falle. Aber Milchwirtschaftsbetriebe (mit Viehzucht, Getreide und Zuckerrüben) mußten mit etwa 200 Mark pro Hektar und Jahr rechnen. Nach den Angaben Strucks, die hier zugrundegelegt werden, mußten zu diesen Lohnkosten noch die Sozialabgaben in Höhe von 1,00 Mark bis 32,00 Mark pro Hektar gerechnet werden, was im Durchschnitt etwa 3,5 % der Ausgaben ergab.

Auf der Einnahmeseite der braunschweigischen Landwirtschaft standen dem vor allem die Erlöse für Schlachtvieh gegenüber, zumal die fleischverarbeitende Industrie seit 1925 wieder zufriedenstellend abzunehmen schien. Struck hat die Handelsspanne für ein Pfund Rindfleisch wie folgt berechnet:

	1913	1926/27	1927/28
Es bekam der Bauer	42,2 Pf = 100	47,8 Pf = 100	50,2 Pf = 100
der Viehhändler	49,7 Pf = 115	56,3 Pf = 115	95,1 Pf = 189
der Fleischereigroßbetrieb	82,5 Pf = 195	94,7 Pf = 198	96,1 Pf = 191
Es zahlte der Käufer	87,7 Pf = 208	110,0 Pf = 230	112,0 Pf = 229

Während also der Bauer 1927 nur 8 Pfennig pro Pfund mehr erhielt als 1913, zahlte der Käufer beinahe 25 Pfennig mehr, also über ein Drittel. Vom Preis her gesehen bedeutete das: Der Erzeugerpreis stieg um 15 %, der Verbraucherpreis um 25 %. Die industrielle Massengesellschaft kam nun allerdings ohne die verteuernenden Zwischenstationen des Handels und des Verkehrs nicht mehr aus, aber der städtische Verbraucher war nach den Erfahrungen der Kriegszeit nur zu leicht geneigt, den Erzeugern die Schuld an den Preissteigerungen zuzuschreiben. Diese Situation verschärfte in bedenklicher Weise die Spannungen zwischen der Landwirtschaft und dem kaufmännischen Mittelstand, die immer wieder sichtbar wurden, wenn es um die Steuern ging. Die deutschnationalen Politiker Roloff und Hogrefe stritten alleweil energisch gegen die Vertreter des Mittelstandes, wenn sie die Landwirtschaft von der Gewerbesteuer freihalten wollten. Weil die angeblich hohe Steuerlast ein Politikum von nahezu entscheidender Bedeutung wurde, muß kurz dargelegt werden, welchen Anteil an den Kosten sie tatsächlich hatte.

Wiederum ist die *Steuerbelastung* von der Art des Betriebes abhängig, so daß die Aufwendungen in den Jahren 1927/28 zwischen 18 und 55 Mark je Hektar schwankten, wobei der Durchschnitt allerdings (nach Struck) bei etwa 42 Mark lag. Das entsprach einem Anteil von 10,7 % der Gesamtausgaben. Da es sich hierbei nicht vorwiegend um Einkommens- und andere persönliche Steuern handelt, die im allgemeinen kaum die Hälfte der Leistungen ausmachen, müssen diese Angaben im Zusammenhang mit der gesamten Vermögenslage gewertet werden. Die *Braunschweigische Staatszeitung* veröffentlichte am 31. Oktober 1927 einen Bericht über die Vermögenslage der braunschweigischen Landwirtschaft im Jahre 1927, wonach sich ein Grundvermögen von 390,6 Millionen Mark auf 13 694 Steuerpflichtige verteilte. Damit entfiel auf jeden ein



Anteil von durchschnittlich 28 500 Mark, womit übrigens die braunschweigische Landwirtschaft weit über dem Reichsdurchschnitt von 19 861 Mark lag. Ihrem Gesamtumsatz von 86,17 Millionen Mark für knapp 6000 Umsatzsteuerpflichtige entsprach ein steuerpflichtiges Einkommen von 25,33 Millionen Mark. Umgerechnet heißt das: Der einheimische Landwirt erzielte 1927 pro 1000 Mark Vermögen etwa 211 Mark Umsatz und pro 1000 Mark Umsatz etwa 294 Mark Reingewinn, im Durchschnitt pro Hektar 62 Mark. Nach dem Bericht der Braunschweigischen Staatszeitung entsprach das gesamte steuerpflichtige Einkommen einem Einkommen von 1769 Mark pro Kopf, während die Landwirte im übrigen Reich mit nur 1314 Mark rechnen konnten. Zum Vergleich sei erwähnt, daß ein Bergarbeiter in diesem Jahre rund 1900 Mark verdiente. Man wird also nicht behaupten können, daß es der braunschweigischen Landwirtschaft besonders schlecht ging, verglichen mit der Lage im Reich. Indessen darf man nicht übersehen, daß die allzu vielen Kleinbetriebe keinen wesentlichen Anteil am Gesamtvermögen hatten und gerade in Braunschweig die Vermögen sehr ungleichmäßig verteilt waren.

Die für die Landwirtschaft lebensnotwendige Umstrukturierung, wenn sie planmäßig angestrebt worden wäre, hätte Kapital erfordert, das in nennenswertem Umfange erst nach der Inflation und nach der durch Locarno und Dawes-Plan geschaffenen Lage verfügbar war. Es ist verständlich, daß sich auch die Landwirte um Darlehen und Kredite bemühten, aber gerade die kleineren Betriebe machten vielfach Schulden, weil sie von diesem Gelde leben mußten, anstatt damit ihre Produktionsverhältnisse zu verbessern. Die meisten hätten die Konsequenz ziehen müssen, ihren Betrieb umzustellen oder ganz aufzugeben, wozu sich aber kaum jemand entschließen konnte. Stattdessen gingen sie dazu über, die vorhandene Substanz anzugreifen und zu liquidieren, um dann die Erlöse aus Vermögensverkäufen wieder bar auszugeben, anstatt zu investieren. Schon Struck hat 1929 kritisiert, daß es die Landwirte „im allgemeinen nicht verstanden, dem Betriebe wieder wirklich produktives Kapital zuzuführen.“ Die Braunschweigische Staatsbank räumte in diesen Jahren der Landwirtschaft zahlreiche Hypotheken und Kredite ein, aber die Folge dieser Anforderungen an den Kapitalmarkt war, daß sich die Kredite durch die steigenden Zinssätze ständig verteuerten. Industrie und öffentliche Hand benötigten so viel Kapital, daß die Bauern durch ihre Käufe in beträchtlichem Maße zu Wechselschulden veranlaßt wurden.

Als die bürgerliche Regierung Marquardt eine Anleihe von 2,8 Millionen Mark aus der Amerikanleihe der Rentenbankkreditanstalt zugunsten der braunschweigischen Landwirtschaft durchsetzte, stiegen die langfristigen Schulden in der Zeit vom Juni 1925 bis Oktober 1926 auf annähernd das Doppelte, nämlich von 26,81 Mark pro Morgen auf 51,53 Mark. Struck zitiert u. a. eine Repräsentativuntersuchung von 64 braunschweigischen Landwirtschaftsbetrieben, nach der die Realschulden von 1925 bis 1927 um 133 % anstiegen. In dem einen Jahre von 1927 bis 1928 wuchs die Schuldsumme von durchschnittlich 146 Mark pro Hektar auf 175 Mark. Aber auch dahinter verbergen sich beträchtliche Unterschiede, je nach der Struktur des Betriebes. Ein besonders hochverschuldeter Hof von

34 ha hatte pro Hektar 1415,50 Mark Schulden, davon 1176 Mark langfristige. Dagegen gelang es einem 38 ha großen Hof, ohne langfristige Schulden auszukommen, so daß er nur mit knapp 54 Mark pro Hektar kurzfristiger Schulden belastet war. Ein anderer, etwa gleich großer Betrieb, wies allerdings 270 Mark kurzfristige Schulden pro Hektar auf.

Der Landbund benutzte die Schuldenlage, um auf der Grundlage offenbar eindeutiger statistischer Unterlagen die Öffentlichkeit auf die katastrophale Situation der Landwirtschaft hinzuweisen. Deshalb veröffentlichte der Landbund in diesen Jahren laufend „Landwirtschaftliche Betriebsergebnisse“ aufgrund von Repräsentativuntersuchungen, in die auch 58 Testhöfe aus dem Kreise Wolfenbüttel einbezogen waren. Von diesen 58 waren schon 1925 nur 3 ohne kurzfristige Schulden, aber auch diese 3 hatten 1926 bereits eine passive Bilanz. 1926 waren aber immerhin noch 30 ohne langfristige Schulden, ein Jahr später nur noch 19. Schon Ende 1925 standen auf den Saldokonten der braunschweigischen Landwirtschaft nach Angaben des Vorstandes der landwirtschaftlichen Amtsvereine vom 17. Februar 1926 zusammen rund 20 Millionen Mark kurzfristige Wechselkreditschulden, was einer Belastung von über 110 Mark pro Hektar im Kreise Braunschweig und von über 160 Mark im Kreise Wolfenbüttel entsprach. Man wird sich dabei daran erinnern müssen, daß der Kreis Wolfenbüttel sowohl Schwerpunkt der kleinbetrieblichen Feldgemüse- als auch der großen Weizen- und Rübenbetriebe gewesen ist.

Die Führer des Landbundes ließen kaum eine Gelegenheit vergehen, um das Hauptergebnis dieser Untersuchung, daß nämlich in den Jahren 1926 bis 1929 jeder vierte Bauer mit Verlust abschloß, als Argument im politischen Kampf zu verwenden. In der Gesamtwirtschaft nahm sich in der Tat die Leistung der Landwirtschaft vergleichsweise schlecht aus: Obwohl die Landwirtschaft im Lande noch immer etwa 30 % der Erwerbstätigkeit ausmachte, betrug ihr Anteil an der Umsatzsteuer 1927 nur 95 Millionen Mark, die durch rund 10 700 Steuerpflichtige aufgebracht wurden. Zufälligerweise gab es im Lande nahezu gleich viele Umsatzsteuerpflichtige im Bereich des Handels und Verkehrs: Sie erbrachten 331 Millionen Mark Umsatzsteuer. Diese Angabe belegt die allgemeine Entwicklung, daß der Anteil der Landwirtschaft am Sozialprodukt rapide sank. Die bemerkenswerte Folge dieser Tatsache ist nicht wirtschaftlicher, sondern psychologisch-politischer Art, denn diese Einbuße an volkswirtschaftlicher Wertschöpfung hatte zur Folge, daß sich die Landwirte sozial unterbewertet vorkamen, weil ihre wirtschaftliche Bedeutung nicht ihrem zahlenmäßigen Anteil am Sozialkörper entsprach. Wenn sie immer wieder verlangten, die Verbraucherpreise müßten erhöht werden, damit die deutschen Erzeugnisse gegenüber Auslandswaren „nachziehen können“, wie der Abgeordnete Deumeland von der DVP 1925 im Landtage beantragte, verstärkte das die u. a. auch von der SPD genährten alten Ressentiments der Stadtbevölkerung gegen die Bauern. Andererseits schoben die Landwirte unter Wortführung ihrer deutschnationalen Führer die Schuld an ihrer eigenen Lage den Parteien des Staates von Weimar in die Schuhe. Am 27. Februar 1926 sprach Dr. Roloff vor dem Landbunde über den „Todeskampf der Landwirtschaft“, in den sie durch die Fesseln von Versailles und die Dawes-Plan-Politik geraten sei. Während die

Märkte mit ausländischen Lebensmitteln überschwemmt würden, lebe das ganze deutsche Volk „auf Pump“. Jedenfalls ließ die Jahrestagung des Jahres 1926 nicht so sehr, wie z. B. zwei Jahre zuvor, die aktive antirepublikanische Aggression erkennen, sondern eher eine gedrückte Stimmung der Resignation, die Oberamtmann Nehr Korn durch die Mitteilung ausdrückte, daß diesmal keine Geschlossene Theatervorstellung oder eine andere gesellige Veranstaltung stattfinden könne. „Das einzige, was wir uns noch leisten konnten, ist das Spielen von Armeemärschen, um die Erinnerung an frühere, glücklichere Zeiten wieder zu wecken“, zitierte ihn die Landeszeitung.

Was hätte die Landwirtschaft, anstatt in politische Reaktion zu verfallen, tatsächlich tun können? Die von den Rechtsparteien immer wieder geforderten Schutzzölle waren Ausdruck eines überholten nationalistischen Denkens, das der Bevölkerung letztlich verwehren wollte, billige und gute Lebensmittel zu kaufen, die andernorts in der Welt ihren Erzeugern schließlich auch Arbeit und Verdienst gaben. Die von der Handelskammer und ihrem Syndikus Dr. Hugo Kanter gestartete Propagandaaktion zur Hebung der Kaufkraft — „Kauft billig, aber kauft!“ — nahm die Landwirtschaft sehr übel auf, weil die Bevölkerung dadurch veranlaßt werden konnte, die teure Inlandsware liegenzulassen. Die naheliegendste Lösung wäre der Versuch mit *Genossenschaften* gewesen, an den sich aber Landwirte wie Kaufleute in diesen Jahren nur zögernd und deshalb völlig unzureichend heranwagten. Wenn es galt, Einnahmen zu steigern und Ausgaben zu senken, konnte eine Genossenschaft allein durch Anleitung zur rationellen Betriebs- und Buchführung helfen. Eine Einkaufsgenossenschaft konnte billiger einkaufen, eine Absatzgenossenschaft das Risiko verteilen und die interne Konkurrenz zugunsten eines allgemeinen Preisniveaus abbauen. Der braunschweigische Staat hatte überdies ein Vorbild für rationelle Landwirtschaft geschaffen, nämlich das Mustergut Salder, das als einziges der früheren herzoglichen Güter von der Regierung Dr. Jasper zu einer Art Sozialisierungsexperiment benutzt werden sollte. Es ist nicht zu bestreiten, daß dabei beachtliche Erfolge errungen worden waren, die sich fortsetzten, als es später der Braunschweig G. m. b. H. angeschlossen wurde. So spezialisierte sich Salder u. a. auf erstklassiges Saatgut, das durch Züchtungsversuche ständig verbessert werden konnte. An solchen Vorbildern hätte sich eine Genossenschaft gut orientieren können, ohne daß damit die Gefahr einer „kalten Sozialisierung“ verbunden gewesen wäre. Aber offenbar erinnerte jede Art von Zusammenschlüssen zu sehr an die gefürchtete Sozialisierung, selbst der Raiffeisenverband, der als Gegenorganisation gegen den Sozialismus gedacht und auch geeignet war. Im Lande Braunschweig bestand die Raiffeisengenossenschaft zwar aus 355 Vereinen, aber gerade das war die Schwäche, denn jeder Verein zählte durchschnittlich nur 59 Mitglieder. Die weitaus meisten örtlichen Vereine, insgesamt 231, waren Spar- und Darlehensvereine, so daß sich bei einer solchen Zersplitterung kein Kapital sammeln konnte, selbst wenn die Lage des einzelnen Landwirtes nennenswerte Beiträge gestattet hätte. 1929 mußte die Raiffeisenbank liquidiert werden, was weniger als ein Symptom der Weltwirtschaftskrise zu werten ist als vielmehr dem Geiste der Landwirtschaft ein schlechtes Zeugnis ausstellt.

Man kann auch den Führern des Landbundes nicht den Vorwurf ersparen, anstatt auf eine Umerziehung und Anpassung an die veränderten Verhältnisse hingearbeitet, die reaktionäre Gefühls- und Gedankenwelt verfestigt zu haben <sup>113</sup>. Die Deutschnationale Volkspartei wußte die Tatsache des schwindenden Selbstbewußtseins der Bauern demagogisch zu nutzen, indem sie immer wieder darauf hinwies, daß das glorreiche Deutsche Reich seine Wurzeln im Bauerntum gehabt habe. Darum müsse ein starkes Reich und ein gesundes Volk ein gesundes Bauerntum zur Grundlage haben. Ohne es zu wissen, haben viele Städter durch ihre zweifellos ungerechten Angriffe auf die angeblich wuchernden Landwirte dieser Bindung an die republikfeindliche Rechte Vorschub geleistet. Bis etwa 1930 war das allein die DNVP, aber immer stärker wandte sich dann die Landwirtschaft auch der NSDAP zu.

Als die Weltwirtschaftskrise auf Deutschland zuzurollen begann, am 27. März 1930, debattierte der braunschweigische Landtag wieder einmal über die Landwirtschaft <sup>114</sup>. Der Landwirtschaftsexperte der Deutschen Volkspartei, Abgeordneter Beye, machte die SPD für die hohen Steuern und Sozialabgaben verantwortlich. Er rechnete aus, daß die Löhne früher 26 %, jetzt aber fast 50 % der Gestehungskosten ausmachten, was nach den o. a. Daten jedenfalls nicht zutraf. Er gab auch die Steuerbelastung mit 21 bis 26 Mark pro Morgen an, was bedeutet hätte, daß sie nach den vorstehenden Zahlen seit 1928 um 150 % gestiegen wären. Auf die Öffentlichkeit aber machten solche „Beweise“ in der Krisenstimmung beachtlichen Eindruck. Der deutschnationale Abgeordnete Koch (Bentierode) ging in die große Politik: 15 Milliarden Mark Schulden habe das Reich, wofür allein 1,5 Milliarden Zinsen zu zahlen seien. An dieser Katastrophe seien die Kriegsfolgelasten und der Young-Plan vor allem schuld. Abgesehen davon, daß die angegebenen Zahlen genauer Nachprüfung nicht unterzogen wurden, muß bedacht werden, daß Young-Plan-Raten, die praktisch nicht gezahlt wurden, die Wirtschaft nicht ruinieren konnten. Aber die Wirtschaftskrise sollte als Versagen der deutschen Politik deklariert werden.

Die Deutsche Demokratische Partei machte sich zum Sprecher der kleinen Bauern und Pächter, für die sie bessere Absatzmöglichkeiten, besonders in der Konservenindustrie, forderte. Aber über die Unrentabilität gerade der von ihnen vertretenen kleineren Betriebe sprachen die Anhänger des Liberalismus nicht. Die Sachkenntnis und Sachlichkeit, die diese Debatte verriet, erreichte einen beschämenden Tiefstand, als der SPD-Abgeordnete Siems (Langelsheim) verärgert ausrief, die ständigen Klagen über die Not der Landwirtschaft seien „eine Tortur“, denn der Landwirtschaft gehe es in Wahrheit nicht schlechter als allen anderen Bevölkerungskreisen. Im übrigen sei an diesen Verhältnissen

---

<sup>113</sup> Daß auch in der DNVP die Lage durchaus richtig gesehen wurde, beweist u. a. der von Roloff begründete Antrag an die Landesregierung vom 1. 2. 1928, in dem sie aufgefordert werden sollte, im Reichsrat eine Wirtschaftspolitik zu fördern, „welche die Landwirtschaft vor dem Zusammenbruch bewahrt und ihr die Möglichkeit gibt . . ., Betriebsumstellungen vorzunehmen, ohne vorher des Auslandskonkurrenz erlegen zu sein.“ Er fordert u. a. Stundung von Wechselverbindlichkeiten durch die Staatsbank, Steuererleichterungen u. v. a.

<sup>114</sup> Bericht über die Landtagssitzung vom 27. 3. 1930 nach der amtlichen Niederschrift.

nicht die Landesregierung schuld, sondern die Reichsregierung, nicht zuletzt die Deutsche Volkspartei, die der Landesregierung jetzt vorwerfe, den Bauern zu hohe Steuern auferlegt zu haben. So also warf man sich gegenseitig die Schuld vor, ohne einen Ausweg zu zeigen. Das war gerade der Boden, auf dem die Saat der NSDAP aufgehen konnte.

Keinen günstigeren Augenblick hätte sich der NS-Abgeordnete Groh aussuchen können, um seine Propaganda anzubringen, als nach der Rede des SPD-Abgeordneten Siems. Mühelos gelang es ihm danach, der SPD mangelndes Verständnis für die Landwirtschaft nachzusagen. Damit hatte er der Regierungspartei das für ihn Wichtigste gesagt, ehe er sich der Deutschen Volkspartei zuwandte und den Parteien, „die diese Versklavungspolitik im Reiche mitmachen und sich hier im Landtage als Vertreter der Landwirtschaft aufspielen.“ Hauptübeltäter seien die Großbanken, „die die Landwirte abschlachten.“ Besonders attackierte Groh dann die Demokraten aus der Fraktion Gemeinschaft der Mitte und ihren Landwirtschaftsvertreter Keunecke: „Wenn ein Mitglied der Gemeinschaft der Mitte, das also systematisch hier die SPD, die Steuerpartei Deutschlands unterstützt, sich dann noch als landwirtschaftsfreundlich hinstellen wagt, dann ist das ein Unsinn . . . Es wird Ihnen draußen kein Mensch mehr glauben.“

Nachdem Groh auf diese Weise die Parteien der Reihe nach abgekanzelt hatte, verkündete er, daß nur die Nationalsozialisten die Notlage und die überragende Bedeutung des Bauernstandes für das ganze Volk richtig einzuschätzen wüßten. Unverbindlich, aber nicht ohne damit Eindruck zu machen, versprach er, „daß alles, was überhaupt für die Landwirtschaft getan werden kann, von uns Nationalsozialisten getan wird, . . . weil eben der Landwirtschaftsstand der Nährstand des Volkes ist, und wenn er durch eine systematische Vernichtungspolitik, wie sie die Sozialdemokratie im Reiche betreibt (Lachen links), zusammenbricht, dann das ganze Volk zugrundegeht.“

Das war ein knappes halbes Jahr vor den Wahlen vom 14. September 1930! Aber noch gelang es der NSDAP in Braunschweig nicht, anders als in Schleswig-Holstein<sup>115</sup>, im Weser-Ems-Gebiet oder in der Pfalz, entscheidend in die Reihen der deutschnationalen Landwirte einzubrechen. Noch wirkte auf die konservativen Bauern das Wort „Revolution“ ebenso unheimlich wie die Vorstellung, daß Hitlers Partei so etwas wie einen nationalen Sozialismus beschenken könne. Noch verhinderte die deutschnationale Propaganda die Erkenntnis, daß Hitler längst kein Sozialist mehr war und sein wollte<sup>116</sup>. In

---

<sup>115</sup> Eine tiefgehende Analyse der Ursachen für den Sieg der NSDAP in den Kreisen des bäuerlichen Mittelbesitzes bringt Rudolf Heberle in einer 1933 bereits fertiggestellten, aber jetzt erst veröffentlichten Untersuchung unter dem Titel „Landbevölkerung und Nationalsozialismus. Eine soziologische Untersuchung der politischen Willensbildung in Schleswig-Holstein 1918–1932.“ Deutsche Verlagsanstalt Stuttgart 1963.

<sup>116</sup> In diesem Zusammenhang ist für die Genesis nationalsozialistischer Ideen von historischem Interesse, daß schon 1925 einige Nationalsozialisten versucht haben, durch eine Zeitung — „Ar und Halm, Wochenschrift für Agrarpolitik, Land- und Forstwirtschaft, Obst- und Gemüsebau“ — ihr Gedankengut in die braunschweigische Landwirtschaft einzuträufeln. Da wurde von einer Krise in der Wirtschaft gesprochen, die gewisse Dunkelmänner zum Zwecke

Schleswig-Holstein waren die Landwirte schon 1929 zu Maßnahmen übergegangen, die kriminellen Charakter aufwiesen, so z. B. zu Sprengstoffanschlägen, u. a. auf das Landratsamt von Itzehoe, oder zu einem Boykott über Neumünster, weil dort der Landvolkfürher Hamkens im Gefängnis gesessen hatte. Hier begann der Einfluß nationalsozialistischer Agitatoren bereits den Landbund spürbar zu zersetzen. Kurz vor den Septemberwahlen von 1930, mitten in der Strasser-Krise, bei der die Sozialisten aus der NSDAP ausgebootet wurden, ernannte Hitler den Diplom-Landwirt Walther Darré zum Leiter der nationalsozialistischen Bauernorganisation.

Der zusammen mit dem Reichstag am 14. September 1930 gewählte braunschweigische Landtag, bestehend aus 11 Abgeordneten der Bürgerlichen Einheitsliste, 9 Nationalsozialisten, 17 Sozialdemokraten, 2 Kommunisten und einem Abgeordneten der mit dem Jungdeutschen Orden zur Staatspartei vereinigten DDP, dem Abgeordneten Walther Schrader aus Holzminden, der nun das „Zünglein an der Waage“ wurde, wählte am 1. Oktober 1930 den Deutschnationalen Dr. Küchenthal und den Nationalsozialisten Dr. Anton Franzen aus Kiel zu Ministern. Die eindeutige Vorherrschaft der NSDAP begann allerdings erst, nachdem ein Jahr später anstelle des aus der Partei ausgeschiedenen Dr. Franzen der ehemalige Mittelschulkonrektor Dietrich Klagges Innen- und Volksbildungsminister geworden war. Als schließlich im Sommer 1932 die Mittelstandsvertreter Vahldiek und Schmidt auf Druck des Handwerkerbundes und der Handwerkskammer von der Fraktion Bürgerliche Einheitsliste zur NSDAP übertraten, gewann die NS-Fraktion auch im Landtage das zahlenmäßige Übergewicht. Der Einbruch in die mittelständischen Interessenverbände war gelungen und führte im Jahre 1932 zu katastrophalen Niederlagen der bürgerlichen Parteien, insbesondere der Deutschen Volkspartei, bis schließlich auch die Deutschnationale Volkspartei den Kampf um die Landwirte verlor.

Nach der Durchbruchsschlacht vom 14. September 1930 verstärkte die NSDAP ihre Anstrengungen, die Wähler auf dem Wege über die wirtschaftlichen Interessenverbände ihren alten Parteien zu entfremden. Aus diesem Grunde entstand am Ende des Jahres 1930 die wirtschaftspolitische Abteilung der NSDAP (Leitung Dr. Wagener), und am 15. Januar 1931 die sog. Betriebszellenabteilung, in der dann im August ein „Sonder-Organisationsplan für den Aufbau einer Betriebsgruppe Landwirtschaft“ vorlag, nach dem die „Durchführung des von der Gau-Betriebszellen-Abteilung bestimmten konsequenten politischen und weltanschaulichen Kurses durch Propaganda und Aufklärung“ organisiert wurde.

---

der Vernichtung des deutschen Volkes manipuliert hätten. Deshalb solle sich auch die Landwirtschaft um „den besten Führer“ scharen, der das Schmachtdokument von Versailles beseitigen, wieder ein Volksheer aufrichten und das teuflische Vernichtungswerk zerschlagen werde usw. usf. Die Herausgeber und Autoren bekannten sich aber nicht offen zum Nationalsozialismus und zu Hitler. Die Zeitung erschien in geringer Auflage nur kurze Zeit, sei aber allen zum Studium empfohlen, die sich mit der Frühgeschichte des Nationalsozialismus im Lande Braunschweig befassen wollen.

Folgerichtig begann auch in Braunschweig im Spätsommer 1931 die systematische Durchsetzung des Landbundes mit Nationalsozialisten. Drohende Angriffe gegen die deutschnationalen Landbundführer, mit denen die NSDAP sich seit dem 1. Oktober 1930 in Braunschweig die Regierung teilte, wurden nun bereits über die ehemals bürgerliche „Braunschweigische Landeszeitung“ an die Öffentlichkeit gebracht. Am 12. Dezember 1931 veröffentlichte sie eine Erklärung, in der dem Landbund vorgeworfen wurde, er habe sich „eifrig bemüht, die Bewegung niederzuhalten, die es sich zur Aufgabe gemacht hat, die wahren Feinde unseres Volkes ... zu besiegen“. Man sprach davon, daß die Führer des Landbundes die Bauern und Landarbeiter „betrogen und belogen“ hätten. Und dann wurde das Ziel proklamiert: „Der Landbund soll unser Landbund werden.“ Am 13. Februar 1932, gerade in den Tagen übrigens, in denen die Einbürgerung Hitlers in Braunschweig den Auftakt zu seiner Kandidatur um die Reichspräsidentschaft gab, sprach auf einer großen Bauernversammlung in Wolfenbüttel der nationalsozialistische Landwirt Giesecke die Absicht aus, den Landbund „zum Aufbau unserer berufsständischen Vertretung im kommenden Dritten Reich“ zu benutzen. Nach den Wahlerfolgen der NSDAP bei den Reichspräsidentenwahlen und noch vor den Reichstagswahlen vom 31. Juli 1932, vor denen Strasser sein auch auf die Landwirtschaft abgestelltes „Wirtschaftspolitisches Programm der NSDAP“ verkündete<sup>117</sup>, kapitulierte die deutschnationale Landbundführung vor den Nationalsozialisten, die ihnen selbst in alten Hochburgen der DNVP die meisten Wähler entrissen hatten. Am 10. Juli 1932 berichtete der ehemalige Geschäftsführer Dr. Roloff an die Reichsleitung der DNVP: Vorstand und Geschäftsführung seien zunächst durch die Presse und in Mitgliederversammlungen angegriffen und allmählich durch nationalsozialistische Mitglieder ersetzt worden. „Diese neuen Mitglieder benutzten die Landbundversammlungen, um reine Propagandareden für die Nazis zu halten. Das ‚Heil Hitler‘ schließt die Ausführungen von Landbundvorstandsmitgliedern in Landbundversammlungen ab“<sup>118</sup>. Ärgerlich gab Roloff der DNVP die Schuld an dieser Niederlage, ohne freilich zu bedenken, daß eine solche Konsequenz durchaus in der Linie der antirepublikanischen Agitation gelegen hatte, der er selbst gedient hatte. Nun sah er sich den gehässigen Angriffen der Sieger gegenüber und zog sich resigniert aus der Landbundarbeit zurück. Der Landbund, die „Hausmacht“ der Deutschnationalen, war von den Nationalsozialisten erobert worden. Daß der von Roloff in seinem Bericht angekündigte Angriff auf die Landwirtschaftskammer tatsächlich kurz darauf auch mit der „Eroberung“ endete, kam nicht mehr überraschend, sicherte aber der NSDAP den entscheidenden Einfluß auf die gesamte Landwirtschaft, die dann tat-

<sup>117</sup> Das Programm hatte sich all die seit Jahren bekannten Klagen der Landwirtschaft zueigen gemacht, ebenso wie bei den Handwerkern und Kaufleuten. Es kündigte an, daß Deutschland künftig seinen gesamten Nahrungsbedarf aus eigener Kraft sichern solle. Es versprach 250 Mill. Meliorationskredite und 80 Mill. Mark für den Bau von Getreidespeichern, ferner einen Betriebskredit bis zu 1 Milliarde, Beseitigung der Preisschere, Tilgung der Zinslasten und Schutz vor ausländischen Produkten durch „radikale Änderung des politischen Kurses“.

<sup>118</sup> Vgl. Bürgertum und Nationalsozialismus S. 105.

sächlich 1933 weitgehend geschlossen hinter Hitler stand, in einer Reihe neben dem Einzelhandel, dem Handwerk und der Masse der Angestellten und Beamten.

Der ehemals liberale bürgerliche Mittelstand und die konservative Landwirtschaft waren in drei Jahren durch Hitler eingefangen worden, nachdem er sich zehn Jahre lang vergebens bemüht hatte, die Arbeiterschaft zu gewinnen. Es wäre ihm nicht gelungen, wenn nicht die Krisenstimmung schon vor diesem Einbruch bestanden und den Boden bereitet hätte. Die Wirtschaftskrise, die den Schleier vor der tatsächlichen Strukturkrise weggerissen und das längst Hinfällige gestürzt hatte, zeigte ihm, welches die schwachen Stellen im Volke waren, an denen er ansetzen konnte, um „legal“ die Macht zu erobern:

„Wer eilig will ein mächtig Feuer machen,  
nimmt schwaches Stroh zuerst.“

*(Shakespeare, Julius Caesar I,3)*



## SCHLUSS — EINSICHTEN

Wir sind am wenig glücklichen Ende eines langen Weges vom Welfenstaat zur „Hochburg des Nationalsozialismus“ angekommen, vom Glanz der Fürstenhochzeit in das Elend des 15. Oktober 1944, in dessen Morgenstunden das alte Braunschweig in das Inferno des untergehenden „Dritten Reiches“ einstimmte: Vom Herzog Ernst August in den ersten Weltkrieg geführt, von August Merges und Sepp Oerter dem Sozialismus verhiessen, von Heinrich Jasper der Republik gewonnen und schließlich von Dietrich Klagges dem „Führer“ geopfert, seiner Teile jenseits des Eisernen Vorhanges beraubt und dem größeren Lande Niedersachsen eingegliedert — so steht die letzte Phase braunschweigischer Landesgeschichte vor uns! Fassen wir zusammen, welche allgemeinen Einsichten über die Geschichte der unglücklichen Republik von Weimar dabei gewonnen werden konnten. Die noch immer brennendste Frage der Zeitgeschichte — wie konnte es zum Nationalsozialismus kommen? — wird von der Forschung noch immer nicht einheitlich beantwortet. Das Beispiel der braunschweigischen Landesgeschichte kann belegen und beweisen, was bis vor kurzem fast nur in kleineren Fachstudien und kaum in den Geschichtsbüchern unserer Schulen zu lesen war, daß nämlich Hitlers sensationeller Wahlsieg vom 14. September 1930, den ich die entscheidende Durchbruchsschlacht nenne, nicht mit Hilfe der erwerbslosen Arbeiter, sondern durch den bürgerlichen Mittelstand erzielt worden ist. Es ist zu hoffen, daß die zuletzt von Werner Conze<sup>119</sup> klar beantwortete Frage, wer Hitlers Wähler waren, künftig nicht mehr mit einem lapidaren Hinweis auf die Arbeitslosigkeit der Weltwirtschaftskrise erledigt wird<sup>120</sup>.

Was Conze und vor ihm Martin Broszat, auch Erich Eyck und einige andere Historiker wieder erkannt haben, nämlich „daß die Anhänger der NSDAP vorwiegend dem bäuerlichen und bürgerlichen Mittelstand angehörten“ (Conze), Hitler sich indessen vergeblich um die Arbeiterschaft bemüht hat, das hatte schon vor 1933 ein Braunschweiger Wissenschaftler klar gesehen: Der von Sievers aus Berlin auf den Lehrstuhl für Soziologie an der Technischen Hochschule berufene Professor Dr. Theodor Geiger. Er hatte in einer 1932 veröffentlichten Studie — „Die soziale Schichtung des deutschen Volkes“ — sogar

<sup>119</sup> Werner Conze, *Die deutsche Nation, Ergebnis der Geschichte*, Göttingen 1963, S. 128 f.

<sup>120</sup> So z. B. Friedrich Glum, der in seinem erst 1962 erschienenen Werk „Der Nationalsozialismus, Werden und Vergehen“ die Weltwirtschaftskrise und die Arbeitslosigkeit für schlechthin entscheidend für Hitlers Machtergreifung hält (S. 158 f.). Siehe auch Anm. 95.

schon zutreffend hervorgehoben, daß Hitlers Partei kurz vor der Wirtschaftskrise einen Kurswechsel vollzog, als sich herausgestellt hatte, daß „die sozialstandort-bewußte Haltung des arbeitenden Arbeiters . . . steiniger Boden für die nationalsozialistische Saat war . . . Ungefähr seit den Reichstagswahlen von 1930 lassen Verlautbarungen und Verhalten der Parteiorgane darauf schließen, daß wenigstens fürs erste — trotz des Namens Arbeiter-Partei — die Kraft der Werbung konzentrisch auf die Mittelstände vereinigt wird. Breite Teile des Kleinbürgertums haben die Sache des Nationalsozialismus zu der ihren gemacht, die Partei nimmt heute vor allem sie für sich in Anspruch“<sup>120a</sup>.

Man wird auch umgekehrt sagen können, daß die Nationalsozialisten bewußt die Sache des Bürgertums und der Landwirtschaft zu der ihren gemacht haben. Im verloren-gegangenen Selbstbewußtsein und im Geltungsstreben dieser Gruppen fand Hitler mit den anderen entwurzelten Außenseitern der Gesellschaft, die sich anfangs um ihn scharten, den psychologischen Boden. Auch den sozial nicht assimilierten Angestellten versprach das neue Reich Anerkennung, zumal gerade dieses Phänomen alle überlieferten Denkmodelle von einer geschichteten oder gar zweigeteilten Gesellschaftsordnung in Frage zu stellen begann. Hitler hatte im „sozialen Feld“ jedenfalls am falschen Pol begonnen, als er gegen die sozialistischen Parteien auf der linken Seite konkurrieren wollte. Es gelang ihm lediglich, die Reste der auf SPD und KPD aufgeteilten USPD teilweise zu gewinnen. Dann erkannte er die Chancen, die er kurz entschlossen, zugleich skrupellos nach innen und geschickt nach außen, zu nutzen wußte.

Zweifelloos hat erst die *Weltwirtschaftskrise* diese Gruppen so empfänglich für die nationalsozialistischen Parolen gemacht, aber entscheidend ist, daß diese Anfälligkeit nicht erst in den letzten Jahren der Republik aufgetreten ist, sondern das Ergebnis einer Krisenstimmung war, die so alt gewesen ist wie die Republik selbst. Die Wirtschaftsgeschichte der Weimarer Republik verlief nämlich in drei Phasen, die innerlich eng zusammenhängen:

1. Die Phase der Inflation vom Kriegsende bis Ende 1923. Wirtschaftsgeschichtlich gehören diese Jahre eigentlich noch zur Kriegswirtschaft. Die sog. Freigabepolitik (Liberalisierung) hat dann zur Erkenntnis der tatsächlichen Währungslage geführt und den Währungsschnitt notwendig gemacht.
2. Die Aufbauphase der Jahre 1924 bis 1928, die zahlreiche Umstrukturierungen im Kapital (Konzentration) erforderte und in der Landwirtschaft und Mittelstand in eine Umstellungskrise gerieten. Grundlage dieser durch teilweise Konjunkturüberhitzung (Bauwesen) gekennzeichneten Phase waren Anleihen aus dem Ausland.
3. Die Weltwirtschaftskrise von 1929 bis 1932. Diese Phase war eine Folge der zweiten.

Noch immer finden sich in der Literatur widersprüchliche und unklare Urteile zum Problem der Weltwirtschaftskrise. Einerseits heißt es, sie habe „Deutschland mit besonderer Heftigkeit“ angefallen (Albert Schwarz), andererseits, „daß auf fast allen Gebieten

---

<sup>120a</sup> Geiger, a. a. O. S. 100 ff.

die Krise in den USA um einen Grad stärker, härter und langwieriger war als in Deutschland“ (Wolfram Fischer). Man ist geneigt, Erich Eyck rechtzugeben, wenn er meint, es habe sich um eine umfassende internationale Krise gehandelt, unter der andere Länder nicht mehr und nicht weniger gelitten haben als Deutschland. Von Wirtschaftshistorikern muß man sich aber sagen lassen, daß Wirtschaftskrisen in unserem Jahrhundert ungleich mehr als früher in erster Linie psychologische Krisen sind. Peter-Heinz Seraphim deutet in seiner 1962 erschienenen Wirtschafts- und Sozialgeschichte an, was Wolfram Fischer in einer kleinen Spezialstudie<sup>121</sup> kurz zuvor schon unmißverständlich formuliert hatte: Nicht primär aus wirtschaftlichen, sondern weit mehr aus psychologisch-politischen Gründen hat die Weltwirtschaftskrise „eine tiefe Veränderung der politischen Struktur teils sichtbar gemacht, teils hervorgerufen.“ Erst die umfassende Vertrauenskrise machte die Depression zu dem bedeutsamsten Ereignis der Wirtschaftsgeschichte unseres Jahrhunderts. Aus dieser lange vorbereiteten Vertrauenskrise erwuchs in Deutschland die Bereitschaft, sich von der Demokratie weg zum Führergedanken und zum Nationalismus zu wenden. Politisch waren die Septemberwahlen von 1930 mindestens auch ebenso Ursache wie Folge der besonders kritischen Lage, weil durch die Radikalisierung das Vertrauen weiter Kreise des Auslandes erschüttert wurde. Das spezifisch deutsche Verschulden — darauf hat der Hamburger Zeithistoriker Jodmann 1956 auf dem Ulmer Historikerkongreß hingewiesen — lag darin, daß Mittelstand und Landwirtschaft, und mit ihnen viele verantwortliche Politiker, vor den Anforderungen des Liberalismus versagt haben. Die Weimarer Republik hat die Chance des Liberalismus verpaßt.

Das Gefühl der Ohnmacht und der Angst, der Ehrlosigkeit und Zweitrangigkeit, die Furcht, von starken Kräften vernichtet zu werden, und der Versuch, soziales Geltungsstreben im Kollektiv zu überhöhen, all diese Emotionen beherrschten das politische Leben stärker als wirtschaftliche Einsicht, und zwar auf allen Seiten. Vielleicht ist es eine polemische Übertreibung, wenn der umstrittene englische Historiker A. J. P. Taylor meint, der einzige wirtschaftliche Nutzeffekt der Reparationen sei gewesen, daß eine große Anzahl von Buchhaltern beschäftigt gewesen sei, aber es ist sicher, daß die damals geforderten Leistungen die deutsche Wirtschaft nicht notwendig ruinieren mußten oder allein ruiniert haben. Für Deutschland waren sie mehr ein politisches Symbol, ebenso wie der Young-Plan, der von Deutschland (nach Seraphim) bis 1931 eine Leistung von 3,1 Milliarden erfordert hat, nachdem bis 1929 insgesamt rund 8 Milliarden Reparationen gezahlt worden waren. Nun mußten diese Summen allerdings in Devisen aufgebracht werden, aber es wäre wohl möglich gewesen, die bis 1929 in Deutschland aufgenommenen 18 Milliarden Mark Auslandsanleihen allmählich durch Exportausweitung zu transferieren. Als die Weltwirtschaftskrise einsetzte, hatten die Reparationen auch für die anderen Staaten keinen Wert mehr. Daß trotzdem Geld aus Deutschland abgezogen wurde, beweist, daß psychologische Reaktionen dominierten.

---

<sup>121</sup> Die wirtschaftspolitische Situation der Weimarer Republik, Hannover 1960. Schriftenreihe der Landeszentrale für Politische Bildung, Zeitgeschichte Heft 9.

In Deutschland gönnten unbewußt viele Arbeiter und Bürger dieser Republik keine wirtschaftliche Stabilität, teils um zu „beweisen“, daß eine Monarchie doch die bessere Staatsform sei, teils um das Ausland zu Mitleid zu veranlassen, teils um zu „beweisen“, daß der Kapitalismus im Sterben liege<sup>122</sup>. Dem Bürgertum zeigte Hitler den von ihm selbst aufgebauten Popanz, der hinter Sozialisten und Kapitalisten stehe, den Juden, der dem ehrlich arbeitenden Deutschen aus reinem Haß gegen seine „Höherwertigkeit“ die Gurgel zuschnüre. Die Lehre vom „höherwertigen“ Herrenvolk wurde äußerlich wirkungsvoll unterstrichen durch die imponierend diszipliniert wirkenden Marschkolonnen der braunen Bürgerkriegsarmee, die dem bürgerlichen Bedürfnis nach Autorität, geballter Macht und Ordnung entgegenkam. Diese jungen „Kämpfer“ würden schon alle Halsabschneider und Blutsauger hinwegfegen! Ich habe an anderer Stelle dargelegt, wie z. B. der gewaltige SA-Aufmarsch vom 18. Oktober 1931 das braunschweigische Bürgertum beeindruckt hat.

Hitler kam überdies genau in den Jahren, in denen sich die neuen technischen Mittel des Rundfunks und des Films für die Propaganda anboten. Hitler hätte die Riesenkundgebungen von 1930 und später ohne Mikrofone und Verstärker nicht durchführen können. Er wußte, daß eine sich ohnmächtig fühlende Masse den Führerkult braucht und daß der „Führer“ allwissend und allgegenwärtig sein muß. Deshalb verfügte er auch als einer der ersten Parteiführer über einen eigenen Wagen, und selbst während der Ebbe in der Parteikasse flog er 1932 eine ganze Woche lang täglich über Deutschland, um an einem Tage in drei verschiedenen Großstädten in entfernt liegenden Teilen des Reiches sprechen zu können. Das stundenlange Warten auf ihn gehörte dabei zu den psychologischen Vorbereitungen. Die Masse, die politisch aktiviert werden soll, braucht einen Feind, auf den sie ihren Haß lenken kann. Hitler praktizierte, was George Orwell in seinem Roman „1984“ verkünden läßt: „Der Einzelne besitzt nur insoweit Macht, als er aufhört ein Einzelner zu sein.“ Wenn ihm die vollständige Unterwerfung unter die Partei gelingt und er sich mit der Partei identifiziert, „dann ist er allmächtig und unsterblich.“

Wenn ich die spätere Geschichte des Nationalsozialismus richtig übersehe, hat es im „Dritten Reich“ entschiedenen Widerstand wohl aus kommunistischer, sozialistischer, christlicher und auch konservativ-nationaler Grundhaltung heraus gegeben, aber kaum aus liberalem Geist. Und hier zeigt sich die Tragik des Liberalismus: Rückblickend erscheint es als eine der größten Belastungen der Weimarer Republik, daß sich in ihr die großen Weltanschauungsparteien zu Blöcken verhärteten, während die überzeugten Liberalen allmählich von der Toleranz zur Prinzipienlosigkeit und Gleichgültigkeit abzurutschen drohten. Gerade sie haben dann, in den Fängen des Nationalsozialismus, im Andersdenkenden eine sittliche und nationale Gefahr gesehen, gegen die der Haß hochgezüchtet werden konnte.

---

<sup>122</sup> Man denke an die äußerst gefährliche Parole der SPD: Republik, das ist nicht viel / Sozialismus ist das Ziel.

Können wir aus der Geschichte der Weimarer Republik lernen? „Wir haben uns bemüht, die Lehren aus der deutschen Geschichte zu ziehen, insbesondere die Lehren aus den fehlgeschlagenen demokratischen Revolutionen von 1848 und 1918, die nicht zur Bildung eines wahrhaften Nationalstaates auf demokratischer Grundlage geführt haben“, sagte Otto Grotewohl 1949 im Vorwort zur Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik. So jedenfalls hat ein Mann für sich die Lehre der Geschichte ausgewertet, der in der vorstehenden Geschichte des Landes Braunschweig eine führende Rolle gespielt und später aus diesen Erfahrungen „das heilige Recht des Volkes auf Widerstand gegen die Machtusurpation und Willkür“ abgeleitet hat. Hat Grotewohl am 17. Juni 1953 dann auf der richtigen Seite gestanden? Wo hat er überhaupt gestanden? Und wir? Werden wir diesmal die Chance der Freiheit zu nutzen wissen? Die Bürger? Die Gewerkschaften? Die Akademiker? Die Landwirte?

Ein Akademiker, ein „Doktor“ ist es, den Max Frisch in seinem ergreifenden Schauspiel „Andorra“ die Rechtfertigung des Bürgers sprechen läßt: „Nachher ist es immer leicht zu wissen, wie man sich hätte verhalten sollen, abgesehen davon, daß ich, was meine Person betrifft, wirklich nicht weiß, warum ich mich hätte anders verhalten sollen. . . . Ich bin nicht für Greuel, ich bin es nie gewesen . . . Es war, vergessen wir nicht, eine aufgeregte Zeit. Was meine Person betrifft, habe ich nie an Mißhandlungen teilgenommen oder irgend jemand dazu aufgefordert . . . Ich glaube im Namen aller zu sprechen, wenn ich, um zum Schluß zu sprechen, nochmals wiederhole, daß wir den Lauf der Dinge — damals — nur bedauern können.“

Das alte Land Braunschweig, dessen Geschichte mit der Katastrophe des letzten Krieges endete, hinterließ in deutschen Landen keinen guten Ruf. Im größeren Niedersachsen und in einem freien Deutschland werden die Erben hoffentlich ihre Aufgabe erkennen und die Chance der Freiheit nutzen!





15. Herzog Ernst August und Herzogin Victoria Luise  
beim Einzug in die Landeshauptstadt am 3. November 1913



16. Die Delegation des Arbeiter- und Soldatenrates, die den Herzog am 8. November 1918 zur Abdankung zwang  
(August Merges: 3. von links; Paul Gmeiner: 3. von rechts)

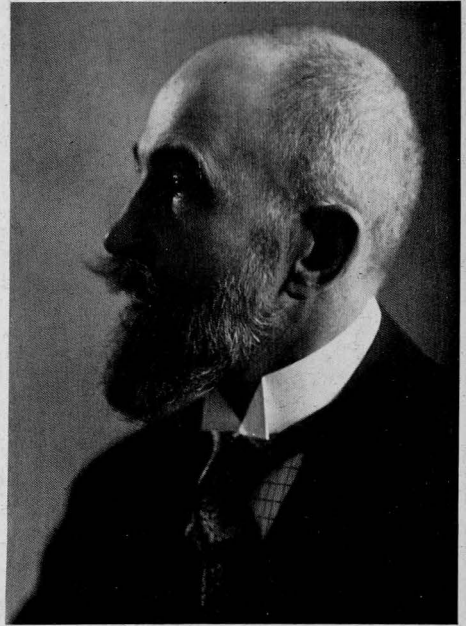




17. Vorbeimarsch der Truppen des Generals Maercker auf dem Löwenwall, April 1919  
(General Maercker links im Bilde zu Pferde)



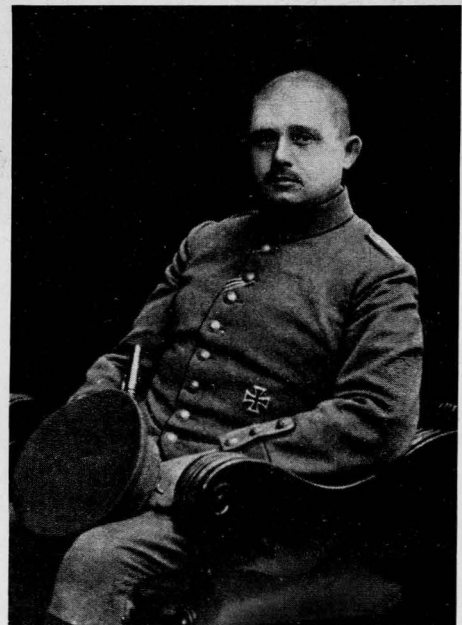
Dr. Heinrich Jasper



Gustav Steinbrecher

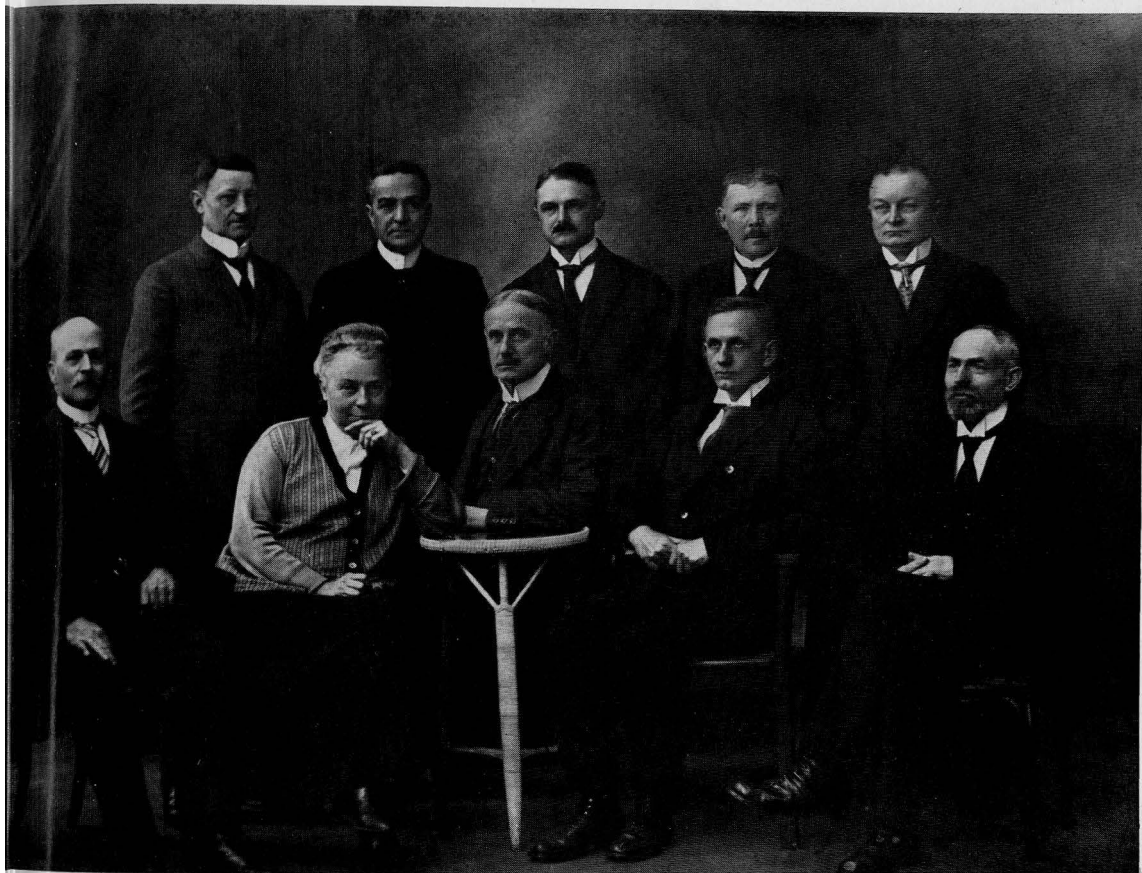


Heinrich Rönneburg

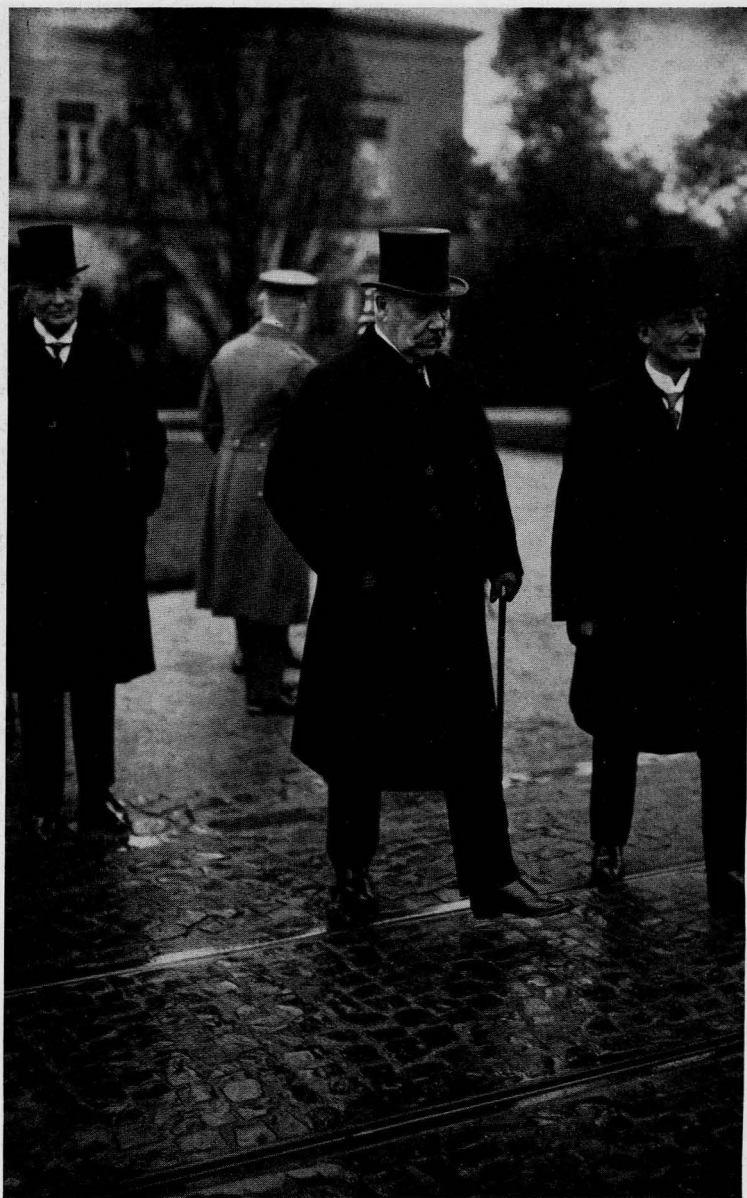


Rudolf Kaefer

18. Minister der Großen Koalition



19. Die Fraktion Bürgerliche Vereinigung im Braunschweigischen Landtage 1924.  
 Von links nach rechts stehend: Gustav Koch - Bentierode, Carl Helle, Eduard Scholvin, Wilhelm  
 Schrader - Emmerstedt (Welfe), Oskar Blasius; sitzend: Heinrich Siemann - Velpke, Marie Mathis,  
 August Hampe (Welfe), Dr. Ernst August Roloff, Carl Reese - Holzminden



20. Reichspräsident Paul von Hindenburg  
während des Staatsbesuches in Braunschweig am 16. Oktober 1926 vor den Hauptbahnhof  
(links: Oberbürgermeister Dr. Dr. Trautmann, rechts Minister Gerhard Marquardt)



238 Wahlkreis 16. Südhannover-  
Braunschweig.

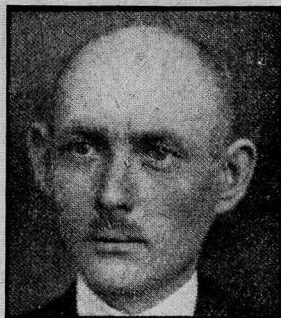


**Otto Grotewohl**

(Sozialdemokratische Partei).

Präs. d. Landesversch.-Anst. Braun-  
schweig. Geb. 11. 3. 1894 in Braun-  
schweig, Dissid. Volksschule, Leibniz-  
Akad. in Hannover, Hochsch. f. Politik  
in Berlin. Erlernte Buchdruckerhandw.  
Bis 1921 Krankent.-Beamter. 1921/22  
Braunschweig. Min. f. Inn. u. Volks-  
bild, dann Betriebsrätelefr. 1923/24 m.  
M. d. Regier. f. Justiz u. Inneres.  
Mitarb. an sozialpolit., gewerkschaftl.  
u. polit. Zeitschr. u. Zeitung. Verf. v.:  
„Die Verfassung der Gemeinden u.  
Kreis im Freistaat Braunschweig“. —  
1920/25 M. d. Braunschweig. Landt.  
M. d. R. f. 1925.

Wahlkreis 16. Südhannover- 239  
Braunschweig.



**Paul Junke**

(Sozialdemokratische Partei).

ParteiSekretär in Braunschweig. Geb.  
12. 5. 1886 in Braunschweig, religiösl.  
Volksschule, erlernte d. Schlosser- u.  
Dreherhandwert, 1919/20 unbes. Stadt-  
rat. — Seit 1920 M. d. Landt. in  
Braunschweig, seit 1924 M. d. R.

21. Die braunschweigischen Reichstagsabgeordneten Otto Grotewohl und Paul Junke (SPD)  
in Kürschners Volkshandbuch Deutscher Reichstag 1930



22. Hitler auf dem Schloßplatz kurz vor Beginn des siebenstündigen Vorbeimarsches der SA am 18. Oktober 1931

## ANHANG

### *1 a) Chronologische Übersicht über die wichtigsten Ereignisse im Reich und im Lande Braunschweig 1918 — 1933*

#### **1918**

##### *November*

- |  |  |
|--|--|
| 4. Matrosenaufstand in Kiel                              | 8. Herzog Ernst August dankt ab, Arbeiter- und Soldatenrat übernimmt die Macht   |
| 9. Der Kaiser dankt ab. Ebert wird Reichskanzler         | 10. Proklamation der Sozialistischen Republik in Braunschweig. Merges Präsident, Oerter Vorsitzender des Rates der Volkskommissare |
| 10. Versammlung der Arbeiter- und Soldatenräte in Berlin | 11. Bildung eines Beamtenrates (H. Rönneburg)  |
| 11. Waffenstillstand                                     | 17. Rat der selbständigen Erwerbszweige  |
|  | 18. Kampfansage Dr. Jaspers an Arbeiter- und Soldatenrat   |

##### *Dezember*

- |   |   |
|---|---|
| 16.—20. Reichstagung der Arbeiter- und Soldatenräte | 1. Bürgerliche Massenkundgebung gegen Räteregierung |
| 24. Aufstand der Volksmarinedivision in Berlin      | Gründung des Landeswahlverbandes                    |
| 27. USPD tritt aus der Reichsregierung aus          | 15. Stadtverordnetenwahlen in Braunschweig          |
|   | 22. Wahlen zur Landesversammlung                    |

## 1919

### Januar

1. Gründung der KPD
- 5.—12. Spartakusaufstand
16. Liebknecht und Luxemburg ermordet
19. Wahlen zur Nationalversammlung
2. Niederlage Oerters im Arbeiter- und Soldatenrat
19. Jasper, Hampe und Merges in die Nationalversammlung gewählt
- 22.—24. Proteststreik der Spartakisten
25. Kongreß über Bildung einer Nordwest-deutschen Republik

### Februar

6. Eröffnung der Nationalversammlung
10. Ebert Reichspräsident
13. Regierung Scheidemann (Weimarer Koalition)
17. Regierungstruppen im Ruhrgebiet. Generalstreik der Spartakisten
10. Konstituierende Sitzung der Landesversammlung  
Konflikt mit Arbeiter- und Soldatenrat
18. Rücktritt des Rats der Volkskommissare  
Spannungen in der USPD (Merges — Oerters)
19. Spartakistischer Sturm auf den Landtag
22. Koalition USPD—SPD (Oerters, Junke, Gerecke, Eckardt, Dr. Jasper, Steinbrecher, Antrick, Undeutsch (später Schelz)

### März

2. Eröffnung des 1. Weltkongresses der kommunist. Internationale in Moskau
3. Spartakusaufstand in Berlin
9. Landesparteitag der SPD in Seesen

### April

7. Ausrufung der Räterepublik in München
9. Spartakistischer Generalstreik  
Bürgerabwehrstreik
17. Einmarsch der Regierungstruppen, General Maercker, Absetzung der Regierung
30. Dr. Jasper bildet neue Regierung, Finanzpräsident Bartels Minister

### Mai

7. Übergabe der Friedensbedingungen

### Juni

20. Rücktritt Scheidemanns
21. Regierung Bauer (Weimarer Koalition)
22. Nationalversammlung stimmt Versailler Vertrag zu
28. Unterzeichnung des Versailler Vertrages
6. Belagerungszustand aufgehoben
19. Sturz der USPD-Minister Junke und Gerecke
26. Kleine Koalition SPD—DDP, Rönneburg und Antrick neue Minister

### August

11. Weimarer Verfassung in Kraft

### September

5. Landeshwahlverband tritt in die Regierung ein. Hampe Minister



## 1920

### Januar

20. Versailler Vertrag in Kraft

1. Finanzpräsident Bartels tritt als Minister zurück

### März

13.—16 Kapp-Putsch

8. Rat der selbständigen Erwerbszweige wird Bürgerbund Braunschweig

27. Regierung Müller (Weimarer Koalition)

13.—24. Kapp-Putsch-Unruhen

21. Sturz Hampes, Auflösung der Landesversammlung

### Mai

16. Landtagswahlen

### Juni

6. Reichstagswahlen (Gewinne der Rechtsparteien und der USPD)

22. Neue Koalition SPD—USPD, Zweite Regierung Oerter (Jasper, Steinbrecher, Antrick, Junke, Sievers)  
Obstruktion des Landeswahlverbandes

21. Regierung Fehrenbach (Bürgerliche Mitte)

### Oktober

16. Spaltung der USPD

23. Minister Sievers tritt zurück, Bildung einer kommunistischen Fraktion im Landtag

25. Braunschweig wird Reichswehrgarnison

## 1921

### Januar

Beginn der Regierung Briand

24.—30. Pariser Konferenz

### März

Londoner Konferenz, Sanktionsdrohungen, Besetzung von Düsseldorf, Duisburg, Ruhrort. Kommunistische Aufstände in Sachsen, im Ruhrgebiet und in Hamburg

Kommunistische Massenveranstaltungen

### Mai

5. Londoner Ultimatum

Verfassungskonflikt um Legislaturperiode der Landesversammlung

10. Regierung Wirth (Weimarer Koalition)

11. Annahme des Londoner Ultimatums, Beginn der „Erfüllungspolitik“  
Polnischer Aufstand in Oberschlesien

### *Juni*

Dynamitanschläge in Braunschweig

### *August*

- 25. Friedensschluß mit USA
- 26. Ermordung Erzbergers

Beginn der Lebensmittelteuerung

### *September*

Massendemonstration gegen Stahlhelm,  
54 Stahlhelmer aus der Polizei entlassen

### *Oktober*

- 1. Oerter spricht im Reichstag zur Situation  
in Braunschweig

- 6. Verbot der „Br. Neueste Nachrichten“

### *November*

- 24. Rücktritt Oerters
- 25. Otto Grotewohl Minister

### *Dezember*

- 22. Annahme der Landesverfassung

## **1922**

### *Januar*

In Frankreich Regierung Poincaré,  
Konferenz in Cannes

- 6. Landesverfassung in Kraft
- 22. Landtagswahl
- 26.—1. 2. Verhandlung gegen Oerter und  
Otto Otto

### *Februar*

- 1. Oerter zu 4 Monaten Gefängnis verurteilt
- 11. Oerter aus der USPD ausgeschlossen
- 21. Koalitionsregierung SPD—USPD unter  
Junke mit Wesemeier, Grotewohl, Stein-  
brecher und Antrick

### *März*

- Parlamentarischer Untersuchungsausschuß  
gegen die Regierung
- 18. Grotewohlscher Schulerlaß
- 29. Sturz Junkes

## *April*

16. Vertrag von Rapallo

## *Mai*

4. Sturz der gesamten Regierung  
23. Große Koalition unter Dr. Jasper mit  
Rönneburg-DDP und Kafer-DVP  
25. Spaltung des Landeswahlverbandes

## *Juni*

15. Haager Konferenz  
24. Rathenau ermordet  
26. Notverordnung zum Schutz der Republik  
27. Verordnung zum Schutz der Verfassung

## *Juli*

18. Gesetz zum Schutz der Republik  
Demonstrationen gegen Kafer und den  
Stahlhelm  
13. Rücktritt Kafers  
18. Fraktionsgemeinschaft SPD—USPD  
23. Bezirksparteitag der SPD beschließt  
Zusammenschluß

## *August*

- Verschmelzung USPD—SPD  
Londoner Konferenz, Forderung nach  
„produktiven Pfändern“ durch Poincaré  
12. und 30. Teuerungskrawalle  
27. Parteitag der USPD in Wolfenbüttel be-  
schließt Fusion mit der SPD

## *September*

20. Stahlhelm und Jungdeutscher Orden  
verboden (Verordnung vom 27. 6.)

## *Oktober*

24. Eberts Präsidentschaft verlängert  
28. Mussolinis Marsch auf Rom  
Spannungen zwischen SPD und DDP in  
der Koalition  
31. Vereinigungsparteitag VSPD  
Rede Grotewohls

## *November*

21. Regierung Cuno (bürgerlich)  
21./22. Schwere Teuerungsunruhen  
Erste Ortsgruppe der NSDAP (Wolfen-  
büttel)  
29. Ewald Vogtherr Minister

## 1923

### *Januar*

- |  |  |
|--|--|
| 11. Besetzung des Ruhrgebietes         | 14. Großkundgebungen gegen Ruhrbesetzung |
| 13. Ausrufung des passiven Widerstands | 27. Landtagserklärung zur Ruhrbesetzung  |

### *Februar*

- 13. Minister Vogtherr †
- 15. Gründung der Ortsgruppe Braunschweig der NSDAP
- 28. Grotewohl Minister
- 27. Landtag beschließt Aufhebung der Lehrerseminare für 1927/28

### *April*

- 4. Staatsbeamtengesetz

### *August*

- |  |  |
|--|--|
| 13. Stresemann Reichskanzler (Große Koalition) | 16. Kommunistische Demonstrationen gegen die Regierung   |
|  | 25. Regierung entläßt die Kreisdirektoren Pini und Floto |

### *September*

- |                                      |  |
|--------------------------------------|--|
| 26. Passiver Widerstand beendet      | 25. Regierungserklärung zur Lage des Freistaates |
| 27. Verkündung des Ausnahmezustandes |  |

### *Oktober*

- |   |   |
|---|---|
| 1. Putsch in Küstrin                            | 20. Jasperscher Schulerlaß                                    |
| 13. Ermächtigung der Reichsregierung            | 23./24. Kommunistische Unruhen in Braunschweig und Schöningen |
| 21. Reichsexekutive gegen Sachsen und Thüringen |   |
| 22.—24. Kommunistischer Aufstand in Hamburg     |   |

### *November*

- |  |                     |
|--|---------------------|
| 9. Hitlerputsch in München<br>Seeckt übernimmt vollziehende Gewalt | 11. Rudolf Kaefer † |
| 15. Einführung der Rentenmark                                      |                     |
| 30. Regierung Marx (Bürgerliche Mitte)                             |                     |

### *Dezember*

- 6. US-Präsident Coolidge bietet Europa finanzielle Hilfe an

## 1924

### *Januar*

- 14. Dawes-Ausschuß beginnt
- 21. Lenin †
- 22. Labourregierung MacDonald in England

### *Februar*

- 13. Aufhebung des Ausnahmezustandes
- 21. DNVP beantragt Volksbegehren zur Auflösung des Landtages

### *März*

- 7./8. Landesparteitag der DVP mit Stresemann. Brandes Landesvorsitzender

### *April*

- 16. Regierung stimmt Dawes-Plan zu

### *Mai*

- 4. Reichstagswahl
- 21. Rechtsparteien beantragen Auflösung des Landtages

### *Juni*

- 3. Regierung Marx
- 13. Vorabstimmung zum Volksbegehren (Auflösung des Landtages)

### *Juli*

- 7. Minister Antrick †
- 13. Volksbegehren
- 20. Gründung des Reichsbanners Schwarz—Rot—Gold (Vorsitzender: Erich W. Gniffke)

### *August*

- Londoner Konferenz beschließt Dawes-Plan
- 28. Reichstag nimmt Dawes-Plan an

### *September*

- 23. Regierung beschließt Eintritt in den Völkerbund

### *Oktober*

- 15. Gründung der Braunschweig GmbH
- 25. SPD beantragt Neuwahl des Landtages

### *Dezember*

- 7. Reichstagswahl
- 7. Landtagswahl
- 24. Bürgerliche Regierung Marquardt, v. Grone, Lieff

## 1925

### *Januar*

- 1. Gründung der Unterharzer Berg- und Hüttenwerke AG
- 13. Regierungserklärung
- 30. Landesparteitag der DNVP
- 15. Regierung Luther (unter Einschluß der DNVP)

### *Februar*

- 4. Hitler zum ersten Male in Braunschweig
- 15. Stadtverordnetenwahlen, Oerter kandidiert für die Nationalsozialisten
- 28. Friedrich Ebert †

### *März*

- 1. Eröffnung der Bahnstrecke nach Celle (bis Plockhorst in Betrieb seit 1. 3. 1923)
- 6. Baubeginn „Stahlhelm“-Block
- 29. Reichspräsidentenwahl, 1. Wahlgang

### *April*

- 1. Oberbürgermeister Hugo Retemeyer tritt in den Ruhestand
- 26. 2. Wahlgang, Wahl Hindenburgs

### *Mai*

- 19. Außenpolitische Debatte des Landtages

### *Juli*

- 2. Dr. Trautmann (Frankfurt a. O.) mit 20 : 15 gegen Dr. Jasper zum Oberbürgermeister von Braunschweig gewählt
- 14. Räumung des Ruhrgebietes beginnt

### *September*

- 10. Stahlhelmtag
- 19. Marquordtscher Schulerlaß

### *Oktober*

- 5.—16. Locarno-Konferenz
- 17. Landtag nimmt Herzogsvergleich an
- 23. Gesetz über den Herzogsvergleich

### *November*

- 4. Gauparteitag der NSDAP, 3 Großveranstaltungen mit Hitler und Goebbels
- 25. Austritt der DNVP aus der Reichsregierung
- 27. Reichstag nimmt Locarno-Vertrag an

### *Dezember*

- 1. Unterzeichnung der Verträge von Locarno
- 6. Stahlhelmtagung mit Seldte
- 8. Finanzminister v. Grone tritt zurück
- 16. Landtagsdebatte über Locarno

## 1926

### *Januar*

19. Regierung Luther (Bürgerliche Mitte)

22. Dr. Küchenthal Finanzminister

### *Februar*

28. Antrag auf Aufnahme in den Völkerbund

DNVP-Vorsitzender Spannuth muß  
Landtagsmandat und Parteiämter nieder-  
legen

### *Mai*

17. Regierung Marx

- 3. Braunschweig an Luftverkehrslinie  
Bremen—Chemnitz angeschlossen
- 8. Einweihung des Chem.-techn. Instituts  
der Technischen Hochschule
- 29. Landesparteitag der DNVP. Baumann  
Vorsitzender

### *Juni*

20. Volksentscheid über Fürstenenteignung

- 7. Studentendemonstrationen gegen Profes-  
sor Lessing
- 30. Landespolizeischule nach Holzminden  
verlegt

### *Juli*

Regierung Poincaré in Frankreich

Gründung der Nibelungen Wohnbau  
GmbH  
Grotewohls Angriff im „Vorwärts“  
gegen die Landesregierung

### *August*

- 17. Gründung der Braunschweigischen Flug-  
hafengesellschaft mbH

### *September*

8. Aufnahme Deutschlands in den Völker-  
bund

### *Oktober*

6. Rücktritt Seedts

16. Staatsbesuch Hindenburgs

### *November*

Spannungen in der Regierungsfraktion

### *Dezember*

- 11. Einweihung des Botanischen Instituts der  
Technischen Hochschule

## 1927

### *Januar*

31. Regierung Marx unter Einschluß der DNVP

Spardenkschrift der Sachverständigen  
18. Landesparteitag der DNVP

### *Februar*

5. Wirtschaftsverband löst sich von der Regierungsfraktion

### *April*

1. Gesetz über die akademische Lehrerbildung  
Fusion der Firma Jüdel mit Siemens

### *Oktober*

Parteitage zur Vorbereitung der Landtagswahlen  
10. Zuckerraffinerie Grassau nach Großfeuer stillgelegt

### *November*

24. Hitler spricht im „Konzerthaus“  
27. Landtagswahl

### *Dezember*

14. SPD-Regierung Dr. Jasper-Steinbrecher-Sievers

## 1928

### *Januar*

16.—18. Länderkonferenz in Berlin  
Rücktritt Geßlers, Groener Reichswehrminister

7. Aufhebung des Marquordtschen Schülerlasses (Sieversscher Schülerlaß)

### *Februar*

15. Bruch der Regierungskoalition wegen des Reichsschulgesetzes

16. Stadt Braunschweig beginnt mit der Motorisierung der Müllabfuhr  
25. Sieversscher Erlaß über Staatliche Schulaufsicht  
26. Stadtverordnetenwahlen



### *März*

5. Viehhof der Stadt Braunschweig eröffnet

### *Mai*

20. Reichstagswahl

Ernennung des Prof. Riekel, der Kreisdirektoren Schelz u. a.

18. Klage des Reichsinnenministers gegen den Sieversschen Schulerlaß

### *Juni*

28. Regierung Müller (Große Koalition)

Beamtengesetz, Besoldungsgesetze, neue Steuergesetze

### *Oktober*

20. Hugenberg Vorsitzender der DNVP

10. Grotewohl Präsident der Landesversicherungsanstalt

16. Debatte um Personalpolitik der Regierung

### *November*

Sievers' Justizreform

### *Dezember*

12. Sepp Oerter †

## **1929**

### *Januar*

25. Landtag nimmt Berufsschulgesetz an

### *Februar*

11. Beginn der Young-Plan-Konferenz

3. Bürgerbund - Kundgebung gegen Kriegsschuldlüge

6. Bildung der Fraktion „Gemeinschaft der Mitte“

- 7./8. Wichtige Haushaltsdebatte

14. Sievers schließt eine Schule wegen einer Geburtstagsadresse an Wilhelm II.

15. 3 Elektrotechnische Institute der Technischen Hochschule eingeweiht

### *März*

25. Etat der Regierung abgelehnt  
DNVP-Antrag betr. Anschluß an Preußen

### *April*

Stilllegung der Pianofortefabrik Zeitter & Winkelmann

### *Mai*

1. Kommunistische Unruhen in Berlin
- Neue Regierung MacDonald in England

16. Gemeinschaft der Mitte stimmt SPD-Haushalt zu, Beginn kritischer Auseinandersetzungen im Bürgertum

### *August*

- 6.—31. Haager Konferenz

13. Oberbürgermeister Trautmann †

### *September*

5. Baubeginn Wohnblock „Bebelhof“
15. Massenkundgebung gegen Kriegsschuld-lüge und Youngplan (Volksbegehren)

### *Oktober*

3. Gustav Stresemann †
24. Kurssturz in New York

### *November*

30. Reichstag lehnt erstes Youngplangesetz ab
10. Jugendheim der Stadt Braunschweig eingeweiht
23. Ernst Böhme (Magdeburg) zum Oberbürgermeister von Braunschweig gewählt

### *Dezember*

6. Schachts Memorandum
21. Rücktritt Hilferdings
22. Volksentscheid über Hugenberg's Freiheits-gesetz

## **1930**

### *Januar*

28. Kuno Rieke Landtagspräsident

### *Februar*

2. Internationales Forschungsinstitut für Erziehungswissenschaften, Promotionsrecht für Lehrerbildung, Severing Ehrendoktor

### *März*

27. Rücktritt der Regierung Müller
30. Brüning Reichskanzler

- Gründung der Vereinigung selbständiger Mittelstand
5. Landtagspräsident Wesemeier †

### *Juli*

- 16. Beginn der Brüning'schen Notverordnungen
- 31. Auflösung des Landtages
- Auflösung des Reichstages

### *September*

- 14. Reichstagswahl
- 14. Landtagswahl

### *Oktober*

- 1. Regierung Dr. Kuchenthal — Dr. Franzen (DNVP—NSDAP)
- 13. Franzen-Zwischenfall in Berlin

### *Dezember*

- 11. Hitler-Kundgebung
- Entfernung sozialdemokratischer Beamter beginnt

## **1931**

### *Februar*

- 21./22. Gauparteitag der NSDAP
- 25. Vergleich der BMA

### *April*

- 1. Veltenhof eingemeindet, Beginn neuer Personal„säuberungen“

### *Juli*

- 13. Zusammenbruch der DANAT-Bank
- 27. Rücktritt Franzens
- 30. Bankhaus Meyersfeld (Konservenfabriken!) bricht zusammen

### *September*

- 3. DNVP proklamiert Alleinregierung Kuchenthals
- 7. Ultimatum Hitlers an Hugenberg
- 15. Dietrich Klagges Minister

### *Oktober*

- 10./11. Harzburger Front
- 17./18. Massenaufmarsch der SA

### *November*

- 5. Beginn des 1. Hochschulkonfliktes

## 1932

### *Januar*

18. Rücktritt Briands

2. Beurlaubung des Staatsbankpräsidenten  
Dr. Stübben  
Regierungskrise zwischen BEL und  
NSDAP

### *Februar*

22. Goebbels verkündet Hitlers Kandidatur

25. Hitler braunschweigischer Regierungsrat

### *März*

13. Reichspräsidentenwahl, 1. Wahlgang

1. Landtagsdebatte über Hitlers Einbürgerung und Hochschulkonflikt

23. Klagges-Erlaß über Abbau weltlicher Schulen

### *April*

10. Wiederwahl Hindenburgs

13. Verbot der SA und SS

24. Landtagswahlen in 5 Ländern

### *Mai*

13. Rücktritt Groeners

30. Rücktritt Brünings

Zusammenbruch der braunschweigischen  
DVP auf dem Lande

### *Juni*

1. Regierung Papen

14. Aufhebung des Verbots der SA und SS

9. NSDAP beantragt Landtagsauflösung

### *Juli*

31. Reichstagswahlen

7. Nordwestdeutscher Handwerkerbund beschließt Unterstützung der NSDAP

12. Übertritt der Handwerkervertreter im Landtage zur Fraktion der NSDAP

21. Großkundgebung mit Hitler im Eintrachtstadion

31. NS-Studentenführer Schaffelt erschossen

### *November*

6. Reichstagswahl

17. Rücktritt Papens

1. NSDAP beantragt Landtagsauflösung

9. Beginn eines neuen Hochschulkonflikts

### *Dezember*

2. Schleicher Reichskanzler

14./15. Letzte ordentliche Plenarsitzung des Landtages

## 1933

### Januar

15. Landtagswahlen in Lippe

30. Hitler Reichskanzler

3. Großaufmarsch der SA

26. Rust kündigt Machtübernahme an

31. KPD-Abgeordneter Gmeiner verhaftet

### Februar

27. Reichstagsbrand

28. Verordnung zum Schutze von Volk und Staat

3. Klagges verkündet Notverordnungen  
Verhaftungswelle gegen KPD

4. Stadtverordnetenversammlung der Stadt  
Braunschweig aufgelöst

12. Letzter SPD-Parteitag in Gandersheim

### März

5. Reichstagswahl

21. Tag von Potsdam

24. Ermächtigungsgesetz

9. Sturm auf den „Volksfreund“  
Terrorwelle gegen SPD

11. Schaufenstersturm auf jüdische Geschäfte

13. Amtsenthebung Böhmes

14. Letzte Landtagssitzung (ohne Linke)

20. Brief des Stahlhelm-Landesführers  
Schrader an Duesterberg

25. Zweite Terrorwelle gegen SPD

27. Stahlhelmkonflikt, Verhaftung Schraders

### April

Gleichschaltung

Gleichschaltungen

24. Landesvorstand der DNVP tritt zur  
NSDAP über

26. Landesverband der DVP löst sich auf

29. Braunschweig als erstes deutsches Land  
rein nationalsozialistisch

# 1 b) Der braunschweigische Landtag 1919—1933

Wahl vom 22. Dezember 1918 (zusammengetreten am 10. Februar 1919)

Unabhängige Sozialdemokratische Partei:	14 Mandate
Sozialdemokratische Partei Deutschlands:	17 Mandate
Deutsche Demokratische Partei:	13 Mandate
Landeswahlverband	16 Mandate

Regierungsparteien: USPD/SPD = 31 Mandate, später (Juni 1919) Kleine Koalition SPD/DDP (Regierungen Oerter und Dr. Jasper).

Wahl vom 16. Mai 1920

USPD = 23 Mandate	LWV = 23 Mandate
SPD = 9 Mandate	DDP = 5 Mandate

Regierungskoalition USPD/SPD = 32 Mandate, Mehrheitsverhältnisse geändert durch Bildung der Kommunistischen Fraktion im Herbst 1920. (Regierung Oerter bis 24. November 1921).

Wahl vom 22. Januar 1922

KPD = 2 Mandate	DDP = 6 Mandate
USPD = 17 Mandate	LWV = 23 Mandate
SPD = 12 Mandate	

Regierungskoalition zunächst USPD/SPD, (Regierung Junke), dann Große Koalition (Spaltung des Landeswahlverbandes), nach Zusammenschluß der USPD und SPD Kleine Koalition SPD/DDP (Regierung Dr. Jasper).

Wahl vom 7. Dezember 1924

KPD = 2 Mandate	Wirtschaftl. Einheitsliste = 4 Mandate
SPD = 19 Mandate	DNVP = 10 Mandate
DDP = 2 Mandate	Br. Nieders. Partei = 1 Mandat
DVP = 9 Mandate	Nationalsozialisten = 1 Mandat

Regierungskoalition: Parlamentarische Arbeitsgemeinschaft = 24 (Regierung Marquardt).

Wahl vom 27. November 1927

KPD = 2 Mandate	DNVP = 5 Mandate
SPD = 24 Mandate	„Freie Wirtschaft“ = 2 Mandate
DDP = 2 Mandate (Haus- u. Grundbesitzer)	
DVP = 8 Mandate	NSDAP = 1 Mandat
	Wirtschaftsp. = 4 Mandate

Regierungsfraktion SPD = 24 (Regierung Dr. Jasper)

Wahl vom 14. September 1930

KPD = 2 Mandate	Bürgerl. Einheitsliste = 11 Mandate
SPD = 17 Mandate	NSDAP = 9 Mandate
Staatspartei (DDP) = 1 Mandat	

Regierungskoalition BEL/NSDAP (Regierung Dr. Küchenthal) = 20.

2 a) *Volumen des braunschweigischen Staatshaushaltes 1924 — 1932*  
(in Millionen Mark)

	<i>Ordentlicher Haushalt</i>		<i>Außerordentlicher Haushalt</i>	
	Einnahmen	Ausgaben	<i>Haushalt</i>	Schuldentilgung
1924	28,047	27,488	0,560	—
1925	46,829	47,353	0,815	—
1926	38,288	49,672	4,077	0,260
1927	50,174	53,075	6,945	0,864
1928	57,453	60,765	15,698	2,654
1929	59,849	64,110	7,299	3,168
1930	61,922	66,813	1,975	4,175
1931	60,196	63,108	1,928	4,460
1932	47,557	47,557	1,500	4,565

2 b) *Das braunschweigische Steueraufkommen 1924 — 1932*  
(in Millionen Mark)

	<i>Reichssteuern</i>	<i>Landessteuern</i>
1924	14,890	8,095
1925	20,301	8,250
1926	17,385	12,120
1927	20,376	13,045
1928	22,590	16,765
1929	24,670	16,485
1930	24,580	16,825
1931	21,775	16,325
1932	16,685	13,165

2 c) *Die Arbeitslosigkeit während der Weltwirtschaftskrise  
im braunschweigischen Wirtschaftsraum*

(unter Einschluß der Arbeitsämter Goslar und Alfeld) nach den laufenden Statistiken in den Mitteilungen der Handelskammer für die Jahre 1929 — 1932 (abgerundet).

	1929	1930	1931	1932
Januar	31 000	31 000	47 500	62 000 (!)
April	16 000	24 000	44 000	57 000
Juli	6 500	20 000	40 000	53 000
Oktober	9 500	29 500	49 500	52 000

2 d) *Entwicklung der gewerblichen Betriebe 1926 — 1930*  
(nach den Jahresberichten der Gewerbeaufsichtsbeamten)

- |   |                           |
|---|---------------------------|
| a) Zahl der Betriebe                          | b) Zahl der Beschäftigten |
| 1. Großbetriebe (mehr als 50 Arbeitnehmer)    |                           |
| 2. Mittlere Betriebe (5 — 49 Arbeitnehmer)    |                           |
| 3. Kleinbetriebe (weniger als 5 Arbeitnehmer) |                           |

	1926		1929		1930		
1 a)	252	+	56	308	— 36	272	
	(neu: 36)						
b)	44 891	+	11 444	56 335	— 7 649	48 686	
	(neu 2 825)						
2 a)	1 630	+	306	1 936	— 4	1 932	
b)	21 610	+	1 097	22 706	— 264	22 442	
3 a)	3 307	+	350	3 657	+	383	4 040
b)	6 662	+	270	6 733	+	676	7 408
			4				
Gesamt:							
a)	5 189			5 901			6 244
b)	72 963	+	12 811	85 774	— 7 238		78 536

Es gab im Vergleich zu 1926 also 1930 mehr:

20 Großbetriebe und 3 795 Arbeitnehmer  
304 Mittlere Betriebe und 832 Arbeitnehmer  
733 Kleinbetriebe und 944 Arbeitnehmer

## 2 e) Ein Arbeiterhaushalt im Jahre 1928

(nach Wirtschaft und Statistik, 10. Jg. 1930)

Der Haushalt umfaßt Ehefrau und 2 Kinder.

Lohnentwicklung: Januar 1928 = 101,9 Pfennig Stundenlohn  
Januar 1929 = 108,5 Pfennig Stundenlohn  
Dezember 1929 = 111,9 Pfennig Stundenlohn

Das Jahreseinkommen im Jahre 1928: rund 3 000,— Mark.

<i>Ausgaben</i> Milch und Milcherzeugnisse	271,37 Mark = 8,3 %
Eier	54,49 Mark = 1,7 %
Fette	71,11 Mark = 2,2 %
Fleisch	338,26 Mark = 10,3 %
Fisch	18,39 Mark = 0,6 %
Brot und Backwaren	201,78 Mark = 6,2 %
Kartoffeln	59,00 Mark = 1,8 %
Nahrung insgesamt	1 325,70 Mark = 40,6 %
Genußmittel	145,12 Mark = 4,4 %
Miete	344,84 Mark = 10,6 %
Bekleidung	404,85 Mark = 12,4 %
Bildung, Schule	73,39 Mark = 2,2 %
Vergnügen, Erholung	54,12 Mark = 1,7 %



Steuern	103,59 Mark = 3,2 ‰
Verbrauchsausgaben insgesamt	3 205,40 Mark = 98,1 ‰
Spareinlagen	39,64 Mark = 1,7 ‰
Schuldentilgung	15,47 Mark = 0,5 ‰
Schwund	etwa 6,00 Mark = 0,2 ‰

Der Haushalt überschritt seine Einnahmen um etwa 8 ‰.

## 2 f) Löhne und Preise 1930

(Preise nach Zeitungsanzeigen)

### Lebensmittel:

Brot	0,36 Mark pro kg
Kartoffeln	0,10 Mark pro kg
Rindfleisch	2,60 Mark pro kg
Kalbfleisch	2,72 Mark pro kg
Tomaten	0,16 Mark pro kg
Zitronen	0,05 Mark pro Stück
Eier	0,16 Mark pro Stück

### Kohlen:

Steinkohle	2,60 Mark pro Zentner
Braunkohlen-Brikett	1,50 Mark pro Zentner

### Textilien:

Oberhemden, Stück	3,40 — 7,90 Mark
Herrenhalbschuhe, Paar	11,00 — 17,00 Mark
Damenstrümpfe, Seide	2,90 — 4,25 Mark
Velourmantel, Wolle	ab 30,00 Mark
Pelzmäntel	230,00 — 500,00 Mark
Abendkleider	ab 150,00 Mark

### Stundenlöhne:

(nach Wirtschaft und Statistik 10. Jg. 1930)

Zimmerer	1,21 Mark
Maurer	1,12 Mark
Buchdrucker	1,08 — 1,15 Mark
Buchbinder	0,96 — 1,05 Mark
Holzarbeiter	0,93 — 1,10 Mark
Bauhilfsarbeiter	0,97 Mark

2 g) *Aus der Bilanz eines mittleren landwirtschaftlichen Betriebes 1927*  
(ausgewählt aus: Landwirtschaftliche Betriebsergebnisse ... Lit. Verz. Nr. 13)

Getreidewirtschaft von 50 ha mittlerer Ertragswertklasse, 93 % Ackerland, 7 % Weide,  
Lage: 3 km vom nächsten Bahnhof entfernt.

*Struktur, Anbau und Ernten 1927*

	Anbau	Ernte je ha	insgesamt
Weizen	5 ha	55,16 Zentner	275 Zentner
Roggen	3 ha	40 Zentner	120 Zentner
Gerste	15 ha	42 Zentner	630 Zentner
Hafer	6 ha	60 Zentner	360 Zentner
Kartoffeln	5,5 ha	340 Zentner	1 870 Zentner

Verkauft wurden:	Von der Weizenernte	69 % zu 12,68 Mark pro Zentner
	Von der Kartoffelernte	12 % zu 2,70 Mark pro Zentner

Einnahmen aus der Getreidewirtschaft insgesamt: rund 2 500,— Mark

Einnahmen aus der Viehwirtschaft		
Milch	17,50 Pfg. pro Liter	4 250,— Mark
Rindvieh		5 800,— "
Verkauf	Schweine	3 800,— "
	Schafe	100,— "
	Zugvieh	600,— "

Einnahmen aus eigener Holzwirtschaft 2 350,— "

*Einnahmen insgesamt:* 19 400,— Mark

*Ausgaben*

Unterhaltung der Betriebsanlagen	1 250,— Mark
Unterhaltung des Inventars	900,— "
Saatgut	100,— "
Düngemittel	2 500,— "
Futtermittel	1 000,— "
Zugvieh	2 700,— "
Nutzvieh	1 300,— "
Lohnaufwendungen	4 650,— "
Versicherungen	1 350,— "
Heizung und Beleuchtung	650,— "
Zinsen und Hypotheken	450,— "
Sonstiges	300,— "

rund: 17 200,— Mark

Bargeldgewinn: 2200,— Mark; Dingl. Schulden: 5250,— Mark; Hypothekenlast = 2950,— Mark

## QUELLEN- UND LITERATURVERZEICHNIS

### *A. Archivalien*

1. Bürgerbund Braunschweig, Akten 1919—1933, Besitz des Verfassers, Depositum im Stadtarchiv Braunschweig: G X 9.
2. Deutsche Volkspartei, Landesverband Braunschweig, Parteiarchiv, Stadtarchiv Braunschweig: G X 6.
3. Kanzlei des Staatsministeriums, Akten, Niedersächsisches Staatsarchiv Wolfenbüttel: L Neu Abt. 12/5.
4. Die Veränderung innerhalb der Betriebsgrößenklassen im ehemaligen Lande Braunschweig auf Grund der landwirtschaftlichen Betriebszählung von 1882—1919. Unveröffentlichte Statistik, aufgestellt von der Statistischen Abteilung des Präsidenten des Niedersächsischen Verwaltungsbezirks Braunschweig, Maschinenschrift (Durchschlag), eingesehen in der Landwirtschaftlichen Untersuchungs- und Forschungsanstalt Braunschweig der Landwirtschaftskammer Hannover.

### *B. Quelleneditionen, Amtsdruckesachen, Jahresberichte, Statistiken*

5. Amtsblatt der braunschweigischen Staatsverwaltung 1922 — 1933, herausgegeben vom braunschweigischen Staatsministerium, 1. bis 11. Jahrgang, insgesamt 9 Bände.
6. Dokumente, Ausgewählte — zur Geschichte des Nationalsozialismus, herausgegeben von Jacobson und Jodmann, Arbeitsblattform, 10 Lieferungen, Verlag Neue Gesellschaft Bielefeld, seit 1960.
7. Gesetz- und Verordnungsblatt für die braunschweigischen Lande, ab 1923: Braunschweigisches Gesetz- und Verordnungsblatt, 1919—1933, 15 Bände.
8. Gewerbeaufsichtsbeamten, Jahresberichte der — des Freistaates (bis 1921: des Staates) Braunschweig für die Jahre 1919, 1920, 1921, 1922, 1923/24, 1925, 1926, 1927, 1928, 1929, 1930, 1931 (weitere nicht erschienen), insgesamt 12 Bände.
9. Handelskammer für den Freistaat Braunschweig, Mitteilungen der —, 1925—1933 (i. a. zweimonatlich).
10. Handwerk, Jahrbuch für das — im Freistaate Braunschweig 1930, herausgegeben vom Braunschweigischen Handwerkerbund.
11. Handwerkskammer für den Freistaat Braunschweig und der Wirtschaftsstelle für das braunschweigische Handwerk, Tätigkeitsbericht der —, erstattet im April 1932; dasselbe für das Geschäftsjahr 1932/33 (zitiert: Tätigkeitsberichte).
12. Landesversammlung (Landtag), Verhandlungen, Niederschriften und Sitzungsberichte insgesamt 20 Bände: Sitzungsperioden 1920/21 = 4 Bände, 1922/24 = 4 Bände, 1924/27 = 3 Bände, 1927/30 = 4 Bände 1930/33 = 5 Bände.
13. Landwirtschaftliche Betriebsergebnisse der Buchstellen des Reichslandbundes für Braunschweig und die Provinz Sachsen, 4 Hefte, 1926, 1927, 1929, 1930.

14. Statistik des Landes Braunschweig, Beiträge zur —, herausgegeben vom Statistischen Landesamt, Neue Folge Nr. 2, 4, 5, 6, 8, ferner: Ortschaftsverzeichnis des Landes Braunschweig nebst wichtigen Ergebnissen der Volks-, Berufs- und Betriebszählung vom 16. Juni 1933, herausgegeben vom Statistischen Landesamte 1935.
15. Ursachen und Folgen, vom Deutschen Zusammenbruch 1918 bis zur staatlichen Neuordnung Deutschlands in der Gegenwart, eine Urkunden- und Dokumentensammlung zur Zeitgeschichte, Herausgeber Herbert Michaelis und Schrapler, Dokumentenverlag Wendler, Berlin-Grünwald o. J. für die Jahre 1918—1933 insgesamt 8 Bände (zitiert: Ursachen und Folgen).
16. Verfassung des sozialistischen Freistaates Braunschweig, Entwurf zu einer —, Unbezeichnete Druckschrift des Arbeiter- und Soldatenrates Braunschweig, 1919.
17. Verwaltungsberichte der Stadt Braunschweig 1911—1920, 1921—1926, 1926—1933.

#### *C. Zeitungen, Parteischriften u. ä.*

18. Deutsche Demokratische Partei im Braunschweiger Landtage, Die —, Braunschweig 1919.
19. Landeswahlverband, Der — im Kampfe gegen die sozialistische Mehrheit, Bericht über die Tätigkeit der Fraktion des — im braunschweigischen Landtage, Braunschweig 1922.
20. Landeswahlverband, Was ist und was will der —? (nicht näher bezeichnete Flugschrift).
21. Oerter, Sepp, Politischer Guckkasten für das deutsche Volk, Bilder aus dem innerpolitischen Leben eines deutschen Gliedstaates, Holzminden 1923.
22. Oerter, Sepp, Volksvertretungen! Nicht Parteivertretungen, Der Weg zur Rettung und zum Wiederaufbau, Selbstverlag (1924).
23. Ich — Sepp Oerter — klage an, Selbstverlag (1922).
24. Verfassung des Freistaates Braunschweig, Die —, im Entwurf der Regierung und in der endgültigen Fassung, herausgegeben vom Bürgerbund Braunschweig, 1922.
25. Tageszeitungen, Sammlung der braunschweigischen, Stadtarchiv Braunschweig: H II, insbesondere:  
 Die Freiheit (USPD),  
 Volksfreund (SPD),  
 Braunschweiger Neueste Nachrichten (bürgerlich) Abk.: BNN,  
 Braunschweigische Landeszeitung (bürgerlich) Abk.: BLZ,  
 Braunschweiger Tageszeitung (seit 1931, nationalsoz.) Abk.: BTZ.  
 Weitere Tageszeitungen werden im Text und in den Anmerkungen zitiert.
26. Parteizeitungen, aus verschiedenen Sammlungen des Stadtarchivs Braunschweig und aus Privatbesitz:  
 Der Wirtschaftsverband (Organ des selbständigen Mittelstandes),  
 Um's Vaterland (Deutsche Volkspartei),  
 Der Deutschnationale (DNVP),  
 Junge Nation (Stahlhelm),  
 Der Deutsche (Christlich-nationale Gewerkschaften),  
 Braunschweiger Land (Organ des Landbundes).

#### *D. Darstellungen*

27. Bechtel, Heinrich, Wirtschaftsgeschichte Deutschlands im 19. und 20. Jahrhundert, München 1956.
28. Bestian, Rudolf, Entwicklung und volkswirtschaftliche Bedeutung der braunschweigischen Domänen und Klostersgüter, Greifswald 1927. Greifswalder staatswissenschaftliche Abhandlungen Bd. 30.
29. Diederichs, Otto, Die staatspolitische und staatsrechtliche Entwicklung des Landes Braunschweig nach der Revolution von 1918, Braunschweig 1930.

30. Exportindustrie in Braunschweig, Die —, herausgegeben von der Handelskammer Braunschweig, Braunschweig o. J.
31. Grotewohl, Otto, Die Verfassung der Gemeinden und Kreise im Freistaat Braunschweig, Braunschweig 1928.
32. Handelskammer, Aus der Geschichte der —, o. O., o. J.
33. Kanzow, Georg, Grundzüge der braunschweigischen Industrie, Hannover 1928. (Veröffentlichungen der wissenschaftlichen Gesellschaft zum Studium Niedersachsens Reihe A, Heft 6).
34. Roloff, Ernst-August, Bürgertum und Nationalsozialismus 1930—1933, Braunschweigs Weg ins Dritte Reich, Hannover 1961.
35. Schroff, Hermann = Teutonicus, Braunschweig unter der roten Fahne, Meinungen, Stimmungen und Tatsachen, Braunschweig o. J.
37. Schwarz, Albert, Die Weimarer Republik, Sonderdruck aus Brandt-Meyer-Just: Handbuch der Deutschen Geschichte, Konstanz 1958.
38. Seraphim, Peter-Heinz, Deutsche Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Wiesbaden 1962.
39. Stachow, Markus, Die Vorgänge während des Kapp-Putsches in Braunschweig, Braunschweig 1930.
40. Steuersystem des Deutschen Reiches und des Landes Braunschweig, Das —, Beilage zur Braunschweigischen Staatszeitung Nr. 3/1929. Brosch. Sonderdruck.
41. Struck, Ludwig, Betriebsverhältnisse und Entwicklungsgang der braunschweigischen Landwirtschaft in der Nachkriegszeit, Marburger Dissertation 1929. Brosch. Sonderdruck.
42. Wagner, Richard = homo, Zigeunerblut im Aktenschrank, Biographischer Roman, Jena o. J.
43. Wirtschaftsstruktur im Bezirk des Landesarbeitsamtes Niedersachsen im Vergleich zum Reich, bearbeitet vom Landesarbeitsamt Niedersachsen, Hannover 1930.
44. Wöbeking, Helmut, Der Feldgemüsebau der Kreise Braunschweig und Wolfenbüttel, Oldenburg i. O. 1939.

Weitere Quellen- und Literaturangaben im Text und in den Anmerkungen.

#### *Hinweis:*

Nach Beginn der Drucklegung erschien 1964 als Band 30 der „Braunschweiger Werkstücke“ die Untersuchung von Ursula Schelm-Spangenberg über „Die Deutsche Volkspartei im Lande Braunschweig“. Sie enthält wesentliche Ergänzungen und Details zur Geschichte des Landes Braunschweig während der Weimarer Republik und bietet einen umfassenden Einblick in die Quellen, die der Arbeit der Verfasserin ebenso wie meiner Darstellung zugrundeliegen.

Die politische Geschichte Braunschweigs in den Jahren 1930 bis 1933 ist ausführlich dargestellt in meinem Buch „Bürgertum und Nationalsozialismus 1930—1933, Braunschweigs Weg ins Dritte Reich“, Lit-Verz. Nr. 34. Einen kurzen Überblick über die dort geschilderten Ereignisse bringt auch die im vorliegenden Buch S. 193 ff. abgedruckte „Chronologische Übersicht über die wichtigsten Ereignisse im Reich und im Lande Braunschweig“.

## ABBILDUNGSVERZEICHNIS

1. „Das ist die zerrissene Lage des Landes Braunschweig“.  
Seite 1 eines vierseitigen Flugblattes der DVP aus dem Jahre 1929 zur Unterstützung des deutschnationalen Antrages zu Anschlußverhandlungen mit Preußen (Stadtarchiv Braunschweig G X 9 Nr. 429).
2. Urkunde über die Abdankung des Herzogs.  
Photokopie (Braunschweigisches Landesmuseum für Geschichte und Volkstum).
3. Der Sturm auf den Landtag am 19. Februar 1919.  
Federzeichnung des sozialdemokratischen Karikaturenzeychners Karl Blanke (Braunschweigisches Landesmuseum für Geschichte und Volkstum).
4. Ultimatum des Arbeiter- und Soldatenrates an die Landesversammlung vom 9. April 1919.  
(Durchschrift des Originals im Besitz des Verfassers).
5. Sonderausgabe der Braunschweigischen Landeszeitung vor der Besetzung Braunschweigs durch die Truppen des Generals Maercker, 16. April 1919, Titelseite.  
(Im Besitz des Verfassers).
6. Zweimal Sepp Oerter — Regierung und Opposition.  
Zeichnung von Hermann Wilke, Titelseite der satirischen Zeitung „Braunschweiger Eulenspiegel“ 1919, Nr. 8 (Stadtarchiv Braunschweig).
7. Bürgerliche Politiker in der sozialdemokratischen Karikatur, Ausschnitt aus der „Braunschweiger Silvester-Zeitung“ vom 31. Dezember 1922 (im Besitz des Verfassers).  
Zur Erläuterung: Dr. Roloff zerriß während eines handgreiflichen Tumultes um Oerter im Landtage die Krawatte eines kommunistischen Abgeordneten. Der wohlwollende Text zum Bilde des Abgeordneten *Steigertahl* (DVP) erklärt sich aus dem Bemühen der SPD um eine Große Koalition mit der DVP, die Roloff entschieden ablehnte. Major Oskar *Blasius* (DNVP) galt bei der SPD als Prototyp des blasierten reaktionären Offiziers, ähnlich ist auch die Kritik an Karl von Müller (DNVP) gemeint, der im Weltkrieg als Kommandant der „Emden“ bekannt geworden war. Marie *Mathis* war als Sozialbeamtin Sachverständige der Fraktion der DNVP für Sozialpolitik.
8. Titel der Rechtfertigungsschrift Oerters gegen Grotewohl und die USPD.  
1922 im Selbstverlag erschienene Flugschrift (im Besitz des Verfassers).
9. Landtagswahl 1924: Wahlpropaganda des „Stahlhelm“ zugunsten der Rechtsparteien.  
Anzeige in der Braunschweigischen Landeszeitung vom 4. Dezember 1924 (im Besitz des Verfassers).

10. Landtagswahl 1924: Stimmzettel.  
(im Besitz des Verfassers).
11. Landtagswahl 1927: Die bürgerlichen Parteien in der sozialdemokratischen Karikatur.  
Aus der „Volksfreund“ vom 31. Oktober 1927 (im Besitz des Verfassers).
12. Landtagswahl 1930: Bürgerliches Flugblatt gegen die Schulpolitik des Ministers Sievers.  
(im Besitz des Verfassers).
13. Reichstagswahl 1928: Das Kabinett Dr. Jasper im Spiegel deutschnationaler Propaganda.  
Karikatur von Adolf Koeppen in einer Wahlzeitung der DNVP zur Reichstagswahl 1928  
(im Besitz des Verfassers).
14. Franz Groh, Landtagsabgeordneter der NSDAP.  
Karikatur aus dem „Volksfreund“ vom 10. Mai 1928 (im Besitz des Verfassers).
15. Herzog Ernst August und Herzogin Victoria Luise beim Einzug in die Landeshauptstadt am  
3. November 1913.  
Photographie (Braunschweigisches Landesmuseum für Geschichte und Volkstum).
16. Delegation des Arbeiter- und Soldatenrates, die den Herzog am 8. November 1918 zur Ab-  
dankung zwang.  
Photographie (Braunschweigisches Landesmuseum für Geschichte und Volkstum).
17. Vorbeimarsch der Truppen des Generals Maercker auf dem Löwenwall, April 1919.  
Photographie (Stadtarchiv Braunschweig).
18. Minister der Großen Koalition  
Dr. Heinrich Jasper.  
Photographie (Sozialdemokratische Partei Deutschlands, Bezirk Braunschweig).  
Gustav Steinbrecher.  
Photographie (im Besitz von Frau Margarethe Steinbrecher).  
Heinrich Rönneburg.  
Photographie (dem Verfasser zur Publikation übereignet von Frau Margarethe Rönneburg).  
Rudolf Kaefer.  
Photographie (dem Verfasser zur Publikation übereignet von Albert Brandes, Kaefers Nach-  
folger als Parteivorsitzender).
19. Die Fraktion der Bürgerlichen Vereinigung im Braunschweigischen Landtage 1924.  
Photographie (im Besitz des Verfassers).
20. Reichspräsident Paul von Hindenburg während des Staatsbesuches in Braunschweig am  
16. Oktober 1926 vor dem Hauptbahnhof.  
Photographie (Stadtarchiv Braunschweig).
21. Die sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Otto Grotewohl und Paul Junke in  
Kürschners Volkshandbuch Deutscher Reichstag 1930, S. 228 f. (im Besitz des Verfassers).
22. Hitler auf dem Schloßplatz kurz vor Beginn des siebenstündigen Vorbeimarsches der SA am  
18. Oktober 1931.  
Photographie (Stadtarchiv Braunschweig).

## PERSONENVERZEICHNIS

- Albrecht, Prinz von Preußen 14
- Alpers, Fritz, MdL (NSDAP) 161
- Antrick, Otto, MdR, MdL, Minister (SPD) 23, 50 f., 65, 72, 80 f., 91, 99, 194, 195, 196, 199
- Appun, Wilhelm, MdL (DVP) 117 (Anm.)
- Bartels, Emil, Finanzpräsident 37, 61, 67, 119, 194, 195
- Baumann, Carl, MdL, Vors. d. DNVP 115, 121, 129, 201
- Becker, Carl Heinrich, Preuß. Kultusminister 126
- Behrens, Otto, MdL (DVP) 61
- Bernewitz, Alexander, Landesbischof 121
- Beye, Wilhelm, MdL (DVP), 182
- Beythien, Heinrich, MdR (DVP) 163
- Bismarck, Otto von, Reichskanzler 13 f., 22
- Blasius, Oskar, MdL (DNVP) 83 f., 88, 104
- Boden, Robert, Herzogl. Minister 35, 37
- Böhme, Ernst, Oberbürgermeister (SPD) 151, 157, 204, 207
- Bracke, Otto, MdL (DDP) 42, 50, 61
- Brandes, Albert, MdL, Vors. d. DVP 75, 105, 117 (Anm.), 122, 142, 145, 199
- Bretschneider, Friedrich, MdL, Geschäftsf. d. DVP 96, 117 (Anm.)
- Briand, Aristide, französ. Ministerpräsident 104, 206
- Brüning, Heinrich, Reichskanzler (Z) 158, 204
- Buchterkirchen, Wilhelm, Polizeipräsident 90, 98
- Burggold, Otto, MdL (SPD) 140
- Crasemann, Ferdinand, MdL (DVP), Geschäftsf. Direktor d. Bürgerbundes 75, 96, 104, 109
- Coolidge, Calvin, Präsident d. USA 198
- Crispien, Arthur, MdR (USPD) 91
- Cuno, Wilhelm, Reichskanzler (parteilos) 100, 197
- Darré, Walter, Reichsbauernführer (NSDAP) 184
- Derlien, Friedrich, Vors. d. Reichsverbandes d. deutschen Handwerks 163
- Deumeland, Hermann, MdL (DVP) 117 (Anm.), 180
- Dinklage, Karl, Ortsgruppenl. d. NSDAP 123
- Duesterberg, Theodor, 2. Stahlhelm-Bundesführer 207
- Eberlein, Gottlieb 145
- Ebert, Friedrich, Reichspräsident 10, 27 ff., 35, 41, 46, 48, 52, 56, 68, 95, 96, 101, 103, 122, 124, 127, 193, 194, 197, 200
- Eckardt, Karl, Volkskommissar 36, 45, 47 ff., 51 f., 59, 66, 194
- Erhardt, Hermann, Korvettenkapitän 69, 81
- Eichhorn (= Kühl), Karl, Berliner Polizeipräsident 47, 48, 58
- Eisenmann, Kurt, Professor 101
- Eisner, Kurt, Bayer. Ministerpräsident 55
- Erbe, Gustav, Volkskommissar, s. a. Gerecke 36
- Erdmann, Henri, MdL (SPD), Kreisdirektor 84, 145
- Ernst August, Herzog zu Braunschweig und Lüneburg 12, 23, 25, 33 f., 120, 187, 193
- Erzberger, Matthias, Reichsminister 26, 68, 81, 196
- Faßhauer, Minna, Volkskommissarin 33, 36, 37, 42, 47, 65, 81, 129



- Fehrenbach, Constantin, Reichskanzler (Z) 76, 195
- Floto, August, Kreisdirektor 145, 198
- Föppl, Otto, Professor 126
- Franckenberg, Gerhard von, MdL (SPD) 116, 127, 144
- Franzen, Anton, Minister (NSDAP) 171, 184, 205
- Frede, Gustav, MdL (Haus- und Grundbesitzerverein) 131, 139, 162, 165, 171
- Gehrke, Robert, Arbeiter- u. Soldatenrat (KPD) 44 f., 52, 112
- Geiger, Theodor, Professor 129, 144, 187
- Gerecke, Gustav, Volkskommissar u. Minister (USPD) 49, 51, 61, 65, 194
- Geßler, Otto, Reichswehrminister 202
- Giesecke, Gustav, 2. Landbundvorsitzender (NSDAP) 185
- Gmeiner, Paul, MdL (KPD) 71, 115, 139, 207
- Gniffke, Erich W., Vorsitzender d. Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold 199
- Goebbels, Josef 123, 200, 206
- Goldmann, Carl Edmund, Kaufmann 110
- Graf, Hulda, MdL (SPD) 145
- Groener, Wilhelm, Reichsminister 26, 202, 206
- Groh, Franz, MdL (NSDAP) 10, 140 f. 148, 156–162, 170, 172, 183
- Grone, Hans Udo von, Minister (DNVP) 116, 118 f., 141, 147, 149, 151, 154
- Grotewohl, Otto, MdR, MdL, Minister (USPD, SPD), Vors. d. SPD 10, 11, 33, 41, 53, 72, 85, 90 ff., 97–101, 110, 116, 119, 121 f., 141, 145, 158, 191, 196 f., 201, 203
- Hampe, August, MdL, MdR, Minister (Br.-Nieders. P.) 10, 43, 45 f. 50, 55, 66 ff., 69, 71 f., 75, 83, 85, 87, 95, 101, 103, 113, 120, 122, 194, 195
- Heimbs, Carl, Kaufmann 110
- Herwig, Bernhard, Professor 129
- Hilferding, Rudolf, Reichsfinanzminister (SPD) 204
- Hindenburg, Paul von, Reichspräsident 124 ff., 200, 201, 206
- Hitler, Adolf 10, 33, 102, 111, 113, 114, 122 f., 140, 141, 149, 157, 158, 159, 161, 162, 173, 183, 184 (Anm.), 186, 187, 198, 200, 202, 205, 206, 207
- Hogrefe, Albert, MdL, Vors. d. Landwirtschaftskammer 115, 178
- Hugenberg, Alfred, Vors. d. DNVP 151, 157, 203, 204, 205
- v. Hülsen, Generalleutnant 69
- Jasper, Heinrich, Minister (SPD) 10, 11, 16, 36 f., 38, 40, 43, 46, 48, 50 ff., 56, 58 f., 61, 65, 69, 70, 72, 84, 85, 93, 94, 95, 97, 98, 101, 103, 119, 124, 140, 145, 147, 149, 151, 156, 157 f., 187, 192, 193, 194, 195, 197, 198, 200, 208
- Jasper, Wilhelm, MdL (SPD) 140
- Jensen, Adolf, Professor 129
- Junke, August, MdL, Minister (USPD) 36, 38, 48, 50, 51, 52, 58 f., 61, 65, 72, 91, 97, 194, 195, 196, 208
- Junke, Paul, MdL, MdR (USPD, SPD) 85, 97, 115
- Johann Albrecht, Herzog v. Mecklenburg 14
- Joffe, Adolf, sowjetischer Diplomat 56
- Kaefer, Rudolf, MdL, Vors. d. DVP 10, 75, 85, 95 f., 98, 101, 104, 163, 197, 198
- Kalms, Carl, Stadtrat 163, 164
- Kanter, Hugo, Syndikus d. Handelskammer 181
- Kerrl, Hans, Kreisleiter d. NSDAP 123
- Keudell, Walter von, Reichsinnenminister (DNVP) 146
- Keunecke, Otto, MdL (DDP) 183
- Klagges, Dietrich, Minister (NSDAP) 11, 129, 184, 187, 205, 206
- Koch, Gustav, MdL (DNVP) 182
- Kopfstein, Felix, Landgerichtsrat 144
- Küchenthal, Werner, Minister (DNVP) 11, 119, 130, 137, 172, 184, 201, 205, 208
- Kühl, Karl s. Eichhorn
- Künstler, Franz, MdR (USPD) 91
- Langerfeldt, Carl, Kaufmann 110
- Lenin, Wladimir Iljitsch 27 f., 37, 55, 56, 65, 199

- Lessing, Theodor, Professor 125 ff., 201
- Liebal, Moritz, MdL, Vors. d. Wirtschaftsverbandes 50, 66, 113, 118, 139, 153, 155, 156, 162, 163, 164, 171
- Liebknecht, Karl 27, 29, 35, 42, 45 f., 194
- Lieff, Johannes, Minister 116, 199
- Löbbecke, Alfred, Bankier 110
- Loebell, Friedrich Wilhelm von, Präs. d. Reichsbürgerrats 68, 124
- Löhr, Rudolf, MdL (SPD) 140
- Ludendorff, Erich 26, 68 (Anm.)
- Luther, Hans, Reichskanzler (parteilos) 200, 201
- Luxemburg, Rosa 28 f., 42, 45 f., 194
- MacDonald, Ramsey, brit. Premierminister 199, 204
- Maercker, Georg, Generalmajor 58 ff., 194
- Marquardt, Gerhard, Minister (DVP) 11, 16, 65, 116, 117, 118, 121 f., 124, 127, 141, 145, 147, 199, 200, 208
- Marx, Karl 27 ff., 45, 102, 111, 132, 158, 170
- Marx, Wilhelm, Reichskanzler (Z) 111, 124, 198, 199, 201, 202
- Mathis, Marie, MdL (DVP, DNVP) 88
- Max, Prinz von Baden, Reichskanzler 26
- Merges, August, Spartakistenführer 10, 27, 29 ff., 33, 35, 41, 44, 46, 48, 52, 56, 58, 59, 70, 71, 81, 187, 192, 193, 194
- Meyer, A. E., Geschäftsf. Direktor d. Bürgerbundes 110
- Mollenhauer, Heinz, MdL (DNVP) 162, 163
- Moog, Willy, Professor 129
- Mühlenpfordt, Karl, Professor 126
- Müller, Hermann, Reichskanzler (SPD) 73, 195, 203, 204
- Müller, Karl von, MdL (DNVP) 88, 89,
- Müller, Michael, Volkskommissar 36
- Müller-Schöll, Max, MdL (LWV) 53
- Mussolini, Benito 197
- Nehr Korn, Albert, Vors. d. Landbundes 79, 181
- Noske, Gustav, Reichswehrminister (SPD) 26 f., 29, 41, 46, 49, 52, 56, 59
- Oerter, Sepp, Volkskommissar, Minister (USPD) 11, 31, 32 f., 35 f., 37 f., 41, 42, 43, 44 ff., 50 ff., 55, 59, 65, 69, 71 f., 81, 84, 90 f., 95, 98, 113, 123, 187, 192, 194, 195, 196, 203, 208
- Ohlendorf, Fritz, MdL (SPD) 37
- Otto, Otto (= Schlesinger), Psychotherapeut 84, 85, 90, 91, 196
- Papen, Franz von, Reichskanzler 206
- Paulsen, Wilhelm, Professor 129
- Perschmann, Heinrich, Kaufmann 110
- Pieck, Wilhelm, MdR (KPD) 27
- Pini, Paul, Kreisdirektor 145, 198
- Poincaré, Raymond, franz. Min. Präs. 95 (Anm.), 100, 196, 197
- Praun, Tilla von, MdL (DVP) 145
- Radek, Karl (Isaak Sobelsohn) 56, 102
- Rathenau, Walter, Reichsaußenminister (DDP) 68, 95, 96, 145, 197
- Regensburger, Norbert, MdL (DDP) 50, 88
- Retemeyer, Hugo, MdL, Oberbürgermeister 35, 56, 200
- Rieke, Heinrich, MdL (SPD) 50
- Rieke, Kuno, Landtagspräsident (SPD) 115, 140, 141, 145, 151, 204
- Riekell, August, Professor 130, 144, 146, 203
- Riese, Arthur, MdL (NSDAP) 114, 115, 120, 149
- Rönneburg, Heinrich, MdL, MdR, Minister (DDP) 37, 39, 42, 50, 59, 65, 69, 83, 85, 96, 100, 101, 104, 115, 141, 192, 193, 194, 197
- Rohloff, Albert, MdL (SPD) 140, 145
- Roloff, Ernst August, MdL (DNVP), Geschäftsf. d. Landbundes 40, 42, 43, 50, 66 ff., 75, 84, 88, 95, 100, 104, 110, 117 ff., 121, 138, 141, 144, 147, 149, 151, 154, 178, 182 (Anm.), 185
- Roosevelt, Franklin D., Präsident d. USA 159
- Rosenthal, Gustav, Volkskommissar 36, 61
- Ruben, Ernst, Landgerichtsrat 86
- Rust, Bernhard, Gauleiter d. NSDAP 123, 207

- Schacht, Hjalmar, Reichsbankpräsident 204  
 Schaffelt, Axel, NS-Studentenführer 206  
 Scheidemann, Philipp, Ministerpräsident (SPD) 10, 27, 29, 30, 35, 41, 46, 48, 56, 59, 132, 194  
 Schelz, Albert, MdL, Volksbeauftragter (SPD) 54, 145, 194, 203  
 Schlageter, Albert Leo 102  
 Schlee, Hans, Vors. d. Bürgerbundes 67, 68, 109  
 Schleicher, Kurt v., Reichskanzler 173, 206  
 Schlesinger s. Otto  
 Schlott, Johannes, Pastor 42  
 Schmelzkopf, Adolf, MdL 139  
 Schmidt, Alfred, MdL (BEL), Syndikus d. Handwerkskammer 173, 184  
 Schmidt, Hermann, Präs. d. Handelskammer 140, 174  
 Schmidt, Robert, Reichswirtschaftsminister (SPD) 80  
 Scholz, Ernst, Reichswirtschaftsminister (DVP) 80  
 Schrader, Walther, MdL (Staatsp.) 184  
 Schrader, Werner, Stahlhelm-Landesführer 117, 122, 207  
 Schrader, Wilhelm, MdL (Br.-Nieders. P.) 122  
 Schroff, Hermann, Redakteur 32 ff.  
 Schulz, Julius, MdL (SPD) 140  
 Schütz, Emil, Vors. d. Arbeiter- u. Soldatenrats 35, 50 f., 59  
 Seeckt, Hans von, Generaloberst 132, 201,  
 Seldte, Franz, Stahlhelm-Bundesführer 116, 200  
 Severing, Karl, Reichsinnenminister (SPD) 146, 204  
 Siedentop, August, Reg. Baumeister 127  
 Siems, Heinrich, MdL (SPD) 140, 183  
 Sievers, Hans, MdL (USPD, KPD, SPD), Minister 72, 119, 130, 140 f., 144 f., 147, 149, 172, 187, 195, 202, 203  
 Spannuth, Heinrich, MdL, Vors. d. DNVP 201  
 Stachow, Markus, Oberst 68 ff., 75, 81  
 Staff, Curt, Landgerichtsrat 144  
 Stalin, Josef Wissarionowitsch 27, 158  
 Steigertahl, Bodo, MdL (DVP) 88, 121, 129  
 Steinbrecher, Gustav, MdL, Minister (SPD) 37, 50 f., 61, 72, 84, 85, 91, 121, 141, 145, 194, 195, 202  
 Strasser, Gregor, NS-Reichsleiter 185  
 Strasser, Otto, 184  
 Stinnes, Hugo, Industrieller 18 (Anm.)  
 Stresemann, Gustav, Reichskanzler u. Reichsaußenminister (DVP) 10, 95, 102, 103, 105, 109, 117, 121, 122, 139, 151, 157, 198, 199, 204  
 Stübßen, Oskar, Staatsbankpräsident 206  
 Südekum, Otto, MdL (Wirtschaftsv.) 114, 162, 163, 164  
 Thielemann, Otto, MdL (SPD) 112, 115, 116, 121, 141, 149, 158 (Anm.)  
 Trautmann, Paul, Oberbürgermeister 124, 151, 157, 200, 204  
 Uhlenhaut, Wilhelm, Stahlhelm-Landesführer 109, 117  
 Undeutsch, Albin, MdL (SPD) 51, 54, 194  
 Vahldiek, Hermann, MdL, Vors. d. Handwerkerbundes 156, 164, 172, 173, 184  
 Victoria Luise, Herzogin zu Braunschweig u. Lüneburg 12  
 Vogtherr, Ewald, MdL, Minister (SPD) 90, 98, 197, 198  
 Voigt, Richard, Schulrat 142  
 Wachler, Heinrich, MdL, Syndikus d. Handelskammer 119 (Anm.), 139, 153, 155, 156, 162, 163, 164, 171  
 Wagner, Richard, Redakteur 31 f., 35  
 Wemmels, Ludwig, Fabrikant 90 f.  
 Wesemeier, August, Landtagspräsident (USPD, SPD) 36, 50, 91, 161, 196, 204  
 Wessel, Heinrich, Landtagspräsident (DVP) 117, 140, 163  
 Westarp, Kuno Graf von, Vors. d. DNVP 111  
 Wilhelm II., Kaiser 23, 26 ff., 193  
 Winter, Ernst, MdL (KPD) 115  
 Wirth, Joseph, Reichskanzler (Z) 80, 95, 96, 100, 195

## SACH- UND ORTSREGISTER\*)

(Ortsnamen *kursiv*)

- Abwehrstreik s. Streik
- Achtstundentag, (s. a. Arbeitszeitverkürzung) 50, 62
- Agrarpreise 21
- wirtschaft s. Landwirtschaft
- Akademiker 28, 74, 89, 128
- Akademische Freiheit 125 ff.
- Aktiengesellschaften 20, 150, 162, 167
- kapital s. Kapital
- Alfeld* 31, 209
- Altenbeken* 14
- Allgemeine Ortskrankenkasse 157
- Amerikaanleihe 179
- Angestellte 24, 77 Anm., 80, 108, 161 Anm., 167, 169, 170, 186
- kaufmännische 133
- Anhalt (s. a. Sachsen-Anhalt) 47, 58
- Anleihen (s. a. Kredite und Amerikaanleihe) 62, 130, 137, 150, 188, 189
- Anschluß an Preußen (s. a. Selbständigkeit d. Landes) 14, 16, 103, 203
- Arbeiter (s. a. Diktatur des Proletariats und Gewerkschaften) 11, 18, 22, 30, 52, 70, 74, 77 Anm., 89, 101, 108, 134, 135, 140, 158, 169 f., 176, 187 f., 190
- schaft, — klasse 23, 24, 27, 28, 42 f., 44, 50, 55, 66, 69, 72, 74, 78, 84, 87, 96, 107 f., 111, 122, 135, 140, 158 Anm., 168 Anm., 186, 187
- und Soldatenrat (s. a. Landesarbeiterrat) 27 ff., 33, 35 ff., 44, 46, 48 ff., 59, 61, 65, 66 Anm., 193 f.
- Arbeitgeberverbände s. Unternehmer u. Vereinigung der —
- Arbeitsdienst 110
- gemeinschaft des Einzelhandels 74, 104, 164
- gemeinschaft des selbständigen Mittelstandes s. Wirtschaftsverband
- kammer 23
- losenfürsorge, — versicherung 135
- losigkeit 48, 62, 76, 97, 103, 105, 107, 131, 133, 158 f., 170, 177, 187, 208
- zeitverkürzung (s. a. Achtstundentag) 62, 77
- Armee (s. a. Reichswehr) 29, 40, 124
- Ausnahmезustand 68, 99
- Aussperrungen 133
- Außenpolitik 87, 122, 139
- Automation s. Rationalisierung
- Bad Harzburg* 18 Anm., 61, 84, 114, 124, 139
- Bahnhof, Neubau 30, 110, 130
- Banken, 58, 150, 172, 176
- Barnstorf* 89
- Bauern s. Landwirtschaft
- Baugewerbe 106, 107, 136
- gewerkeinnungen 156
- handwerker 134, 136
- kosten 136
- markt 158
- tätigkeit 62, 134
- unternehmer 136
- Beamte, Beamtschaft 18, 37, 56, 58, 74, 80, 99, 103, 140 f., 144
- Beamtenbesoldung, -politik 83, 94, 128
- rat 37, 39
- bund, -vereinigung 42, 65, 75
- Bebelhof 151, 157, 204
- Bebra* 58
- Belagerungszustand 46, 58 ff., 63, 65

\*) Bei der Anlage dieses Registers halfen mir meine Frau und Herr stud. päd. Joachim Nauck

- Bergbau (s. a. Braunschweigische Kohlenbergbau-Gesellschaft) 18  
 — arbeiter 78, 179  
*Berlin* 14, 30, 35 f., 45, 58 f., 69, 95, 100 f., 109, 131, 193, 202, 204, 205  
*Bernburg* 14  
 Berufsschulen 137, 148, 157, 172  
 Berufsschulgesetz 146, 149, 203  
 Berufsstände 23  
 Betriebsräte 55, 57, 77, 135  
 — gesetz 54, 76, 142  
*Bevern* 47, 145  
 Bevölkerung (s. a. Sozialstruktur) 17, 169  
 Bildungswesen (s. a. Schulen, Berufsschulen, Technische Hochschule) 47, 128  
*Blankenburg* 15, 18 Anm., 84 f., 89  
 Blechwarenindustrie 18, 155  
 Bolschewismus 27, 40  
 Bourgeoisie (s. a. Bürgertum und Kapitalismus) 48, 158  
*Börßum* 15, 58  
 Brauereiwirtschaft 18  
*Braunlage* 15, 139  
*Braunschweig* 14, 17, 25, 62, 131, 314, 136, 140, 148 f., 151, 155, 166, 202, 207  
*Braunschweig GmbH* 18, 181, 199  
 Braunschweig — Schöninger-Eisenbahn 15  
 Braunschweigisch — Niedersächsische Partei (Welfen) 113, 208  
 Braunschweigische Flughafengesellschaft mbH. 137, 201  
 — Kohlenbergbau-Gesellschaft (BKB) 18  
 — Kraftverkehrsgesellschaft 63, 131  
 — Maschinenbauanstalt, (BMA) 20, 205  
*Bremen* 47 f.  
 Bremer u. Brückmann s. Blechwarenindustrie  
*Broitzem* 71  
 Brunsviga, Maschinenfabrik (s. a. Maschinenbau) 155  
*Bündheim* 120  
 Bürgerabwehrstreik 56, 58, 67, 75, 194  
 — bund Braunschweig (s. a. Reichsbürgerrat und Rat der selbständigen Erwerbszweige) 74 f., 81, 87, 95, 107, 109, 114, 138, 151, 161, 195, 203  
 Bürgerliche Einheitsliste 75, 111, 113, 138, 161, 173, 206, 208  
 Bürgertum (s. a. Mittelstand u. Bourgeoisie) 9, 11, 13, 39 ff., 55, 61, 67, 72 f., 84, 86, 95, 100 f., 104, 109, 114, 124, 138 ff., 145, 153, 164, 170, 190, 204  
 Bußtag 86  
 Büssing 18, 47, 63, 155  
*Calvörde* 15, 89, 131  
*Cannes* 196  
 Carolo Wilhelmina s. Techn. Hochschule  
*Celle* 14, 200  
 Chemische Industrie 19  
*Chemnitz* 201  
 Christlich-Nationale Arbeiterschaft 42  
 — Soziales Gewerkschaftkartell 42  
 Confoederatio cum principibus ecclesiasticis 12 Anm.  
*Coppenbrügge* 15  
*Cuxhaven* 47  
 DANAT — Bank 176 Anm., 205  
 Dawes-Plan (s. a. Reparationen) 111, 151, 171, 180, 199  
*Delligsen* 31  
 Demobilisation 36, 61, 76  
 Demokratische Grundordnung 56  
 Der brave Heyderich 96  
 Deutschnationale Volkspartei (DNVP) 42, 82, 87, 96 f., 101, 104, 111 ff., 119, 121, 139, 142, 151, 157, 162, 164, 172, 182, 199 f., 202 f., 205, 208  
 — Soziale Partei 96  
 — Völkischer Schutz- und Trutzbund 96  
 Deutsche Demokratische Partei (DDP) 39, 42, 46, 51, 55, 61, 65, 68 f., 71 f., 74 f., 83, 89, 95, 109 ff., 114, 122, 139, 164, 173, 182, 184, 194, 197, 208  
 — Demokratische Republik 191  
 — Volkspartei (DVP) 16, 42, 55, 75, 79, 83, 87, 95, 100 ff., 104, 111, 113, 117, 119, 121 f., 139, 142, 145, 153, 163 f., 167, 182, 197, 199, 206 f.  
 Diktatur des Proletariats 28, 31, 38, 41, 44, 49, 53, 69  
 Dolchstoßlegende 124  
 Drömling 131  
 Dreiklassenwahlrecht 23  
*Dresden* 131  
*Duisburg* 75, 195

Düngemittel 177, 212  
— fabriken 19  
*Düsseldorf* 75, 150, 195

Elbe 130  
*Ellrich* 15 Anm.,  
Elm 15  
*Elze* 15  
Einheitsschule 50  
— staat 41  
Einkommen- und Körperschaftssteuer 146,  
148  
Einwohnerwehr 66, 69 ff., 81  
Einzelhandel (s. a. Handel) 134, 186  
Eisenbahnbau 13, 131  
— netz 14  
— signal-Bauanstalt Jüdel (s. a. Siemens)  
18, 47, 155, 202  
— verkehr 13, 15, 57 f., 71, 130  
Eisen- und Stahlwerke AG. Linden 20  
Energiewirtschaft 18 Anm., 63  
Enteignung der deutschen Fürsten s. Fürsten  
Erfurter Programm 57 (Abb. 4)  
Erfüllungspolitik 195  
Ernährungslage 37, 48, 57  
Erwerbstätige 22 Anm., 169  
Erwerbstätigkeit s. Sozialstruktur  
Erzeugerpreis 178  
Erziehungsanstalt s. Bevern  
*Eschershausen* 18, 124, 154  
Etat s. Haushalt  
Evangelische Landeskirche 121

Facharbeiter 134  
Finanzlage s. Haushalt  
— politik 147, 151  
Fließbandproduktion s. Rationalisierung  
Flughafen s. Luftverkehr  
Forsten, Forstwirtschaft 62, 137  
Fortschrittliche Volkspartei 25  
*Frankfurt a. d. Oder* 124  
Freie Berufe 137, 142  
Freigabepolitik (s. a. Liberalisierung) 79,  
102  
Freiheitsgesetz 157, 204

Fürsten, Landes- 12, 13, 22, 29  
— enteignung 111, 120 Anm., 132, 201  
*Fürstenberg* 15, 135

*Gandersheim* (Stadt) 18 Anm., 51, 89, 114,  
124, 140, 156, 207  
Gegenstreik s. Bürgerabwehrstreik  
Gehälter 78, 99, 169  
Geistliche 23  
Geld 99, 101, 102  
— entwertung s. Inflation  
— verkehr 37  
Gemeinden, Kreisgemeindeverbände (s. a.  
Selbstverwaltung) 17, 93, 146, 148, 153,  
155  
Gemeinschaft der Mitte (GdM) 139, 153,  
156, 164, 173, 183, 203  
Gemüseanbau 19, 177  
Generalstreik 27, 28, 30, 55, 56, 58 f., 69 ff.,  
73, 81, 103, 194  
Genossenschaften 169, 181  
Gesindeordnung 50  
Gestehungskosten s. Kosten  
Gewerbe 74, 105, 153, 169, 209 f.  
— aufsichtsamt 106, 135  
— treibende 23, 24, 76, 139  
Gewerkschaften 28, 42, 76, 77, 78, 99, 103,  
135, 136, 165  
*Gifhorn* 14  
Glashütten *Grünenplan* 19, 133, 154  
Gleitende Lohnskala 77  
*Goslar* 18, 209  
*Groß Gleidingen* 58  
Große Koalition 61, 65, 95, 197, 208  
Grundbesitz (s. a. Haus- und Grundbesitzer)  
24, 50, 137  
Grund- u. Gewerbesteuer (s. a. Steuer) 18,  
24, 79, 110, 118, 137, 142, 151, 155, 156,  
172, 178

Haager Konferenz 204  
*Halberstadt* 15, 58, 70  
*Halle* 14, 18 Anm., 131  
*Hamburg* 14, 25, 30, 58, 110, 131, 195, 198  
*Hameln* 15, 131  
Handel 18, 22, 74, 89, 107 f., 130, 140,  
166, 169, 178, 180

- Handelskammer 14, 23, 107, 137, 154, 155, 163, 164, 167, 174, 181  
 Handwerk(er) 18, 21, 23, 28, 39, 42, 74, 76, 89, 108, 114, 133 f., 156, 162 ff., 170, 185 Anm., 186  
 Handwerkskammer 23, 110, 139, 153, 165, 173, 184  
 Handwerkerbund s. Nordwestdeutscher Handwerkerbund  
 Hannover 14, 15 Anm., 30, 46, 58, 123, 125, 166  
 Harz 14, 131  
 Harzvorland, Vorharz 15, 19, 89, 131  
 Hasselfelde 15 Anm., 18, 124  
 Haushalt, Haushaltsberatungen 37, 61, 62, 83, 103, 118, 127, 129 f., 135, 139 Anm., 140, 142, 147, 149, 156 f., 171, 209  
 Haus- und Grundbesitzer (-verein) (s. a. Grundbesitz) 24, 39, 79, 93, 119, 139, 164, 171, 208  
 Hauszinssteuer 118, 136, 137 Anm., 139, 146, 148  
 Hehlen 90  
 Helmstedt (Stadt) 14, 18 Anm., 58, 59, 70, 81, 114  
 Herzog-Anton-Ulrich-Museum 120  
 Herzog-August-Bibliothek 120  
 Herzogtum Braunschweig 13, 14, 23  
 Herzogsvermögen, -vergleich 120, 199  
 Hildesheim 15, 31, 37, 58  
 Höxter 15  
 Holzminden (Stadt) 15, 19, 51, 81, 89, 131, 139, 140, 184, 201  
 Holzverarbeitende Industrie 19, 76, 133, 135, 154  
 Hypotheken 150, 179 f., 212  
 Immunität 59  
 Imperialismus 159  
 Industrie 13, 18—21, 38, 76, 130, 131, 140, 150 f., 163, 177  
 Inflation (s. a. Währung) 11, 16, 19, 20, 76, 80, 93, 97, 104 ff., 174, 188  
 Internationales Institut f. Erziehungswissenschaften 146, 204  
 Investitionen (s. a. Kapital) 21, 107, 108, 130, 132, 148, 151, 154  
 Italien 26  
 Itzehoe 184  
 Jerxheim 58  
 Juden 144, 162, 190  
 Jugendheim der Stadt Braunschweig 148, 204  
 Jungdeutscher Orden 184, 197  
 Junkers Werke Dessau 110  
 Justiz 38, 47, 50, 56, 144  
 — beamte 38  
 — reform 147, 203  
 Jutespinnerei 18, 134  
 Kalibergbau 18  
 Kapital, Konzentration des — 18, 19, 20, 21, 56, 62, 77, 102, 107, 130, 136, 138, 153, 155, 158, 162, 169, 171, 179, 181, 188  
 — gesellschaften (s. a. Aktiengesellschaften) 20  
 — knappheit 133  
 — markt 21, 150  
 Kapitalismus 36, 50, 80, 96, 101, 123, 159, 163, 190  
 Kapp-Putsch 68—71, 73, 105, 115, 195  
 Karges & Hammer (s. a. Maschinenbau) 19  
 Kartoffelernte 79, 176, 212  
 Kartoffelverordnung, Antricksche 80 f.  
 Kassel 15 Anm.  
 Kaufkraft (s. a. Löhne und Preise) 21, 108, 154, 159, 169, 170  
 Kaufleute (s. a. Handel) 9, 11, 107, 114, 137, 139, 164, 170, 181  
 Kiel 25, 30, 184, 193  
 Kirchbrak 116  
 Kirche 47, 67, 86, 129  
 Klassenkampf, -gegensätze 28, 29, 49, 55, 81, 97, 101, 112, 135  
 Klostergüter 20, 62  
 Kloster- und Studienfonds 120  
 Königsutter 18 Anm., 114  
 Konjunktur (s. a. Wirtschaftslage) 118, 132, 148  
 Konkurse 154, 165, 166 f.  
 Konservenfabriken, -produktion 19, 21, 62, 74, 77, 106, 133 f., 154, 176, 177, 182, 205  
 Konsumgenossenschaften 77, 137, 166, 167 ff., 172  
 Komintern 37 Anm., 55, 65, 102, 194

- Kommunisten (KPD) 22, 29, 44, 47, 53, 55, 65, 68, 73 f., 83, 87 f., 96 f. 102, 103, 109 f., 120, 122, 124, 139, 141, 144, 158, 174, 184, 188, 194, 207, 208
- Kosten 7, 26, 175, 177, 182
- Kraftfahrzeugverkehr (s. a. Motorisierung) 16, 131
- verkehrsgesellschaft s. Braunschweigische
- Kredite (s. a. Anleihen) 150, 151, 167
- Kreinsen* 14, 58
- Kriegsschuldflüge 75, 101
- Kulturpolitik 67, 149
- Kurzarbeit 107, 133
- Landbund 40, 67, 78 ff., 89, 100, 104, 110, 111, 115, 124, 162, 174, 180, 182 ff.
- Landesarbeiterrat, Ortsarbeiterräte (s. a. Arbeiter- und Soldatenrat) 53, 54, 57, 66, 68
- Landesbürgerräte, (s. a. Reichsbürgerrat) 75, 109
- Landesfettstelle 100
- Landesherren 13, 22
- regierung 16, 59, 61, 100, 103, 116, 122, 137, 140, 156, 201
- hauptstadt s. Braunschweig
- jugend- und Fürsorgeamt 145
- polizeischule 201
- wahlverband (LWV) 38, 42 ff., 51, 66 f., 72 f., 81, 113, 114, 163, 164, 173, 193, 194, 195, 208
- verfassung 11, 16, 23, 39, 51, 52, 57, 66, 75, 79, 82, 83, 86, 114, 118, 157, 186
- vermögen 21, 62, 150
- versicherungsanstalt 145, 203
- Landkreise 17, 176
- Landkreis Blankenburg 15, 19, 120, 124, 145
- Braunschweig 15, 19, 22 Anm., 35, 37, 57, 145, 176
- Gandersheim 19, 49, 124, 145, 207
- Helmstedt 15, 22 Anm.
- Holzminden 15, 49, 124
- Wolfenbüttel 20, 176, 180
- Landtag, Landesversammlung 16, 23, 25, 33, 36, 38, 41, 53 Anm., 56, 59, 66 Anm., 135, 153, 156, 182, 194, 206
- Landtagswahlen 43 f., 72 f., 79, 111, 114, 124, 129, 144, 195, 199, 202, 205, 208
- Landwirtschaft 11, 18 ff., 21 Anm., 28, 38, 40, 43, 62, 74, 89, 100, 104, 110, 118, 131 ff., 140, 162, 170, 172, 174—186, 188, 189
- Landwirtschaftskammer 23, 116, 185
- Langelsheim* 18, 140
- Lauterbach* 31
- Lebenshaltungsindex 77
- Lebensmittelindustrie 19, 20, 48, 77, 106, 166
- preise 78 ff., 108, 210 f.
- Lehrer 37 Anm., 58, 67, 129, 142, 148
- besoldung 96, 142, 148
- bildung 129, 130, 144, 146, 202, 204
- seminare 65, 129, 198
- verbände 129
- Lehrer- und Elternvertretungen 67
- Lehrte* 14
- Leipzig* 32, 37
- Liberale 13, 22
- Liberalisierung 77, 80, 188
- Liberalismus 39, 102, 104, 107, 154, 162, 163, 173, 182, 189, 190
- Lippe 207
- Locarno* 122, 157, 179, 200
- Londoner Konferenz 19, 195, 197, 199
- Ultimatum 80, 95 Anm., 195
- Löhne, Lohnpolitik (s. a. Kaufkraft) 62, 76 ff., 99, 108, 133, 136, 158, 169, 177, 210, 211
- Luftverkehr 16, 110, 201
- Lutter am Barenberge* 147
- Magdeburg* 14, 15 Anm., 58, 117, 130, 131, 157, 166, 204
- Malstadt-Burbach* 31
- Marxismus 28, 42, 68, 97, 104, 159 Anm., 162, 171, 172
- Maschinenbau 18, 47, 77, 106, 128, 133
- Mehrheitssozialisten (MSPD) s. Sozialdemokraten
- Metallindustrie 18 f., 77, 106, 133, 135
- MIAG 18
- Milcherzeugung, Milchpreis 49, 78, 81, 176, 177, 210, 212
- Mittellandkanal 16, 63, 130, 131, 148
- Mittelstand, (s. a. Bürgertum) 11, 16, 23 f., 28, 39, 43, 50, 73 f., 101, 105, 107, 113, 119, 121, 134, 138 f., 140, 153, 156, 162, 163 f., 167, 171 f., 178, 186, 187 ff



- Molkereien 21, 177  
 Monarchie 22, 25, 128, 190  
 Montanindustrie s. Bergbau  
*Moskau* 47, 55, 73, 97  
 Motorisierung 16, 21, 134, 166, 202  
 Mühlen 21, 106  
*München* 37, 56, 194, 198  
  
 Nahrungsmittelindustrie s. Lebensmittelindustrie  
 Nationalismus 103, 109, 125, 171, 189  
 Nationalsozialismus (NSDAP) 9 f., 22, 42, 45, 96 f., 110 f., 120 Anm., 122, 123, 130, 139 ff., 145, 151, 156 ff., 161, 164, 166, 170 f., 174, 182, 184, 197, 200, 205, 208  
 Nationalversammlung 40 f., 52, 55, 56, 194  
 Nibelungenwohnbau GmbH. 136, 148, 201  
 Niedersachsen 12, 22, 103  
 Naturhistorisches Museum 144  
*Neumünster* 184  
 Neuntes Volksschuljahr 142  
 New Deal 159  
*New York* 204  
 Nord(west)deutscher Handwerkerbund 74, 156, 163, 164, 172, 184, 206  
 Norddeutsche Portland Zementfabrik AG 20  
*Nordhausen* 15  
 Nordwestdeutsche Republik 46 f., 194  
 Notverordnungen 83, 96, 158, 197, 205  
  
 Oberschlesien 131, 195  
 Oberste Heeresleitung 29  
*Oebisfelde* 14  
*Oker* 18  
 Oktoberrevolution 27  
*Oldenburg* 168  
 Optische Industrie 18  
 Orgesch 81  
*Oschersleben* 15 Anm.  
*Ottenstein* 89, 147  
  
*Paderborn* 14  
 Parlament s. Landtag u. Reichstag  
 Parlamentarische Arbeitsgemeinschaft (PAG) 115, 121, 129, 130, 164  
  
 Parlamentarischer Untersuchungsausschuß 91  
 Personalpolitik 141, 142, 145  
 Pianofortefabriken 18, 154, 203  
*Plöckhorst* 200  
 Polizei 71, 81, 99, 100, 103, 125, 127, 196  
 — beamtengesetz 142  
 Porzellanfabrik s. Fürstenberg  
*Potsdam* 207  
 Preise 48, 62, 76 f., 99, 102, 136, 158, 174, 177, 178, 180, 211  
 Preisschere 177, 185 Anm.  
 Pressefreiheit 83  
 Preußen (s. a. Selbständigkeit) 13, 14, 16, 46, 81, 116, 127, 130, 131, 156  
 Preußische Elektrizitäts-Aktiengesellschaft 18 Anm.  
 Privilegium minus 12 Anm.  
 Proletarier, Proletariat 28, 29, 52 f., 55 f., 69, 85, 123  
  
 Rätssystem 46, 66  
 — regierung, russische 57  
 Raiffeisenverband 181  
*Rapallo* 95 Anm., 197  
 Rat der selbständigen Erwerbszweige (RdsE) (s. a. Bürgerbund) 39, 42, 67, 74, 164, 173, 195  
 Rat der Volkskommissare 36, 37, 53, 193, 194  
 Rationalisierung 21, 128, 134, 153, 158  
 Reich 12, 14 Anm., 22, 41, 44, 47, 58, 61, 100, 118, 182  
 Reichsarbeitsministerium 135  
 Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold 122, 199  
 Reichsblock 124  
 Reichsbürgerrat (s. a. Bürgerbund) 67 f., 75, 109, 124, 157  
 Reichsgericht 93  
 — post 131, 134  
 — präsidentenwahlen 124, 200, 206  
 — rat 121, 122  
 79, 93, 122, 146, 200  
 — regierung 35 f., 45 f., 57, 59, 63, 69, 73,  
 — tag 22, 35, 82, 111, 131, 184, 196, 199, 205  
 — tagswahlen 73, 74, 110, 114, 115, 172, 188, 195, 199, 203

- Reichsverband der deutschen Industrie 150  
— des deutschen Handwerks 165, 173  
Reichsverfassung 22, 26, 29, 66, 69, 82, 102, 118, 122, 129, 165, 173, 194  
Reichswehr (s. a. Armee) 54, 55, 57, 59, 69 f., 103, 195  
Rennelberg 30  
Reparationen 101, 102, 150, 189  
Republik, Weimarer 16, 29, 33, 35, 46, 54, 59, 61, 87, 142, 169, 173 f., 188, 190  
—, sozialistische (Räte-) 27, 35, 55, f., 193, 194  
Revolution, sozialistische 12, 23, 26, 27, 29 f., 36, 40 ff., 46 ff., 50, 52, 55 f., 69, 86, 108, 111, 158 f., 183  
Rote Armee (Garde) 35, 36, 40, 75  
Ruhrbesetzung (passiver Widerstand) 98, 101, 105,  
Ruhrgebiet 14, 53, 100, 130, 194, 195, 198, 200  
Ruhrkohle 131  
*Ruhrort* 75, 195  
  
Sachsen 195  
Sachsen-Anhalt (s. a. Anhalt) 15, 130  
*Salder* 18, 20, 181  
Salve Hospes 146  
Salzbergbau 77  
Schering-Kahlbaum 20  
Schleswig-Holstein 161, 183  
Schmalbach (s. a. Blechwarenindustrie) 19, 20, 134, 135  
*Schöningen* 18, 59, 89, 139, 145, 198  
*Schöppenstedt* 18 Anm., 58, 114, 124  
Schulaufsicht, Schulverwaltung 37, 67, 141, 202  
Schulden (s. a. Staatsfinanzen) 137, 147, 149, 179  
Schulen, Schulwesen (s. a. Bildungswesen) 37, 129, 130, 141, 146, 206  
Schulerlaß, Grotewohlscher 93, 118, 141, 196  
—, Jasperscher 93, 118, 141, 198  
—, Marquordtscher 93, 129, 141, 146, 200, 202  
—, Sieversscher 93, 141, 146, 203  
Schulgeldfreiheit 86, 93, 142  
Schulpolitik 86, 118, 129, 146  
Schulräte s. Personalpolitik u. Schulaufsicht  
  
Schulvorstände 146  
Schutzverband der deutschen Konservenfabrikanten 19  
— für Handel und Gewerbe 79, 164  
Schutzzölle 154, 174, 181  
*Seesen* 18 Anm., 19, 56, 58, 61, 89, 114, 133, 139  
Selbständigkeit des Landes, (s. a. Anschluß u. Preußen) 13, 14, 16, 156  
Selbstverwaltung, kommunale 93, 118, 119  
Solling 77  
Siemens & Halske 18, 155  
*Soest* 14  
Sowjetunion 102  
— republik 56  
Sozialdemokratie (SPD, MSPD) 10, 11, 23 f., 30 f., 36, 40 f., 43, 46, 50 f., 65 f., 69 f., 84 f., 91, 94 ff., 100 f., 110 f., 119 f., 123, 127, 132, 134, 139 f., 144 f., 151 f., 155, 163 f., 168, 171, 182, 184, 188, 190, 194 ff., 202, 204, 207, 208  
Sozialstruktur (s. a. Bevölkerung) 18, 22, 190, 195  
Sozialisierung 44, 47, 49, 53, 54, 57, 71, 72, 74, 86, 112, 169, 181  
Sozialismus 9, 11, 27, 29, 35, 36, 38, 40 f., 43 f., 49 f., 57, 66, 71, 73, 81, 86, 109, 141, 158, 162 ff., 168, 181  
Sozialistische Republik Braunschweig 35  
Sozialleistungen (s. a. Wohlfahrtspflege) 133  
Sozialprodukt 169, 180  
Spardenschrift 147, 202  
Spartakusbund 10, 29, 30, 31, 41, 56, 58, 199  
Staatsbank 63, 130 f., 137, 149 f., 179, 182 Anm.  
— gesetz 63, 67, 150  
Staatsbeamtengesetz 142, 198  
Staatsfinanzen s. Haushalt  
Staatsgerichtshof 66, 75  
Staatsministerium (s. a. Landesregierung) 72, 84, 87, 90, 116  
Staatspartei 184, 208  
*Stadthagen* 116  
*Stadtdendorf* 15, 18 Anm., 19, 89, 119, 139 Anm.

- Stadtverordnetenversammlung 39, 43, 75,  
113, 193, 198, 202  
— wählen 124, 207
- Städte-, Kreis- und Gemeindeordnung 110
- Städtisches Krankenhaus 137
- Stahlhelm 75, 81, 84, 96, 109, 111, 114, 120,  
127, 145, 196, 197, 200, 207
- Statutum in favorem principum 13 Anm.
- Steinbrüche, Steinhauerei 18, 77
- Steuern s. Grund- u. Gewerbest., Hauszins-  
steuern
- Steuerbelastung 151, 178, 180, 182  
— einnahmen 23, 62, 118, 148, 180, 209  
— gesetze 139, 142, 171  
— politik 137, 139, 155 f.,
- Straßenbau, -netz, -verkehr 16, 131
- Straubing* 32
- Streik (s. a. Generalstreik) 48, 62, 69, 135,  
136
- Stuttgart* 163
- Talsperren 63, 131
- Tanne* 131
- Tarifverträge (s. a. Gewerkschaften) 108
- Technische Hochschule 125, 127, 129 f., 144,  
146, 187, 201, 203
- Technische Nothilfe 70
- Teuerungen 62, 78, 80, 83, 100, 196, 197
- Textilindustrie 19
- Thedinghausen* 15, 89
- Thüringen 49, 103, 198
- Türkei 26
- Umsatz, landwirtschaftlicher 178 f.
- Umsatzsteuer s. Steuerbelastung
- Ungarn 26
- Unternehmer 77 Anm., 78, 133, 136, 158,  
159, 162  
— verbände s. Arbeitgeberverbände
- Urlaubsregelung 130
- USA 196
- Unabhängige Sozialdemokratische Partei  
(USPD) 11, 27 f., 41 f., 50 f., 65 f., 94 f.,  
113, 114, 141, 144, 188, 193 f., 208
- Vaterländische Vereine (Verbände) 25, 42,  
101, 109, 157
- Verband der Feinkost- und Kolonialwaren-  
händler 164
- Vereinigte Bezirksvereine 43
- Vereinigte Eisenbahnsignalwerke  
s. Eisenbahn —
- Vereinigung der braunschweigischen Arbeit-  
geberverbände 150, 162, 163
- Vereinigung selbständiger Mittelstand 23,  
39, 157, 204
- Verfassung s. Reichs- oder Landesverfassung
- Verkehr 16, 22, 63, 110, 128, 130, 154, 169,  
178, 180
- Verordnung zur Sicherung der freistaatlichen  
Verfassung 96
- Versailler Vertrag 47, 75, 79, 80, 100, 101,  
109, 110, 112, 151, 157, 180, 184 Anm.,  
194, 195
- Verwaltung 18, 37, 169
- Vechelde* 89
- Veltenhof* 205
- Vermögen des Landes 149  
— der Landwirtschaft 178
- Viehbestand 21, 137, 178  
— hof 137, 203
- Vienenburg* 15
- Voigtländer (s. a. Optische Industrie) 20
- Völkerbund 121, 132, 199, 201
- Völkisch-sozialer Block 111
- Volksabstimmung 49, 51, 53
- Volksbegehren 87, 199
- Volksgemeinschaft der schaffenden Stände  
112
- Volkslesehalle 137
- Volkswehr 50, 53 f., 56, 57, 70
- Vorsfelde* 46, 89, 131
- Vorwohle* 18, 58
- Währung (s. a. Inflation) 102, 107, 168, 188
- Wahlkapitulation 13
- Wahlordnung 23
- Wahlrecht 23, 38, 51
- Walkenried* 15
- Warenhäuser 77, 166, 167, 170, 172
- Weißer Armee (Garde) 49, 75
- Welfen (s. a. Braunschweigisch-Nieders. Par-  
tei) 12, 13 Anm., 14, 25, 50, 66
- Welger 19
- Weltanschauungsschulen 146
- Weltmarkt 79, 102, 107, 150

- Weltwirtschaftskrise 11, 20, 22, 76, 146,  
148, 151, 153, 155, 157 f., 162 f., 170, 176,  
181 f., 186, 188, 189, 209
- Wesertalbahn 131
- Wieda 15
- Wilke Werke (s. a. Maschinenbauindustrie)  
18
- Wirtschaftliche Einheitsliste (WEL)  
s. Wirtschaftsverband
- Wirtschaftliche Vereinigung braunschwei-  
ger Industrien 74
- Wirtschaftslage (s. a. Konjunktur) 76, 98
- Wirtschaftspartei des Mittelstandes s. Wirt-  
schaftsverband
- Wirtschaftsverband 96, 113 f., 119, 122, 137,  
139, 142, 153, 156, 162, 164, 173, 202
- Wissenschaftliche Berufe (s. a. Akademiker)  
23
- Wohlfahrtspflege (s. a. Sozialleistungen) 109
- Wohnungsbau 62, 93, 136, 148
- Wohnungssteuergesetz 93
- Wolfenbüttel 15, 18, 19, 45, 54, 58, 89, 97,  
98, 117, 156, 185, 197
- Wurst- und Fleischwarenherstellung. (s. a.  
Lebensmittelindustrie) 19
- Youngplan 151, 157, 182, 189, 203
- Zeitter & Winkelmann (s. a. Pianoforte-  
fabriken) 154
- Zementindustrie 18, 20, 62
- Zentrum 25, 42
- Ziegeleien 62, 131, 133, 135
- Zollpolitik s. Schutzzölle
- Zollverein 13
- Zorge 15 Anm., 131
- Zuckerfabriken 20, 21, 62, 76, 77, 106, 134,  
135, 175, 177
- Züchner (s. a. Blechwarenindustrie) 19, 20,  
133

# BRAUNSCHWEIGER WERKSTÜCKE

Veröffentlichungen aus Archiv, Bibliothek und Museum der Stadt

Band 1 - 32

## Bd. 1

**Fuhse, Franz:** Vom Braunschweiger Tischlerhandwerk — Stobwasserarbeiten. Mit 37 Abb.  
Braunschweig: Appelhans 1925. 86 S., 2 Taf., vergriffen.

## Bd. 2

**Gauß, Karl Friedrich:** (Briefsammlung) Carl Friedrich Gauß und die Seinen. Festschrift zu seinem 150. Geburtstage. Hrsg. von Heinrich Mack. Mit 12 Taf.  
Braunschweig: Appelhans 1927. XI, 130 S., 10 Bl., 11 Taf., vergriffen.

## Bd. 3

**Schroeder, Hans:** Verzeichnis der Sammlung alter Musikinstrumente im Städtischen Museum Braunschweig. Mit 43 Abb. — Instrumente, Instrumentenmacher und Instrumentisten in Braunschweig (Urkundliche Beiträge).  
Braunschweig: Appelhans 1928. 124 S., vergriffen.

## Bd. 4

**Scherer, Christian:** Braunschweiger Fayencen — Verzeichnis der Sammlung Braunschweiger Fayencen im Städtischen Museum zu Braunschweig. Mit 48 Abb.  
Braunschweig: Appelhans 1929. 76 S., vergriffen.

## Bd. 5

**Fuhse, Franz:** Schmiede und verwandte Gewerke in der Stadt Braunschweig. Ein Beitrag zur Geschichte des Handwerks und zur Familienkunde. Mit 45 Abb.  
Braunschweig: Appelhans 1930. 157 S., vergriffen.

**Bd. 6**

**Mittelniederdeutsche Beispiele im Stadtarchiv zu Braunschweig, gesammelt von Ludwig Hänselmann. 2. veränderte und um Register vermehrte Auflage, besorgt von Heinrich Mack.**  
Braunschweig: Appelhans 1932. XIV, 120 S., vergriffen.

**Bd. 7**

**Fuhse, Franz: Handwerksaltertümer. Mit 255 Abb.**  
Braunschweig: Appelhans 1935. 32, 284 S., vergriffen.

**Bd. 8**

**Meier, Paul Jonas: Das Kunsthandwerk des Bildhauers in der Stadt Braunschweig seit der Reformation. Mit 180 Abb.**  
Braunschweig: Appelhans 1936. 4 Bl., 120 S., 63 Taf., vergriffen.

**Bd. 9**

**Herbst, Hermann: Tider Woltmann, ein Braunschweiger Buchbinder des 15. Jahrhunderts. Mit 12 Taf.**  
Braunschweig: Appelhans 1938. 39 S., vergriffen.

**Bd. 10**

**Steinacker, Karl: Abklang der Aufklärung und Wiederhall der Romantik in Braunschweig.**  
Braunschweig: Appelhans 1939. 127 S., vergriffen.

**Bd. 11**

**Spieß, Werner: Die Ratsherren der Hansestadt Braunschweig 1231—1671. Mit einer verfassungsgeschichtlichen Einleitung.**  
Braunschweig: Appelhans 1940. 219 S., vergriffen.

**Bd. 12**

**Reidemeister, Sophie: Genealogien Braunschweiger Patrizier- und Ratsgeschlechter aus der Zeit der Selbständigkeit der Stadt (vor 1671). Herausgegeben von Werner Spieß. Mit 4 farb. Wappentafeln.**  
Braunschweig: Joh. Heinr. Meyer 1948. 194 S. Brosch. 8,— DM. Geb. 10,— DM.

**Bd. 13**

**Spieß, Werner:** von Vechelde. Die Geschichte einer Braunschweiger Patrizierfamilie. 1332—1864. Mit 1 farb. Wappentafel, 10 Bildnistafeln u. 1 Stammtafel.  
Braunschweig: Waisenhaus-Buchdruckerei 1951. 206 S. Brosch. 12,60 DM. Geb. 16,— DM.

**Bd. 14**

**Spieß, Werner:** Das Stadtarchiv Braunschweig. Seine Geschichte und seine Bestände.  
Braunschweig: Waisenhaus-Buchdruckerei 1951. 112 S. Brosch. 4,80 DM.

**Bd. 15**

**Jesse, Wilhelm:** Münz- und Geldgeschichte Niedersachsens.  
Braunschweig: Brandes in Komm. 1952. 130 S., 18 Tafeln, 1 Karte. Geb. 9,— DM.

**Bd. 16**

**Querfurth, Hans Jürgen:** Die Unterwerfung der Stadt Braunschweig im Jahre 1671. Das Ende der Braunschweiger Stadtfreiheit. Mit 7 Tafeln.  
Braunschweig: Waisenhaus-Buchdruckerei 1953. 304 S. Brosch. 14,75 DM. Geb. 16,— DM.

**Bd. 17**

**Bergholz, Gerda:** Die Beckenwerkgilde zu Braunschweig. Unter Mitwirkung von Werner Spieß. Mit 1 Tafel.  
Braunschweig: Waisenhaus-Buchdruckerei 1954. 73 S. Brosch. 3,75 DM.

**Bd. 18**

**Prescher, Rudolf:** Der rote Hahn über Braunschweig. Luftschutzmaßnahmen und Luftkriegsereignisse in der Stadt Braunschweig 1927—1945. Mit 45 Abb.  
Braunschweig: Waisenhaus-Buchdruckerei 1955. 144 S. Brosch. 4,80 DM.

**Bd. 19**

**Döhnell, Karl-Rudolf:** Das Anatomisch-Chirurgische Institut in Braunschweig 1750—1869. Mit 6 Abb.  
Braunschweig: Waisenhaus-Buchdruckerei und Verlag 1957. 72 S. Brosch. 4,— DM.

**Bd. 20**

**Meyen, Fritz:** Johann Joachim Eschenburg, 1743—1820. Professor am Collegium Carolinum zu Braunschweig. Kurzer Abriss seines Lebens und Schaffens nebst Bibliographie. Mit 4 Abb.  
Braunschweig: Waisenhaus-Buchdruckerei und Verlag 1957. 132 S. Brosch. 6,— DM.

**Bd. 21**

**Jesse, Wilhelm:** Der zweite Brakteatenfund von Mödesse und die Kunst der Brakteaten zur Zeit Heinrichs des Löwen. Mit 20 Tafeln.  
Braunschweig: Waisenhaus-Buchdruckerei u. Verlag 1957. 109 S. Brosch. 13,— DM.

**Bd. 22**

**Spieß, Werner:** Die Goldschmiede, Gerber und Schuster in Braunschweig. Meisterverzeichnisse und Gildefamilien.  
Braunschweig: Waisenhaus-Buchdruckerei und Verlag 1958. 60 S. Brosch. 4,— DM.

**Bd. 23**

**Kurnatowski, Wolf-Dietrich von:** St. Leonhard vor Braunschweig. Geschichte des Siechenhospitals, der Kirche und des Wirtschaftshofes. Mit 19 Abb.  
Braunschweig: Waisenhaus-Buchdruckerei und Verlag 1958. 132 S. Brosch. 9,— DM.

**Bd. 24**

**Piper, Henning:** Testament und Vergabung von Todes wegen im braunschweigischen Stadtrecht des 13. bis 17. Jahrhunderts. Mit 4 Tafeln.  
Braunschweig: Waisenhaus-Buchdruckerei u. Verlag 1960. 112 S. Brosch. 5,— DM.

**Bd. 25**

**Arends, Dietrich und Wolfgang Schneider:** Braunschweiger Apothekenregister 1506—1673. Mit 2 Tafeln.  
Braunschweig: Waisenhaus-Buchdruckerei u. Verlag 1960. 120 S. Brosch. 6,— DM.

**Bd. 26**

**Meyen, Fritz:** Bremer Beiträger am Collegium Carolinum in Braunschweig. K. Chr. Gärtner, J. A. Ebert, F. W. Zachariä, K. A. Schmid. Mit 4 Tafeln.  
Braunschweig: Waisenhaus-Buchdruckerei u. Verlag 1962. 183 S. Brosch. 9,— DM.

**Bd. 27**

**Jesse, Wilhelm:** Die Münzen der Stadt Braunschweig von 1499 bis 1680. Auf Grund des Manuskripts von Heinrich Buck † bearbeitet. Mit 254 Abbildungen.  
Braunschweig: Waisenhaus-Buchdruckerei u. Verlag 1962. 115 S. Brosch. 18,— DM.

**Bd. 28**

**Reimann, Hans Leo:** Unruhe und Aufruhr im mittelalterlichen Braunschweig.  
Braunschweig: Waisenhaus-Buchdruckerei u. Verlag 1962. 146 S. Brosch. 7,50 DM.



**Bd. 29**

**Müller, Theodor:** Stadtdirektor Wilhelm Bode, Leben und Werk. Mit 19 Abb.

Braunschweig: Waisenhaus-Buchdruckerei u. Verlag 1963. 305 S. Brosch. 15,— DM.

**Bd. 30**

**Schelm-Spangenberg, Ursula:** Die Deutsche Volkspartei im Lande Braunschweig. Gründung, Entwicklung, soziologische Struktur, politische Arbeit.

Braunschweig: Waisenhaus-Buchdruckerei u. Verlag 1964. 176 S. Brosch. 9,— DM.

**Bd. 31**

**Roloff, Ernst-August:** Braunschweig und der Staat von Weimar. Politik, Wirtschaft und Gesellschaft 1918—1933. Mit 22 Abb.

Braunschweig: Waisenhaus-Buchdruckerei u. Verlag 1964. 230 S. Brosch. 12,— DM.

**Bd. 32**

**Thulesius, Daniel:** Haustüren aus Alt-Braunschweig als Zeugen vorbildlicher Handwerkskultur. Unter Mitarbeit von Sigrid Hecht. Maßstäblich gezeichnete Aufnahmen von Haustüren in Ansichten, Schnitten und Einzelheiten aus der Zeit von 1700 bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts mit erläuterndem Text und ergänzenden Abbildungen. Mit 42 Abbildungen.

Braunschweig: Hans Aug. Stolle. 96 S. Brosch. 19,80 DM.